# Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Geschäfts bei den Sparkassen

von

Walter Vaih

aus Gunzenhausen/Mfr.

Erlangen 1964

1963 № 196

# Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Geschäfts bei den Sparkassen

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Walter Vaih
aus Gunzenhausen/Mfr.

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Februar 1964

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Till
Referent: Universitätsprofessor Dr. Dr.h.c. Rudolf Stucken
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Josef Back

Meinen Eltern in Dankbarkeit gewidmet

## Inhaltsverzeichnis


Seite

A. Einleitung und Problemstellung, Abgrenzung des Themas 1
B. Gang und Methode der Untersuchung 4
C. Die Abgrenzung der Geschäftszweige 5

Erster Teil: Die das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften direkt beeinflussenden Rechtsvorschriften

A. Allgemeines 9
B. Die Vorschrift der golden Bankregel 10
C. Die Herstellung fester Beziehungen zwischen Aktiv- und Passivgeschäften durch Anlage-, Liquiditäts- und sonstige Vorschriften
I. Durch Anlagevorschriften nach dem Sparkassenrecht 14
II. Durch das Zwangsanlagegesetz 17
III. Durch Liquiditätsvorschriften 18

D. Vorschriften des KWG über den Sparverkehr
I. Das Verbot des Dauerauftrags, des Schecks und der Überweisung zu Lasten von Sparkonten 27
II. Das Verbot der Verbuchung von Kreditmitteln auf Sparkonten 28

Zweiter Teil: Die zahlenmäßige Entwicklung des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften

A. Die kurzfristige Anlage von Spareinlagen in der Phase der Eineinhalbgleisigkeit bis 1909 29
B. Die Phase der Zweigleisigkeit ab 1909
I. Die Entwicklung vom Jahre 1909 bis zur Währungsstabilisierung im Jahre 1924 31

Seite:

II. Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfts in den Jahren von der Währungsstabilisierung 1924 bis zur Bankenkrise 1931 35

III. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften in der Zahlungs- und Kreditkrise 1931/32 58

IV. Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfts vom Herbst 1932 bis Ende 1934 74

V. Die Weiterentwicklung von 1934 bis zum Ausbruch des 2.Weltkrieges im Herbst 1939 92

VI. Die Weiterentwicklung in und nach dem 2.Weltkrieg bis zur Währungsreform am 20.6.1948 108

VII. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften von der Währungsreform am 20.6.1948 bis zur Gegenwart (Ende 1962) 114

Dritter Teil: Zusammenfassendes Ergebnis und kritische Würdigung

I. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Liquiditätsproblem 191

II. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Transformationsproblem 207

III. Zusammenfassung 233

Tabellen I - XXIII 236

## A. Einleitung und Problemstellung, Abgrenzung des Themas

Die deutschen Sparkassen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie sowohl das kurzfristige als auch das langfristige Aktiv- und Passivgeschäft betreiben.
Diese Besonderheit der Sparkassen wird als die Zweigleisigkeit der Sparkassengeschäfte bezeichnet. Sie kennzeichnet die Sparkassen als Kreditinstitute, die sowohl auf dem Geldmarkt als auch auf dem Kapitalmarkt auftreten.
Während das gemischte Aktivgeschäft in der Form von kurz- und langfristigen Ausleihungen von den Sparkassen schon seit ihrem Bestehen betrieben wurde, kam auf der Passivseite der Sparkassen erst vor dem 1.Weltkriege im begrenzten Umfange das kurzfristige Einlagengeschäft zu dem langfristigen Spargeschäft hinzu. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch die Verleihung der passiven Scheckfähigkeit[1)] an die Sparkassen und durch die Einführung des Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehrs. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist das kurzfristige Passivgeschäft weiter ausgebaut worden und hat nun seinerseits wieder zu einer Ausdehnung des kurzfristigen Aktivgeschäfts geführt.
Vor der Einführung des kurzfristigen Passivgeschäfts waren die Sparkassen demnach nur "eineinhalbgleisig". Während das eine Gleis, bestehend aus dem langfristigen Aktiv- und Passivgeschäft, voll ausgebildet war, fehlte zum "kurzfristigen Gleis" noch das kurzfristige Passiv-

1) Vgl. S. 29 f.

geschäft.
Heute stehen die beiden Geschäftstypen, wenn auch mit verschiedenem zahlenmäßigen Gewicht, gleichberechtigt nebeneinander[2].
Die Vereinigung des kurz- und langfristigen Geschäfts bei den Sparkassen führt zu einem Zusammenspiel der beiden Geschäftsarten. Dieses äußert sich im monetären Bereich darin, daß Betriebsmittel aus kurzfristigen in langfristige Geschäftszweige fließen und umgekehrt. Die verschiedenen Möglichkeiten dieses Zusammenspiels ergeben sich aus der Bilanzmechanik und lassen sich unter Zugrundelegung eines vereinfachten Schemas der Sparkassenbilanz herausarbeiten:

| Aktiva vereinfachtes Schema der Sparkassenbilanz | Passiva |
|---|---|
| kurzfr. Aktivgeschäft | kurzfr. Passivgeschäft |
| langfr. Aktivgeschäft | langfr. Passivgeschäft |
| sonstiges Aktivgeschäft | sonstiges Passivgeschäft |

Nach diesem Schema ergeben sich folgende Arten des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften:

1.) Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Geschäften auf jeweils einer Seite der Sparkassenbilanz (vertikales Zusammenspiel).
Hier bestehen wiederum zwei Unterarten:
a) Das Zusammenspiel zwischen dem kurz- und langfristigen Aktivgeschäft.
Ein derartiges Zusammenspiel liegt vor, wenn Be-

---

2) So betrug das Verhältnis des kurzfristigen zum langfristigen Passivgeschäft (Aktivgeschäft) vor dem 2.Weltkrieg rd. 1:6 (1:2,7), während es heute rd.1:2,8 (1:2,3) beträgt.

triebsmittelzuflüsse aus der Verminderung des kurzfristigen Aktivgeschäfts zur Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts verwendet werden und umgekehrt.

b) Das Zusammenspiel zwischen dem kurz- und langfristigen Passivgeschäft.

Hier werden Betriebsmittelzuflüsse aus der Erhöhung des kurzfristigen Passivgeschäfts zur Verminderung des langfristigen Passivgeschäfts verwendet und umgekehrt.

2.) Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Geschäften auf jeweils zwei Seiten der Sparkassenbilanz (horizontales Zusammenspiel).

Auch hier bestehen zwei Unterarten:

a) Das Zusammenspiel zwischen dem kurzfristigen Aktiv- und dem langfristigen Passivgeschäft.

b) Das Zusammenspiel zwischen dem kurzfristigen Passiv- und dem langfristigen Aktivgeschäft.

Ein derartiges Zusammenspiel liegt vor, wenn Betriebsmittelzuflüsse aus der Erhöhung des kurzfristigen (langfristigen) Passivgeschäfts zur Erhöhung des langfristigen (kurzfristigen) Aktivgeschäfts verwendet werden oder wenn Betriebsmittelzuflüsse aus der Verminderung des kurzfristigen (langfristigen) Aktivgeschäfts zur Verminderung des langfristigen (kurzfristigen) Passivgeschäfts dienen.

Aufgabe dieser Arbeit ist die Untersuchung und Durchleuchtung des vorliegenden Bilanzmaterials der Sparkassen nach den oben systematisierten Arten des monetären Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfri-

stigen Sparkassengeschäften im Sinne der Verwendung von Betriebsmitteln aus dem kurzfristigen Sparkassengeschäft im langfristigen Sparkassengeschäft und umgekehrt. Außerdem sollen die mit diesen Zusammenspielen verbundenen volks- und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen untersucht werden.

## B. Gang und Methode der Untersuchung

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert.

Im ersten Teil werden wir die das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften direkt beeinflussenden Rechtsvorschriften behandeln, da diese gewisse Einschränkungen des Zusammenspiels mit sich bringen.

Im zweiten Teil werden wir das statistische Material in chronologisch-historischer Reihenfolge nach den von uns oben systematisierten Zusammenspielmöglichkeiten hin untersuchen, und gleichzeitig die volks- und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der gefundenen Zusammenspiele herausarbeiten.

Im dritten Teil der Arbeit werden wir die im zweiten Hauptteil empirisch gefundenen Ergebnisse zusammenfassen, theoretisch vertiefen und kritisch würdigen.

Die Untersuchung erfolgt durch Gegenüberstellung von aufeinanderfolgenden Bilanzen und durch Vergleich der Veränderungen der einzelnen Bilanzpositionen[3]. Bei schwierigen Fällen des Zusammenspiels zwischen den kurz-

3) Wir werden die Darstellung der Veränderungen der einzelnen Bilanzpositionen als Veränderungsbilanzen bezeichnen.

und langfristigen Sparkassengeschäften werden wir die Veränderungen der Bilanzpositionen einander in Bilanzform nach Verbleib und Herkunft der Betriebsmittel aus den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften gegenüberstellen[4].

Für die Zeit vor 1924 müssen sich unsere Untersuchungen auf eine kurze Schilderung der wesentlichen Entwicklungsrichtungen der Sparkassengeschäfte beschränken, da eine vollständige Bilanzstatistik der deutschen Sparkassen erst ab 1924 besteht[5]. Hierunter ist ein vollständiger Ausweis der Aktiva und Passiva der Sparkassen in Bilanzform zu verstehen. Vor diesem Zeitpunkt waren dagegen nur in einzelnen Ländern die wichtigsten Aktiva und Passiva ausgewiesen. Für das gesamte Reichsgebiet fehlen bis zum Jahre 1924 derartige Veröffentlichungen. Wir werden daher bis zum Jahre 1924 hilfsweise die preußische Landesstatistik heranziehen. Sie kann als repräsentativ für die Entwicklung der Sparkassen in Deutschland bis zum Jahre 1924 gelten, weil die Einlagen der preußischen Sparkassen zu dieser Zeit rd. 2/3 der Gesamteinlagen bei den deutschen Sparkassen betrugen[6].

## C. Die Abgrenzung der Geschäftszweige

Unter Aktiv- und Passivgeschäften im Sinne unserer Arbeit wollen wir die Geschäfte verstehen, durch deren Abschluß

---

4) Diese Bilanzen werden als Bewegungsbilanzen bezeichnet. (Vgl. Falter, M.: Die Praxis des Kreditgeschäfts bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 3. Auflage, Stuttgart 1955, S. 409.)
5) Eine Veröffentlichung der Jahresbilanz aller deutschen Sparkassen erfolgte erstmals per 31.12.1924 im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, S. 384 u. 385.
6) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Band 2 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. F.Voigt, Berlin 1956, S.48, Fußnote 1.

die Sparkassen Gläubiger oder Schuldner ihrer Kunden werden[7].

Zum kurzfristigen Aktivgeschäft rechnen wir, der Handhabung in Wissenschaft und Praxis folgend, nachstehende Bilanzpositionen:

a) Bank- bzw. Nostroguthaben,
b) Wechsel,
c) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
d) Kassenobligationen,
e) Debitoren.

In der Zweimonatsbilanz- und KWG-Statistik wurden die Debitoren nochmals unterteilt in private Debitoren und kurzfristige Kommunalkredite (Kommunaldebitoren).

Zum langfristigen Aktivgeschäft zählen wir:

a) Wertpapiere,
b) Ausgleichsforderungen,
c) Deckungsforderungen,
d) Hypotheken bzw. langfristige Ausleihungen gegen Grundpfandrechte,
e) langfristige Kommunalkredite bzw. langfristige Ausleihungen gegen Kommunaldeckung,
f) sonstige langfristige Ausleihungen.

Zu der Position Wertpapiere ist zu bemerken, daß hierunter statistisch nur die langfristigen Wertpapiere erfaßt sind, während die kurzfristigen Wertpapiere unter ihren Namen Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen ausgewiesen werden.

---

7) Zum Aktivgeschäft zählt auch der Erwerb von Wertpapieren und Schatzwechseln. Hier werden die Sparkassen durch den Erwerb Gläubiger der Stellen, die die Wertpapiere oder Schatzwechsel ausgegeben haben. (Vgl. Bernicken, H.: Bankbetriebslehre, Stuttgart 1926, S.133, Schaarschmidt, W.: Legitimationsfragen im Sparkassengeschäft, 3. neubearbeitete Auflage von Dr. jur. Hans Bickel, Stuttgart 1959, S. 13 ff.)

Dementsprechend sind in unserer Arbeit dieser statistischen Handhabung entsprechend unter dem Begriff Wertpapiere nur die langfristigen Wertpapiere zu verstehen.

In der Position sonstige Aktiva sind alle restlichen Aktivposten zusammengefaßt. Hierzu gehören insbesondere die durchlaufenden Kredite, Grundstücke, Gebäude und Einrichtungsgegenstände, Beteiligungen, ein Aktivsaldo der Aufwands- und Ertragskonten, evtl. Verluste und Verlustvorträge u.a. Die Barreserve wurde von uns gesondert ausgewiesen. Hierbei rechnen wir zur Barreserve: Kasse, Sorten, fällige Zins- und Dividendenscheine, Schecks und Inkassowechsel, Guthaben bei der Reichsbank bzw. Deutschen Bundesbank bzw. den Landeszentralbanken, Postscheckguthaben.

Beim kurzfristigen Passivgeschäft erfassen wir:

a) Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen bzw. Sicht- und Termineinlagen. Diese Einlagen werden vielfach kurz als Giroeinlagen bezeichnet.
b) Nostroverpflichtungen bzw. Bankschulden,
c) Akzepte bzw eigene Akzepte im Umlauf.

Zum langfristigen Passivgeschäft rechnen wir:

a) Spareinlagen,
b) aufgenommene langfristige Darlehen bzw. Anleihen und Hypotheken.

Obwohl der größte Teil der Spareinlagen formell kurzfristig ist, hat sich erwiesen, daß der gesamte Block der Spareinlagen beständig und relativ unbeweglich ist, denn es zeigt sich in normalen Zeiten, daß die Gesamtsumme der Spareinlagen steigt, da die jeweiligen Auszahlungen durch die Einzahlungen überkompensiert werden.

Dadurch ergibt sich ein ständig steigender Bodensatz, der praktisch unendlich lange festliegt. Wir haben daher die Spareinlagen zum langfristigen Passivgeschäft gerechnet[8].

In der Position sonstige Passiva haben wir alle restlichen Posten zusammengefaßt. Hierzu gehören insbesondere die durchlaufenden Kredite, Rückstellungen, Wertberichtigungen, Rücklagen, ein Passivsaldo der Aufwands- und Ertragskonten u.a. Die Rücklagen wurden von uns gesondert ausgegliedert.

Die Bilanzstatistik der deutschen Sparkassen wurde seit ihrem Bestehen im Jahre 1924 dreimal geändert und läßt sich deshalb in folgende drei Abschnitte einteilen:

a) die Zweimonatsbilanzstatistik von 1924-1936 und die von ihr abgeleitete Jahresstatistik,
b) die Monatsausweise nach den Vorschriften des KWG[9] und den hierzu ergangenen Ergänzungsvorschriften und die hiervon abgeleitete Jahresstatistik von 1935-1948,
c) die monatliche Bilanzstatistik (Bankenstatistik) und die hiervon abgeleitete Jahresstatistik seit 1948.

In den verschiedenen Statistiken weichen die einzelnen Bilanzpositionen teilweise formell und materiell etwas voneinander ab.

---

8) Vgl. hierzu: Feifel, H.: Die Anwendbarkeit der modernen Kreditschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Band 10 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. F. Voigt, Berlin 1959, S. 148 ff.

9) Die ursprüngliche Fassung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen (KWG) wurde am 5.Dezember 1934 erlassen (RGBl. I, S.1203). Zum Zwecke der Änderung der in der ursprünglichen Fassung vorgesehenen Organe wurde es am 25.September 1939 (RGBl. I, S.1955) neu gefaßt. Das KWG vom 25.September 1939 wurde mit Wirkung vom 1.1.1962 durch das Gesetz über das Kreditwesen vom 10.Juli 1961 (BGBl.I, S.881) abgelöst. Wir werden in Zukunft das alte KWG als "KWG a.F." (alte Fassung) und das neue KWG als "KWG n.F." (neue Fassung) bezeichnen.

## Erster Teil: Die das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften direkt beeinflussenden Rechtsvorschriften

### A. Allgemeines

Für die Sparkassen bestehen eigene ins einzelne gehende strenge und ziemlich starre Anlage- und Liquiditätsvorschriften.
Nach Kleiner ist die Zielsetzung und der Zweck der sparkassenrechtlichen Anlage- und Liquiditätsvorschriften im ganzen fünffacher Art. Sie sollen die Sicherheit und eine ausreichende Liquidität gewährleisten. Darüber hinaus weisen sie die Anlagepolitik der Sparkassen in bestimmte Richtungen, stellen also zugleich auch Anlagerichtlinien im bankpolitischen und speziell kapitalmarktpolitischen Sinne dar. Ferner führen die Anlagevorschriften zu einer Ausrichtung und Beschränkung des Personalkredits[1] auf den Mittelstandskredit und zu einer räumlichen Begrenzung des Kreditgeschäfts auf den "Ausleihbezirk" der Sparkasse mit dem Ziel der Förderung der heimischen Bevölkerung und Wirtschaft[2].

Zu den sparkassenrechtlichen Liquiditätsvorschriften kommen noch weitere von den Sparkassen zu beachtende Vorschriften nach dem KWG und sonstigen Gesetzen.

---

1) Unter Personalkredit im sparkassenrechtlichen Sinne ist der im Kontokorrent- oder Darlehensverkehr gegebene kurzfristige Kredit ohne Rücksicht auf die Art der Sicherstellung zu verstehen. (Vgl. Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 6: Kreditabteilung, Stuttgart 1956, S.55.)
2) Vgl. Kleiner: Die Anlage- und Liquiditätsvorschriften der Sparkassen unter besonderer Berücksichtigung der neueren Entwicklung, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, Stuttgart 1953, S. 62 ff.; derselbe: Die Auswirkungen der Anlagevorschriften auf die Anlage- und Liquiditätspolitik der Sparkassen, in: Sparkasse, 7.Jhg. 1953, H.15, S.227.

Die Anlage-, Liquiditäts- und sonstigen Rechtsvorschriften bedeuten für die Sparkassen eine erhebliche Einengung ihrer Bewegungsfreiheit im Kredit- und sonstigen Anlagegeschäft. Ferner beeinflussen sie direkt oder indirekt das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Sparkassengeschäften.
In den folgenden Abschnitten werden wir die das Zusammenspiel zwischen den einzelnen Geschäftszweigen direkt beeinflussenden Anlage-, Liquiditäts- und sonstigen Rechtsvorschriften darstellen.

## B. Die Vorschrift der goldenen Bankregel

In der Literatur tauchte die sog. "goldene Bankregel" erstmals bei Otto Hübner auf, der folgenden Satz aufstellte: "Der Kredit, welchen eine Bank geben kann, ohne Gefahr zu laufen, ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen zu können, muß nicht nur im Betrage, sondern auch in der Qualität dem Kredite entsprechen, welchen sie genießt"[3]. Hübner meint mit diesem Satz, daß eine Bank nur Kredite mit solchen Fälligkeiten geben darf, die den Fälligkeiten ihrer eigenen Verpflichtungen entsprechen.

Eine konsequente Verfolgung der goldenen Bankregel würde dazu führen, daß die täglich fälligen Sichteinlagen nur in bar oder in täglich fällig werdenden Titeln gehalten werden könnten. Da aber im Wirtschaftsleben Kredite mit täglicher Fälligkeit nur wenig Verwendung finden können, wurde die goldene Bankregel sehr bald modifiziert und erweitert.
So ist nach Wagner die längerfristige Anlage eines Teiles der täglich fälligen Gelder möglich, da erfahrungsgemäß nicht alle stets fälligen Verbindlichkeiten von den Gläubigern gleichzeitig gekündigt werden. Wie groß die Barreserve sein muß und wie hoch der längerfristig anlegbare

3) Zitiert bei Stucken, R.: Geld und Kredit, 2.Auflage, Tübingen 1957, S.106, dessen Darstellung wir hier folgen. Vgl. hierzu auch: Stucken, R.: Liquidität der Banken, Berlin 1940, S.20 ff.

Teil der täglich fälligen Gelder sein kann, müsse die Erfahrung lehren[4].

Knies brachte eine weitere Abwandlung der Lehre, indem er die Forderung aufstellte, "daß der Termin für die fälligen Zahlungsverbindlichkeiten der Bank nicht diesseits des Termins für die Realisierung entsprechender Forderungen falle"[5]. Hier wird also die Realisierungsmöglichkeit von Forderungen, wie z.B. der Rediskont von Wechseln und die Beleihung oder der Verkauf von Wertpapieren in den Mittelpunkt gestellt.

Kombinieren wir die Abweichungen Wagners und Knies von der goldenen Bankregel, so erhalten wir nach Stucken den Stand der heute fast allgemein vertretenen Lehre: "Die Erfahrung darüber, inwieweit Ansprüche an die Banken tatsächlich herantreten, ist maßgebend dafür, inwieweit die Bank über Barreserven und "liquide" Aktiva verfügen muß, und bei der Beurteilung der Aktiva sind alle Realisierungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen"[6].

Nach diesen grundsätzlichen lehrgeschichtlichen Ausführungen über die goldene Bankregel und deren Abwandlungen wollen wir nun die für die Sparkassen geltende gesetzliche Regelung betrachten. Gem. § 2, Abs.3, Satz 1 der Mustersatzung von 1953 (MuSa 1953) [7] sollen die Spareinlagen

---

4) Vgl. Wagner, A.: Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, S.22 u.167.
5) Knies, C.: Der Credit, 2.Hälfte, Berlin 1879, S.242
6) Stucken, R.: Geld und Kredit, 2.Auflage, a.a.O., S.107. Vgl. zu dem Problem der goldenen Bankregel auch: Stucken, R.: Liquidität der Banken, a.a.O., S.20 ff.; Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.28 ff.
7) Für den gegenwärtigen Stand der sparkassenrechtlichen Vorschriften legen wir die von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. (ADSGG) in zwei Mustern A u.B ausgearbeitete Neufassung der Sparkassenmustersatzung zugrunde. Die beiden Muster unterscheiden sich nur hinsichtlich der Organe und wurden vom Sonderausschuß Bankenaufsicht mit den Beschlüssen vom 18.Oktober 1952 und 30.Januar 1953 anerkannt. Die neue Mustersatzung ist unterdessen vom größten Teil der Bundesländer teilweise unter Änderung der

unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse grundsätzlich lang- oder mittelfristig angelegt werden, die sonstigen Einlagen mit keinen längeren Kündigungsfristen, als sie hereingenommen worden sind. Ähnlich hieß es in den Preußischen Mustersatzungen von 1922 [8] (MuSa 1922) (§ 33, Abs.2), 1927 [9] (MuSa 1927) (§ 35,Abs.2) und 1932 [10] (MuSa 1932) (§ 22,Abs.4): "Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen, soweit diese Gelder nicht in börsengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechseln Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva gewährt sind".

Während die goldene Bankregel somit im Sparkassenrecht für das kurzfristige Geschäft in dem Sinne niedergelegt ist, daß die Kündigungsfristen einander entsprechen sollen, fehlt eine derartige Bestimmung für das langfristige Sparkassengeschäft. In der Praxis behalten sich die Sparkassen jedoch schon immer für die durch sie ausgereichten Hypothekarkredite ein ordentliches Kündigungsrecht von drei Monaten vor[11]. Diese Handhabung wird aus liquiditätspolitischen Gründen vorgenommen, da die Spareinlagen, aus denen

---

Paragraphenfolge und unter geringfügigen textlichen Änderungen eingeführt worden. Die restlichen Bundesländer haben ihre alten Mustersatzungen der Neufassung angeglichen. Die Neufassung der Mustersatzung ist abgedruckt in: Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, hrsg. von der ADSGG, Stuttgart 1953.

8) Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes: Die Mustersatzung für Sparkassen, Hannover 1922.

9) Mustersatzung für Sparkassen vom 26.Juli 1927 (MBliV., S. 760).

10) Mustersatzung für Sparkassen vom 26.August 1932 (MBliV., S. 853).

11) Vgl. die vom Deutschen Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart für die Sparkassen verfaßten Hypothekenurkunden, wo es jeweils unter Ziff. 6 heißt: "Das Darlehen kann beiderseits mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende eines jeden Kalendervierteljahres gekündigt werden". (Vgl. Formblätter Nr.9200 X/59, 9201 X/59 usw.)

die Hypothekarkredite gewährt sind, entweder täglich [12] oder mit einer Kündigungsfrist von drei, sechs und zwölf Monaten kündbar sind. Hierdurch wird, wenn wir von den täglich kündbaren Spareinlagen absehen, die goldene Bankregel auch im langfristigen Sparkassengeschäft mit dem Inhalte durchgeführt, daß die Kündigungsfristen von Aktiv- und Passivgeschäften übereinstimmen, bzw. im langfristigen Passivgeschäft teilweise sogar länger sind als im langfristigen Aktivgeschäft.

Trotz der Übereinstimmung der Kündigungsfristen von Aktiv- und Passivgeschäften kann jedoch bei materieller Betrachtungsweise von einer Einhaltung der goldenen Bankregel in dem von Otto Hübner aufgefaßten Sinn der Kongruenz der Fälligkeiten von Aktiv- und Passivgeschäften keine Rede sein. So sind zwar die Sichteinlagen und die Debitoren täglich kündbar, doch muß die Sparkasse jederzeit zur Rückzahlung der Sichteinlagen fähig sein, während eine jederzeitige Zurückforderung der Debitoren praktisch nicht möglich ist. Das gleiche gilt für das langfristige Sparkassengeschäft. Während die Spareinlagen teils täglich und teils mit dreimonatiger, sechsmonatiger und zwölfmonatiger Kündigungsfrist abgehoben werden können, ist eine Rückforderung der mit langjährigen Laufzeiten ausgestatteten Hypotheken in der in den Schuldurkunden vorgesehenen dreimonatigen Kündigungsfrist in der Praxis nicht möglich. Die Sparkassen pflegen daher in der Praxis von dem ordentlichen dreimonatigen Kündigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, solange der Hypothekenschuldner seinen Verpflichtungen aus der Schuldurkunde pünktlich nachkommt[13].

---

12) Von Spareinlagen mit gesetzlicher (dreimonatiger) Kündigungsfrist können monatlich 1.000,- DM ohne vorherige Kündigung abgehoben werden.

13) Vgl. Perdelwitz - Fabricius - Kleiner: Das preußische Sparkassenrecht, Berlin 1937, S.313 f.

So gelten denn auch die Hypothekendarlehen als völlig illiquide[14].

Außerdem läßt das Sparkassenrecht die Anlage der als kurzfristig geltenden Sicht- und Termineinlagen in Wertpapieren zu[15]. Hieraus geht besonders die Doppelstellung der Wertpapiere hervor. Während die Wertpapiere auf der einen Seite zum langfristigen Aktivgeschäft zählen, gelten sie auf der anderen Seite als liquide Mittel, da sie in normalen Zeiten an der Börse veräußert oder bei der Notenbank beliehen werden können.

## C. Die Herstellung fester Beziehungen zwischen Aktiv- und Passivgeschäften durch Anlage-, Liquiditäts- und sonstige Vorschriften

### I. Durch Anlagevorschriften nach dem Sparkassenrecht

#### 1.) Die Bindung des Realkredits[16] an den Spareinlagenbestand

Die MuSa 1922 und 1927 enthielten noch keine Vorschriften, die den Realkredit der Sparkassen begrenzten. Erst nach der Krise des Jahres 1931 wurde mit Rücksicht auf die langfristige Natur des Realkredits und zur Siche -

14) Vgl. Gerlich,R.: Das Liquiditätsproblem im preußischen Sparkassenwesen und die Entwicklung der Liquiditätsverhältnisse seit der Währungsstabilisierung, Berliner Dissertation 1931, S. 95 f.; Stucken,R.: Geld und Kredit, 2.Auflage, a.a.O., S.122.

15) Vgl. S. 12. In der MuSa 1953 fehlen zwar derartige Bestimmungen, jedoch hat sich die Handhabung in der Praxis nicht geändert.

16) Unter Realkredit im sparkassenrechtlichen Sinne ist der durch Bestellung einer Hypothek, Grund- oder Rentenschuld gesicherte langfristige Kredit in Darlehensform zu verstehen.
(Vgl. Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 6: Kreditabteilung, a.a.O., S.42.)

rung der notwendigen Liquidität der Sparkassen in der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.Oktober 1931[17] Fünfter Teil, Kapitel I: Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen[18] (Art.1, § 6) bestimmt, daß in Hypotheken nicht mehr als 40 v.H. der Spareinlagen angelegt werden dürfen. Diese Begrenzung wurde in die MuSa 1932 eingebaut und auch auf Darlehen gegen Grund- und Rentenschulden ausgedehnt. Da sich die Realkreditgrenze in der Folgezeit für den Wohnungsbau und die Arbeitsbeschaffung als zu eng erwies, wurde sie durch Art.16 der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9.Februar 1935 [19] auf 50 v.H. der Spareinlagen erhöht. Auch in den derzeit gültigen Sparkassenmustersatzungen ist eine Realkreditgrenze von 50 v.H. der Spareinlagen vorgeschrieben (§ 14, Abs.7 MuSa 1953).

In die Realkreditgrenze sind alle Realkredite einzurechnen. Nicht einzurechnen sind durch Grundpfandrechte gesicherte Personalkredite sowie Darlehen, die im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen gewährt werden.

2.) Die Bindung des Kommunalkredits[20] an die Gesamteinlagen

Aufgrund der MuSa 1922 durften Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände 50 v.H. des Gesamteinlagenbestandes nicht überschreiten, wobei höchstens 20 v.H. auf langfristige Darlehen solcher Art entfallen durften. In der MuSa 1927 blieb die Grenze für Darlehen an öffentlich-rechtliche Verbände mit 50 v.H. der Gesamteinlagen unverändert, doch

---

17) RGBl. I, S. 537.
18) RGBl. I, S. 554.
19) RGBl. I, S. 205. Die Verordung wurde gem. § 63, Abs.1, Ziff.4 KWG n.F. aufgehoben.
20) Kommunalkredit im sparkassenrechtlichen Sinn ist der an Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährte oder von ihnen dem Bund oder einem Land verbürgte lang- oder kurzfristige Kredit. (Vgl. Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 6: Kreditabteilung, a.a.O., S. 78.)

wurde der Anteil der langfristigen Darlehen auf 25 v.H. der Gesamteinlagen erhöht. Schließlich wurde in der MuSa 1932 die Grenze für den Gesamtbetrag der Kommunaldarlehen auf 25 v.H. aller Einlagen herabgesetzt, wovon die Hälfte, d.s. 12,5 v.H. der Gesamteinlagen langfristig sein durfte (§ 29, Abs.2 MuSa 1932). Diese Regelung wurde auch in die MuSa 1953 übernommen (§ 18, Abs.2 MuSa 1953).

In den Gesamtbetrag der Kommunalkredite ist der Bestand an Inhaberanleihen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden sowie Bürgschaften und Wechselverpflichtungen, die die Sparkasse zugunsten solcher Körperschaften übernommen hat, einzurechnen. Ausleihungen im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen unterliegen diesen Beschränkungen nicht.

Neben diesen sparkassenrechtlichen Vorschriften bestanden seit 1931 reichsrechtliche Vorschriften für den Kommunalkredit, die den landesrechtlichen Bestimmungen der Sparkassenmustersatzungen vorgingen und ihren Geltungsbereich erheblich einschränkten. So wurde durch § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 5.August 1931 [21] den Sparkassen bis auf weiteres untersagt, Anleihen, Darlehen und Kassenkredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten unmittelbar oder mittelbar zu gewähren. Dieses Kommunalkreditverbot hat das Kommunalkreditgeschäft der Sparkassen nach und nach vollkommen zum Erliegen gebracht. Erst das Gesetz über den Kommunalkredit der Spar- und Girokassen und der kommunalen Kreditanstalten vom 7.Juni 1939 [22] gestattete den Sparkassen wieder die Gewährung von Kassenkrediten an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Die Verordnung über den Kommunalkredit

---

21) RGBl. I, S. 429.
22) RGBl. I, S. 986.

der Sparkassen vom 24.April 1941 [23] ermächtigte die Sparkassen wieder langfristige Kommunalkredite für lebenswichtige, im allgemeinen Interesse liegende Zwecke, die in gesonderten Richtlinien[24] einzeln benannt wurden, zu gewähren.
Seit Ende des 2.Weltkrieges wird das Kommunalkreditverbot nicht mehr beachtet, da es nach Auffassung der Sparkassenpraxis materiell nicht mehr besteht[25]. Dieser Auffassung hat sich das neue Kreditwesengesetz angeschlossen und durch § 63, Abs.1 Ziff.9 den § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 5.August 1931 aufgehoben.

II. Durch das Zwangsanlagegesetz

Gem. § 19 MuSa 1953 können die Sparkassen nach den Richtlinien des Verwaltungsrats Schuldverschreibungen auf den Inhaber erwerben, die nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind. Der Ausdruck "Schuldverschreibungen auf den Inhaber" umfaßt als Rechtsbegriff des Zivilrechts neben den festverzinslichen Wertpapieren auch die verzinslichen und unverzinslichen Schatzanweisungen[26]. Der Erwerb von Aktien ist verboten.

Noch enger waren die Vorschriften der §§ 31 MuSa 1927 und 1932, die nur den Erwerb einzeln aufgezählter Arten von mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber zuließen.
Ergänzt wurden die Vorschriften durch das bis Ende des 2.Weltkrieges geltende Gesetz betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23.Dezember 1912[27] (Zwangsanlagegesetz), auf das in den MuSa 1927 und 1932 (§ 31, Abs.2) ausdrücklich verwiesen wurde. Nach diesem Gesetz mußten die Sparkassen gewisse Mindestbe-

---

23) RGBl. I, S. 223.
24) Vgl. Runderlaß des Reichswirtschaftsministers vom 14.Mai 1941 - IV Kred. 2169/41 (RWMBl. 1941, S.166).
25) Vgl. Sparkassenkalender 1951, S. 240 ff.
26) Vgl. Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, a.a.O., S. 38 u. 40.
27) GS. 1913, S.3.

stände an Wertpapieren unterhalten, die sich nach dem Einlagenbestand der Sparkassen staffelten. So mußten die Sparkassen mit einem Einlagenbestand bis zu 5 Mio.M mindestens 15 v.H., von 5 Mio.M bis 10 Mio.M mindestens 20 v.H. und über 10 Mio.M mindestens 25 v.H. ihres verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Inhaberschuldverschreibungen anlegen (§ 1 Zwangsanlagegesetz). Dabei mußten mindestens drei Fünftel dieser Wertpapiere Reichs- und Staatsanleihen sein (§ 2 Zwangsanlagegesetz). Das verzinslich angelegte Vermögen errechnete sich aus der Aktivseite der Sparkassenbilanz, wobei der Barbestand, jederzeit abrufbare Bankguthaben, Grundstücke und durchlaufende Kredite abzusetzen waren (Ziff. 2 Ausf. Anw. zum Zwangsanlagegesetz)[28].

Das Zwangsanlagegesetz, das in der Inflations- und Stabilisierungszeit keine Beachtung mehr finden konnte, wurde im Jahre 1925 [29] in Preußen wieder in Kraft gesetzt und ist durch verschiedene Runderlasse der obersten Sparkassenaufsichtsbehörde in den Jahren 1935 und 1936 den Sparkassen wiederholt zur Pflicht gemacht worden[30].

## III. Durch Liquiditätsvorschriften

### 1.) Liquiditätsvorschriften nach dem Sparkassenrecht

Nach den Liquiditätsbestimmungen des § 33 MuSa 1922 mußten die Sparkassen 30 v.H. ihrer gesamten Einlagen in flüssi-

---

28) Ausführungsanweisung zum Gesetz vom 23.Dezember 1912 betreff Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 8.Mai 1913 (MBliV., S.77).
29) Rd.Erl. d.MdJ. betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 16.Oktober 1925 (MBliV., S.1114).
30) Perdelwitz-Fabricius-Kleiner: Das preußische Sparkassenrecht, a.a.O., S.351 f.

gen Werten anlegen. Als solche galten:

a) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen,
b) Inhaberpapiere,
c) mit höchstens 14-tägiger Frist kündbare Darlehen gegen Schuldschein oder Wechsel,
d) zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel,
e) kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände,
f) vorübergehende Anlagen bei Sparkassen und Banken.

Gem. § 35 der MuSa 1927 hatten die Sparkassen ebenfalls 30% ihrer gesamten Einlagen in flüssigen Werten anzulegen, doch hatten sich die Reihenfolge und der Kreis der flüssigen Werte geändert. § 35, Abs. 1 nannte nunmehr als flüssige Werte:

a) Kassenbestand, Sorten und Kupons,
b) Guthaben bei der Reichsbank, bei Privatnotenbanken und auf Postscheckkonto,
c) vorübergehende Anlagen bei öffentlichen Bankanstalten (und Sparkassen, sowie bei Privatbanken gemäß § 33),
d) zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel (gemäß § 33),
e) Wechsel gemäß § 27, Abs.4, die jederzeit bei der Reichsbank diskontierbar sind, soweit sie sich innerhalb des der Sparkasse von der Reichsbank eingeräumten Wechsel-Kontingents halten,
f) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die bei der Reichsbank oder einer anderen Bank lombardfähig sind,
g) kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände und
h) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie nach § 26, Abs.1a und b gesichert sind.

Außerdem waren nach § 35, Abs.1c mindestens 10 v.H. der Gesamteinlagen bei der zuständigen Girozentrale als Liquiditätsreserve anzulegen.

Aufgrund der Notverordnung vom 6.Oktober 1931 [31] (Art.1, § 5, Abs.2) wurden für Spar- und Giroeinlagen verschiedene Liquiditätssätze festgesetzt. Demnach mußten die Sparkassen 30 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anlegen. Dabei hatten sie mindestens 10 v.H. der Spareinlagen und 20 v.H. der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve (Liquiditätsguthaben) bei der zuständigen Girozentrale anzulegen. Die Oberste Landesbehörde konnte im Einvernehmen mit der Reichsregierung auch andere Stellen bestimmen, bei denen die Liquiditätsreserve ganz oder teilweise angelegt werden konnte. Hiervon machte die MuSa 1932 Gebrauch, indem sie bestimmte, daß 35 v.H. der Liquiditätsreserve wahlweise auch bei der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) angelegt werden konnten (§ 35, Abs.1 MuSa 1932).

Die in der Notverordnung vom 6.Oktober 1931 vorgeschriebenen Sätze mußten als Reichsrecht in die landesrechtlichen Vorschriften der Mustersatzungen übernommen werden (vgl. § 35 MuSa 1932 und § 24 MuSa 1953). Die flüssigen Werte entsprachen hierbei in der MuSa 1932 den flüssigen Werten der MuSa 1927 ohne die kurzfristigen Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände (§ 35, Abs.2 MuSa 1932).

Die MuSa 1953 nennt folgende flüssige Werte (§ 24, Abs.2):

a) Kassenbestand, Guthaben bei der Landeszentralbank und auf Postscheckkonto,
b) Guthaben bei der zuständigen Girozentrale. (In den meisten derzeit gültigen MuSa der einzelnen Länder zählen hierzu nur Guthaben mit einer Laufzeit oder Fälligkeit bis zu 3 Monaten.),
c) täglich fällige Guthaben bei anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten sowie bei privaten Kreditinstituten,
d) Schatzwechsel und Privatdiskonten,
e) Wechsel,
f) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von der Landeszentralbank zum Lombardverkehr zugelassen sind,

---

31) RGBl. I, S.537 u. 554; vgl. auch S.15. Die den Liquiditätszug der Sparkassen regelnden Vorschriften der Notverordnung vom 6.Oktober 1931 wurden gem. § 63, Abs.1, Ziff. 10 KWG n.F. aufgehoben.

g) Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand, die von der Landeszentralbank zum Lombardverkehr zugelassen sind.

Hierbei müssen die flüssigen Anlagen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (§ 24, Abs.3 MuSa 1953).

Diese strengen Liquiditätsvorschriften waren aufgrund der Erfahrungen in der Bankenkrise erlassen worden. Man ließ deshalb nach der Bankenkrise im Verlauf des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs gewisse Erleichterungen in den Liquiditätsvorschriften eintreten. So bestimmte Artikel 15 der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9.Februar 1935 [32], daß die Sparkassen auf die von ihnen bei den Girozentralen oder anderen Stellen zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben (10 v.H. der Spareinlagen und 20 v.H. der sonstigen Einlagen) bis zur Hälfte den Bestand an Wertpapieren anrechnen konnten, die der Reichswirtschaftsminister bestimmte ("Li-Anleihen"). Als anrechnungsfähig wurden erklärt:

die $4\frac{1}{2}$%ige Reichsanleihe vom Jahre 1935,

die $4\frac{1}{2}$%igen Anleihen des Deutschen Reiches von 1937-1940,

die 4%ige Anleihe des Deutschen Reiches von 1940,

die $3\frac{1}{2}$4igen Anleihen des Deutschen Reiches von 1941-1945 [33].

Wegen der besseren Verzinsung machten die Sparkassen von dieser Möglichkeit auch reichlichen Gebrauch.

Die Auswirkungen des neuen KWG auf die sparkassenrechtlichen Liquiditätsvorschriften werden wir im 3. Abschnitt behandeln.

2.) Liquiditätsvorschriften nach dem KWG

Nach § 16, Abs.2 KWG a.F. von 1934 bzw. 1939 hatten die Kreditinstitute einen vom Aufsichtsamt für das Kreditwesen bzw. vom Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium festzusetzenden Vom-Hundertsatz ihrer Verpflichtungen aus Depositengeldern, Kontokorrentguthaben

32) RGBl. I, S.205.
33) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.45.

der Kundschaft, seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten, Nostroverpflichtungen und aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener und gezogener Wechsel (soweit diese Wechsel sich im Verkehr befinden) in Handelswechseln, die innerhalb von 90 Tagen fällig sind, und in Wertpapieren zu unterhalten, welche nach dem Bankgesetz von der Reichsbank zum Lombardverkehr zugelassen waren oder zugelassen werden konnten. Der Hundertsatz konnte für die einzelnen Arten oder Gruppen von Kreditinstituten verschieden bemessen werden, durfte jedoch in keinem Falle auf mehr als 30 v.H. festgesetzt werden. Da Hundertsätze aber nie festgesetzt wurden, sind die Vorschriften des KWG a.F. bis zum Inkrafttreten des neuen KWG am 1.1.1962 Rahmenvorschriften geblieben.

Gem. § 11 des KWG n.F. müssen die Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen, daß jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Hierbei stellt das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen[34)] im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze auf, nach denen es für den Regelfall beurteilt, ob die Liquidität ausreicht. Die Spitzenverbände der Kreditinstitute sind vorher anzuhören.

Die Besprechung dieser Grundsätze werden wir im folgenden 3. Abschnitt vornehmen.

3.) Durch die Kreditrichtsätze und Grundsätze II und III

Zu den Liquiditätsvorschriften zählten auch die vom Zentralbankrat im Jahre 1951 erlassenen Kreditrichtsätze II und III.
Die BdL führte über den Zweck der Kreditrichtsätze folgendes aus: "Die genannten Richtsätze stellen Mindestanforderungen dar, die an die bilanzmäßige Bonität der Geldinstitute normalerweise künftig gestellt werden sollen....

---

34) Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft mit dem Sitz in Berlin (§ 5 KWG n.F.).

Obwohl die Richtsätze teilweise an Bestimmungen des Kreditwesengesetzes anklingen (§§ 11,16), handelt es sich dabei selbstverständlich nicht um Normen mit Gesetzeskraft, zu deren Erlaß die Bank deutscher Länder rechtlich ohnehin nicht in der Lage wäre. Das Zentralbanksystem macht vielmehr mit der Fixierung derartiger Richtsätze - die je nach den jeweiligen Bedürfnissen und Erfahrungen abzuändern es sich vorbehält - und durch die hieran orientierte Bemessung seines Refinanzierungskredites je nach dem Maß, wie die in Betracht kommenden Banken die Annäherung an die Richtsätze anstreben, lediglich von dem natürlichen Recht des Geldgebers Gebrauch, Kredite gegebenenfalls dort zu verweigern, wo der Gesamtstatus der kreditnehmenden Bank dies nicht mehr rechtfertigt"[35]. "Obwohl die Kreditrichtsätze insoweit nur den Charakter von Geschäftsbedingungen hatten, sind sie von Anfang an von den Kreditinstituten, auch von denjenigen, die auf den Notenbankkredit nicht angewiesen waren, als im eigenen Interesse liegende angemessene Strukturnormen anerkannt und beachtet worden"[36].

Die für die Sparkassen maßgebenden Richtsätze wurden durch Beschluß des Zentralbankrates vom 14./15.März 1951 festgelegt und durch Beschluß vom 5./6.März 1952 mit Wirkung vom 1.April 1952 geändert. Mit Beschluß vom 15.Dezember 1954 wurden die Spareinlagen mit 50% in den Richtsatz II einbezogen. Von den von der BdL bzw. der BBk aufgestellten Richtsätzen I,II,III,IVa und IVb stellten nur die Richtsätze II und III direkte Beziehungen zwischen den Aktiv- und Passivgeschäften her. Wir wollen deshalb die Entwicklung dieser beiden Richtsätze einander gegenüberstellen:

---

35) Monatsberichte der Bank deutscher Länder (BdL), Januar/Februar 1951, S.16.
36) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank (Bbk), März 1962, S.3.

| gültig vom 14./15.März 1951 bis 31.März 1952 | v.1.April 1952 bis 14.Dez.1954 | v.15.Dez.1954 bis 31.März 62 |
|---|---|---|
| Richtsatz II | | |
| Die Summe der Debitoren zuzüglich der Debitorenziehungen soll 70 v.H. der ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen einer Sparkasse unter Ausschaltung der Spareinlagen nicht übersteigen. | 60 v.H. | 60 v.H., wobei die Spareinlagen in Höhe von 50 v.H. einbezogen werden. |
| Richtsatz III | | |
| Die Summe der liquiden Mittel einer Sparkasse soll 12,5 v.H. der fremden Gelder, wobei die Spareinlagen nur in Höhe von 50 v.H. einbezogen werden, nicht unterschreiten. | 15 v.H. | 15 v.H. |

Unter den haftenden Mitteln war hierbei das Eigenkapital gem. § 11, Abs.2 u.3 des KWG a.F. und steuerlich zugelassene Sammelwertberichtigungen zu verstehen.
Zu den Debitoren zählten neben den Kontokorrentkrediten auch die Akzeptkredite.
Zu den liquiden Mitteln rechneten: Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Postscheckguthaben, Schecks und Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder, bestimmte ausländische Schatzwechsel und ausländische unverzinsliche Schatzanweisungen.
Unter den fremden Geldern wurden erfaßt: Einlagen, aufgenommene Gelder, eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf.
Kredite, die an Vertriebene gewährt wurden, blieben grundsätzlich dann unberücksichtigt, wenn die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) für den Kredit eine Garantie übernommen und die Mittel bereitgestellt hat-

te. Dies galt nicht für den Kreditteil, für den das Kreditinstitut selbst haftete[37].

Mit Bekanntmachung Nr. 1/62 vom 8.März 1962 [38] hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gem. §§ 10 u.11 KWG n.F. Grundsätze aufgestellt, nach denen es für den Regelfall beurteilen wird, ob das Eigenkapital eines Kreditinstituts angemessen ist und ob die Liquidität eines Kreditinstituts ausreicht. "Diese Grundsätze sind weder Rechtsnormen noch Verwaltungsakte. An ihre Nichtbeachtung werden daher keine unmittelbaren Rechtsfolgen geknüpft. Mit ihnen gibt das Bundesaufsichtsamt lediglich bekannt, wie es sein verwaltungsmäßiges Ermessen ausüben wird, wenn es die Frage der Eigenkapitalausstattung oder Liquidität eines Kreditinstituts beurteilt..... Die Wirksamkeit der Grundsätze wird dadurch verstärkt, das die Bundesbank ihre Refinanzierungshilfe von der Beachtung der Grundsätze abhängig machen wird"[39].

Stellt das Bundesaufsichtsamt mit Hilfe der Grundsätze fest, daß das Eigenkapital oder die Liquidität unzulänglich sind, so kann es durch Zwangsmaßnahmen ein ausreichendes Eigenkapital und eine ausreichende Liquidität herbeiführen.[40]

Mit der Anwendung der Grundsätze durch das Bundesaufsichtsamt ab 1.April 1962 sind die bisherigen Kreditrichtsätze der BBK außer Kraft getreten.

Die für unsere Themenstellung maßgeblichen Grundsätze, die feste Beziehungen zwischen den Aktiv- und Passivgeschäften herstellen, sind die Liquiditätsgrundsätze II und III, die folgenden Wortlaut haben:

---

37) Vgl. zu den Kreditrichtsätzen Geschäftsberichte 1950-1961 der BdL bzw. BBk.
38) BAnz. Nr. 53 v. 16.3.1962.
39) Amtliche Begründung zum Gesetz über das Kreditwesen, abgedruckt in: Schork, L.: Gesetz über das Kreditwesen, 2. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 1963, S. 45.
40) Derartige Maßnahmen sind z.B. Beschränkung und Verbot von Gewinnausschüttungen und Kreditgewährungen, Verbot der Anlage verfügbarer Mittel in Grundstücken, Gebäuden, Schiffen und Beteiligungen (§ 45 KWG n.F.).

Grundsatz II

Die Anlagen eines Kreditinstituts in langfristigen Ausleihungen, in Konsortialbeteiligungen, in Beteiligungen, in nicht börsengängigen Wertpapieren sowie in Grundstücken und Gebäuden sollen die langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als langfristige Finanzierungsmittel sind anzusehen:
das Eigenkapital,
die eigenen Schuldverschreibungen im Umlauf,
die vorverkauften Schuldverschreibungen,
die aufgenommenen langfristigen Darlehen,
60% der Spareinlagen,
10% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken.....

Grundsatz III

Die Debitoren, die Debitorenziehungen, die börsengängigen Dividendenwerte und die "Sonstigen Aktiva" eines Kreditinstituts sollen die Summe der nachstehenden Finanzierungsmittel nicht übersteigen:
60% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken,
35% der Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten,
20% der Spareinlagen,
35% der aufgenommenen Gelder mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von 1 Monat bis unter 4 Jahren ohne die seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite,
80% der seitens der Kundschaft bei Kreditinstituten im Ausland benutzten Kredite,
80% der umlaufenden eigenen Akzepte, Solawechsel und den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen
zuzüglich des Finanzierungsüberschusses bzw.
abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages im Grundsatz II.....

Die Grundsätze II und III erfassen somit alle Forderungen und Anlagen eines Kreditinstituts, die nicht als liquide oder leicht verwertbar anzusehen sind. Mittelbar ermöglichen sie eine allgemeine Beurteilung des Liquiditätsstatus

des betreffenden Kreditinstituts[41].

Da durch den Erlaß der Grundsätze des Bundesaufsichtsamts erstmals Liquiditätsvorschriften nach dem KWG neben den sparkassenrechtlichen Liquiditätsvorschriften bestehen, kommt es zu einer Konkurrenz dieser beiden Arten von Vorschriften. Das neue KWG hat zwar die für die Sparkassen maßgeblichen Liquiditätsvorschriften der Notverordnung vom 6.Oktober 1931 aufgehoben (§ 63, Abs.1, Ziff. 10 KWG n.F.), da jedoch diese Liquiditätsvorschriften in die Sparkassenmustersatzungen der einzelnen Bundesländer übernommen wurden[42], bestehen sie als Anstaltsrecht neben den Vorschriften des KWG weiter. "Ist das Landessparkassenrecht milder als das KWG, (die Liquiditäts-, der Verf.) und die Eigenkapitalgrundsätze, so berührt das die Bankenaufsicht nach dem KWG ebensowenig, als wenn das Sparkassenrecht schärfer ist"[43]. In der Praxis muß man sich also immer nach den strengeren Rechtsvorschriften richten[44].

## D. Vorschriften des KWG über den Sparverkehr

### I. Das Verbot des Dauerauftrags, des Schecks und der Überweisung zu Lasten von Sparkonten

Gem. Runderlaß des (preußischen) Ministers des Innern vom 20.April 1909[45] war den Sparkassen gestattet worden, daß über Spareinlagen durch Scheck verfügt werden darf. Dieser Erlaß wurde durch Ziff.6 des Begleiterlasses zur preußischen Mustersatzung vom 26.August 1932[46] aufgehoben, so

---

41) Vgl. Monatsberichte der BBk, März 1962, S.12.
42) Eine Ausnahme machen hier nur die MuSa von Niedersachsen vom 15.Oktober 1962 (Nieders. GVBl. 1962, S.204) und die Bayerische Sparkassenordnung vom 7.Januar 1963 (Bay. GVBl. Nr. 1/1963, S.9) In der Nieders. MuSa sind keine speziellen Liquiditätsvorschriften vorhanden und in Bayern müssen die Sparkassen nur noch 1% der Spareinlagen und 2% der Giroeinlagen als Liquiditätsreserve bei ihrer Girozentrale anlegen.
43) Schork, L.: Gesetz über das Kreditwesen, a.a.O., S.47.
44) Vgl. Einführung der Bayerischen Verwaltungsschule, München in die Rechtsgrundlagen des Kreditwesens (Lehrbrief) S. 15.
45) MBliV., S. 124.
46) MBliV., S. 853.

daß die preußischen Sparkassen bereits von diesem Zeitpunkt ab mit ihren Spareinlagen nicht mehr am Scheckverkehr teilnehmen durften. Das KWG vom 5.Dezember 1934 [47] hat dann für alle Kreditinstitute Verfügungen über Spareinlagen durch Überweisungen und Scheckziehungen verboten (§ 22, Abs.3 KWG a.F.). Da die strikte Durchführung des Überweisungsverbots im Einzelfall zu Härten und zu arbeitsbelastenden Manipulationen führen kann, haben der Reichskommissar bzw. das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen in ihren Stellungnahmen zu den §§ 22 und 23 KWG a.F. Überweisungen zu Lasten von Sparkonten zugelassen, wenn das Sparbuch persönlich vorgelegt wird. Gleichzeitig wurden Daueraufträge zu Lasten von Sparkonten als unzulässig erklärt[48].

Durch diese Bestimmungen werden Überweisungen und Umbuchungen von den langfristigen Sparkonten auf kurzfristige Giro-, Kontokorrent- und Depositenkonten erschwert und, soweit derartige Umbuchungen mittels Verrechnungsschecks oder Daueraufträgen durchgeführt werden könnten, ganz verhindert.

Auch nach den Bestimmungen des neuen KWG dürfen Verfügungen über Spareinlagen nicht durch Überweisung oder Scheck zugelassen werden (§ 21 KWG n.F.).

## II. Das Verbot der Verbuchung von Kreditmitteln auf Sparkonten

Eine weitere Einschränkung des Zusammenspiels zwischen dem kurz- und langfristigen Geschäft der Sparkassen brachte der § 22, Abs.4 KWG a.F., nach dem ein Kreditinstitut Beträge, die es erst im Kreditwege zur Verfügung stellte, nicht auf Sparbuch gutbringen durfte. Diese Vorschrift, die nur für das kreditgebende Kreditinstitut galt, wollte die Bildung unechter Spareinlagen und die bankmäßige Geldschöpfung auf Sparkonto verhindern[49]. Im KWG n.F. fehlt eine der obigen Vorschriften entsprechende Bestimmung.

---

47) RGBl. I, S. 1203.

48) Vgl. Abschnitt Ic der Stellungnahme des Reichskommissars für das Kreditwesen zu Zweifelsfragen zu §§ 22 und 23 des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 1.Februar 1936 - 2467/36 V - und Ziff.3 der Stellungnahme des Reichsaufsichtsamts für das Kreditwesen zu §§ 22 und 23 KWG vom 3.August 1940 - 15444/40 V -.

49) Vgl. Reichardt, W.: das Gesetz über das Kreditwesen vom 25.September 1939, Kommentar, Berlin 1942, S.362.

## Zweiter Teil: Die zahlenmäßige Entwicklung des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften

### A. Die kurzfristige Anlage von Spareinlagen in der Phase der Eineinhalbgleisigkeit bis 1909

Die ersten statistischen Zahlen über das Aktivgeschäft der preußischen Sparkassen datieren aus dem Jahre 1856. In diesem Zeitpunkt sind die Sparkassen noch durch die "Eineinhalbgleisigkeit" gekennzeichnet. Auf der Aktivseite wird zwar das kurz- und langfristige Geschäft in Form von Personal- und Realkrediten und der Wertpapieranlage betrieben. Dem steht jedoch auf der Passivseite nur das langfristige Spargeschäft gegenüber.

Erst der Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 20.April 1909 [1] über den Scheckverkehr der öffentlichen Sparkassen gestattete den preußischen Sparkassen mit Genehmigung des Oberpräsidenten neben dem Spareinlagenbetrieb den Depositen- und Kontokorrentverkehr unter Benutzung des Schecks und der Giroüberweisung einzuführen, wenn nach der Entwicklung der Sparkasse und den örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis dazu vorhanden war. Ferner wurde in diesem Erlaß das Wechsel- und Lombardgeschäft im Depositen- und Kontokorrentverkehr in mäßigen Grenzen zugelassen (Abschn.I, Ziff.4 des Erlasses).

Ab 1909 erst können somit die Sparkassen als zweigleisig betrachtet werden, wenn auch das Depositen- und Kontokorrentgeschäft ursprünglich begrenzt war. So durfte der Gesamtbetrag der im Depositen- und Kontokorrentverkehr geführten Guthaben 10 v.H. des Gesamtbetrages der Einlagen

---

1) MBliV., S. 124.

auf Sparkassenbüchern nicht überschreiten (Abschn. II, Ziff.2 des Erlasses).

Wie aus den statistischen Unterlagen hervorgeht, waren in den Jahren 1856-1873 ungefähr $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{6}$ der Spareinlagen im kurzfristigen Personalkreditgeschäft angelegt[2]. Das Personalkreditgeschäft, das in dieser Zeit dem kurzfristigen Aktivgeschäft überhaupt entsprach, spielte also eine hervorragende Rolle im Bilanzbild der Sparkassen. Zurückzuführen war diese ursprünglich positive Einstellung der Sparkassen zum kurzfristigen Aktivgeschäft darauf, daß dieser Geschäftszweig von den Sparkassenaufsichtsbehörden ausdrücklich empfohlen wurde, damit das Kreditbedürfnis der arbeitenden Klasse, der Handwerker und kleinen Besitzer befriedigt werden konnte[3].
Jedoch seit dem Jahre 1873 ist der Anteil der in Personalkrediten angelegten Spareinlagen laufend zurückgegangen und betrug Ende 1913 nur noch 3,1% der Spareinlagen, obwohl die Personalkredite absolut gewachsen waren. Am stärksten war der Rückgang zwischen 1870 und 1890 [4]. Da in dieser Zeit die Gründungsperiode der Kreditgenossenschaften und Aktienbanken lag, führt Winkler den Rückgang des kurzfristigen Aktivgeschäfts auf die zunehmende Bedeutung der Konkurrenzinstitute zurück[5]. Andere Gründe sind darin zu suchen, daß die Sparkassenpraxis damals ihr Hauptaugenmerk auf größte Sicherheit und Einfachheit des Aktivgeschäfts richtete und deshalb verstärkt in das Hypotheken- und Wertpapiergeschäft ging. Dabei sollten die Wertpapiere gleichzeitig auch zur Sicherung der Liquidität dienen[6].

---

2) Vgl. die zahlenmäßige Darstellung bei Winkler,H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, Berlin 1934, S.5.
3) Vgl. Winkler,H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, a.a.O., S.3 f.; Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 1: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens. Stuttgart 1956, S.26 ff.
4) Vgl. die zahlenmäßige Darstellung bei Winkler, H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, a.a.O., S.5 f.
5) Vgl. ebenda, S.7 ff.

Größere Liquiditätsschwierigkeiten gab es während dieser Zeit nicht, weil die Spareinlagenzugänge laufend größer waren als die Spareinlagenabgänge und die einzelnen Spareinlagen sehr dauerhaft waren. Soweit in Einzelfällen ein kurzfristiger Geldbedarf auftrat, wurde er durch die regelmäßigen Zinseingänge und durch Lombardierung von Wertpapieren bei der Reichsbank gedeckt[7].

## B. Die Phase der Zweigleisigkeit ab 1909

### I. Die Entwicklung vom Jahre 1909 bis zur Währungsstabilisierung im Jahre 1924

#### 1.) Der Ausbau des kurzfristigen Passivgeschäfts in den Jahren 1909 - 1924

Wie wir bereits im vorigen Abschnitt darstellten, können die Sparkassen erst ab 1909 als zweigleisig bezeichnet werden. Doch war der Gesamtbetrag der im Depositen- und Kontokorrentverkehr geführten Guthaben ursprünglich auf 10 v.H. des Gesamtbetrages der Spareinlagen begrenzt (Abschn.II, Ziff.2 des Erlasses vom 20. April 1909) [1]. Diese Grenze wurde mit Erlaß vom 10. August 1917 [2] auf 25% heraufgesetzt und durch Erlaß vom 15. April 1921 [3] völlig beseitigt. Dementsprechend war auch der Anteil der Kontokorrenteinlagen ursprünglich äußerst gering. In der Kriegs- und Nachkriegszeit kam es jedoch zu einem starken Ausbau der kurzfristigen Zweige des Passivgeschäfts. So betrugen die kurzfristigen Kontokorrenteinlagen am Ende des Jahres 1909 noch 1% der gesamten Ein-

---

6) Vgl. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, 29.Jhg. 1889, Berlin 1889, S. 70.
7) Vgl. Winkler,H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, a.a.O., S. 32.

1) MBliV., S. 124.
2) MBliV., S. 195.
3) MBliV., S. 128.

lagen, am Ende des Jahres 1920 aber bereits 9,2% (vgl. nachstehende Übersicht 1).

Übersicht 1: Kontokorrenteinlagen in % der Gesamteinlagen von 1909 - 1920

| Jahr | Kontokorrenteinlagen in Mio.M | Gesamteinlagen in Mio.M | Sp.1 in v.H. Sp.2 |
|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 |
| 1909 | 11,8 | 10.344,5 | 0,1 |
| 1910 | 18,1 | 11.124,9 | 0,2 |
| 1911 | 29,4 | 11.866,7 | 0,3 |
| 1912 | 52,9 | 12.485,8 | 0,4 |
| 1913 | 64,8 | 13.176,1 | 0,5 |
| 1914 | 135,0 | 13.773,8 | 1,0 |
| 1915 | 228,2 | 13.766,1 | 1,7 |
| 1916 | 359,5 | 14.715,0 | 2,4 |
| 1917 | 704,7 | 17.969,7 | 3,9 |
| 1918 | 1.011,8 | 22.334,3 | 4,5 |
| 1919 | 1.431,2 | 26.309,5 | 5,4 |
| 1920 | 2.978,0 | 32.529,7 | 9,2 |

Quelle: Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes, 62.Jhg. 1922, Berlin 1923, S.392 ff.

Ende 1912 hatten erst 13% der preußischen Sparkassen (229 von 1760) [4] den Kontokorrentverkehr eingeführt. Dagegen hatten im Jahre 1920 bereits 59% der preußischen Sparkassen (930 von 1572) [5] diesen neuen Geschäftszweig aufgenommen. Im Verlaufe der nach 1918 einsetzenden Geldentwertung, die die Spartätigkeit schließlich völlig zum Erliegen brachte, wurden die

4) Vgl. Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes, 58.Jhg. 1918, Berlin 1919, S.164 u. 189.

5) Vgl. Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes, 62.Jhg. 1922, Berlin 1923, S.402.

Spareinlagen von den Giroeinlagen überrundet. So betrug das Verhältnis zwischen Spareinlagen und Giroeinlagen Ende 1922 noch 4:1, Ende Oktober 1923 dagegen 1:11 [6].

2.) Die teilweise Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch Verminderung des kurzfristigen Aktivgeschäfts und durch Erhöhung der Giroeinlagen im Jahre 1915

Während die Spareinlagen der preußischen Sparkassen seit dem Jahre 1848 laufend gestiegen waren, kam es im Juli 1914 erstmals zu Auszahlungsüberschüssen. Der Grund war der Ausbruch des 1. Weltkrieges, der die Sparer um die Sicherheit ihrer Ersparnisse fürchten ließ. Im August 1914 trat jedoch wieder eine Beruhigung ein und die Einlagenabzüge kamen zum Stillstand[7]. Finanziert wurden die Einlagenabzüge, die Reusch auf 200 bis 300 Mio.M für das gesamte Reichsgebiet schätzt[8], durch die Lombardierung von Wertpapieren bei der Reichsbank und durch die Mobilisierung anderer liquider Mittel[9].

Infolge der Zeichnungen für die 2. und 3. Kriegsanleihe, an der die Sparer in großem Maße teilnahmen, kam es im Jahre 1915 erneut zu einer Einlagenminderung, die bei den preußischen Sparkassen 100,9 Mio.M und bei den gesamten deutschen Sparkassen 166,5 Mio.M betrug[10]. Gleichzeitig nahm im Jahre 1915 das langfristige Aktivgeschäft der preußischen Sparkassen um 931 Mio.M zu.

---

6) Vgl. Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 1: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, a.a.O., S.59.
7) Vgl. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamtes, 56.Jhg. 1916, Berlin 1916, S.46.
8) Reusch, H.: Die Panik bei den deutschen Sparkassen beim Ausbruch des Krieges, in: Sparkasse, 35.Jhg. 1915, S. 257 ff.
9) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.63.
10) Errechnet aus den ebenda auf d.S. 166 u. 167 angegebenen Zahlen.

Den größten Zuwachs zeigten hierbei die Wertpapiere mit 593 Mio.M, da die Sparkassen selbst an den Kriegsanleihezeichnungen teilnahmen.
Zur Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts mußten die Sparkassen auch auf ihr kurzfristiges Geschäft zurückgreifen. Aus der nachfolgenden Übersicht 2 geht hervor, daß den Sparkassen durch den Giroeinlagenzugang kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 93 Mio.M zuflossen. Weitere kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 21 Mio.M beschafften sich die Sparkassen durch die Verminderung des Wechselkredits um 17 Mio.M und der Debitoren um 4 Mio.M. Die somit den Sparkassen aus dem kurzfristigen Geschäft zur Verfügung stehenden Betriebsmittel von insgesamt 114 Mio.M. wurden vollständig zur teilweisen Finanzierung der Spareinlagenabzüge von rd. 101 Mio.M und der langfristigen Neuanlagen von 931 Mio.M verwendet.

Übersicht 2: Veränderungsbilanz für die wichtigsten Aktiv- und Passivgeschäfte der preußischen Sparkassen in den Jahren 1914 und 1915

| Ende | 1914 | 1915 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| | Mio.M | Mio.M | |
| Wechsel | 53 | 36 | ./. 17 |
| priv.Debitoren | 329 | 325 | ./. 4 |
| kurzfr.Aktivgesch. | 382 | 361 | ./. 21 |
| Wertpapiere | 3.482 | 4.075 | + 593 |
| Hypotheken | 8.554 | 8.610 | + 56 |
| Kommunalkredite | 1.922 | 2.204 | + 282 |
| langfr.Aktivgesch. | 13.958 | 14.889 | + 931 |
| Giroeinlagen | 135 | 228 | + 93 |
| kurzfr.Passivgesch. | 135 | 228 | + 93 |
| Spareinlagen | 13.639 | 13.538 | ./. 101 |
| langfr.Passivgesch. | 13.639 | 13.538 | ./. 101 |

Quelle: Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes,62.Jhg.1922,Berlin 1923, S.392-397.

Der Abbau der Wechselkredite dürfte hauptsächlich durch Rediskontierung bei der Reichsbank vorgenommen worden sein. Wie der nicht aus dem kurzfristigen Sparkassengeschäft gedeckte langfristige Betriebsmittelbedarf von 918 Mio.M aufgebracht wurde, läßt sich nicht feststellen, da die zur Verfügung stehende Statistik nicht alle Bilanzposten ausweist.

## II. Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfts in den Jahren von der Währungsstabilisierung 1924 bis zur Bankenkrise 1931

### 1.) Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

In der weiteren Entwicklung der deutschen Sparkassen bis zum Jahre 1933 sind zwei Abschnitte zu unterscheiden.

In der Zeit von 1924-1929 und teilweise auch noch im Jahre 1930 erfolgte der Wiederaufbau der durch die Inflation vernichteten Spareinlagen mit der Folge, daß das langfristige Sparkassengeschäft wieder das Übergewicht über das kurzfristige Sparkassengeschäft erhielt. Konjunkturell ist dieser Abschnitt als Aufstiegsperiode zu kennzeichnen mit den Aufschwungsjahren 1924 und 1925, dem Depressionsjahr 1926 und den Aufschwungsjahren 1927-1929.

Der zweite Hauptabschnitt vom Jahre 1930-1932 umfaßt die Weltwirtschaftskrise. Gekennzeichnet ist dieser Abschnitt anfangs durch eine Verlangsamung der Wachstumsgeschwindigkeit der Spareinlagen und im Verlauf der Zahlungs- und Kreditkrise 1931/32 durch eine Minderung des Spareinlagenbestandes[1].

---

1) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 66 f.; Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956, S. 11 f.

## 2.) Das Überwiegen des kurzfristigen Geschäfts nach der Währungsstabilisierung

Die im Jahre 1918 einsetzende Inflation, die am 15.Oktober 1923 durch die Einführung der Rentenmark beendet wurde, hatte zu einer fast vollständigen Entwertung der Einlagen und des größten Teils der Aktiva der Sparkassen geführt. Die bisherige Aufwärtsentwicklung der Sparkassen war jäh unterbrochen worden und sie mußten ab Ende 1923 ihre Geschäfte wieder neu aufbauen. Die Entwicklung der Sparkassengeschäfte im ersten Jahr nach der Inflation zeigt die Bilanz von Ende 1924.
Vergleichen wir diese Bilanz mit der vom statistischen Reichsamt für das Jahr 1913 geschätzten Gesamtbilanz aller deutschen Sparkassen[2)], so zeigt sich eine verschiedene Zusammensetzung sowohl des Aktiv- als auch des Passivgeschäfts (vgl. Übersicht 3).

Während vor dem Kriege bei den Sparkassen das langfristige Aktiv- und Passivgeschäft überwog, stand im ersten Jahre nach der Stabilisierung das kurzfristige Geschäft im Vordergrund. So betrugen die kurzfristigen Anlagen im Jahre 1913 4,8% der Bilanzsumme gegenüber 79,2% im Jahre 1924. Das langfristige Aktivgeschäft war dagegen von 93,1% auf 10,4% zurückgegangen. Aus der Übersicht geht insbesondere hervor, daß die Wertpapiere und die Hypotheken anteilmäßig äußerst stark gesunken waren. Der abnorme Rückgang der Hypotheken von 63,0% auf 5,1% der jeweiligen Bilanzsumme war auf die Rückzahlung der Hypotheken in den Kriegs- und Inflationsjahren zurückzuführen, denn durch die hohen Kriegsgewinne und die laufende Geldverschlechterung konnten die Hypotheken besonders leicht getilgt werden[3)]. Die Wertpapiere wa-

---

2) Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 1927, Heft III, S.65.

3) Vgl. Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes, 60.Jhg.1920, Berlin 1921, S.177.

Übersicht 3: Jahresbilanzen der Jahre 1913 und 1924 in %

| | 1913 | 1924 |
|---|---|---|
| Bankguthaben | 2,0 | 20,8 |
| Wechsel | 0,5 | 7,7 |
| Private Debitoren | 2,3 | 50,7 |
| kurzfristige Aktiva | 4,8 | 79,2 |
| Wertpapiere | 19,3 | 1,4 |
| Hypotheken | 63,0 | 5,1 |
| Kommunalkredite | 10,8 | 3,9 |
| langfristige Aktiva | 93,1 | 10,4 |
| Kasse | 1,1 | 3,1 |
| sonstige Aktivposten | 1,0 | 7,3 |
| sonstige Aktiva | 2,1 | 10,4 |
| Bilanzsumme | 100,0 | 100,0 |
| Giro- usw. Einlagen | 0,3 | 41,9 |
| Bankschulden | 0,3 | 5,5 |
| kurzfristige Passiva | 0,6 | 47,4 |
| Spareinlagen (langfr.Passiva) | 94,3 | 38,7 |
| Reserven | 4,7 | 3,6 |
| sonstige Passivposten | 0,4 | 10,3 |
| sonstige Passiva | 5,1 | 13,9 |
| Bilanzsumme | 100,0 | 100,0 |

Quelle:

Errechnet aus Tabelle I im Anhang.

ren wegen der Entwertung der Papiere von 19,3% auf 1,4% der Bilanzsumme gesunken. Demgegenüber waren die Bankguthaben von 2,0% auf 20,8%, die Wechsel von 0,5% auf 7,7% und die privaten Debitoren von 2,3% auf 50,7% der Bilanzsumme gestiegen.
Eine weitere Erklärung für diese Umschichtungen im Aktivgeschäft ergibt sich aus der Passivseite der Sparkassenbilanz. Hier war der Anteil der Spareinlagen von 94,3% der Bilanzsumme Ende 1913 auf 38,7% Ende 1924 gesunken. Umgekehrt waren die Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen von 0,3% auf 41,9% der jeweiligen Bilanzsumme gestiegen. Die Veränderungen im Passivgeschäft sind auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Der Rückgang der Spareinlagen geht auf ihre fast völlige Entwertung in der Inflation und auf die Angst der Sparer vor weiteren inflationsähnlichen Erscheinungen zurück[4]. Gleichzeitig war der Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr in der Kriegs- und Nachkriegszeit immer mehr ausgebaut worden, so daß die Sparkassen nunmehr einen viel höheren Anteil an Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen hatten als vor dem 1.Weltkrieg.

Das Überwiegen der kurzfristigen Einlagen im Jahre 1924 nötigte die Sparkassen, sich verstärkt dem kurzfristigen Kreditgeschäft zuzuwenden[5]. Die sehr viel größeren Umsätze und Zinsgewinne, die das kurzfristige Kreditgeschäft mit sich brachte, haben den Sparkassen zusammen mit den Zuschüssen des Reiches zur Beamtenbesoldung die Deckung ihrer Verwaltungskosten und eine mäßige Verzinsung ihrer Einlagen ermöglicht[6]. Dem kurzfristigen Geschäft haben es somit die Sparkassen zu verdanken, daß sie das Jahr 1924 überstehen konnten. "Die Inflation des Jahres 1923 hätte sie ... ausge-

4) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.66.

5) Vgl. Spiethoff,B.: Der Sparkassenkredit heute, Heft 11 der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen, hrsg.v.A.Weber, München 1951, S.21.

6) Vgl. Sparkasse, 44.Jhg. 1924, S.1.

löscht, wenn nicht eben diese gleiche Inflation die zweite Existenzgrundlage der Sparkassen so stark ausgeweitet hätte: den Spargiroverkehr"[7].

3.) Die überwiegend kurzfristige Anlage der Spareinlagenzuflüsse in den Jahren 1924 und 1925

Aus Tabelle I im Anhang geht hervor, daß Ende 1924 dem aus den Spareinlagen bestehenden langfristigen Passivgeschäft von 595 Mio.RM nur langfristige Aktiva von 159 Mio. RM gegenüberstanden. Da die sonstigen Aktiva durch die sonstigen Passiva voll gedeckt sind, waren somit rd. 73% der Spareinlagen kurzfristig und nur rd. 27% langfristig angelegt. Die Bilanzpositionen von Ende 1924 sind überwiegend Ausfluß des Geschäftsbetriebes des Jahres 1924 und stammen nur zu einem geringen Teil aus übernommenen Aktiven und Passiven aus der Zeit vor der Stabilisierung. Somit war im Jahre 1924 der größte Teil des Spareinlagenzuwachses in Bankguthaben und im kurzfristigen Kreditgeschäft (private Debitoren und Wechselkredite) angelegt worden.
Die überwiegend kurzfristige Ausleihung der Spareinlagen setzte sich auch im Jahre 1925 fort (vgl. Übersicht 4).

Von dem Spareinlagenzugang des Jahres 1925 in Höhe von 1.098 Mio.RM wurden nur 454 Mio.RM oder 41,3% in die langfristige Anlage überführt. Der Rest von 644 Mio.RM oder 58,7% des Spareinlagenzuwachses diente zusammen mit den Betriebsmitteln aus dem kurzfristigen Passivgeschäft in Höhe von 231 Mio.RM zur Erhöhung des kurzfristigen Aktivgeschäfts um 864 Mio.RM, während ein Teilbetrag von 11 Mio. RM ins sonstige Sparkassengeschäft floß. So stiegen die Bankenguthaben um 199 Mio.RM, die Wechsel um 130 Mio.RM und die privaten Debitoren um 535 Mio.RM. Die kurzfristig angelegten Spareinlagen waren also in erster Linie im kurzfristigen Kreditgeschäft (Wechsel und private Debitoren) angelegt worden.

7) Spiethoff,B.: Ungewollt zur Größe, München 1958,S.155.

Übersicht 4: Veränderungsbilanz Ende 1924 - Ende 1925
- in Mio.RM -

| Aktiva | | | Passiva | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | + | 199 | Giro- usw.Einlagen | + | 168 |
| Wechsel | + | 130 | Bankschulden | + | 63 |
| private Debitoren | + | 535 | | | |
| kurzfristige Aktiva | + | 864 | kurzfristige Passiva | + | 231 |
| Wertpapiere | + | 42 | Spareinlagen | + | 1.098 |
| Hypotheken | + | 294 | | | |
| Kommunalkredite | + | 118 | | | |
| langfristige Aktiva | + | 454 | langfristige Passiva | + | 1.098 |
| Barreserve | + | 15 | Reserven | + | 42 |
| sonst.Aktivposten | + | 6 | sonst.Passivposten | ./. | 32 |
| sonstige Aktiva | + | 21 | sonstige Passiva | + | 10 |
| Bilanzsumme | + | 1.339 | Bilanzsumme | + | 1.339 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle I im Anhang.

Die überwiegend kurzfristige Anlage der Spareinlagen in den Jahren 1924-1925 geht auf verschiedene Ursachen zurück. Der im Jahre 1924 einsetzende Konjunkturaufschwung wurde von einer sehr starken Konsumgüternachfrage ausgelöst und getragen. Diese Konsumgüternachfrage ging auf den in der Inflationszeit gestauten Warenhunger zurück und führte zu einer außerordentlichen Steigerung der Vorratshaltung vor allem beim Groß- und Einzelhandel. Für diese Vorratsinvestitionen, die im Jahre 1924 rd. 6 Mrd.RM und im Jahre 1925 rd. 3 Mrd.RM betrugen, war ein außerordentlich hoher Betriebsmittelbedarf nötig, der von den Banken (banküblich) in Form von kurzfristigen Krediten gewährt wurde. Teilweise wurden jedoch auch kurzfristige Kredite für die Anlageinvestitionen herangezogen. Weitere kurzfristige Betriebsmittel waren für die Ausweitung der Produktion und

den Wiederaufbau der inneren Schuldverflechtung der Wirtschaft nötig. Insbesondere waren Geldmittel für Lohnzahlungen und für den Neuaufbau der Kassenhaltung der Betriebe nötig[8]. Zum Wiederaufbau des Betriebskapitals der Wirtschaft stellten auch die Sparkassen "den von ihnen zu versorgenden Kreditnehmerschichten vor allem kurzfristigen Kredit (häufig als Bürgschaftsdarlehen) zur Verfügung" [9]. Ferner lagen die Zinssätze damals so ungemein hoch, daß die Kreditnehmer sich scheuten, sich langfristig zu binden[10]. Ein weiterer Grund für die überwiegend kurzfristige Anlage der Spareinlagen war, daß die Spareinlagen nach der Inflation äußerst labil waren und ihren langfristigen Charakter weitgehend eingebüßt hatten, so daß eine höhere Liquiditätsvorsorge getroffen werden mußte[11]. Die starke Labilität der Spareinlagen geht besonders aus den vom Statistischen Reichsamt errechneten Rückzahlungshäufigkeitsziffern hervor[12] (vgl. Übersicht 5).

Übersicht 5: Rückzahlungshäufigkeitsziffern der Spareinlagen in den Jahren 1913 und 1924 - 1930

| Jahr | in % | Jahr | in % |
|---|---|---|---|
| 1913 | 21,4 | 1927 | 41,1 |
| 1924 | 56,2 | 1928 | 36,8 |
| 1925 | 50,1 | 1929 | 36,2 |
| 1926 | 43,0 | 1930 | 36,0 |

Quelle: Sperk, L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.23.

8) Vgl. Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.13 ff.
9) Jahrbuch des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) 1931/32, S.32.
10) Vgl. Winkler, H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, a.a.O., S.12.
11) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.66.

Die starke Ausdehnung der Bankguthaben dürfte außerdem auf die Liquiditätsbestimmung der im Jahre 1922 eingeführten preußischen Mustersatzung zurückzuführen sein. Danach waren 30 v.H. der gesamten Einlagen in flüssigen Werten anzulegen, wozu insbesondere die Bankguthaben rechneten (§ 33 MuSa 1922).

4.) Der Wiederaufbau des langfristigen Sparkassengeschäfts in den Jahren 1926-1930

Nach der Stabilisierung setzte bei den Sparkassen eine gewaltige Sparkapitalbildung ein. Die Mehrung der Spareinlagen, die in der folgenden Übersicht 6 für die Jahre 1924-1931 dargestellt wurde, betrug von 1924-1930 rd. 10,7 Mrd.RM.

Übersicht 6: Die Bewegung der Spareinlagen in den Jahren 1924 - 1931 -in Mio.RM-

| Jahr | Zinsgutschriften | Einzahlungsüberschuß | Einlagenzuwachs |
|---|---|---|---|
| | Mio. RM | Mio. RM | Mio. RM |
| 1924 | 22 | 548 | 570 |
| 1925 | 81 | 1.017 | 1.100 |
| 1926 | 133 | 1.357 | 1.493 |
| 1927 | 190 | 1.435 | 1.654 |
| 1928 | 336 | 1.939 | 2.367 |
| 1929 | 485 | 1.395 | 2.086 |
| 1930 | 538 | 875 | 1.449 |
| 1931 | 551 | ./.1.389 | ./. 670 |

Quelle: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 1933, H.III, S.95.

12) Unter Rückzahlungshäufigkeitsziffern versteht man die Auszahlungen eines Jahres in Prozenten des Bruttobestandes des gleichen Jahres. Bruttobestand ist hierbei: Stand am Ende des Vorjahres plus Einzahlungen plus Zinszugänge plus sonstige Zugänge (z.B. Aufwertungsgutschriften).

Der Spareinlagenzuwachs ist von 1924 bis 1928 laufend gestiegen und erreichte im Jahre 1928 mit 2.367 Mio.RM seinen absoluten Höhepunkt. In den Jahren 1929 und 1930 ging der Spareinlagenzuwachs wieder zurück und war schließlich im Jahre 1931 negativ.

Zurückzuführen ist diese außerordentliche Sparleistung hauptsächlich darauf, daß die Sparer ihre in der Inflation verlorenen Sparreserven wieder auffüllten. Dieser Prozeß wurde im Depressionsjahr 1926 noch durch die Erhöhung der Realeinkommen begünstigt[13]. Teilweise fand jedoch auch eine Kapitalumwandlung statt. Die Sparer waren in der Inflation in Sachwerte geflüchtet. Diese Sachwerte veräußerten die Sparer jetzt wieder und zahlten den Erlös auf ihre Sparkonten ein[14]. Weitere Spareinlagenzugänge stammten aus der Aufwertung der alten Sparkassenguthaben. Dabei erhielten die Sparer zwischen $12\frac{1}{2}\%$ und 29% der auf Goldmark umgerechneten alten Spareinlagen gutgeschrieben. Die Aufwertungsguthaben waren zunächst gesperrt und wurden ab 1928 in Teilbeträgen freigegeben. Im Wesentlichen wurden sie nach der Freigabe von den Sparern als Reichsmarkguthaben weitergeführt[15].

Durch die starke Vermehrung der Spareinlagen, mit der die Vermehrung der Giroeinlagen nicht mithalten konnte, verschob sich das Bilanzbild wieder zugunsten des langfristigen Passivgeschäfts. Der Anteil der Spareinlagen stieg von

---

13) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.37.

14) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 6.Jhg.1926, H.22, S.829 und H.4, S.116 f.; Sperk,L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.67.

15) Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 1: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, a.a.O., S.59 f.

1924-1930 von 38,7% auf 77,6% der Bilanzsumme, während der Anteil des kurzfristigen Passivgeschäfts, bestehend aus den Giroeinlagen und Bankschulden, von 47,4% auf 12,7% herabsank (vgl. Übersicht7).

Entsprechend der Umschichtung im Passivgeschäft erfolgte seit dem Jahre 1926 auch wieder eine stärkere Ausdehnung der langfristigen Geschäftszweige. So wurden im Jahre 1926 1.322 Mio.RM oder 88,8% des Spareinlagenzuwachses von 1.489 Mio.RM langfristig angelegt. Hierbei flossen in die Hypothekenanlage mit 623 Mio.RM 41,8% und in die Wertpapieranlage mit 510 Mio.RM 34,3% des Spareinlagenzuwachses. Am geringsten war die Anlage in Kommunalkrediten mit 189 Mio.RM oder 12,7% des Spareinlagenzuwachses. Die nicht langfristig angelegten Spareinlagen in Höhe von 167 Mio. RM oder 11,2% des Spareinlagenzuwachses sind in die kurzfristige Anlage geflossen und dienten zur Erhöhung der privaten Debitoren und der Bankguthaben (vgl. Übersicht 8).

Ähnlich war die Entwicklung im Jahre 1927. Hier wurde der Spareinlagenzuwachs von 1.657 Mio.RM sogar mit 1.579 Mio. RM oder 95,3% für das langfristige Aktivgeschäft herangezogen, während der Rest von 78 Mio.RM oder 4,7% des Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Kreditgeschäft angelegt wurde. Im langfristigen Aktivgeschäft stand dabei das Hypothekengeschäft im Vordergrund, in das 1.026 Mio.RM oder 61,9% des Spareinlagenzuwachses flossen, während die Anlegung in Wertpapieren im Vergleich zum Vorjahre sowohl absolut als auch relativ zurückging, denn im Jahre 1927 wurden nur 316 Mio.RM oder 19,1% des Spareinlagenzuwachses in Wertpapieren angelegt. Dagegen stiegen die Kommunalkredite mit 237 Mio.RM oder 14,3% des Spareinlagenzuwachses sowohl absolut als auch relativ an (vgl. Übersicht 9).

Die hohe langfristige Anlage der Spareinlagen in den Jahren 1926 und 1927 geht wieder überwiegend auf konjunkturelle Ursachen zurück. Im Depressionsjahr 1926 kam es zu einer

Übersicht 7: Jahresbilanzen der Jahre 1924 und 1930 in %

| | 1924 | 1930 |
|---|---|---|
| Bankguthaben | 20,8 | 10,1 |
| Wechsel | 7,7 | 2,4 |
| Private Debitoren | 50,7 | 16,0 |
| kurzfristige Kommunalkredite | - | 3,1 |
| kurzfristige Aktiva | 79,2 | 31,6 |
| Wertpapiere | 1,4 | 12,8 |
| Hypotheken | 5,1 | 35,3 |
| langfristige Kommunalkredite | 3,9 | 9,7 |
| langfristige Aktiva | 10,4 | 57,8 |
| Kasse | 3,1 | 1,1 |
| sonstige Aktivposten | 7,3 | 9,5 |
| sonstige Aktiva | 10,4 | 10,6 |
| Bilanzsumme | 100,0 | 100,0 |
| Giro- usw. Einlagen | 41,9 | 10,9 |
| Bankschulden | 5,5 | 1,8 |
| kurzfristige Passiva | 47,4 | 12,7 |
| Spareinlagen (langfristige Passiva) | 38,7 | 77,6 |
| Reserven | 3,6 | 2,7 |
| sonstige Passivposten | 10,3 | 7,0 |
| sonstige Passiva | 13,9 | 9,7 |
| Bilanzsumme | 100,0 | 100,0 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen I und II im Anhang.

Übersicht 8: Veränderungsbilanz Ende 1925 - Ende 1926
- in Mio.RM -

| Aktiva | | | Passiva | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | + | 257 | Giro-usw.-Einlagen | + | 283 |
| Wechsel | ./. | 57 | Bankschulden | + | 8 |
| private Debitoren | + | 323 | | | |
| kurzfristige Aktiva | + | 523 | kurzfristige Passiva | + | 291 |
| Wertpapiere | + | 510 | Spareinlagen | + | 1.489 |
| Hypotheken | + | 623 | | | |
| Kommunalkredite | + | 189 | | | |
| langfristige Aktiva | + | 1.322 | langfristige Passiva | + | 1.489 |
| Barreserve | + | 51 | Reserven | + | 46 |
| sonstige Aktivposten | + | 58 | sonstige Passivposten | + | 128 |
| sonstige Aktiva | + | 109 | sonstige Passiva | + | 174 |
| Bilanzsumme | + | 1.954 | Bilanzsumme | + | 1.954 |

Übersicht 9: Veränderungsbilanz Ende 1926 - Ende 1927
- in Mio.RM -

| Aktiva | | | Passiva | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | ./. | 17 | Giro-usw.-Einlagen | + | 141 |
| Wechsel | + | 15 | Bankschulden | + | 109 |
| private Debitoren | + | 314 | | | |
| kurzfristige Aktiva | + | 312 | kurzfristige Passiva | + | 250 |
| Wertpapiere | + | 316 | Spareinlagen | + | 1.657 |
| Hypotheken | + | 1.026 | | | |
| Kommunalkredite | + | 237 | | | |
| langfristige Aktiva | + | 1.579 | langfristige Passiva | + | 1.657 |
| Barreserve | + | 31 | Reserven | + | 69 |
| sonstige Aktivposten | + | 487 | sonstige Passivposten | + | 433 |
| sonstige Aktiva | + | 518 | sonstige Passiva | + | 502 |
| Bilanzsumme | + | 2.409 | Bilanzsumme | + | 2.409 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen I und II im Anhang.

starken Vorratsdesinvestition, während die Anlageinvestitionen noch etwas über den Investitionen des Vorjahres lagen. Bei den Investitionen im Anlagensektor vollzog sich jedoch eine gegenläufige Entwicklung zwischen den "konjunkturabhängigen" und den "kreditabhängigen" Investitionen[16]. Die konjunkturabhängigen Investitionen gingen stark zurück, während die vom langfristigen Kreditaufkommen abhängigen Investitionen zunahmen. Die Investitionen im kreditabhängigen Bereich verstärkten durch ihren hohen Einkommenseffekt die effektive Nachfrage, was zu einer Überwindung der Depression und zu einem Nachziehen der konjunkturabhängigen Investitionen im Jahre 1927 führte[17].

16) Die Unterscheidung zwischen kreditabhängigen und konjunkturabhängigen Investitionen geht auf Ehrlicher zurück. Hiernach sind konjunkturabhängige Investitionen die von der Letztnachfrage und damit vom Konjunkturverlauf abhängigen Investitionen. Sie zeichnen sich aus durch einen hohen den Einkommenseffekt übersteigenden Kapazitätseffekt, hohen Kapitalumschlag und kurze Lebensdauer. Sie sind relativ zinsunempfindlich und können auch mit kurzfristigen Mitteln finanziert werden. Zu den konjunkturabhängigen Investitionen zählen vor allem die Investitionen im Bereich der Industrie.
Die kreditabhängigen Investitionen werden von den Veränderungen der Letztnachfrage weniger beeinflußt, sondern sie sind unmittelbar von dem Aufkommen langfristiger Finanzierungsmittel abhängig. Sie zeichnen sich aus durch einen hohen den Kapazitätseffekt übersteigenden Einkommenseffekt, niedrigen Kapitalumschlag und lange Lebensdauer. Sie sind zinsempfindlich. Zu den kreditabhängigen Investitionen zählen z.B. Investitionen im Wohnungsbau, in der Versorgungswirtschaft, im Verkehr (ohne Kraftverkehr), in der öffentlichen Verwaltung und mit gewissen Einschränkungen in der Landwirtschaft. Da für deutsche Verhältnisse mit hoher Allgemeingültigkeit ein ständig steigender Trend der Nachfrage nach den Leistungen der hier zusammengefaßten Wirtschaftsgruppen unterstellt werden kann, ist die Investitionstätigkeit im kreditabhängigen Bereich entscheidend von dem Aufkommen an langfristigen Finanzierungsmitteln abhängig. (Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O.,S.20 ff.; derselbe; Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Formen des Sparens, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Band 1 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. F.Voigt, Berlin 1958, S.119 ff.; Stucken,R.: Geld und Kredit, 2.Auflage,a.a.O.,S.135 ff.)

17) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S. 50 ff.

Die starke Nachfrage nach langfristigen Krediten wurde besonders durch das Sinken der Zinssätze am Kapitalmarkt begünstigt. Der Rückgang des Kapitalmarktzinses wurde durch Herabsetzung des Diskontsatzes von 9% Ende 1925 auf 5% Mitte 1927, die in mehreren Etappen erfolgte, und durch den hohen Ankauf von Wertpapieren durch das Ausland herbeigeführt. Außerdem war bei den öffentlichen Körperschaften und bei den Unternehmungen aus der Zeit der Kreditknappheit noch ein riesiger ungedeckter Kapitalbedarf vorhanden, der durch die in dieser Zeit lebhaft verfolgten Rationalisierungsbestrebungen noch verstärkt wurde. Einen hohen Kapitalbedarf hatte bei dem damals herrschenden Wohnungsmangel auch der Wohnungsbau, der noch besonders öffentlich gefördert wurde[18]. Weiter trat ein erheblicher Kreditbedarf zur Konsolidierung kurzfristiger Kredite auf, die in den Jahren 1924 und 1925 zur Anlagefinanzierung verwendet worden waren[19]. Zu diesem langfristigen Kreditbedarf kam in Preußen noch die Wiedereinführung des Zwangsanlagegesetzes am 16.Oktober 1925 [20] hinzu, das während der Inflation und nach der Stabilisierung wegen der besonderen Verhältnisse keine Beachtung mehr gefunden hatte. Danach waren zwischen 15% und 25% des verzinslich angelegten Vermögens der Sparkassen in Inhaberschuldverschreibungen anzulegen. Von diesem Wertpapieren mußten wiederum 3/5 Reichs- und Staatsanleihen sein, für die restlichen 2/5 waren andere mündelsichere Papiere (vor allem Kommunalanleihen) zugelassen[21].

Aus all diesem langfristigen Kreditbedarf erklärt sich die fast vollständige Anlage des Spareinlagenzuganges in den Jahren 1926 und 1927. Der hohere Anteil der Wertpapiere im

---

18) Stucken,R.: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932, S.129 ff.
19) Vgl. Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.44.
20) Rd. Erl. d. MdJ betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 16.Oktober 1925 (MBliV., S. 1114).
21) Vgl. S. 17 f.

Jahre 1926 geht auf deren starke Kurssteigerung zurück. Im Aufschwungsjahr 1927 sanken dagegen die Wertpapierkurse. Gleichzeitig kam es zu einer Belebung des Baumarktes, die eine starke Hypothekennachfrage mit sich brachte. Dadurch wurde im Jahre 1927 die Wertpapieranlage zugunsten des Hypothekengeschäftes eingeschränkt[22].

Der Bereitschaft der Sparkassen, die ihnen zufließenden Spareinlagen in den Jahren 1926 und 1927 fast wieder vollständig langfristig auszuleihen, ist es schließlich mitzuverdanken, daß die Depression des Jahres 1926 wieder ziemlich schnell überwunden werden konnte.

5.) Die starke kurzfristige Anlage der Spareinlagenzuflüsse im Jahre 1928

Im Jahre 1928 vollzog sich in der Anlagepolitik der Sparkassen wieder ein Umschwung, denn von dem Spareinlagenzuwachs von 2.366 Mio.RM wurden nur 1.628 Mio.RM oder 68,8% langfristig angelegt. Diese niedrige Ziffer ist vor allem auf die Anlagepolitik der Sparkassen in den ersten vier Monaten des Jahres 1928 zurückzuführen[23]. Der nicht langfristig angelegte Spareinlagenzuwachs von 738 Mio.RM oder 31,2% diente zusammen mit dem Betriebsmittelzuwachs aus dem kurzfristigen Passivgeschäft in Höhe von 193 Mio.RM zur Erhöhung der kurzfristigen Aktiva um 804 Mio.RM, während ein Teilbetrag des kurz- und langfristigen Betriebsmittelzuwachses in Höhe von 127 Mio.RM in das sonstige Aktivgeschäft floß. Im kurzfristigen Aktivgeschäft waren die Bankguthaben um 513 Mio.RM, die Wechsel um 93 Mio.RM und die kurzfristigen Kredite um 198 Mio.RM gestiegen (vgl. Übersicht 1o).

22) Wirtschaft und Statistik, 8.Jhg. 1928, H.11, S.407 ff.

23) Vgl. Deutsche Sparkassenzeitung, 6.Jhg. Nr.46 v. 20.April 1929, S.4.

Übersicht 10: Veränderungsbilanz Ende 1927 - Ende 1928
- in Mio.RM -

| Aktiva | | | Passiva | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | + | 513 | Giro-usw.-Einlagen | + | 188 |
| Wechsel | + | 93 | Bankschulden | + | 5 |
| private Debitoren | + | 198 | | | |
| kurzfristige Aktiva | + | 804 | kurzfristige Passiva | + | 193 |
| Wertpapiere | + | 253 | Spareinlagen | + | 2.366 |
| Hypotheken | + | 1.023 | | | |
| Kommunalkredite | + | 352 | | | |
| langfristige Aktiva | + | 1.628 | langfristige Passiva | + | 2.366 |
| Barreserve | + | 25 | Reserven | + | 44 |
| sonstige Aktivposten | + | 343 | sonstige Passivposten | + | 197 |
| sonstige Aktiva | + | 368 | sonstige Passiva | + | 241 |
| Bilanzsumme | + | 2.800 | Bilanzsumme | + | 2.800 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle II im Anhang.

Das Jahr 1928 unterscheidet sich hiermit deutlich vom Jahre 1925. Dort war der nicht langfristig angelegte Spareinlagenzuwachs überwiegend im kurzfristigen Kreditgeschäft ausgeliehen worden. Im Jahre 1928 diente dagegen der nicht langfristig angelegte Spareinlagenzuwachs hauptsächlich zur Erhöhung der Bankguthaben und somit auf Kosten des langfristigen Aktivgeschäfts zur Verstärkung der liquiden Mittel. Hierzu waren die Sparkassen insbesondere aufgrund der am 26.Juli 1927 [24] neu erlassenen Mustersatzung verpflichtet. Gem. § 35, Abs.1c der MuSa 1927 hatten nunmehr die Sparkassen von den flüssig anzulegenden Mitteln in Höhe von 30 v.H. der Gesamteinlagen ein Drittel, das sind 10 v.H. der Gesamteinlagen, bei der zuständigen Girozentrale (Landesbank) als Liquiditätsreserve anzulegen. Die Aufgliederung der Bankguthaben zeigt, daß die Sparkassen Ende 1928 mit 861 Mio.RM ge-

24) MBliV., S.760.

rade 10 v.H. des damaligen Einlagenbestandes von 8.628 Mio. RM bei den Girozentralen angelegt hatten (vgl. Übersicht 11).

Übersicht 11: Gliederung der Bankguthaben am 31. Dezember 1928

| Banken | in Mio.RM |
|---|---|
| Eigene Girozentralen | 861 |
| andere öffentliche Banken | 267 |
| Sparkassen | 34 |
| Privatbanken | 109 |
| gesamt | 1.271 |

Quelle: Jahrbuch 1931/32 des DSGV, S. 233.

Die Anlage von nahezu 1/3 des Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Geschäft ging auf Kosten der Hypotheken- und Wertpapieranlage, deren absoluter und relativer Anteil am Spareinlagenzuwachs gegenüber dem Vorjahr zurückging. Die Kommunalkredite konnten dagegen ihren Anteil am Spareinlagenzuwachs sowohl absolut als auch relativ erhöhen. Die Zurückhaltung in der Wertpapieranlage geht auf die gegenüber anderen Anlageformen schlechtere Rentabilität und auf die hohen Kursverluste zurück, die wegen der mangelnden Kurspflege auftraten[25].

Die sich bereits Ende 1927 bemerkbar machenden konjunkturverschlechternden Tendenzen führt Ehrlicher auf die starke kurzfristige Anlage der Spareinlagen (negative Kredittransformation)[26] zurück. Im Jahre 1928 waren wie im Jahre 1927 die konjunkturabhängigen Investitionen gestiegen und hatten aufgrund ihres hohen Kapazitätseffektes zu

25) Vgl. Jahrbuch 1931/32 des DSGV, S. 37.
26) Unter Kredittransformation im Sinne unserer Arbeit wollen wir die Anlage von Betriebsmittelzuflüssen aus dem kurzfristigen Passivgeschäft im langfristigen Aktivgeschäft verstehen. Umgekehrt verstehen wir unter negativer Kredittransformation die Anlage von Betriebsmittelzuflüssen aus dem langfristigen Passivgeschäft im kurzfristigen Aktivgeschäft.

einer Steigerung des Produktionsausstoßes geführt. Dieser konnte jedoch nicht abgenommen werden, da aus währungspolitischen Gründen eine zusätzliche Geldschöpfung nicht stattfinden konnte. Es wäre daher eine Verlagerung der Investitionstätigkeit in den kreditabhängigen Sektor mit seinem hohen Einkommenseffekt notwendig gewesen, wodurch die Nachfrage ohne entsprechende Steigerung des Ausstoßes vergrößert worden wäre. Eine solche Umlagerung der Investitionen wurde jedoch durch die kurzfristige Anlage von Spargeldern gehemmt[27].

6.) Die teilweise Finanzierung des langfristigen Aktivgeschäfts durch Verminderung der Bankguthaben in der Youngplankrise und in der Krise vom Herbst 1930

a) Die Youngplankrise im Mai 1929

Ab Ende 1925 war es zu einem verstärkten Zufluß von Auslandsgeldern nach Deutschland gekommen. Der Anreiz hierzu dürfte vor allem von dem hohen deutschen Zinsniveau ausgegangen sein[28].

Als im Mai 1929 in Paris die Verhandlungen über die Reparationen im Rahmen des Youngplans vorübergehend ins Stocken gerieten, hörte der Zufluß von kurzfristigen Auslandsgeldern nach Deutschland auf. Gleichzeitig wurden kurzfristige Auslandskredite zurückgezogen. Die dadurch passiv gewordene Zahlungsbilanz löste in der inflationserfahrenen deutschen Bevölkerung Befürchtungen bezüglich der Stabilität der Währung aus. Es kam zu Kapitalfluchterscheinungen, die sich besonders im Monat Mai durch stärkere Abhebungen von Sparguthaben und durch Verringerung der Einzahlung neuer Einlagen auswirkte[29] (vgl. Übersicht 12).

---

27) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.52 ff. u. 80.
28) Vgl. ebenda, S.39.
29) Vgl. Sperk,L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.71; Stucken,R.: Liquidität der Banken, Berlin 1940, S.74; Wirtschaft und Statistik, 10.Jhg. 1930, H.7, S.299.

Übersicht 12: Die Bewegung der Spareinlagen in den Monaten April bis Juni 1929 - in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschüsse | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|
| April | 574,9 | 463,6 | 111,3 | 130,0 |
| Mai | 502,3 | 469,1 | 33,2 | 40,2 |
| Juni | 504,8 | 440,0 | 64,8 | 191,2 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 349.

Unter Berücksichtigung der Zinsgutschriften und der Aufwertungsgutschriften ergab sich im April ein Spareinlagenzuwachs von 130,0 Mio.RM, im Mai von 40,2 Mio.RM und im Juni von 191,2 Mio.RM. Gleichzeitig sanken die Giro-, Depositen- und Kontokorrenteinlagen im Mai um 32,6 Mio.RM und im Juni um 33,7 Mio.RM [30].

Aus Übersicht 13 ergibt sich, daß die Sparkassen trotz der ungünstigen Einlagenentwicklung in den Monaten Mai und Juni ihr langfristiges Aktivgeschäft um 262 Mio.RM ausdehnten. Die Sparkassen hatten in der Erwartung, daß der Spareinlagenzuwachs unvermindert stark anhalten würde, langfristige Darlehen, namentlich zur Finanzierung des Wohnungsbaus und für kommunale Aufgaben zugesagt. Als der Spareinlagenzuwachs jedoch im Zusammenhang mit der Youngplankrise bedeutend zurückging, konnten die Sparkassen ihre Darlehenszusagen nur durch Zurückziehung kurzfristiger Anlagen erfüllen, da auch die Giroeinlagen zurückgegangen waren. So finanzierten die Sparkassen die nicht durch Spareinlagenzugänge gedeckten langfristigen Ausleihungen in Höhe von 122 Mio.RM und den kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von

30) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 9.Jhg. 1929, H.15, S. 638. Die Zahlen wurden aus der dort veröffentlichten Statistik errechnet.

Übersicht 13: Bewegungsbilanz 30.4. - 30.6.1929

- in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfr. Aktiva | | | I. Erhöhung der langfr. Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 15 | | a) Spareinlagen | 140 | |
| b) Hypotheken | 174 | | | 140 | 140 |
| c) Kommunalkredite | 73 | 262 | | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfr. Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfr. Aktiva | | |
| a) private Debitoren | 65 | | a) Bankguthaben | 228 | |
| | 65 | | b) Wechsel | 11 | |
| | | | | 239 | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | II. Erhöhung der kurzfr. Passiva | | |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 91 | | a) Bankschulden | 12 | |
| | 91 | 156 | | 12 | 251 |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 43 | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 70 |
| | | 461 | | | 461 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle VII im Anhang.

156 Mio.RM durch die Verminderung ihrer Bankguthaben um 228 Mio.RM und des Wechselbestandes um 11 Mio.RM und durch Erhöhung der Bankschulden um 12 Mio.RM. Die restlichen Betriebsmittel von 27 Mio.RM stammten aus dem sonstigen Sparkassengeschäft. Die nicht durch den Spareinlagenzuwachs gedeckten langfristigen Ausleihungen wurden also fast ausschließlich durch den Rückgriff auf die Bankguthaben finanziert.

Bevor sich die Krise jedoch ernster auswirken konnte, trat wieder eine Beruhigung ein, da die Reparationsverhandlungen wieder fortgesetzt wurden[31].

b) Die Krise in den Monaten September und Oktober des Jahres 1930

Die bereits im Jahre 1929 beginnende Wirtschaftskrise, die durch den Börsenzusammenbruch in den USA im Herbst 1929 ausgelöst wurde, hatte sich im Jahre 1930 weiter verschärft. Es kam daher im Zusammenhang mit der Auflösung des Reichstags und den Reichstagswahlen im September/Oktober 1930 zu einer neuen Vertrauenskrise, die sich ähnlich wie im Mai 1929 äußerte. Es wurden erneut Zweifel an der Stabilität der Währung wach und es kam wiederum zum Abzug kurzfristiger Auslandsgelder und zu Kapitalfluchterscheinungen[32]. Die Folge war, daß besonders in den Monaten September und Oktober 1930 bei den Spareinlagen die Rückzahlungen stark zunahmen. Der Spareinlagenzuwachs ging deshalb von 85,8 Mio.RM im August auf 54,2 Mio.RM im September und 42,1 Mio.RM im Oktober zurück (vgl. Übersicht 14). Gleichzeitig verminderten sich die Giroeinlagen im September um 42,8 Mio.RM

---

31) Vgl. Stucken, R.: Liquidität der Banken, a.a.O., S.74.
32) Vgl. ebenda S.82 f.;
Sperk,L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.74.

Übersicht 14: Die Bewegung der Spareinlagen in den Monaten August bis Oktober 1930 - in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschüsse | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|
| August | 528,4 | 445,3 | 83,1 | 85,8 |
| September | 536,2 | 483,9 | 52,2 | 54,2 |
| Oktober | 596,3 | 559,1 | 37,2 | 42,1 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 349.

und im Oktober um 29,2 Mio.RM [33].

Aus Übersicht 15 geht hervor, daß die Sparkassen ihr langfristiges Aktivgeschäft wiederum über den Spareinlagenzuwachs hinaus ausdehnten. Die Sparkassen beschlossen also auch hier, ihre langfristigen Kreditzusagen einzuhalten. Finanziert wurden die nicht durch den Spareinlagenzugang gedeckten langfristigen Ausleihungen wieder vorwiegend durch den Rückgriff auf die Bankguthaben und im geringen Maße durch die Verminderung der Wechsel.
So standen den nicht durch Spareinlagen gedeckten langfristigen Ausleihungen in Höhe von 151 Mio.RM und dem kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 112 Mio.RM (Rückzahlung von Giroeinlagen in Höhe von 70 Mio.RM und von Bankschulden in Höhe von 14 Mio.RM, Erhöhung der Debitoren um 28 Mio.RM) Betriebsmittelzugänge aus der Verminderung der Bankguthaben um 155 Mio.RM und des Wechselbestandes um 14 Mio.RM gegenüber. Weitere Betriebsmittel in Höhe von 94 Mio.RM stammten aus dem sonstigen Sparkassengeschäft.

---

33) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 344.

Übersicht 15: Bewegungsbilanz 31.8. - 31.10.1930

- in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfr. Aktiva | | | I. Erhöhung der langfr. Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 56 | | a) Spareinlagen | 100 | |
| b) Hypotheken | 143 | | | 100 | 100 |
| c) Kommunalkredite | 52 | | | | |
| | 251 | 251 | | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfr. Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfr. Aktiva | | |
| a) private Debitoren | 28 | | a) Bankguthaben | 155 | |
| | 28 | | b) Wechsel | 14 | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | | 169 | 169 |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 70 | | | | |
| b) Bankschulden | 14 | | | | |
| | 84 | 112 | | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 52 | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 146 |
| | | 415 | | | 415 |

Quelle:

Errechnet aus Tabelle VII im Anhang.

## III. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften in der Zahlungs- und Kreditkrise 1931/32

### 1.) Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Der nun zu behandelnde Zeitraum umfaßt die Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland zu einer gewaltigen Arbeitslosigkeit führte. Die Wirtschaftskrise und der Zusammenbruch der größten Wiener Bank, der Österreichischen Credit-Anstalt, im Mai 1931 erschütterten das Vertrauen der Auslandsgläubiger. Sie forderten deshalb, ähnlich wie im Mai 1929 und im Herbst 1930 ihre den deutschen Banken gewährten, meist kurzfristigen Kredite zurück. Diese Vertrauenskrise der Auslandsgläubiger artete in einen regelrechten Run aus, als bekannt wurde, daß beim Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen (Nordwolle) deutsche Banken, vor allem die Darmstädter- und Nationalbank (Danatbank), riesige Verluste erlitten hatten. Um den Kreditbanken die Rückzahlung ihrer Auslandskredite zu ermöglichen[1], mußte die Reichsbank erhebliche Teile ihres Gold- und Devisenbestandes abgeben. Als die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank gegen Mitte Juli unter 1 Mrd.RM sanken, verweigerte die Reichsbank der Danatbank, die besonders stark an das Ausland verschuldet war, jede weitere Hilfe und zwang sie dadurch, am 13.Juli 1931 ihre Schalter zu schließen. Die Folge war, daß es nun zu einer allgemeinen Vertrauens- und Kreditkrise und neben dem Auslandsrun zu einem Inlandsrun schwersten Ausmaßes kam. Die Panik erfaßte alle Kreise und führte insbesondere zu einem Ansturm der Sparer auf die Sparkassen. Um den Ansturm auf die deutschen Geld- und Kreditinstitute zu mildern, griff die Reichsregierung mit einer Reihe von Maßnahmen ein. So wurden der 14. und 15.Juli zu allgemeinen Bankfeiertagen bestimmt, an denen keinerlei Über-

1) Bei den Sparkassen spielten die Auslandsgelder keine Rolle.

weisungs- und Zahlungsverkehr erfolgen durfte[2]. Nach den Bankfeiertagen wurden Auszahlungsbeschränkungen verordnet[3]. Erst vom 8.August 1931 an wurde den Sparern wieder die freie Verfügung über ihre Sparguthaben gestattet [4]. Die Vorschriften schirmten zwar die Sparkassen zunächst gegen den Run der Sparer ab, verstärkten deren Mißtrauen jedoch noch mehr[5]. Eine Beruhigung der Sparer trat erst wieder Ende 1932 ein.

Als weitere Folge der Zahlungs- und Kreditkrise griff die Reichsregierung auch gesetzgeberisch in das Sparkassenrecht ein, das bisher ausschließlich Landesrecht gewesen war. So wurde durch die Verordnung vom 5.August 1931 [6] ein vorläufiges Verbot für die Kreditgewährung an Kommunen und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften erlassen. Die Verordnung vom 6.Oktober 1931 schrieb in ihrem 5.Teil, Kapitel I [7] vor, daß die Sparkassen nur noch höchstens 40% der Spareinlagen in Hypotheken anlegen dürfen (Art.1, § 6). Die Höchstgrenze für den Gesamtbetrag der Darlehen an Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtliche Körperschaften (Kommunalkredite) wurde auf 25%[8] der gesamten Einlagen festgesetzt. Von den Darlehen durfte wiederum die Hälfte des im ganzen zulässigen Betrages langfristig sein (Art.1,§ 4). Die einem einzelnen Kreditnehmer insgesamt einräumbaren Personalkredite wurden auf 1 v.H. der gesamten Einlagen begrenzt . Ausgenommen hiervon wur-

2) Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13.Juli 1931 (RGBl. I, S. 361).
3) Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 15.Juli 1931 (RGBl.I,S. 365).
4) Vgl. Stucken,R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, 2.Auflage 1953, S.83 ff.; Sperk, L. u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 76 ff.
5) Golz, D.: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Band 3 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v.F.Voigt, Berlin 1956, S.67.
6) RGBl.I, S.429. Vgl. auch S. 16.
7) RGBl.I, S.537 u.554. Vgl. auch S. 15.
8) bisher 50% (§ 29, Abs.2 MuSa 1927). Vgl. auch S. 15 f.

den Personalkredite bis zum Höchstbetrag von 20.000,- RM (Art.1, § 7). Ferner wurden neue Sätze für die Liquiditätsreserve festgelegt. So waren nunmehr 30% der Spareinlagen und 50% der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen[9]. Dabei waren mindestens 10% der Spareinlagen und 20% der sonstigen Einlagen als Liquiditätsreserve bei der zuständigen Girozentrale zu unterhalten[10]. Solange diese Mindesthöhen nicht erreicht waren, hatten die Sparkassen mindestens 50% der jeweils verfügbaren Mittel der Liquiditätsreserve zuzuführen (Art.1, § 5).

2.) Die Einlagenentwicklung

Wie die Entwicklung der Spar- und Giroeinlagen in den Krisenjahren 1931 und 1932 im einzelnen war, wollen wir nun an Hand der monatlichen Bilanzstatistik verfolgen (vgl. Übersicht 16).
Der Spareinlagenbestand, der nach der Monatsstatistik Ende Dezember 1930 rd. 10.400 Mio.RM erreicht hatte, stieg bis Ende Mai 1931 weiter und erreichte zu diesem Zeitpunkt mit rd. 11.225 Mio.RM den Höchststand vor der Krise. Während sich im Mai der Beginn der Kreditkrise bereits in einer Zurückhaltung der Neueinzahlungen zeigte, schlug die Entwicklung im Juni um. Zum ersten Male ging in diesem Monat seit der Stabilisierung der Spareinlagenbestand absolut um rd. 152 Mio.RM zurück. Nach dem Zusammenbruch der Danatbank im Monat Juli wurde der Rückgang der Spareinlagen noch stärker. Er betrug in den Monaten Juli bis Oktober monatlich zwischen 270 und 300 Mio.RM. Dieser starke Spareinlagenrückgang war vor allem auf die Minderung der Einzahlungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Auszahlungen zurückzuführen. Er ging jedoch nicht allein auf den Vertrauensschwund der Sparer zu-

9) bisher 30% der Gesamteinlagen (§ 35 MuSa 1927). Vgl. auch S. 18 f.

10) bisher 10% der Gesamteinlagen (§ 35 MuSa 1927). Vgl. auch S. 19.

Übersicht 16: Die Einlagenentwicklung in der Zahlungs- und Kreditkrise 1931/32 - in Mio.RM -

| Monat 1930 | Spareinlagen: Einzahlungen | Spareinlagen: Auszahlungen | Spareinlagen: Einzahlungsüberschuß | Spareinlagen: Spareinlagenzuwachs | Spareinlagen: Spareinlagenbestand | Giroeinlagen: Giroeinlagenbestand | Giroeinlagen: Giroeinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Dezember | | | | | 10.400,0 | 1.450,7 | |
| 1931 | | | | | | | |
| Januar | 756,5 | 643,8 | + 112,7 | + 365,4 | 10.767,1 | 1.428,3 | ./. 22,4 |
| Februar | 548,7 | 453,0 | + 95,8 | + 179,0 | 10.946,3 | 1.444,7 | + 16,4 |
| März | 585,2 | 518,7 | + 66,5 | + 96,9 | 11.043,7 | 1.424,3 | ./. 20,4 |
| April | 608,6 | 524,4 | + 84,2 | + 121,7 | 11.165,3 | 1.417,6 | ./. 6,7 |
| Mai | 528,5 | 495,6 | + 33,0 | + 46,7 | 11.224,9 | 1.401,0 | ./. 16,6 |
| Juni | 515,2 | 682,0 | ./. 166,8 | ./. 152,2 | 11.073,6 | 1.355,8 | ./. 45,2 |
| Juli | 414,9 | 702,2 | ./. 287,2 | ./. 267,6 | 10.806,0 | 1.278,4 | ./. 77,4 |
| August | 342,8 | 654,9 | ./. 312,1 | ./. 300,8 | 10.504,9 | 1.246,6 | ./. 31,8 |
| September | 362,6 | 655,0 | ./. 292,4 | ./. 286,2 | 10.218,8 | 1.212,0 | ./. 34,6 |
| Oktober | 429,4 | 720,9 | ./. 291,6 | ./. 283,2 | 9.936,3 | 1.174,0 | ./. 38,0 |
| November | 373,2 | 572,3 | ./. 199,0 | ./. 191,5 | 9.744,7 | 1.219,8 | + 45,8 |
| Dezember | 384,2 | 616,4 | ./. 232,2 | ./. 22,4 | 9.722,2 | 1.204,0 | ./. 15,8 |
| 1932 | | | | | | | |
| Januar | 562,8 | 673,0 | ./. 110,2 | + 160,5 | 9.886,4 | 1.232,0 | + 28,0 |
| Februar | 437,3 | 497,5 | ./. 60,1 | + 101,5 | 9.987,8 | 1.271,2 | + 39,2 |
| März | 384,3 | 470,8 | ./. 86,5 | ./. 37,3 | 9.950,5 | 1.258,8 | ./. 12,4 |
| April | 424,9 | 484,2 | ./. 59,3 | + 4,6 | 9.955,8 | 1.250,6 | ./. 8,2 |
| Mai | 355,0 | 424,1 | ./. 69,1 | ./. 50,7 | 9.905,1 | 1.259,8 | + 9,2 |
| Juni | 329,9 | 465,7 | ./. 135,8 | ./. 105,0 | 9.800,0 | 1.224,5 | ./. 35,3 |
| Juli | 366,2 | 454,5 | ./. 88,3 | ./. 82,6 | 9.717,4 | 1.201,1 | ./. 23,4 |
| August | 348,2 | 359,0 | ./. 10,8 | + 15,8 | 9.734,0 | 1.221,1 | + 20,0 |
| September | 358,2 | 370,9 | ./. 12,7 | ./. 4,9 | 9.730,0 | 1.183,2 | ./. 37,9 |
| Oktober | 399,5 | 384,2 | + 15,3 | + 26,5 | 9.758,7 | 1.155,4 | ./. 27,8 |
| November | 349,3 | 339,5 | + 9,8 | + 23,2 | 9.782,8 | 1.166,1 | + 10,7 |
| Dezember | 384,9 | 408,3 | ./. 23,4 | + 119,1 | 9.917,0 | 1.108,0 | ./. 58,1 |

Quellen: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1931, S.344, 1932, S.338 u.1933, S. 348 u. 349.

rück, sondern im Laufe der Zeit machte sich auch die ungeheure wirtschaftliche Krise immer stärker bemerkbar. Insbesondere hatte die in die Millionen gehende Zahl der Arbeitslosen zusätzlich zu einer Minderung der Sparfähigkeit geführt.
Die Weiterentwicklung zeigt ein Nachlassen der Auszahlungsüberschüsse und in den Monaten Januar, Februar und April 1932 sogar wieder einen Spareinlagenzuwachs, der sich durch die Umbuchung von Zinsen und Aufwertungsgutschriften ergab. Erst ab Oktober 1932 stellte sich wieder ein regelmäßiger Einlagenzuwachs ein. Insgesamt betrug der Spareinlagenrückgang bei den Sparkassen im Jahre 1931 rd. 678 Mio.RM, während sich im Jahre 1932 bereits wieder ein Zuwachs von rd. 195 Mio.RM ergab[11)]

Im Gegensatz zu den Spareinlagen war die Bewegung der Giroeinlagen nicht so einheitlich. Auffallend ist jedoch, daß sie in den ersten Krisenmonaten ebenfalls besonders stark abnahmen. Von November 1931 bis Februar 1932 stiegen sie leicht an, wobei nur der Dezember 1931 mit einer Minderung von rd. 16 Mio.RM eine Ausnahme machte. In den Monaten März, April und Mai 1932 konnten sie ihren Bestand ungefähr halten, während sie mit Ausnahme der Monate August und November ab Juni 1932 wieder sanken und zum Jahresende 1.108 Mio.RM betrugen[12)] (vgl. Übersicht 16). Insgesamt gingen die Giroeinlagen im Jahre 1931 nach der Monatsstatistik von 1.451 Mio. RM auf 1.204 Mio.RM, also um 247 Mio.RM und im Jahre 1932 von 1.204 Mio.RM auf 1.108 Mio.RM, also um 96 Mio.RM zurück. Es wurden neben den Spareinlagen somit auch die Giroeinlagen vom Run der Inlandsgläubiger erfaßt.

---

11) Diese aus der Monatsstatistik (Übersicht 16) errechneten Zahlen weichen von den in der Jahresstatistik veröffentlichten Zahlen ab.

12) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.80.

### 3.) Die Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch Verminderung des kurzfristigen Aktivgeschäfts und durch Erhöhung der Bank- und Akzeptverbindlichkeiten im Jahre 1931

In der Zahlungs- und Kreditkrise tritt uns das Zusammenspiel zwischen dem kurz- und langfristigen Sparkassengeschäft besonders als Liquiditätsproblem gegenüber, denn die Sorge der Sparkassen mußte sich hauptsächlich auf die Finanzierung der Einlagenabzüge und die Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft erstrecken.

Aus Übersicht 17 geht hervor, daß die langfristigen Anlagen im Jahre 1931 um 623 Mio.RM stiegen, während gleichzeitig die Spareinlagen um 606 Mio.RM abnahmen. Die stärkste Steigerung zeigten dabei die Hypotheken mit 396 Mio.RM, gefolgt von den Wertpapieren mit 148 Mio.RM und von den langfristigen Kommunalkrediten mit 79 Mio.RM.

Die starke Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts erfolgte hauptsächlich vor Ausbruch der Kreditkrise, zu einem Teil ist sie auch auf die Übertragung von Aufwertungsforderungen aus der Aufwertungsrechnung zurückzuführen. Die in diesem Zeitraum aus der Aufwertungsrechnung übernommenen Spareinlagen betrugen 189 Mio.RM[13]. In ungefähr gleicher Höhe dürften auch Aufwertungsforderungen übernommen worden sein. Jedoch fanden auch noch Neuanlagen in den Krisenmonaten selbst statt. So waren die Sparkassen vor allem im Mai und Juni zur Erfüllung ihrer vorher rechtsverbindlich gegebenen Hypothekenzusagen verpflichtet[14]. Die Erhöhung des Wertpapierbestandes dürfte zum Teil auch daraus zu erklären sein, daß die Sparkassen bei Lombardkrediten die zur Besicherung dienenden Wertpapiere übernehmen mußten, wenn die Kredite nach Ablauf

13) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 344.
14) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 12.Jhg. 1932, H.11, S. 352 f.

Übersicht 17: Bewegungsbilanz vom 31.12.1930 - 31.12.1931 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | - |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| a) Wertpapiere | 148 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| b) Hypothek | 396 | | a) Bankguthaben | 535 | |
| c) langfr.Kommunalkredite | 79 | | b) Wechsel | 172 | |
| | 623 | | c) private Debitoren | 208 | |
| II. Verminderung der langfr. Passiva | | | | 915 | |
| a) Spareinlagen | 606 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| | 606 | 1229 | a) Bankschulden | 109 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | b) Akzepte | 542 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 651 | 1566 |
| a) kurzfr.Kommunalkredite | 9 | | | | |
| | 9 | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 237 |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 205 | | | | |
| | 205 | 214 | | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 360 | | | |
| | | 1803 | | | 1803 |

**Quelle:** Errechnet aus Tabelle II im Anhang.

der Kündigungsfrist nicht zurückbezahlt werden konnten[15]. Ein weiterer Teil der Steigerung des langfristigen Kreditgeschäfts dürfte auch auf dem Zuschlag nicht bezahlter Zinsen zur Schuldsumme beruhen. Ferner sind die Zugänge bei den langfristigen Kommunalkrediten teilweise auf Umschuldungen kurzfristiger Kommunalkredite zurückzuführen [16].

Weiterhin geht aus Übersicht 17 hervor, daß die langfristigen Neuanlagen und die langfristigen Spareinlagenabzüge von insgesamt 1.229 Mio.RM im Jahre 1931 ausschließlich durch die Verminderung des kurzfristigen Aktivgeschäftes um 915 Mio.RM und durch die Erhöhung der Bank- und Akzeptverbindlichkeiten um 651 Mio.RM finanziert wurden. Beim kurzfristigen Aktivgeschäft verminderten die Sparkassen die Bankguthaben um 535 Mio.RM, den Wechselbestand um 172 Mio.RM und die Debitoren um 208 Mio.RM. Da hiermit die Spareinlagenabgänge und die langfristigen Neuanlagen nicht voll gedeckt werden konnten, beschafften sich die Sparkassen weitere Dekkungsmittel durch die Erhöhung der kurzfristigen Verbindlichkeiten. So wurden die Bankschulden um 109 Mio.RM und die Akzeptschulden um 542 Mio.RM erhöht.

Zur kurzfristigen Verschuldung mußten die Sparkassen deswegen greifen, weil sich die kurzfristigen Anlagen nur zum Teil zurückziehen ließen und weil sich die Wertpapiere als immobil erwiesen. Ein Verkauf der Wertpapiere an der Börse konnte nicht erfolgen, da diese geschlossen worden war [17]. Aber auch wenn der Börsenverkehr aufrechterhalten worden wäre, wäre die Mobilisierung der Wertpapiere bedenklich gewesen, da hierdurch ein beträchtlicher Kurssturz ausgelöst worden wäre und die Sparkassen ihre Titel nur unter großen Einbußen hätten absetzen können. Aber auch die Lombardierung der

15) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 12.Jhg.1932, H.1, S.27.

16) Vgl. Sperk, L.u. Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.82 f.

17) Vgl. VO zur Durchführung der VO des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13.Juli 1931 (RGBl.I, S.361).

reichsbankfähigen Wertpapiere bei der Reichsbank oder den Girozentralen war versperrt, weil die Reichsbank sich den Lombardierungsansprüchen der Sparkassen verschloß und die Girozentralen selbst illiquide waren. Nur am Anfang der Vertrauenskrise im Juli 1931 wurde den Sparkassen von der Reichsbank ein zentraler Lombardkredit in Höhe von 100 Mio.RM über die Deutsche Girozentrale und die regionalen Girozentralen gewährt, der am 31.Juli 1931 um weitere 75 Mio.RM erhöht wurde[18]. Das Wechselportefeuille, das bei den Sparkassen von jeher sehr niedrig war, enthielt nur einen geringfügigen Betrag an reichsbankfähigem Material. Doch auch dieses konnte nicht voll realisiert werden, weil die Reichsbank auch den Rediskontkredit aufs Schärfste restringierte[19]. Da alle Geldinstitute von der Krise und Illiquidität betroffen wurden, konnten auch die Bankguthaben der Sparkassen nur zum Teil mobilisiert werden. Die bei den Girozentralen angelegten Bankguthaben konnten ebenfalls nicht in dem Maße abgezogen werden, wie es ihrer Aufgabe als Liquiditätsreserve der Sparkassen entsprochen hätte. Besonders ungünstig war dabei die Lage für die Sparkassen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen, da dort die als Girozentralen fungierenden Landesbanken die Liquiditätsguthaben der Sparkassen hauptsächlich in illiquiden Kommunalkrediten angelegt hatten. Auch von den Debitoren konnte nur ein geringer Teil zurückgefordert werden, da sonst ein zu starker Druck auf die Schuldner hätte ausgeübt werden müssen. Hinzu kam, daß die preußische Staatsbank Schatzanweisungen derjenigen preußischen Sparkassen, die den Vorschrif-

---

18) Vgl. Treek, O.: Die Krise im Sparkassen- und Girowesen 1931 und ihre Behebung, Kölner Dissertation 1934, S.25.

19) Vgl. Auler, W.: Sparkassenliquidität und Notverordnung, in Sparkasse, 52.Jhg. 1932, H.2, S.22 f.

ten des Anlegungsgesetzes nicht nachgekommen waren, erst dann rediskontierte oder lombardierte, wenn nachweislich alle anderen Möglichkeiten der Flüssigmachung von Vermögensteilen erschöpft waren[20].

Da man aus Angst vor ungünstigen Auswirkungen auf die Sparer die von der Reichsbank lombardierten Wertpapiere nicht in die Notendeckung einbeziehen wollte, wozu das Bankgesetz hätte geändert werden müssen, schuf man am 28.Juli 1931 die Akzept- und Garantiebank AG[21], die die Aufgabe hatte, durch künstliche Wechselschöpfung den Kreditinstituten bei der Überwindung ihrer Liquiditätsschwierigkeiten zu helfen[22]. Die Akzept- und Garantiebank verschaffte den Sparkassen und Banken durch die Gewährung ihres Akzeptes entweder reichsbankfähige Wechsel oder sie diskontierte selbst Wechsel aller Art und zwar auch solche, die bei der Reichsbank nicht zum Rediskont geeignet waren. Da den Sparkassen die Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln nicht erlaubt war, wurden sie gem. § 2 der Notverordnung vom 5.August 1931 [23] bis auf weiteres zur Abgabe von wechselmäßigen Erklärungen ermächtigt. Die Genehmigung der Abgabe von wechselrechtlichen Erklärungen ermöglichte den Sparkassen die Ausstellung oder Akzeptierung von Finanzwechseln, die sie, mit dem Akzept der Akzept- und Garantiebank versehen, bei der Reichsbank diskontieren konnten. Die Wechsel mußten durch das Indossament der Deutschen Girozentrale, die Bürgschaft des betr. Landes und die Verpfändung von Kundenforderungen besichert werden, wobei die Sicherheiten mit übergingen bzw. mit zu übertragen waren. Die größte Rolle spielten hierbei die dinglich gesicherten Forderungen. Zur Vermeidung von Grund-

---

20) Vgl. Auler,W.: Sparkassenliquidität und Notverordnung, a.a.O., S.22 f.u. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.81 ff.
21) ab März 1932 als Akzeptbank firmierend.
22) Vgl. Heyer,E.: Die Akzeptbank AG, in: Sparkasse 57.Jhg. 1937, H.1, S.9 f.; Stucken,R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S.87.
23) RGBl.I, S.429.

bucheintragungen mußten die Sparkassen die Grundpfandrechte treuhänderisch für die Akzeptbank verwalten[24]. Die mit Hilfe der Akzept- und Garantiebank an die Sparkassen gewährten Kredite sollten ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft dienen. Aus diesem Grunde wurde auch das Kommunalkreditverbot erlassen[25], damit nicht Mittel aus den Liquiditätskrediten der Akzeptbank an die Gemeinden weitergegeben werden konnten[26]. Der Sparkassenorganisation wurde zunächst ein Wechselkontingent in Höhe von 500 Mio.RM eingeräumt, das am 29.September um 100 Mio. RM und späterhin je nach Bedarf erhöht wurde[27].

4.) Die Erhöhung der Bankguthaben und Schatzwechsel und die Rückzahlung von Giroeinlagen durch Spareinlagenzuflüsse im ersten Drittel des Jahres 1931

Betrachten wir das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften an Hand der Zweimonatsbilanzen genauer, so lassen sich drei Abschnitte unterscheiden, die durch die Zweimonatsbilanzen vom 31.4., 31.8. und 31.12.1931 voneinander getrennt sind, also mit den Jahresdritteln zusammenfallen (vgl. Übersichten 18-20).

Im ersten Drittel des Jahres 1931 wurden die Bankguthaben um 244 Mio.RM und die Schatzwechsel um 57 Mio.RM erhöht, während gleichzeitig der Rückgang der Giroeinlagen um 24 Mio.RM finanziert werden mußte. Zur Deckung dieses kurzfristigen Betriebsmittelbedarfs von 325 Mio.RM konnten sich die Sparkassen durch Verminderung der Wechsel um 16 Mio.RM, der kurzfristigen Kommunalkredite um 8 Mio.RM und der pri-

24) Vgl. Heyer,E.: Die Akzeptbank AG, in: Sparkasse, 57.Jhg. 1937, H.2, S.33 ff.
25) Vgl. S. 16.
26) Vgl. Nörtemann, C.A.: Das deutsche Sparkassenrecht unter dem Einflusse der Sparkassengesetzgebung des Reiches, Hamburger Diss. 1936, S.6; Auler, W.: Sparkassenliquidität und Notverordnung, a.a.O., S.25 f.
27) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.88 f.

vaten Debitoren um 34 Mio.RM und durch Erhöhung der kurzfristigen Bankschulden um 21 Mio.RM kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 79 Mio.RM beschaffen. Der Rest von 246 Mio.RM wurde aus dem Spareinlagenzuwachs gedeckt (vgl. Übersicht 18).
Es war also vor Ausbruch der Zahlungskrise zu einer Verstärkung der Liquidität der Sparkassen durch Anlegung eines Teiles des Spareinlagenzuwachses in Bankguthaben gekommen. Diese verstärkte Anlage der Spareinlagen in Bankguthaben am Jahresbeginn war eine Folge des besonders starken Spareinlagenzuwachses im Januar und läßt sich bereits seit dem Jahre 1927 beobachten [28].

5.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch Verminderung der Bankguthaben und des Wechselbestandes und durch Erhöhung der Bankschulden im zweiten Drittel des Jahres 1931

Aus Übersicht 19 geht hervor, daß die Sparkassen trotz des im Juni einsetzenden Runs ihre langfristigen Aktiva von Ende April bis Ende August 1931 noch um 219 Mio.RM erhöhten, während gleichzeitig die Spareinlagen um 657 Mio.RM zurückgingen. Neben diesem langfristigen Betriebsmittelbedarf von 876 Mio.RM mußten die Sparkassen noch kurzfristige Geschäfte in Höhe von 185 Mio.RM finanzieren, denn im gleichen Zeitraum wurden die kurzfristigen Kommunalkredite um 11 Mio.RM erhöht und mußten Giroeinlagen in Höhe von 174 Mio.RM zurückgezahlt werden. Somit hatten die Sparkassen einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 876 Mio.RM und einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 185 Mio.RM. Dem stand ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang von 947 Mio.RM aus der Verminderung der Bankguthaben um 598 Mio.RM, der Wechsel um 136 Mio.RM

---

28) Vgl. Saisonschwankungen bei den Sparkassen, in: Sparkasse, 53.Jhg.1933, H.10, S.214 f.

Übersicht 18: Bewegungsbilanz 31.12.1930 - 30.4.1931 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 90 | | a) Spareinlagen | 781 | |
| b) Hypotheken | 187 | | | 781 | 781 |
| c) langfr.Kommunalkredite | 45 | | | | |
| | 322 | 322 | | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Bankguthaben | 244 | | a) Wechsel und Schecks | 16 | |
| b) Schatz- u.Kommunalwechsel | 57 | | b) kurzfr.Kommunalkredite | 8 | |
| | 301 | | c) private Debitoren | 34 | |
| | | | | 58 | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 24 | | a) Bankschulden | 21 | |
| | 24 | 325 | | 21 | 79 |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 71 | | | | |
| II. Verminderung der sonstigen Passiva | 142 | 213 | | | |
| | | 860 | | | 860 |

Quelle: Errechnet aus Tabelle VIII im Anhang.

Übersicht 19: Bewegungsbilanz 30.4. - 31.8.1931 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | - |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| a) Wertpapiere | 64 | | I. Verminderung der kurzfr.Aktiva | | |
| b) Hypotheken | 107 | | a) Bankguthaben | 598 | |
| c) langfr.Kommunalkredite | 48 | | b) Schatz- u.Kommunalwechsel | 62 | |
| | 219 | | c) Wechsel und Schecks | 74 | |
| II. Verminderung der langfristigen Passiva | | | d) private Debitoren | 75 | |
| a) Spareinlagen | 657 | | | 809 | |
| | 657 | 876 | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | a) Bankschulden | 123 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | b) Akzepte | 15 | |
| a) kurzfr.Kommunalkredite | 11 | | | 138 | 947 |
| | 11 | | | | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 174 | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 311 | |
| | 174 | 185 | | 311 | 311 |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | 1258 |
| I. Erhöhung der sonst.Aktiva | 197 | | | | |
| | 197 | 197 | | | |
| | | 1258 | | | |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle VIII im Anhang.

und der privaten Debitoren um 75 Mio.RM sowie der Erhöhung der Bankschulden um 123 Mio.RM und der Akzepte um 15 Mio.RM gegenüber. Der Rest von 114 Mio.RM wurde aus dem sonstigen Sparkassengeschäft gedeckt. Hierbei wurde vor allem der zeitweilige Zinsüberschuß aus der Gewinn- und Verlustrechnung herangezogen, der von Ende April bis Ende August 1931 143,4 Mio.RM[29] betrug und der sich dadurch ergibt, daß den Sparkassen die Zinseinnahmen im Aktivgeschäft laufend zufließen, während die Zinsausgaben überwiegend erst am Jahresende fällig werden [30].

6.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch Akzeptverschuldung und Verminderung der Bankguthaben im dritten Drittel des Jahres 1931

Während im zweiten Drittel des Jahres 1931 die Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der langfristigen Neuanlagen vorwiegend durch Verminderung der Bankguthaben und durch die Aufnahme von Bankschulden erfolgte, wurden im dritten Drittel des Jahres 1931 die Spareinlagenabzüge und die langfristigen Neuanlagen vorwiegend durch Akzeptverschuldung und in zweiter Linie durch die Verminderung der Bankguthaben finanziert. Der Grund hierfür war, daß die Bankguthaben zum größten Teil erschöpft waren und die Sparkassen deshalb auf die in der Notverordnung vom 5.August 1931 zugelassene Aufnahme von Akzeptkrediten ausweichen mußten [31].

Nach der Übersicht 20 hatten die Sparkassen in den Monaten September bis Dezember durch die Erhöhung der Wertpapiere um 13 Mio.RM und der Hypotheken um 102 Mio.RM sowie durch Rückzahlung von Spareinlagen in Höhe von 769 Mio.RM einen

29) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 12.Jhg.1932, H.1,S.28.
30) Vgl. ebenda.
31) Vgl. S. 67.

Übersicht 20: Bewegungsbilanz 31.8. - 31.12.1931 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 13 | | a) langfr.Kommunalkredite | 4 | |
| b) Hypotheken | 102 | | | 4 | 4 |
| | 115 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| II. Verminderung der langfristigen Passiva | | | I. Verminderung der kurzfr.Aktiva | | |
| a) Spareinlagen | 769 | | a) Bankguthaben | 208 | |
| | 769 | 884 | b) Schatz- u.Kommunalwechsel | 41 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | c) Wechsel und Schecks | 34 | |
| I. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | d) kurzfr.Kommunalkredite | 1 | |
| a) Giro-usw.-Einlagen | 40 | | e) private Debitoren | 96 | |
| b) Bankschulden | 23 | | | 380 | |
| | 63 | 63 | II. Erhöhung der kurzfr. Passiva | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | a) Akzepte | 478 | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 282 | 282 | | 478 | 858 |
| | | 1229 | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 367 | |
| | | | | 367 | 367 |
| | | | | | 1229 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle VIII im Anhang.

langfristigen Betriebsmittelbedarf von 884 Mio.RM. Hinzu kam durch die Verringerung der Giroeinlagen um 40 Mio.RM und die Rückzahlung von Bankschulden in Höhe von 23 Mio.RM ein kurzfristiger Betriebsmittelbedarf von 63 Mio.RM. Somit hatten die Sparkassen einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 884 Mio.RM und einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 63 Mio.RM. Dem stand aus der Verminderung der Bankguthaben um 208 Mio.RM und des sonstigen kurzfristigen Aktivgeschäfts um 172 Mio.RM und durch Aufnahme von Akzeptkrediten in Höhe von 478 Mio.RM ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang in Höhe von 858 Mio.RM und aus der Verminderung von langfristigen Kommunalkrediten um 4 Mio.RM ein langfristiger Betriebsmittelzugang von 4 Mio.RM gegenüber. Der Restbetrag von 85 Mio.RM stammte aus dem sonstigen Sparkassengeschäft.

## IV. Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfts vom Herbst 1932 bis Ende 1934 [1)]

### 1.) Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Wie wir bereits auf Seite 62 darstellten, setzte ab Oktober 1932 wieder ein regelmäßiger Spareinlagenzuwachs bei den Sparkassen ein, der sich mit Ausnahme des Jahres 1936 bis zum Ausbruch des 2.Weltkrieges im September 1939 von Jahr zu Jahr erhöhte.
Die außerordentliche Steigerung des Spareinlagenzuwachses geht auf die Wirtschaftspolitik des im Jahre 1933 an die Macht gekommenen Nationalsozialismus zurück, der mit sei-

---

1) Bei unseren weiteren Untersuchungen ist zu berücksichtigen, daß vom Jahre 1933 ab in der amtlichen Sparkassenstatistik auch die sächsischen Girokassen (einschließlich der Stadt- und Girobank Leipzig und der Chemnitzer Girobank), die Kommunalbanken und die saarländischen Sparkassen enthalten sind. Die Bilanz für das Jahr 1933 wurde deshalb einmal mit und einmal ohne die neuen Kreditinstitute dargestellt (vgl. Tabellen II u. III im Anhang).

nem Arbeitsbeschaffungsprogramm (1933-1935) und dem anschließenden Wehraufbau nachhaltige Erfolge bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit erzielen und einen Wiederaufstieg der Wirtschaft herbeiführen konnte. Durch diese Erfolge und die intensive Propaganda der Staatsführung wuchs das Vertrauen der Bevölkerung wieder. Ferner war durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Zunahme des Volkseinkommens die Sparfähigkeit der Bevölkerung wieder gewachsen[2].

Insgesamt stiegen die Spareinlagen von Ende 1932 bis Ende 1938 von 10.164 Mio.RM auf 18.009 Mio.RM. Sie vermehrten sich also um 7.845 Mio.RM, wovon 946 Mio.RM[3] auf die Einbeziehung der sächsischen Girokassen, Kommunalbanken und saarländischen Sparkassen im Jahre 1933 entfallen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Giroeinlagen von 1.112 Mio.RM auf 2.987 Mio.RM. Das entspricht einer Erhöhung um 1.875 Mio.RM, wovon 337 Mio. RM[4] auf die Einbeziehung der sächsischen Girokassen, Kommunalbanken und saarländischen Sparkassen entfielen (vgl.Übersicht 21).
Den anhaltenden außerordentlich hohen Einlagenzufluß verwendeten die Sparkassen bis Ende 1934 vorwiegend zur Abdeckung der kurzfristigen Schulden und zur Auffüllung der Liquiditätsreserven. Für eine aktive Kreditpolitik blieb aufgrund der strengen Liquiditätsvorschriften der Verordnung vom 6.Oktober 1931 [5] wenig Raum. Denn aufgrund dieser Verordnung mußten solange mindestens 50 v.H. der jeweils verfügbaren Mittel in flüssigen Werten angelegt werden, bis diese die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe von 30 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der sonstigen Einlagen erreicht hatten[6]. Gleichzeitig mußte von diesen flüssigen Werten ein Teilbetrag von 10 v.H. der Spareinlagen und 20 v.H. der son-

2) Vgl. Wissmann,B.: Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer, Band 15 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v.F.Voigt, Berlin 1960, S.63 ff.
3)4) Errechnet aus Tabellen II u.III im Anhang.
5) RGBl.I, S. 537 u.554.
6) Vgl. S. 59 u. 60.

Übersicht 21: Stand und Bewegung der Einlagen bei den deutschen Sparkassen 1932-1938

- in Mio. RM -

| Jahr | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß 1./. 2 | Zinsgutschriften | sonstige Veränderungen | Einlagenzuwachs 3 bis 5 | Spareinlagenbestand am Jahresende | Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen [1] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | | |
| 1932 | | | | | | | 10.164 | 1.112 |
| 1933 | 5.113 | 4.900 | 213 | 406 | 41 | 660 | 12.110 | 1.600 |
| 1934 | 5.686 | 5.445 | 241 | 428 | 35 | 704 | 12.814 | 1.775 |
| 1935 | 5.652 | 5.149 | 503 | 414 | 88 | 1.005 | 13.819 | 2.024 |
| 1936 | 5.280 | 4.972 | 309 | 424 | 63 | 796 | 14.615 | 2.375 |
| 1937 | 5.953 | 5.029 | 924 | 461 | 62 | 1.447 | 16.062 | 2,664 |
| 1938 | 6.828 | 5.506 | 1.322 | 515 | 110 | 1.947 | 18.009 | 2.987 |

Quellen: Statistik des Deutschen Reiches, Band 516. Die deutschen Sparkassen in den Jahren 1934-1937, Berlin 1938, S.11 und Statistik des Deutschen Reiches, Band 546. Die deutschen Sparkassen bei Kriegsausbruch 1939, Berlin 1940, S.10.
Der Spareinlagen- und Giroeinlagenbestand von Ende 1932 wurde entnommen aus Tabelle II im Anhang.

Anmerkung: 1) Ab 1936 Einlagen deutscher Kreditinstitute und sonstige Gläubiger, die mit den Giro- usw. Einlagen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar sind.

stigen Einlagen als Liquiditätsreserve bei der zuständigen Girozentrale angelegt werden. Hinzu kam, daß durch das Kommunalkreditverbot[7] die Ausreichung von neuen Kommunalkrediten gesperrt war und daß das Hypothekenkontingent von 40 v.H. der Spareinlagen von den meisten Sparkassen bereits ausgenutzt oder von früher her noch überschritten war.

Da durch alle diese Vorschriften das Neukreditgeschäft fast vollständig lahmgelegt war, wurden einige Erleichterungen herbeigeführt. So durften die Sparkassen gem. Erlaß des Ministers für Wirtschaft und Arbeit betreffend Mittelstandskredite der Sparkassen vom 27.Februar 1933 [8] 20 v.H. der neu verfügbaren Mittel in Personalkrediten ausleihen, während die restlichen 80 v.H. zur Tilgung der Akzeptkredite zu verwenden waren. In Preußen wurde durch den Erlaß des preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit betreffend Neugeschäft der Sparkassen vom 17.März 1934 [9] diese Erlaubnis auch auf die Gewährung von Hypothekarkrediten ausgedehnt, wobei aber in Hypotheken keinesfalls mehr als 50 v.H. der Spareinlagen angelegt werden durften. Insgesamt hatten diese Lockerungen auf die Anlagepolitik der Sparkassen jedoch keinen nennenswerten Einfluß, da die Sparkassen es von sich aus vorzogen, die im Vergleich zu den Einlagen teuereren Akzeptkredite sobald als möglich abzustoßen.

Wir wollen uns nun den einzelnen in den hier besprochenen Zeitabschnitt fallenden Zusammenspielen zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften zuwenden.

---

7) Vgl. S. 16.
8) MBl. WiA., S.29.
9) MBl. WiA., S.131.

2.) Die überwiegende Finanzierung der Erhöhung der Bankguthaben und der Rückzahlung der Giroeinlagen und Bankschulden durch Verminderung der Wertpapieranlage und durch den Spareinlagenzugang von Ende August 1932 bis Ende Dezember 1932

Aus der Bewegungsbilanz von August bis Dezember 1932 ist zu ersehen, daß die Sparkassen sofort nach dem Zufluß neuer Spareinlagen daran gingen, ihre in der Zahlungs- und Kreditkrise abgebauten Liquiditätsreserven wieder aufzufüllen und die aufgenommenen kurzfristigen Schulden wieder zurückzuzahlen. Zum gleichen Zwecke griffen die Sparkassen auch auf ihre Wertpapieranlage zurück, denn sie konnten im Herbst 1932 Teile ihrer Wertpapiere, die im Rahmen der allgemeinen Kurssteigerung einen besonders hohen Kursstand erreicht hatten, ohne nennenswerte Kursverluste abstoßen[10].
So erhöhten die Sparkassen von Ende August 1932 bis Ende Dezember 1932 die Hypotheken nur um 14 Mio.RM und die langfristigen Kommunaldarlehen nur um 13 Mio.RM. Gleichzeitig wurden die Bankguthaben um 113 Mio.RM und die Schatzwechsel um 3 Mio. RM erhöht, die Bankschulden um 96 Mio.RM verringert und an Giroeinlagen mußten 108 Mio.RM zurückgezahlt werden. Diesem Bedarf an langfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 27 Mio.RM und an kurzfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 320 Mio.RM stand ein langfristiger Betriebsmittelzugang in Höhe von 269 Mio.RM aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 105 Mio. RM und den Spareinlagenzuflüssen in Höhe von 164 Mio.RM und ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang von 74 Mio.RM aus dem Abbau der Wechsel um 12 Mio.RM, der Debitoren um 49 Mio.RM und der Erhöhung der Akzeptkredite um 13 Mio.RM gegenüber (vgl. Übersicht 22).

---

10) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 13.Jhg.1933, H.10, S.309.

Übersicht 22: Bewegungsbilanz 31.8. - 31.12.1932 - Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Hypotheken | 14 | | a) Wertpapiere | 105 | |
| b) langfr. Kommunalkredite | 13 | | | 105 | |
| | 27 | 27 | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | a) Spareinlagen | 164 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 164 | 269 |
| a) Bankguthaben | 113 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| b) Schatz- u.Kommunalwechsel | 3 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| | 116 | | a) Wechsel und Schecks | 12 | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | b) kurzfr.Kommunalkredite | 13 | |
| a) Giro-usw. Einlagen | 108 | | c) private Debitoren | 36 | |
| b) Bankschulden | 96 | | | 61 | |
| | 204 | 320 | II. Erhöhung der kurzfr.Passiva | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | a) Akzepte | 13 | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 174 | | 13 | 74 |
| | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | | I.Erhöhung der sonstigen Passiva | 178 | |
| | | | | 178 | 178 |
| | | 521 | | | 521 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle VIII im Anhang

3. Die überwiegend kurzfristige Anlage des Spareinlagenzugangs zur Finanzierung der Erhöhung der Bankguthaben und der Wechsel, Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen und zur Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden in den Jahren 1933 und 1934

Aus Übersicht 23 geht hervor, daß im Jahre 1933 nur 450 Mio. RM oder 46% des Spareinlagenzugangs von 985 Mio.RM langfristig angelegt wurden. Insgesamt wurden die Hypotheken um 193 Mio.RM, die Wertpapiere um 172 Mio.RM und die langfristigen Kommunalkredite um 85 Mio.RM erhöht. Neben dem nicht langfristig angelegten Spareinlagenzuwachs in Höhe von 535 Mio.RM standen aus der Verminderung der privaten Debitoren um 73 Mio.RM, der kurzfristigen Kommunalkredite um 98 Mio.RM und durch den Zufluß an Giroeinlagen von 151 Mio.RM kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 322 Mio.RM zur Verfügung. Diese dienten zusammen mit dem nicht langfristig angelegten Spareinlagenzuwachs von 535 Mio.RM oder 54% des Spareinlagenzuwachses zur Erhöhung der Bankguthaben um 523 Mio.RM, der Wechsel um 52 Mio.RM und zur Rückzahlung von Bankschulden in Höhe von 102 Mio.RM und von Akzeptschulden in Höhe von 315 Mio.RM. Weitere Betriebsmittel in Höhe von 135 Mio.RM stammten aus dem sonstigen Sparkassengeschäft.

Der Rückgang der Debitoren geht darauf zurück, daß die Unternehmer die ihnen durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zufließenden erhöhten Einkommen zur Rückzahlung alter in der Wirtschaftskrise eingefrorener Kredite verwendeten. Der Rückgang der kurzfristigen Kommunalkredite dürfte bereits eine Auswirkung der noch zu besprechenden kommunalen Umschuldungsaktion sein.

Während im gesamten Jahre 1933 die Wertpapiere um 172 Mio.RM stiegen, zeigen die Zweimonatsbilanzen, daß in den ersten vier Monaten des Jahres 1933, ähnlich wie bereits im Novem-

Übersicht 23: Bewegungsbilanz 31.12.1932 - 31.12.1933 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 172 | | a) Spareinlagen | 985 | 985 |
| b) Hypotheken | 193 | | | | |
| c) langfr.Kommunalkredite | 85 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| | 450 | 450 | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | a) private Debitoren | 73 | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | b) kurzfr.Kommunalkredite | 98 | |
| a) Bankguthaben | 523 | | | 171 | |
| b) Wechsel | 52 | | II. Erhöhung der kurzfr. Passiva | | |
| | 575 | | a) Giro-usw. Einlagen | 151 | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | | 151 | 322 |
| a) Bankschulden | 102 | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| b) Akzepte | 315 | | I. Verminderung der sonstigen Aktiva | 62 | |
| | 417 | 992 | II. Erhöhung der sonstigen Passiva | 73 | |
| | | | | 135 | 135 |
| Quelle: | | 1442 | | | 1.442 |
| Errechnet aus Tabelle II im Anhang. | | | | | |

ber und Dezember 1932 wegen der günstigen Lage am Wertpapiermarkt Wertpapiere in Höhe von 47 Mio.RM verkauft worden waren. Die Erlöse aus den Wertpapierverkäufen dienten teilweise zur Verminderung der Akzeptkredite. Diese auch später noch bei einzelnen Sparkassen zu beobachtende Geschäftspolitik verbot der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit durch Erlaß vom 28.Juni 1934 und forderte, daß zur Abdeckung der Akzeptschulden künftig andere Möglichkeiten auszuschöpfen sind. Er verwies hierbei besonders auf die Mittel aus Einzahlungsüberschüssen, Debitorenrückzahlungen und sonstigen Einlagen, soweit diese die für Neuausleihungen genehmigten Beträge übersteigen[11].

Die überwiegende Verwendung des langfristigen Spareinlagenzuwachses zur Wiederauffüllung der Bankguthaben, Wechsel, Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen und zur Rückzahlung der Akzeptschulden setzte sich auch im Jahre 1934 fort. Die Bewegungsbilanz für das Jahr 1934 (vgl. Übersicht 24) läßt das allerdings nicht klar erkennen, weil dieses Zusammenspiel zwischen dem kurz- und langfristigen Sparkassengeschäft durch eine andere Art des Zusammenspiels überdeckt wird, nämlich dem Umtausch kurzfristiger Aktiva in Wertpapiere.

Rein rechnerisch steht dem Spareinlagenzuwachs von 704 Mio. RM eine Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts um 671 Mio.RM gegenüber. Hierbei nahmen die Wertpapiere um 596 Mio. RM und die Hypotheken um 152 Mio.RM zu, während die langfristigen Kommunalkredite um 77 Mio.RM abnahmen. Doch dürften von dem Wertpapierzugang nur etwa 226 Mio.RM aus dem Spareinlagenzuwachs finanziert worden sein. Denn für einen Teil ihrer eingefrorenen Liquiditätsguthaben erhielten die rheinischen Sparkassen 80 Mio.RM[12] Umschuldungsanleihen

---

11) Vgl. Nörtemann, C.A.: Das deutsche Sparkassenrecht unter dem Einflusse der Sparkassengesetzgebung des Reiches, a.a.O., S.78.

12) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 516, a.a.O., S.26.

Übersicht 24: Bewegungsbilanz 31.12.1933 - 31.12.1934 - in Mio.RM -

Verbleib der Mittel

| | | |
|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 596 | |
| b) Hypotheken | 152 | 748 |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | |
| a) Bankguthaben | 323 | |
| b) Wechsel u.Schecks | 18 | |
| c) Schatzwechsel u.unverzinsl.Schatzanweisg. | 100 | |
| | 441 | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | |
| a) Akzepte | 194 | |
| | 194 | 635 |
| | | 1.383 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle III im Anhang.

| | | |
|---|---|---|
| **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) langfr.Kommunalkredite | 77 | |
| | 77 | |
| II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Spareinlagen | 704 | |
| | 704 | 781 |
| **B aus dem kurzfr.Geschäft** | | |
| I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) private Debitoren | 87 | |
| b) kurzfr.Kommunalkredite | 213 | |
| | 300 | |
| II. Erhöhung der kurzfr. Passiva | | |
| a) Giro-usw. Einlagen | 175 | |
| b) Bankschulden | 1 | |
| | 176 | 476 |
| **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| I. Verminderung der sonstigen Aktiva | 73 | |
| II. Erhöhung der sonst.Pass. | 53 | |
| | 126 | 126 |
| | | 1.383 |

von ihrer Girozentrale, der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf. Weitere 290 Mio.RM des Wertpapierbestandes dürften aus dem Umtausch von Kommunalkrediten in Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes Deutscher Gemeinden im Rahmen der kommunalen Umschuldungsaktion stammen.
Da ein großer Teil der Kommunalkredite notleidend geworden war, wurde am 21.September 1933 das Gemeindeumschuldungsgesetz[13] erlassen. Hiernach wurde der Umschuldungsverband Deutscher Gemeinden gebildet, der vor allem die kurzfristigen Kommunalkredite gegen 4%ige tilgbare Schuldverschreibungen (Gemeindeumschuldungsanleihe) umtauschte. Wurde dieser Umtausch abgelehnt, so galt die Forderung einschließlich rückständiger und auflaufender Zinsen auf fünf Jahre als gestundet[14]. Der Rückgang der kurzfristigen Kommunalkredite um 213 Mio.RM und der langfristigen Kommunalkredite um 77 Mio.RM im Jahre 1934 dürfte ausschließlich auf diese Umschuldung zurückzuführen sein, da Rückzahlungen kaum vorgekommen sind. Die Umschuldungsaktion war bei den Sparkassen Ende 1934 im wesentlichen abgeschlossen und fand in den Jahren 1935 und 1936 nur noch in geringem Maße statt[15].

Der restliche Wertpapierzuwachs von 226 Mio.RM geht hauptsächlich auf Wertpapiere zurück, die zur Verbesserung der Liquidität angekauft worden waren. Durch das Gesetz zur Änderung des Bankgesetzes vom 27.Oktober 1933 [16] war die Reichsbank zur Offenmarktpolitik ermächtigt worden und durften die von der Reichsbank angekauften Wertpapiere sowie die täglich fälligen Forderungen aus Lombarddarlehen in die Notendeckung eingerechnet werden. Hierdurch hatten die Wertpapiere erheblich an Liquidität gewonnen[17].

---

13) RGBl.I, S.647.
14) Vgl. Stucken,R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S.138.
15) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 516, a.a.O., S.24.
16) RGBl.II, S.827.
17) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.97.

Rechnen wir die gegen die Liquiditätsguthaben bei der Rheinischen Girozentrale und die gegen die kurzfristigen und langfristigen Kommunalkredite eingetauschten Wertpapiere in Höhe von insgesamt 370 Mio.RM vom langfristigen Aktivgeschäft ab, so wurden im Jahre 1934 nur noch 378 Mio.RM oder 53,7% des Spareinlagenzuwachses von 704 Mio.RM langfristig angelegt, während die restlichen 326 Mio.RM oder 46,3% des Spareinlagenzuwachses kurzfristig in Bankguthaben, Wechseln, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen angelegt wurden und zur Rückzahlung der Akzeptkredite dienten.

Ähnlich sind, wie wir oben gesehen haben, im Jahre 1933 535 Mio.RM oder 54% des Spareinlagenzuwachses von 985 Mio. RM in die kurzfristige Anlage geflossen und haben zur Erhöhung der Bankguthaben und Wechsel und zur Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden gedient[18]. Es fand also in beiden Jahren eine starke negative Fristigkeitstransformation statt.

Es erhebt sich nun die Frage, wie sich diese sehr starke negative Kredittransformation auf das damalige konjunkturelle und wirtschaftliche Geschehen auswirkte. Im Jahre 1933 setzte wieder eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit ein, die in der Arbeitsbeschaffungsperiode (Frühjahr 1933 - Frühjahr 1935) ausschließlich durch die überwiegend von öffentlichen Stellen vorgenommenen kreditabhängigen Investitionen getragen wurde [19]. Da aber dem Staat vor allem auch durch die starke negative Kredittransformation der Sparkassen nicht genügend langfristige Finanzierungsmittel zur Verfügung standen, mußte er sich mit dem Arbeitsbeschaffungswechsel[20] ein Instrument schaffen, mit dem er kurzfristige Mittel zur Finan-

---

18) Vgl. S. 80.
19) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.108 ff.
20) Durch eine besondere Bündelung wurden diese Wechsel fortgesetzt prolongiert und konnten hierdurch zur Finanzierung langfristiger Investitionen herangezogen werden.

zierung der langfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen heranziehen konnte. Zu dieser Art der Finanzierung mußte der Staat deshalb greifen, weil die Banken ihre kurzfristigen Einlagen nicht in Wertpapieren anlegten, so daß die Finanzierung durch Emission von Wertpapieren ausfiel. Außerdem wurde durch die Wechselfinanzierung sichergestellt, daß die wenigen freien langfristigen Mittel für private Investitionen herangezogen werden konnten. Hierdurch traten die staatlichen Investitionen nicht an die Stelle der privaten Investitionen, sondern es kam zu zusätzlichen staatlichen Investitionen. Eine Wirtschaftsbelebung konnte aber nur von derartigen zusätzlichen Investitionen ausgehen[21].

Die Rückzahlung der Akzeptschulden durch die Spareinlagen- und sonstigen Betriebsmittelzuflüsse und der Verzicht der Unternehmungen auf Investitionen zugunsten der Rückzahlung ihrer Bankschulden[22] minderten den Erfolg der Wirtschaftsbelebungsaktion, da es hierdurch zu Geldstillegungen kam, die verhinderten, daß sich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über die direkt begünstigten Bereiche hinaus auswirkten, so daß die Regierung ihre Arbeitsbeschaffungsaktion verstärken mußte[23]. Hierbei muß man besonders berücksichtigen, daß die Mittel, die durch die Arbeitsbeschaffung in die Wirtschaft geleitet wurden, mehr den Sparkassen als den Kreditbanken zuflossen. Denn durch die Arbeitsbeschaffung wurden die traditionellen Kunden der Sparkassen, die Lohn- und Gehaltsempfänger und die mittelständische Wirtschaft besonders begünstigt[24].

---

21) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.114 ff.

22) Dies äußerte sich in den Sparkassenbilanzen in dem Rückgang der Debitoren.

23) Vgl. Ehrlicher,W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S. 125 f.; Stucken, R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S. 122 ff.

24) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 14.Jhg. 1934, H.12, S. 367.

4.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung der Hypotheken und Wertpapiere durch Verminderung der Bankguthaben im Mai und Juni 1934

Wenn wir die monatliche Spareinlagenentwicklung im Jahre 1934 verfolgen, so zeigen sich in den Monaten Mai und Juni Auszahlungsüberschüsse. Wie die nachfolgende Übersicht 25 zeigt, gingen diese Auszahlungsüberschüsse im Mai auf einen starken Rückgang der Einzahlungen und im Juni auf eine starke Erhöhung der Auszahlungen zurück.

Übersicht 25: Die Bewegung der Spareinlagen in den Monaten April - Juni 1934 - in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß | Zinsgutschriften | Aufwertungsgutschrift. | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| April | 485,3 | 457,3 | 28,0 | 11,9 | 11,7 | 51,6 |
| Mai | 423,8 | 429,8 | ./. 6,0 | 5,8 | 17,1 | 16,8 |
| Juni | 432,8 | 478,3 | ./.45,5 | 9,3 | 13,8 | ./.22,3 |

Quelle: Wirtschaft und Statistik 14.Jhg. 1934, H.15, S.511.

Während sich jedoch unter Berücksichtigung der Zins- und Aufwertungsgutschriften im Mai noch ein Spareinlagenzuwachs von 16,8 Mio.RM ergab, nahmen die Spareinlagen im Juni um 22,3 Mio.RM ab.

Den Einzahlungsrückgang im Mai führt das Statistische Reichsamt auf die zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Privatwirtschaft zurück, wozu insbesondere die staatlich begünstigten Hausinstandsetzungsarbeiten und der staatlich geförderte Eigenheimbau rechneten[25]. Zur Finanzierung dieser

25) Vgl. Schotte, W.: Wie wird die Arbeitsbeschaffung finanziert?, in: Sparkasse, 53.Jhg. 1933, H.6, S.103.

zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden erhebliche Mittel aus dem Einkommen verwendet, die sonst den Sparkassen zugeflossen wären[26].

Die Erhöhung der Auszahlungen im Juni ist darauf zurückzuführen, daß die Sparer zur Finanzierung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie infolge der überaus günstigen Witterung für Reisezwecke verstärkt auf ihre Spareinlagen zurückgriffen[27]. Da in den Monaten Mai bis Juli schon immer aus saisonalen Gründen der Spareinlagenzuwachs äußerst schwach war[28], führten die oben geschilderten Sonderfaktoren im Monat Juni schließlich zu einem Rückgang der Spareinlagen.

Wie Übersicht 26 zeigt, finanzierten die Sparkassen die überraschend auf sie zukommenden Spareinlagenabzüge und die von ihnen zugesagten langfristigen Hypotheken sowie den Ankauf von Wertpapieren überwiegend durch die Verminderung ihrer Bankguthaben, zum Teil aber auch durch die Aufnahme von Bankschulden, den Zufluß von Giroeinlagen und die Verminderung der privaten Debitoren. So wurden die Bankguthaben um 101 Mio. RM vermindert. Hiervon entfielen rd. 30 Mio.RM auf den Umtausch von Bankguthaben bei der Rheinischen Girozentrale in Wertpapiere[29]. Ferner gingen die Debitoren um 3 Mio RM,die kurzfristigen Kommunalkredite um 32 Mio.RM und die langfristigen Kommunalkredite um 36 Mio.RM zurück. Der Rückgang der Kommunalkredite ist, wie wir bereits besprochen haben, auf die kommunale Umschuldungsaktion zurückzuführen, in deren Rahmen eingefrorene Kommunalkredite in Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes Deutscher Gemeinden umgetauscht wurden.

Berücksichtigen wir diese Sonderbewegungen, so hatten die Sparkassen aus dem Spareinlagenrückgang von 12 Mio.RM, der

---

26) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 14.Jhg.1934, H.13,S.429.
27) Vgl. Wirtschaft und Statistik 1934, 14.Jhg.1934, H.15, S.511.
28) Vgl. Abrahamson,G.: Wandlungen im Verhältnis von Banken und Sparkassen, Berliner Dissertation, o.J., S.53.
29) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 14.Jhg.1934, H.19,S.656.

Übersicht 26: Bewegungsbilanz 30.4.1934 - 30.6.1934 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 137 | | a) langfr. Kommunalkredite | 36 | |
| b) Hypotheken | 42 | | | 36 | 36 |
| | 179 | | | | |
| II. Verminderung der langfristigen Passiva | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| a) Spareinlagen | 12 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| | 12 | 191 | a) Bankguthaben | 101 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | b) kurzfr. Kommunalkredite | 32 | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | c) private Debitoren | 3 | |
| a) Schatzwechsel | 13 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| b) Wechsel u. Schecks | 1 | | a) Giro-usw. Einlagen | 1 | |
| | 14 | | b) Bankschulden | 11 | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | | 12 | 148 |
| a) Akzepte | 17 | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | 17 | 31 | II. Erhöhung der sonstigen Passiva | 77 | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | 77 | 77 |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 39 | | | | |
| | 39 | 39 | | | |
| | | 261 | | | 261 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle IX im Anhang.

Erhöhung der Wertpapiere um effektiv 39 Mio.RM[30] und der Hypotheken um 42 Mio.RM einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von insgesamt 93 Mio.RM. Hinzu kam durch die Erhöhung der Wechsel und Schatzwechsel um 14 Mio.RM und die Rückzahlung von Akzeptschulden um 17 Mio.RM ein kurzfristiger Betriebsmittelbedarf von 31 Mio.RM. Dem stand ein kurzfristiges Betriebsmittelaufkommen von effektiv 86 Mio.RM aus der Verringerung der Bankguthaben um effektiv 71 Mio.RM[31], der Debitoren um 3 Mio.RM, der Erhöhung der Bankschulden um 11 Mio.RM und der Giroeinlagen um 1 Mio.RM gegenüber. Der restliche Betriebsmittelbedarf von 38 Mio.RM wurde aus der Gewinn- und Verlustrechnung gedeckt.

Der Rückgriff auf die Bankguthaben bot sich vor allem deswegen an, weil die Sparkassen die Spareinlagenzuflüsse in den ersten vier Monaten des Jahres 1934 wieder teilweise zur Erhöhung der Bankguthaben verwendet und dadurch ihre Liquidität verbessert hatten. So hatten die Sparkassen von Anfang Januar bis Ende April 1934 aus der Erhöhung der Spareinlagen um 865 Mio.RM und der Verminderung der langfristigen Kommunalkredite um 10 Mio.RM einen langfristigen Betriebsmittelzuwachs von 875 Mio.RM. Dieser wurde mit 656 Mio.RM zur Erhöhung der Wertpapiere und Hypotheken verwendet. Der Rest des langfristigen Betriebsmittelzuwachses in Höhe von 219 Mio.RM diente zusammen mit den Betriebsmittelzuflüssen aus dem kurzfristigen Geschäft in Höhe von 223 Mio.RM und dem Betriebsmittelüberschuß aus dem sonstigen Sparkassengeschäft in Höhe von 47 Mio.RM zur Erhöhung der Bankguthaben um 290 Mio.RM, der Wechsel und Schatzwechsel um 74 Mio.RM, der privaten Debitoren um 27 Mio.RM und zur Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden in Höhe von 98 Mio.RM (vgl. Übersicht 27).

---

30) Erhöhung der Wertpapiere (137 Mio.RM) abzüglich der Verminderung der Kommunalkredite (68 Mio.RM) und der in Wertpapiere umgetauschten Bankguthaben (30 Mio.RM).

31) Verminderung der Bankguthaben (101 Mio.RM) abzüglich der in Wertpapiere umgetauschten Bankguthaben (30 Mio. RM).

Übersicht 27: Bewegungsbilanz 31.12.1933 - 30.4.1934 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 339 | | a) langfr.Kommunalkredite | 10 | |
| b) Hypotheken | 317 | | | 10 | |
| | 656 | 656 | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | a) Spareinlagen | 865 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 865 | 875 |
| a) Bankguthaben | 290 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| b) Schatzwechsel | 58 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| c) sonst.Wechsel u. Schecks | 16 | | a) kurzfr.Kommunalkredite | 108 | |
| d) private Debitoren | 27 | | | 108 | |
| | 391 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | a) Giro-usw.-Einlagen | 115 | |
| a) Bankschulden | 16 | | | 115 | 223 |
| b) Akzepte | 82 | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | 98 | 489 | I. Verminderung der sonstigen Aktiva | 299 | |
| **C im Sonstigen Geschäft** | | | | 299 | 299 |
| I. Verminderung der sonstigen Passiva | 252 | | | | 1.397 |
| | 252 | 252 | | | |
| | | 1.397 | | | |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle IX im Anhang.

## V. Die Weiterentwicklung von 1934 bis zum Ausbruch des 2.Weltkrieges im Herbst 1939

### 1.) Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Nachdem bis Ende 1934 die Bankguthaben wieder aufgefüllt,die Kommunalkredite im wesentlichen umgeschuldet und die Akzept- und Bankverbindlichkeiten im wesentlichen zurückgezahlt worden waren, konnten sich die Sparkassen seit 1935 wieder im stärkeren Maße dem Aktivgeschäft zuwenden. Auffallend ist, daß sich die Sparkassen während dieser Periode besonders stark dem langfristigen Aktivgeschäft zuwandten und bis auf das Jahr 1937 die ihnen vorwiegend im Sparverkehr zufließenden langfristigen Betriebsmittel wieder vollständig dem Kapitalmarkt zuführten.
Im Jahre 1937 flossen 262 Mio.RM oder 18,1% des Spareinlagenzuwachses von 1.447 Mio.RM in das kurzfristige Sparkassengeschäft und dienten dort vor allem zur Erhöhung der Bankguthaben.
Im Jahre 1935 stieg das langfristige Aktivgeschäft sogar um 11 Mio.RM mehr und im Jahre 1938 um 26 Mio.RM mehr als das langfristige Passivgeschäft. In beiden Jahren wurde die Finanzierungslücke im langfristigen Geschäft durch die Erhöhung der Rücklagen (Eigenkapital) gedeckt (vgl. Übersicht 28).

Zurückzuführen war die Bevorzugung des langfristigen Aktivgeschäfts auf die durch den Wehraufbau gekennzeichnete staatliche Wirtschaftspolitik, das starke Nachlassen der Nachfrage nach Personalkrediten und auf die Lockerung der Liquiditätsvorschriften und des Hypothekenkontingents, die sich als zu hochgeschraubt erwiesen.
So wurde wegen der großen Nachfrage nach Hypotheken im Februar 1935 die Höchstgrenze für Hypothekenkredite von 40 v.H. auf 50 v.H. der Spareinlagen erhöht [1]. Sparkassen, deren Hypothekenkontingent erschöpft oder bereits von früher her

1) Vgl. S.15.

Übersicht 28: Veränderungsbilanzen 1934-1938

- in Mio.RM -

| Ende | 1934-1935 | 1935-1936 | 1936-1937 | 1937-1938 |
|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | + 150 | + 301 | + 632 | + 386 |
| Wechsel u.Schecks | + 1 | + 35 | + 37 | ./. 43 |
| Schatzwechsel u.unverzinsl.Schatzanweisungen | + 112 | + 27 | + 4 | + 31 |
| private Debitoren | ./. 52 | ./. 92 | ./. 23 | ./. 8 |
| kurzfr.Kommunalkredite | ./. 77 | ./. 36 | ./. 46 | ./. 5 |
| kurzfr. Aktiva | + 134 | + 235 | + 604 | + 361 |
| Wertpapiere | + 877 | + 677 | + 905 | + 1.652 |
| Hypotheken | + 123 | + 206 | + 336 | + 387 |
| langfr.Kommunalkredite | + 15 | ./. 107 | ./. 70 | ./. 93 |
| langfr. Aktiva | + 1.015 | + 776 | + 1.171 | + 1.946 |
| Barreserve | + 17 | + 9 | + 22 | + 31 |
| sonst.Aktivposten | ./. 126 | ./. 154 | ./. 8 | + 5 |
| sonstige Aktiva | ./. 109 | ./. 145 | + 14 | + 36 |
| Bilanzsumme | + 1.040 | + 866 | + 1.789 | + 2.343 |
| Giro-usw. Einlagen | + 249 | + 351 | + 289 | + 323 |
| Bankschulden | ./. 29 | ./. 49 | ./. 23 | ./. 20 |
| Akzepte | ./. 136 | ./. 30 | - | |
| kurzfr. Passiva | + 84 | + 272 | + 266 | + 303 |
| Spareinlagen | + 1.004 | + 812 | + 1.447 | + 1.947 |
| Anleihen u.Hypotheken | - | - | ./. 14 | ./. 27 |
| langfr.Passiva | + 1.004 | + 812 | + 1.433 | + 1.920 |
| Reserven | + 46 | + 88 | + 109 | + 118 |
| sonst.Passivposten | ./. 94 | ./. 306 | ./. 19 | + 2 |
| sonstige Passiva | ./. 48 | ./. 218 | + 90 | + 120 |
| Bilanzsumme | + 1.040 | + 866 | + 1.789 | + 2.343 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle III im Anhang.

überschritten war, durften gem. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 2.Juni 1935 [2] die aus der Rückzahlung und Tilgung alter Hypotheken anfallenden Beträge mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde wieder neu in Hypotheken anlegen, wenn in ihrem örtlichen Bezirk im Interesse der Arbeitsbeschaffung und der Förderung des Wohnungsbaues eine besondere Notwendigkeit für neue Hypothekenausleihungen vorlag[3]. Ferner wurde von der in der Ersten Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9.Februar 1935 [4] gebotenen Möglichkeit, bestimmte Wertpapiere bis zur Hälfte als auf die Liquiditätsguthaben anrechenbar zu erklären, Gebrauch gemacht und die 4½%ige Anleihe von 1935 für anrechenbar erklärt[5]. Die Sparkassen kauften sehr gerne solche Wertpapiere, da der Zinsertrag hieraus erheblich höher war als aus den Liquiditätsguthaben und diese "Li-Anleihen" von der Reichsbank bevorzugt lombardiert wurden.

Die erste Tranche der 4½%igen Reichsanleihe im Nennwert von 500 Mio.RM und mit dem Kurs von 98%, die im Januar 1935 aufgelegt wurde, wurde von der Reichsbank über die Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank an die Sparkassen weitergegeben, die in den Monaten Januar und Februar 40% oder 200 Mio.RM sofort übernahmen, während der Rest von der Deutschen Girozentrale den Sparkassen in Raten übergeben wurde[6]. Am 20.August des gleichen Jahres wurde eine zweite Tranche dieser Anleihe in gleicher Höhe aufgelegt, die ebenfalls von den Sparkassen voll übernommen wurde, so daß sie im Jahre 1935 insgesamt 1 Mrd. Reichsanleihen gezeichnet hatten.

---

2) MBliV., S. 218.
3) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 103.
4) RGBl. I, S.205.
5) Anordnung des Reichswirtschaftsministers und Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit betr. 4 1/2%ige Reichsanleihe von 1935 vom 16.Februar 1935, RAnz.Nr.47.
6) Vgl. Deutsche Sparkassenzeitung, 12.Jhg. 1935, Nr.57, S.1 f.

Hierdurch war die Reichsregierung in der Lage, große Teile der für die Arbeitsbeschaffung bewirkten Ausgaben zu konsolidieren[7]. Da das Reich im Jahre 1935 gleichzeitig mit dem Wehraufbau begann, der gewaltige Investitionen erforderte, hatte es einen ständig steigenden Bedarf an Finanzierungsmitteln. Es wurden deshalb in den Jahren 1937-1939 [8] weitere Reichsanleihen als auf die Liquiditätsguthaben anrechenbar erklärt. "Auf diese Weise wurde die Milderung der übersteigerten Liquiditätsbestimmungen von 1931 in den Dienst des langfristigen Reichskredites gestellt"[9].

Weitere staatliche Maßnahmen zur Sicherung des Zugriffs auf das Sparkapitalaufkommen waren die Beibehaltung des Kommunalkreditverbots und der Hypothekensperrerlaß vom 12.8.1938, der bestimmte, daß Hypotheken nur noch für besonders vordringliche staatswichtige Zwecke gewährt werden durften. Hinzu kam ein gewisser Druck, der auf die Sparkassen vom Staate ausgeübt wurde, damit sie Wertpapiere ankauften[10].

Dementsprechend sind die Wertpapiere ab 1934 in den Sparkassenbilanzen von allen Aktiven am stärksten gestiegen und verdrängten im März 1939 sogar die Hypothekarkredite von der ersten Stelle innerhalb des Aktivgeschäfts. So war seit der Stabilisierung im Jahre 1924 der Wertpapierbestand Ende März 1939 mit 7.735 Mio.RM erstmals höher als der Hypothekenbestand mit 7.634 Mio.RM[11]. Insgesamt waren die Wertpapiere von Ende 1934 bis zum Kriegsausbruch am 1.September 1939 von 2.772 Mio.RM auf 8.216 Mio.RM gestiegen, was einer Steigerung von 5.444 Mio.RM oder rd. 196% entspricht. Dagegen waren die Hypotheken nur von 6.553 Mio.RM auf 7.702 Mio.

---

7) Statistik des Deutschen Reiches, Band 516, a.a.O., S.20.
8) Die Anrechenbarkeit wurde auch für in den Kriegsjahren 1939-1945 emittierte Reichsanleihen erklärt (vgl.S. 21).
9) Stucken, R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S.152.
10) Vgl. ebenda, S.151.
11) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 546, a.a.O., S.92 u. 93.

RM gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 1.149 Mio. RM oder rd. 18 % [12].
Gleichzeitig ist von 1934-1938 von Jahr zu Jahr ein ständiger Rückgang der privaten Debitoren zu beobachten. So gingen die privaten Debitoren von Ende 1934 bis Ende 1938 von 1.892 Mio. RM auf 1.717 Mio.RM, also um 175 Mio.RM zurück[13]. Dieser Rückgang erklärt sich daraus, daß die Unternehmer wie bereits in der Arbeitsbeschaffungsperiode ihre erhöhten Gewinne zur Rückzahlung alter Kredite verwendeten[14].

Nachdem wir die allgemeine Entwicklung besprochen haben, wollen wir die für unsere Themenstellung bedeutsamen Zeitabschnitte von Ende 1934 bis zum Kriegsausbruch darstellen.

2.) Die überwiegende Finanzierung der Erhöhung der langfristigen Aktiva durch Verminderung der Bankguthaben im Mai und Juni 1935

Wenn wir die monatliche Spareinlagenentwicklung im Jahre 1935 verfolgen, so zeigt sich ähnlich wie im Vorjahre in den Monaten Mai und Juni ein Rückgang des Spareinlagenzuwachses. So sank der Einzahlungsüberschuß im Sparverkehr von 41,6 Mio.RM im April auf 13,2 Mio.RM im Mai 1935, während sich im Juni sogar ein Auszahlungsüberschuß von 3,9 Mio.RM ergab. Unter Berücksichtigung der Zinsgutschriften sowie der sonstigen Buchungsvorgänge ergab sich im April ein Spareinlagenzugang von 96,0 Mio.RM, im Mai von 34,9 Mio.RM und im Juni von 5,9 Mio.RM (vgl. Übersicht 29).

Der Rückgang des Spareinlagenzuwachses war einmal saisonmäßig bedingt. Der Auszahlungsüberschuß im Juni erklärt sich außerdem daraus, daß in Preußen die Altsparer einen großen Teil ihrer Aufwertungsspareinlagen abhoben, die seit dem 1.April 1935 zur Kündigung freigegeben worden waren[15].

---

12) Die Zahlen von Ende 1934 sind der Tabelle III und die von Ende August 1939 dem Geschäftsbericht des DSGV 1939/40, Anhang 6 entnommen.
13) Vgl. Tabelle III im Anhang.
14) Vgl. Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.144 f.

Übersicht 29: Die Bewegung der Spareinlagen von April bis Juni 1935 - in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß | Zinsgutschriften | sonstige Veränderung. | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| April 1935 | 498,8 | 457,2 | + 41,6 | 17,2 | 37.2 | 96,0 |
| Mai 1935 | 440,9 | 427,8 | + 13,2 | 12,9 | 8,9 | 34,9 |
| Juni 1935 | 392,0 | 395,8 | ./. 3,9 | 6,8 | 2,9 | 5,9 |

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 15.Jhg. 1935, H.15,S.570.

Da die Sparkassen die 4½%ige Liquiditätsanleihe übernehmen mußten, das laufende langfristige Kreditgeschäft aber nicht beeinträchtigen wollten, mußten sie den im Mai und Juni 1935 abzunehmenden Teilbetrag der Reichsanleihe aus ihren Bankguthaben bezahlen.
So wurden nach der Zweimonatsbilanzstatistik im Mai und Juni die Wertpapiere um 122 Mio.RM, die Hypotheken um 27 Mio.RM und die langfristigen Kommunalkredite um 16 Mio.RM erhöht. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß bei der Erhöhung der langfristigen Kommunalkredite ein Teilbetrag von 11 Mio.RM auf die Umschuldung kurzfristiger Kommunalkredite zurückgeht[16]. Die Sparkassen hatten somit unter Berücksichtigung dieser Umschuldung einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 154 Mio.RM. Hinzu kam ein kurzfristiger Betriebsmittelbedarf von 38 Mio.RM durch die Erhöhung der Wechsel und Schatzwechsel um 27 Mio.RM und die Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden von 11 Mio.RM. Dem stand ein kurzfristiges Betriebsmittelaufkommen in Höhe von 115 Mio.RM aus der Verringerung der Bankguthaben um 105 Mio.RM, der Debitoren um 6 Mio.RM

15) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 15.Jhg.1935,H.15, S.569.
16) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 15.Jhg.1935,H.19, S.733.

und Giroeinlagenzuflüssen in Höhe von 4 Mio.RM und ein langfristiges Betriebsmittelaufkommen in Höhe von 38 Mio. RM aus den Spareinlagenzuflüssen gegenüber. Der Restbetrag von 39 Mio.RM wurde aus der Gewinn- und Verlustrechnung gedeckt (vgl. Übersicht 30).

Durch den Umtausch von Bankguthaben in Wertpapiere hatten die Sparkassen überzählige Geldmarktmittel ohne jede Störung der Märkte auf den Kapitalmarkt überführt[17]. Zu dieser Transaktion waren die Sparkassen deshalb in der Lage, weil sie von dem hohen Spareinlagenzufluß in den Monaten Januar bis April 1935 wieder einen großen Teil zur Erhöhung der Bankguthaben verwendet hatten.
So hatten die Sparkassen von dem Spareinlagenzufluß in den ersten vier Monaten des Jahres 1935 in Höhe von 774 Mio. RM nur 436 Mio.RM oder 56% langfristig angelegt, während der Rest von 338 Mio.RM zusammen mit dem Betriebsmittelzufluß aus dem kurzfristigen Geschäft in Höhe von 149 Mio.RM zur Erhöhung der Bankguthaben um 239 Mio.RM, der Wechsel und Schatzwechsel um 87 Mio.RM, der privaten Debitoren um 2 Mio.RM und zur Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden in Höhe von 90 Mio.RM gedient hatte (vgl. Übersicht 31).

Wir haben hier eine ähnliche Erscheinung, wie wir sie schon in früheren Jahren beobachten konnten. Der in den ersten Jahresmonaten den Sparkassen zufließende Spareinlagenzuwachs kann nicht sofort vollständig langfristig angelegt werden und dient deshalb zur Erhöhung der Bankguthaben.

---

17) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 15.Jhg.1935, H.19, S.733.

Übersicht 30: Bewegungsbilanz 30.4.1935 - 29.6.1935 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel: | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 122 | | a) Spareinlagen | 38 | |
| b) Hypotheken | 27 | | | 38 | 38 |
| c) langfr.Kommunalkredite | 16 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| | 165 | 165 | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | a) Bankguthaben | 105 | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | b) kurzfr.Kommunalkredite | 11 | |
| a) Schatzwechsel | 20 | | c) private Debitoren | 6 | |
| b) Wechsel u.Schecks | 7 | | | 122 | |
| | 27 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | a) Giro-usw. Einlagen | 4 | |
| a) Bankschulden | 1 | | | 4 | 126 |
| b) Akzepte | 10 | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | 11 | 38 | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 43 | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | 43 | 43 |
| I. Erhöhung der sonst.Aktiva | 4 | | | | 207 |
| | 4 | 4 | | | |
| | | 207 | | | |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle IX im Anhang.

Übersicht 31: Bewegungsbilanz 31.12.1934 - 30.4.1935 - in Mio.RM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 377 | | a) Spareinlagen | 774 | |
| b) Hypotheken | 40 | | | 774 | 774 |
| c) langfr.Kommunalkredite | 19 | | | | |
| | 436 | 436 | | | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Bankguthaben | 239 | | a) kurzfr.Kommunal kredite | 14 | |
| b) Schatzwechsel | 73 | | | 14 | |
| c) sonst.Wechsel u.Schecks | 14 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| d) private Debitoren | 2 | | a) Giro-usw.Einlagen | 135 | |
| | 328 | | | 135 | 149 |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| a) Bankschulden | 11 | | I. Verminderung der sonstigen Aktiva | 266 | 266 |
| b) Akzept | 79 | | | | |
| | 90 | 418 | | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Verminderung der sonstigen Passiva | 335 | | | | |
| | 335 | 335 | | | |
| | | 1.189 | | | 1.189 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle IX im Anhang.

3.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der langfristigen Neuanlagen durch Verringerung der Bankguthaben im September 1938

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst kam es im September 1938 zu einem Auszahlungsüberschuß. Dieser führte zu einem Rückgang der Spareinlagen. Die Inhaber von Sparguthaben hatten vorsorglich Spareinlagen zu Anschaffungen und zur Familienfürsorge abgehoben. Im Oktober und November flossen die abgehobenen Sparguthaben jedoch wieder zu den Sparkassen zurück[18]. So gingen vom August 1938 bis September 1938 die Einzahlungen von 513,1 Mio.RM auf 453,0 Mio. RM zurück, während gleichzeitig die Auszahlungen von 406,3 Mio.RM auf 609,5 Mio.RM anstiegen. Dem dadurch entstandenen Auszahlungsüberschuß von 156,5 Mio.RM standen Zins- und sonstige Gutschriften in Höhe von 8 Mio.RM gegenüber, so daß die Spareinlagen netto um rd. 148,5 Mio.RM zurückgingen (vgl. Übersicht 32).

Übersicht 32: Die Bewegung der Spareinlagen von August bis Oktober 1938 -in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß | Zinsgutschriften | sonstige Veränderungen | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| August | 513,1 | 406,3 | +106,8 | 1,0 | + 16,1 | + 123,9 |
| Septemb. | 453,0 | 609,5 | ./.156,5 | 1,0 | + 7,0 | ./.148,5 |
| Oktober | 664,2 | 423,3 | +240,9 | 0,7 | + 1,6 | + 243,3 |

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 18.Jhg.1938,H.24,S.1015.

Da die Sparkassen außerdem noch ihr langfristiges Kreditgeschäft ausdehnten, mußten sie wiederum auf ihre Bankguthaben zurückgreifen.

18) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Band 533, Die Deutschen Sparkassen in den Jahren 1937 und 1938, Berlin 1939, S.18.

So hatten die Sparkassen aus dem Rückgang der Spareinlagen um 149 Mio.RM, der Erhöhung der Wertpapiere um 17 Mio.RM und der Hypotheken um 46 Mio.RM einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 212 Mio.RM. Hinzu kam durch die Verminderung der Giroeinlagen um 127 Mio.RM und die Erhöhung der Debitoren um 10 Mio.RM ein kurzfristiger Betriebsmittelbedarf von 137 Mio.RM. Dem stand aus der Verringerung der Bankguthaben um 268 Mio.RM, des Wechselbestandes um 16 Mio. RM und der Erhöhung der Bankschulden um 25 Mio.RM ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang von 309 Mio.RM und durch die Rückzahlung von langfristigen Kommunalkrediten ein langfristiger Betriebsmittelzugang von 5 Mio.RM gegenüber. Weitere Betriebsmittel in Höhe von 35 Mio.RM stammten aus dem sonstigen Sparkassengeschäft (vgl. Übersicht 33).

Im Oktober 1938 stiegen die Einzahlungen wieder um 211,2 Mio.RM an, während die Auszahlungen um 186,2 Mio.RM zurückgingen, was darauf schließen läßt, daß die im September abgehobenen Spareinlagen wieder zu den Sparkassen zurückflossen.

4.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und des langfristigen Aktivgeschäfts durch Verminderung der Bankguthaben und durch die Giroeinlagenzuflüsse im Juli und August 1939

Während im ersten Vierteljahr 1939 die Sparergebnisse noch über denen des Vorjahres gelegen hatten, machten sich ab April die außenpolitischen Spannungen bemerkbar und äußerten sich in einem leichten Zurückbleiben des Einzahlungsüberschusses. Dieses Zurückbleiben war überwiegend auf das Nachlassen der Einzahlungen zurückzuführen und erklärt sich aus der erhöhten Kassenhaltung und der vorsorglichen Warenbeschaffung der Bevölkerung. Im August trat dann unter dem Einfluß der unmittelbar bevorstehenden Kriegsge-

Übersicht 33: Bewegungsbilanz 31.8. - 30.9.1938 - in Mio.RM

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 17 | | a) Kommunalkredite | 5 | |
| b) Hypotheken | 46 | | | 5 | 5 |
| | 63 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| II. Verminderung der langfristigen Passiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Spareinlagen | 149 | | a) Bankguthaben | 268 | |
| | 149 | 212 | b) Wechsel | 16 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | | 282 | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| a) Debitoren | 10 | | a) Nostroverpflichtungen | 25 | |
| | 10 | | | 25 | 309 |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| a) Giro-usw.Einlagen | 127 | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 96 | |
| | 127 | 137 | | 96 | 96 |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonst.Aktiva | 61 | | | | |
| | 61 | 61 | | | |
| | | 410 | | | 410 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle X im Anhang.

fahr ein Auszahlungsüberschuß in Höhe von 173,3 Mio.RM ein. Doch schon in den darauffolgenden Monaten setzte eine fortschreitende Beruhigung des Sparerpublikums ein, so daß irgendwelche Beschränkungen des Auszahlungsverkehrs oder sonstige Notmaßnahmen nicht vorgenommen werden mußten.

So ergab sich in den Monaten September und Oktober zusammengenommen wieder ein kleiner Einzahlungsüberschuß von 23,2 Mio.RM, der sich im November auf 141,4 Mio.RM erhöhte und damit wieder ein "normales" Ausmaß erreichte. Das Dezemberergebnis von 155,0 Mio.RM, das um rd. 80 Mio.RM über der Vorjahresleistung lag, läßt erkennen, daß die Auswirkungen der außenpolitischen Spannungen und des Beginns des 2.Weltkrieges am 1.September 1939 bereits überwunden waren[19] (vgl. Übersicht 34).

Übersicht 34: Die Entwicklung der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen im Jahre 1939
- in Mio.RM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß |
|---|---|---|---|
| Januar | 835,5 | 561,9 | + 273,6 |
| Februar | 573,7 | 398,5 | + 175,2 |
| März | 598,7 | 494,5 | + 104,2 |
| April | 561,1 | 467,8 | + 93,3 |
| Mai | 560,0 | 458,8 | + 101,2 |
| Juni | 533,5 | 476,7 | + 56,8 |
| Juli | 537,6 | 523,8 | + 13,8 |
| August | 445,2 | 618,5 | ./.173,3 |
| September Oktober | 829,9 | 806,7 | + 23,2 |
| November | 487,7 | 346,3 | + 141,4 |
| Dezember | 574,3 | 419,3 | + 155,0 |

Quelle: Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des DSGV, S.63 u.64

19) Vgl. Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des DSGV, S. 18 f.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen vor Ausbruch des 1.Weltkrieges zeigt, daß die Auszahlungsüberschüsse damals viel größer waren als vor Ausbruch des 2.Weltkrieges. Eine wesentliche Ursache für die relativ niedrigen Barabhebungen dürfte darin zu sehen sein, "daß schon vor Ausbruch des Krieges gewisse Rationierungsmaßnahmen um sich gegriffen hatten, das Geldvolumen seit dem Beginn des Wehraufbaues zum Preisniveau beträchtlich gestiegen war und so Wirtschaft und Private die bei ihnen aufgestaute Nachfrage schon nicht mehr voll zur Wirkung kommen lassen konnten" [20].

Übersicht 35 zeigt, daß die Sparkassen in den Monaten Juli und August 1939 neben dem zu finanzierenden Spareinlagenrückgang von 142 Mio.RM auch noch ihren Wertpapierbestand um 116 Mio.RM und die Hypotheken um 34 Mio.RM erhöhten. Diesem langfristigen Betriebsmittelbedarf von 292 Mio.RM stand aus der Verminderung der Kommunalkredite nur ein langfristiger Betriebsmittelzufluß von 13 Mio.RM gegenüber. Der nicht langfristig gedeckte Betriebsmittelbedarf von 279 Mio.RM wurde aus dem Abbau der Bankguthaben um 213 Mio. RM und der Wechsel um 3 Mio.RM und durch die Giroeinlagenzuflüsse von 88 Mio.RM und die Erhöhung der Bankschulden um 6 Mio.RM gedeckt. Gleichzeitig wurden aus diesen kurzfristigen Betriebsmittelzuflüssen die Debitoren um 23 Mio.DM erhöht, während die restlichen 8 Mio.RM in das sonstige Sparkassengeschäft flossen.

5.) Der Rückfluß abgehobener Spareinlagen als Gireinlagen im Jahre 1939

Die sich im Jahre 1939 für die Spartätigkeit abträglich auswirkenden außenpolitischen Spannungen und insbesondere die Kaufpsychose der ersten Kriegsmonate führten dazu,daß im Jahre 1939 der Spareinlagenzuwachs um 313 Mio.RM niedri-

---

20) Sperk, L. u. Wilsdorf. M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.106.

Übersicht 35: Bewegungsbilanz 30.6. - 31.8.1939 - in Mio.RM

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 116 | | a) Kommunalkredite | 13 | |
| b) Hypotheken | 34 | | | 13 | 13 |
| | 150 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| II. Verminderung der langfristigen Passiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Spareinlagen | 142 | | a) Bankguthaben | 213 | |
| | 142 | 292 | b) Wechsel | 3 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | | 216 | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| a) Debitoren | 23 | | a) Giro-usw. Einlagen | 88 | |
| | 23 | 23 | b) Nostroverpflichtungen | 6 | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | 94 | 310 |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 171 | 171 | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 163 | |
| | | | | 163 | 163 |
| | | 486 | | | 486 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle X im Anhang.

ger war als im Jahre 1938. Noch stärker war der Rückgang des Einzahlungsüberschusses im Sparverkehr, der um 358 Mio.RM niedriger war als im Vorjahr.

Betrachten wir die Entwicklung der Giroeinlagen, so ist auffallend, daß im Jahre 1939 der Giroeinlagenzuwachs um 559 Mio.RM höher war als im Vorjahr (vgl. Übersicht 36).

Übersicht 36: Die Entwicklung des Einlagenzuwachses in den Jahren 1938 und 1939 - in Mio.RM -

| Jahr | Einzahlungsüberschuß im Sparverkehr | Veränderg. 1938/1939 | Spareinlagenzuwachs | Veränderg. 1938/1939 | Giroeinlagenzuwachs | Veränderg. 1938/1939 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1938 | 1.322 | | 1.947 | | 336 | |
| 1939 | 964 | ./. 358 | 1.634 | ./. 313 | 895 | + 559 |

Quelle: Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des DSGV, S.24

Die Abnahme des Einzahlungsüberschusses bei den Spareinlagen im Jahre 1939 geht auf die Verminderung der Einzahlungen und auf die Erhöhung der Auszahlungen gegenüber dem Jahr 1938 zurück (vgl. Übersicht 37).

Übersicht 37: Die Entwicklung der Einzahlungsüberschüsse bei den Spareinlagen in den Jahren 1938 und 1939 - in Mio. RM -

| Jahr | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß |
|---|---|---|---|
| 1938 | 6.828 | 5.506 | 1.322 |
| 1939 | 6.601 | 5.637 | 964 |

Quelle: Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des DSGV, S.24

Aufgrund der Entwicklung der Ein- und Auszahlungen erklärt sich nach den Ausführungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes die entgegengesetzte Bewegung der Spar- und Giroeinlagen dadurch, "daß entweder Ersparnisse aus früherer Zeit abgehoben und in Geldeinkommen zum Zwecke des Gütererwerbs zurückverwandelt oder daß sonst traditionell gesparte Einkommensteile nicht zur Sparkasse gebracht, sondern ebenfalls für Käufe eingesetzt wurden. Auf diese Weise gelangten alte Ersparnisse oder auch potentielle Sparkraft zum Einzelhändler, Handwerker oder sonstigen Warenlieferanten, beschleunigten hier den Lager- und Vorratsabbau und schlugen sich letztlich als kurzfristige (Giro-) Guthaben dieser mittelständischen Unternehmer nieder"[21]. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte kam es nach den Spareinlagenabzügen im August zu einem verstärkten Zufluß von Giroeinlagen. So stiegen die Giroeinlagen im August um 117 Mio. RM, im September und Oktober um 250 Mio.RM und im November und Dezember um 192 Mio.RM[22]. Das waren insgesamt 559 Mio. RM oder rd. 62% des Giroeinlagenzuganges im gesamten Jahr 1939 in Höhe von 895 Mio.RM.

## VI. Die Weiterentwicklung in und nach dem 2.Weltkrieg bis zur Währungsreform am 20.6.1948

### 1.) Vorbemerkung

Die Kriegs- und Nachkriegszeit bis zur Währungsreform soll wegen der anormalen Wirtschafts- und Währungsverhältnisse nur kurz dargestellt werden. Wegen des mangelnden Zahlenmaterials und der mehrfachen Gebietsveränderungen werden wir dabei die auf die Bundesrepublik (einschließlich Westberlin) umgerechneten Bilanzzahlen zugrunde legen.

---

21) Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des DSGV, S. 19.

22) Vgl. ebenda, S.64.

2.) Die hohe Anlage von Spareinlagen in Bankguthaben, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen in den Kriegsjahren 1939-1945

In den Kriegsjahren zeigte sich ein außerordentliches Ansteigen der Spareinlagen. Die durch die Kriegsfinanzierung frei werdende Geldmenge konnte wegen der straffen Rationierungsmaßnahmen nicht in den Verbrauch fließen und wurde deshalb zum großen Teil auf Sparkonten eingezahlt. Hinzu kam, daß der Staat zur Neutralisierung des Geldüberhangs und zur Erfassung aller Beträge für die Kriegsproduktion zahlreiche neue Sparformen schuf, wie z.B. das "Gefolgschaftssparen", das "Kriegssparen", das steuerlich begünstigte "Eiserne Sparen" usw.[23].

Insgesamt stiegen die Spareinlagen im Bereich der Bundesrepublik einschließlich Westberlin von Ende 1939 bis zum 30.9.1944 von 11.829 Mio.RM auf 42.699 Mio.RM. Während sich die Spareinlagen von Ende 1932 bis Ende 1939 nur etwa verdoppelt hatten, konnten sie sich im untersuchten Zeitraum fast vervierfachen.

Stellen wir die Bilanzen vom 31.12.1939 und 30.9.1944 für den Bereich der Bundesrepublik und Westberlin einander gegenüber, so errechnet sich aus der Erhöhung der Spareinlagen um 30.870 Mio.RM und der Verminderung der Hypotheken und langfristigen Kommunalkredite um 850 Mio.RM ein langfristiger Betriebsmittelzugang von 31.720 Mio.RM. Dieser diente mit dem Betrag von 22.428 Mio.RM oder rd. 71% zur Erhöhung der Wertpapiere, während die restlichen 9.292 Mio.RM bzw. rd. 29% in Bankguthaben, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen angelegt worden waren (vgl. Übersicht 38). Das waren die einzigen den Sparkassen noch verbliebenen Anlagemöglichkeiten, weil wie im 1.Weltkrieg aus den Kriegsgewinnen vorzeitige Rückzahlungen von Hypotheken und Debitoren in geringwertigem Geld stattfanden.

---

23) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 106 f.

Übersicht 38: Gegenüberstellung der Bilanzen 31.12.1939 / 30.9.1944 [1]

- Mio. RM -

| | 31.12.1939 | 30.9.1944 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| Bankguthaben | 2.339 | 17.136 | + 14.797 |
| Wechsel | 76 | 68 | ./. 8 |
| Schatzw.u.unverzinsl. Schatzanweisungen [2] | 199 | 1.771 | + 1.572 |
| Debitoren | 1.482 | 946 | ./. 536 |
| kurzfristige Aktiva | 4.096 | 19.921 | + 15.825 |
| Wertpapiere [3] | 4.912 | 27.340 | + 22.428 |
| Hypotheken, Grund- und Rentenschulden | 4.752 | 4.136 | ./. 616 |
| Kommunalkredite [4] | 691 | 457 | ./. 234 |
| langfristige Aktiva | 10.355 | 31.933 | + 21.578 |
| Barreserve | 173 | 601 | + 428 |
| sonstige Aktivposten | 457 | 610 | + 153 |
| sonstige Aktiva | 630 | 1.211 | + 581 |
| Bilanzsumme | 15.081 | 53.065 | + 37.984 |
| Giro-usw. Einlagen | 2.306 | 7.666 | + 5.360 |
| kurzfristige Passiva | 2.306 | 7.666 | + 5.360 |
| Spareinlagen | 11.829 | 42.699 | + 30.870 |
| langfristige Passiva | 11.829 | 42.699 | + 30.870 |
| Rücklagen u. Rückstellungen | 753 | 1.585 | + 832 |
| sonstige Passivposten [5] | 193 | 1.115 | + 922 |
| sonstige Passiva | 946 | 2.700 | + 1.754 |
| Bilanzsumme | 15.081 | 53.065 | + 37.984 |

Quelle: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppe 20, S. 3 ff.

1) 31.12.1939 Jahresbilanz, 30.9.1944 Zwischenausweis. Die Zahlen beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Westberlin.
2) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen nach Angaben des DSGV.
3) Die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen wurden vom Verfasser vom Wertpapierbestand abgesetzt.
4) einschl. kurzfristiger Kommunalkredite, die nicht ausgegliedert sind, deren Anteil aber sehr gering ist (vgl. die Statistiken von 1933-1936).
5) die langfristigen Anleihen und die Grund- und Rentenschulden sind in den sonstigen Passivposten enthalten.

Soweit die Sparkassen ihre Bankguthaben erhöhten, kamen auch diese der Kriegsfinanzierung zugute, denn auch die Girozentralen legten die Guthaben der Sparkassen in kurzfristigen Geldmarkttiteln des Reiches an.

Die relativ hohe kurzfristige Anlage des Spareinlagenzuwachses in den Kriegsjahren erklärt sich daraus, daß sich die Sparkassen ausreichende Liquiditätsreserven beschaffen wollten. Eine besonders hohe Liquidität war in dieser Zeit deswegen erforderlich, weil die Spareinlagenzuflüsse zum großen Teil aus gestauten Geldern bestanden, die besonders unbeständig und nicht langfristig verfügbar waren. Außerdem rechneten die Sparkassen mit größeren Einlagenabzügen nach Beendigung des Krieges[24].

Die besonders starke Erhöhung der kurzfristigen Wertpapiere (Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen) ist darauf zurückzuführen, daß diese damals neben den Bankguthaben als einzige höchst liquide Anlageart übrig blieben, da wegen der mangelnden Nachfrage keine Anlage in Wechselkrediten möglich war. Die Folge dieser Anlagepolitik war, daß am 30.9.1944 die Sparkassen mit 3,3% der Bilanzsumme den höchsten Bestand an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen im gesamten von uns untersuchten Zeitraum auswiesen[25].

3.) Die Finanzierung der Spareinlagenabzüge durch Giroeinlagenzugänge und durch Verminderung der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen von Mitte 1946 bis Ende 1947

Bemerkenswert war, daß nach Kriegsende im Mai 1945 keineswegs ein Run auf die Sparkassen einsetzte, sondern daß im Gegenteil die Spareinlagen bis Ende Juni 1946 sogar weiter stiegen (vgl. Übersicht 39).

---

24) Vgl. Sperk, L. u. Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 111.

25) Zum Vergleich hierzu lag der Schatzwechselbestand Ende 1933 - Ende 1939 zwischen 0,6% und 1,8% und Ende 1950 - Ende 1961 zwischen 0,2% und 1,0%. (Die Prozentsätze sind errechnet aus den Tabellen III - VI und der Übersicht 38)

Übersicht 39: Die Spareinlagen in den drei westlichen Besatzungszonen von 1945-1948 - in Mrd.RM -

| | | | |
|---|---|---|---|
| 30. 4.1945 [1] | 43,73 | 30. 6.1947 | 46,32 |
| 30.12.1945 | 47,48 | 30. 9.1947 | 45,39 |
| 30. 6.1946 | 48,60 | 31.12.1947 [2] | 43,32 |
| 31.12.1946 | 47,20 | 31. 3.1948 | 45,19 |
| 31. 3.1947 | 46,71 | 20. 6.1948 | 47,75 |

1) z.T. Zahlen vom 31.12.1944.
2) von hier ab Bundesrepublik einschl. Westberlin.

Quellen: 30.4.1945 - 30.9.1947:
Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 116.
31.12.1947 - 20.6.1948:
Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, hrsg. v. DSGV Stuttgart 1959, Loseblattausgabe, Sachgruppe 20, S.6 u.21, S.2.

Dieses Verhalten der Sparer war nach Spiethoff dadurch bedingt, daß Anfang 1946 die währungspolitischen Überlegungen "von der Vorstellung einer besonderen Schonung der Spareinlagen bei der zu erwartenden Geldneuordnung beherrscht waren, deshalb brachten die von der politischen Reinigung und Umerziehung 'Nicht-Betroffenen' ihre angehäuften RM-Noten in großer Menge zu den öffentlichen Sparkassen"[26].
Erst ab Mitte 1946 ebbte dieser Zustrom wegen der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Viele Sparer, die durch das Kriegsende Arbeitsplatz und Einkommen verloren hatten, mußten auf ihre Sparguthaben zurückgreifen. Hinzu kamen äußerst hohe Steuersätze und enorme Schwarzmarktpreise, die oft als einzige Möglichkeit der Existenzerhaltung gezahlt werden mußten[27]. So gingen die Spareinlagen vom 30.6.1946 bis zum 31.12.1947 von 48,60 Mrd.RM

26) Spiethoff, B.: Ungewollt zur Größe, a.a.O., S.333.
27) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.116.

auf 43,32 Mrd.RM zurück. Das entspricht einem Rückgang von 5,28 Mrd.RM. Ab Ende 1947 stiegen die Spareinlagen dagegen wieder etwas an (vgl. Übersicht 39).

Die Giroeinlagen nahmen in der gleichen Zeit weiter zu, obwohl im Scheck- und Überweisungsverkehr die Umsätze stark zurückgingen. "Die Guthaben der Geschäftskunden blieben mangels besserer Verwendungsmöglichkeiten einfach stehen, Rechnungen wurden damals unter Ausschaltung des Geldes auf dem Kompensationswege beglichen"[28]. So stiegen die Giroeinlagen vom 30.9.1944 bis zum 31.12.1947 von 7,67 Mrd.RM auf 11,67 Mrd.RM, was einer Erhöhung von 4 Mrd.RM entspricht[29]. Durch diesen regelmäßigen Giroeinlagenzugang war es den Sparkassen möglich, den größten Teil der Spareinlagenabhebungen zu finanzieren[30].

Ein weiterer Teil der Spareinlagenabzüge dürfte aus dem Abbau der zu dieser Zeit sehr hohen Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen finanziert worden sein, denn diese gingen vom 30.9.1944 bis zum 20.6.1948 von 1.771 Mio.DM auf 88 Mio.DM zurück (vgl. Übersicht 38 und Tabelle IV). Inwieweit auch auf Bankguthaben zurückgegriffen wurde, läßt sich nicht feststellen, da für den 30.6.1946 keine Zahlenangaben über den Bestand der Bankguthaben vorliegen. Vom 30.9.1944 bis zum 31.12.1947 sind die Bankguthaben jedoch gestiegen.

Die ab Ende 1947 bis 20.6.1948 den Sparkassen wieder zugeflossenen Spareinlagen wurden überwiegend als Barreserven und in Bankguthaben angelegt. Das war wegen des Fehlens von Kreditnachfrage und Wertpapieren die den Sparkassen einzige noch verbliebene Anlagemöglichkeit[31].

---

28) Spiethoff, B.: Ungewollt zur Größe, a.a.O., S.334.

29) Die Zahlen wurden entnommen aus: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppe 20, S.6.

30) Vgl. Unverzagt, F.: Die deutschen Sparkassen seit der Währungsreform 1948, Stuttgart o.J., S.9.

31) Das ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Bilanzen per 31.12.1947 und 20.6.1948. (Vgl.: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppe 20, S.5 f. und Sachgruppe 21, S.1 f.)

## VII. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften von der Währungsreform am 20.6.1948 bis zur Gegenwart (Ende 1962)

### 1.) Die Währungsreform [1]

Mit dem Kriegsende im Mai 1945 trat die verdeckte und zurückgestaute Inflation offen in Erscheinung. Die sehr knappen amtlichen Zuteilungen von Gütern auf Bezugsscheinen und Marken konnten zwar zum staatlich festgelegten Preis gekauft werden. Daneben hatte sich aber ein schwarzer Markt mit überhöhten Preisen, Tauschhandel und Zigarettenwährung ausgebilset, auf dem immer mehr Güter umgesetzt wurden. "Geld und Preise hatten in weitesten Bezirken der Wirtschaft aufgehört, Regulatoren der Produktion und Verteilung zu sein"[2]. Es wurde daher mit der Währungsreform vom 20.6.1948 der unerträglich gewordenen Geldwirtschaft ein Ende gesetzt, indem mit Wirkung vom 21.6.1948 die Reichsmarkwährung außer Kraft gesetzt und als neue Währungseinheit die Deutsche Mark eingeführt wurde.

Wir wollen nun die Bestimmungen der Währungsgesetzgebung [3] betrachten, soweit sie für unsere weiteren Ausführungen von Bedeutung sind.
Das Währungsgesetz (WG) schuf im § 1 als neue Geldeinheit die Deutsche Mark; abgekürzt DM. Ferner regelte es die Ablieferung und Anmeldung von Altgeld und die Erstausstattung mit dem neuen Geld. Gem. §§ 10-12 WG waren mit Ausnahme der Geldinstitute alle natürlichen oder juristischen Personen zur Anmeldung und Ablieferung des in ihrem Besitz befindlichen Altgeldes bei den Geldinstituten oder sonstigen, hierzu von den Landeszentralbanken ermächtigten Stellen bis zum

1) Vgl. zu diesem Abschnitt auch: Stucken, R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik von 1914-1953, a.a.O., S.193 ff.; Sperk, L. u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 118 ff.
2) Unverzagt, F.: Die deutschen Sparkassen seit der Währungsreform 1948, a.a.O., S.8.
3) Die Währungsgesetze sind abgedruckt in: Die Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens, Bd.I u.II, hrsg. v.d. Deutschen Bundesbank, Loseblattsammlung, Frankfurt/Main, o.J.

26. Juni 1948 verpflichtet. Bei der Erstausstattung wurde zwischen dem Kopfbetrag, dem Geschäftsbetrag und der Erstausstattung der öffentlichen Hand unterschieden. Als Kopfbetrag wurden jedem Einwohner des Bundesgebietes 60 DM gegen Hingabe von 60 RM ausgehändigt (§ 6 WG). Hiervon wurden 40 DM sofort und der Rest von 20 DM nach zwei Monaten ausbezahlt. Als Geschäftsbetrag erhielten die Gewerbetreibenden und die Angehörigen freier Berufe 60 DM je Arbeitnehmer, höchstens jedoch 1 DM für jede RM Altgeldguthaben (§ 17 WG). Die Kopf- und Geschäftsbeträge wurden später bei der Umstellung der Altgeldguthaben angerechnet (§ 4 Umstellungsgesetz (UG)). Als Erstausstattung der öffentlichen Hand erhielten die Länder und die zu ihrem Bereich gehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände 1/6 der Isteinnahmen der Zeit vom 1.10.1947-31.3.1948, was also einem durchschnittlichen Monatebedarf entspricht. Die Bahn und die Post erhielten jedoch nur einen halben Monatsbedarf als Erstausstattung (§§ 15 und 16 WG). Die Erstausstattung der Besatzungsmächte, die im Gesetz nicht festgelegt wurde, erscheint in der DM-Eröffnungsbilanz der Bank Deutscher Länder mit 772 Mio.DM [4].

Das Umstellungsgesetz (UG) regelte die Umstellung der Schuldverhältnisse und der Altgeldguthaben von RM auf DM. Hiernach wurden alle privaten Altgeldguthaben im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellt (§ 2 UG). Unter Altgeldguthaben waren alle Reichsmarkguthaben, also alle Spar- und Giroeinlagen bei den Geldinstituten zu verstehen (§ 1 UG). Der umgestellte Betrag war zur Hälfte, d.s. 5% des Reichsmarkbetrages, frei verfügbar und wurde in dieser Höhe einem Freikonto gutgeschrieben. Die andere Hälfte wurde auf einem Festkonto gesperrt (§ 2 UG). Von dem auf dem Festkonto gesperrten Betrag wurden durch das Festkontogesetz (FG), das am 4.10.1948 in Kraft trat, 7/10 gestrichen, 2/10 wurden auf das Freikonto übertragen, während der Rest von 1/10 auf dem Festkonto verblieb (§ 1 FG). Insgesamt erhielten somit die Besitzer von Altgeldguthaben 6,5% der alten RM-Beträge in DM, wobei 6% der RM-Beträge verfügbar waren, während 0,5% auf dem Fest-

4) Vgl. Stucken, R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S.202, Fußnote 15.

konto (Anlagekonto) gesperrt blieben. Nach §§ 1-3 der 3. Durchführungsverordnung zum Festkontogesetz (3.DVO/FG), die am 5. Mai 1949 in Kraft trat, durften die Restguthaben auf den Anlagekonten zum Erwerb von Wertpapieren verwendet werden. Guthaben und Spitzenbeträge aus dem Wertpapiererwerb, die nicht höher als 5 DM waren, wurden sofort freigegeben. Die übrigen Guthaben auf Anlagekonten wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1954 freigegeben, wobei sie als Sichteinlagen galten.

Zur Deckung der aus der Umstellung hervorgegangenen DM-Verbindlichkeiten wurden den Geldinstituten für je 100,-- DM Sichtverbindlichkeiten 15,-- DM und für je 100,-- DM befristete Verbindlichkeiten und Spareinlagen 7,50 DM von der jeweiligen Landeszentralbank als Barausstattung gutgeschrieben (§ 10 UG). Außerdem wurde den Geldinstituten der Gegenwert der Geschäftsbeträge, die sie ihren Kunden ausbezahlt oder gutgeschrieben hatten, in voller Höhe als Guthaben bei der jeweiligen Landeszentralbank zur Verfügung gestellt (§ 2 der 2.DVO/UG). Um den Geldinstituten jedoch die sofortige Wiederaufnahme des Geschäftsverkehrs zu ermöglichen, waren ihnen schon am Tage der Währungsumstellung 1% ihrer RM-Kundschaftseinlagen in DM auf ihrem Landeszentralbankkonto gutgeschrieben worden. Dieser Betrag war auf die oben genannten Gutschriften aus der Umstellungsrechnung und auf die Gutschriften für die Geschäftsbeträge anzurechnen (§ 8 1.DVO/WG). Nicht umgestellt und daher völlig wertlos wurden die Altgeldguthaben der Geldinstitute (§§ 1 u.2 UG) und die Forderungen der Geldinstitute an das ehemalige Reich (§ 14 UG).

Da als Folge der Kriegsfinanzierung das Portefeuille der Geldinstitute an Reichstiteln stark angewachsen war, reichten die umgestellten Aktiva zusammen mit der Barausstattung nicht zur Deckung der umgestellten Passiva zuzüglich des vom Gesetzgeber zugestandenen Eigenkapitals aus. Die Geldinstitute erhielten deshalb zum Ausgleich ihrer Bilanz mit 3% jährlich verzinsliche Ausgleichsforderungen gegen das Land, in dem sie sich betätigten (§ 11 UG). Nach den weiteren Bestimmungen des Umstellungsgesetzes waren die Landeszentralbanken berechtigt, Ausgleichsforderungen zu lombardieren oder zu kaufen, soweit dies zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereit-

schaft eines Geldinstituts erforderlich war. Sie mußten jedoch auf Verlangen der Landeszentralbanken zurückerworben werden, wenn die Zahlungsbereitschaft wieder hergestellt war (§ 11, Abs.3 UG). Auch das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (BBG)[5] vom 26.7.1957, das den § 11, Abs.3 UG aufgehoben hat, läßt die Lombardierung und den Ankauf von Ausgleichsforderungen zu.

Da der Lombardkredit sehr teuer ist, haben die Sparkassen selbst in der liquiditätsmäßig angespannten Zeit nach der Währungsreform kaum Ausgleichsforderungen zur Lombardierung an die Bank deutscher Länder bzw. die Deutsche Bundesbank weitergegeben. Nur in den Jahren 1949/50 wurden Ausgleichsforderungen zur Vorfinanzierung von Darlehen für den Wohnungsbau kurzfristig an die Landeszentralbanken verkauft. "Darüber hinaus ist zwar eine Veräußerung von Ausgleichsforderungen an andere Geldinstitute möglich, jedoch nur zum Nennwert und unter der Voraussetzung, daß die Ausgleichsforderung bereits in das Schuldbuch des Landes eingetragen ist"[6]. Jedoch lassen sich derartige Verkäufe wegen der geringen Rentabilität der Ausgleichsforderungen kaum durchführen. Der Liquiditätswert der Ausgleichsforderungen ist somit sehr gering, da sie nur in sehr begrenztem Umfang flüssig gemacht werden können und keinen Markt haben[7]. Seit dem Jahre 1956 werden die verzinslichen Ausgleichsforderungen halbjährlich mit 0,5% zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen und die unverzinslichen Ausgleichsforderungen halbjährlich mit 2% getilgt (§§ 2 u.3 Ausgleichsforderungstilgungsgesetz)[8].

Eine weitere das Sparkassengeschäft in der Folgezeit stark beeinflussende Regelung war die Einführung der Mindestreserven durch das Emissionsgesetz (EG), das am 20. Juni 1948 in Kraft trat. Hiernach mußten die Geldinstitute mindestens 8 v.H. und höchstens 20 v.H. der Sichtver-

---

5) BGBl.I, S.745.
6) Jahresbericht 1951 der ADSGG, S. 79.
7) Vgl. Sperk, L. u.Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 125 ff.
8) Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. Juni 1956 (BGBl.I, S.506). Durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Juni 1959 (BGBl.I,S.621) wurde das Gesetz für nichtig erklärt. Die Tilgung der Ausgleichsforderungen wird jedoch trotzdem fortgesetzt.

bindlichkeiten und mindestens 4 v.H. und höchstens 10 v.H. der befristeten Verbindlichkeiten und Spareinlagen bei der jeweiligen Landeszentralbank als unverzinsliche Guthaben auf Girokonten (Mindestreserven) halten (§ 6 EG). Die Mindestreservevorschriften wurden auch in das Bundesbankgesetz übernommen. Dort betragen die Obergrenzen für Sichtverbindlichkeiten 30 v.H., für befristete Verbindlichkeiten 20 v.H. und für Spareinlagen 10 v.H. (§ 16, Abs.1 BBG). Die Aufgabe der Mindestreserven ist die Steuerung und Beherrschung des Kreditvolumens durch die Notenbank. Eine Erhöhung der Mindestreservesätze führt zur Stillegung von Notenbankgeld auf dem Konto der Notenbank und zwingt die Banken, soweit sie nicht gerade über Überschußreserven verfügen, ihre Kreditgewährung einzuschränken oder alte Kredite abzubauen. Eine Herabsetzung der Mindestreservesätze setzt bisher auf den Notenbankkonten der Banken stillgelegte Beträge frei und befähigt die Kreditbanken zur Ausdehnung der Kreditgewährung[9]. Neben dieser Hauptfunktion wird den Mindestreserven vielfach die Nebenfunktion einer Liquiditätsreserve zugeschrieben. Hierbei wird jedoch übersehen, daß die kreditpolitische Lenkungsfunktion die Liquiditätsfunktion grundsätzlich ausschließt. Die Mindestreserven können als Steuerungsmittel nur funktionieren, wenn sie von den Banken nicht zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit verwendet werden können. Die Banken werden deshalb an der Verfügung über ihre Mindestreserven durch einen über dem Lombardsatz liegenden Strafzins abgehalten, den sie bei der Unterschreitung des Reservesolls zahlen müssen. Für sie wäre es deshalb billiger, Lombardkredite, Diskontkredite oder Nostroverpflichtungen aufzunehmen. Ganz geringfügige und kurzfristige Unterschreitungen des Reservesolls sind dadurch möglich, daß die Berechnung des Reservesolls im Monatsdurchschnitt erfolgt. Dadurch können Unterschreitungen des Reservesolls an einzelnen Tagen durch Überschreitungen des Reservesolls an anderen Tagen kompensiert werden. Die Mindestreserven sind somit kein echter Barbestand, über den uneingeschränkt zu Zahlungszwecken

9) Vgl. Stucken, R.: Liquidität der Banken, a.a.O., S. 146; derselbe: Geld und Kredit, 2.Auflage, a.a.O., S. 102 f.

verfügt werden kann[10]. Die Sparkassen werden deshalb immer noch zusätzliche Liquiditätsreserven bei ihren Girozentralen halten müssen, wozu sie auch gesetzlich verpflichtet sind. Denn nach den sparkassenrechtlichen Vorschriften müssen die Sparkassen 10% der Spareinlagen und 20% der Giroeinlagen als Liquiditätsreserven bei ihren Girozentralen unterhalten. Zur Vermeidung einer Doppelbelastung der Sparkassen wurden diese Liquiditätsvorschriften durch die Beschlüsse des Sonderausschusses Bankenaufsicht vom 14./15. August 1953 und 14./15. Mai 1954 bis auf weiteres ausgesetzt[11]. Das Bundesbankgesetz legte dann endgültig fest, daß die Mindestreserven auf die Liquiditätsreserven der Sparkassen anzurechnen sind (§ 16, Abs.5 BBG).

2. Strukturelle Veränderungen des Verhältnisses zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften durch die Währungsreform

a) Die langfristige Bindung kurzfristiger Passiva nach der Währungsreform

Wie wir bereits früher dargestellt haben, war es im Verlaufe des Wehraufbaues und des 2. Weltkrieges durch die Übernahme von Anleihen, Schatzwechseln und Schatzanweisungen des Reiches seitens der Sparkassen zu einem starken Ansteigen der Positionen Wertpapiere, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen in den Sparkassenbilanzen gekommen. So bestanden per 30.9.1944 rd. 94% der Bilanzpositionen Wertpapiere, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen aus Anleihen und Schatzanweisungen des Reiches[12]. Gleichzeitig hatten die große Geldflüssigkeit und die hohen Kriegsgewinne ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg zur Rückzahlung von kurz- und langfristigen Sparkassenkrediten geführt. Aus diesem Grunde bestand die Aktivseite der Sparkassenbilanzen vor der Währungsreform fast nur noch aus kurz- und langfristigen Wertpapieren und Bankguthaben.

10) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.119 ff.; Floß, E.: Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Band 4 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg.v.F.Voigt, Berlin 1956, S.23 ff.

11) Vgl. Falter, M.: Die Praxis des Kreditgeschäfts, a.a.O., S. 53 f.

So betrug am 20.6.1948 die Position Wertpapiere 30,3 Mrd.RM oder 46,5% und die Position Bankguthaben 22,4 Mrd.RM oder 34,3%, zusammen also 80,8% der Bilanzsumme von 65,2 Mrd.RM. Der Bestand an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen machte nur 88 Mio.RM oder 0,1% der Bilanzsumme aus. Auf der Passivseite betrug der Anteil der Spareinlagen mit 47,7 Mrd.RM 73,2% und der Sicht- und Termineinlagen mit 14,7 Mrd.RM 22,5% der Bilanzsumme.
Da durch die Währungsreform die Wertpapiere und die Reichsanleihen annulliert wurden, standen in der auf DM umgestellten Bilanz aller Sparkassen vom 21.6.1948 den umgestellten Passiva über insgesamt 4.130 Mio.DM nur umgestellte Aktiva in Höhe von 535 Mio.DM und Barmittel in Höhe von 830 Mio.DM gegenüber. In Höhe der Differenz von 2.765 Mio.DM mußten die Sparkassen deshalb Ausgleichsforderungen in ihre Bilanzen einsetzen, die damit 67% der Bilanzsumme von 4.130 Mio.DM ausmachten.

Rechnen wir zu den Ausgleichsforderungen von 2.765 Mio.DM noch den Wertpapierbestand von 57 Mio.DM, die langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte in Höhe von 292 Mio.DM und gegen Kommunaldeckung in Höhe von 22 Mio.DM hinzu, so betrugen die langfristigen Aktiva insgesamt 3.136 Mio.DM oder 76% der Bilanzsumme. Diesen langfristigen Aktiva standen langfristige Passiva in Höhe von 2.196 Mio.DM oder 53,1% der Bilanzsumme gegenüber. Die Währungsumstellung hatte somit im langfristigen Geschäft zu einer Finanzierungslücke von 940 Mio.DM geführt, die durch das kurzfristige Geschäft gedeckt war[13].
Dieses durch die Währungsreform herbeigeführte strukturelle Ungleichgewicht stellt rechnerisch eine äußerst starke Fristigkeitstransformation dar, denn es waren am 21.6.1948 30% des langfristigen Aktivgeschäfts durch das kurzfristige Passivgeschäft gedeckt (vgl. Übersicht 40). Die Sparkassen legten deshalb, wie wir später noch sehen werden, von Mitte 1949 bis Ende 1954 einen großen Teil ihres Spareinlagenzuwachses bzw. des Zugangs an langfristigen Betriebsmitteln im

12) Vgl. Sperk, L.u.Wildorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S. 110.
13) Die Zahlen wurden aus Tabelle IV im Anhang entnommen bzw. errechnet.

kurzfristigen Aktivgeschäft an, um das strukturelle Ungleichgewicht wieder zu beseitigen.

Die den Sparkassen durch die Währungsreform mitgegebene strukturelle Fristigkeitstransformation hielt bis Ende Januar 1953 an, wobei der Anteil der kurzfristig gedeckten langfristigen Aktiva laufend abnahm (vgl. Übersicht 40). Erst im Februar 1953 waren erstmals nach der Währungsreform die langfristigen Passiva mit 5.972 Mio.DM wieder höher als die langfristigen Aktiva mit 5.869 Mio.DM (vgl. Tabelle XII im Anhang).

Übersicht 40: Der Anteil der durch die kurzfristigen Passiva gedeckten langfristigen Aktiva 1948 - 1953

| Ende | langfr. Aktiva | langfr.Aktiva ./. langfr. Passiva | kurzfr.Passiva ./. kurzfr. Aktiva | im langfr.Aktivgeschäft angel.kurzfr. Passiva | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Mio.DM | Mio.DM | Mio.DM | in % d.langfr. Aktiva |
| 21.6.48 | 3.136 | 940 | 1.356 | 940 | 30,0 |
| 1949 | 2.910 | 702 | 1.107 | 702 | 24,1 |
| 30.6.50 | 3.233 | 454 | 860 | 454 | 14,0 |
| 31.5.51 | 4.258 | 1.008 | 1.491 | 1.008 | 23,7 |
| 1951 | 4.661 | 822 | 1.346 | 822 | 17,6 |
| 1952 | 5.675 | 125 | 671 | 125 | 2,2 |
| 31.1.53 | 5.792 | 25 | 548 | 25 | 0,4 |

Quellen: Errechnet aus Tabelle IV, XI und XII im Anhang.

b) Verschiebungen im Verhältnis der kurzfristigen zu den langfristigen Geschäftszweigen nach der Währungsreform vom 20.6.1948

Neben der kurzfristigen Finanzierung der langfristigen Passiva entstand durch die Währungsreform ein weiteres strukturelles Ungleichgewicht. Ähnlich wie nach der Stabilisierung im Jahre 1924 überwogen die kurzfristigen die langfristigen Passiva. Während nach der Durchführung der Währungsumstellung die langfristigen Passiva noch 53,1% und die kurzfristigen Passiva 33,0% der Bilanzsumme ausmachten, kehrte sich dieses Verhältnis durch den Run der Sparer auf

die Sparkassen im 2. Halbjahr 1948 um. So betrugen die kurzfristigen Passiva Ende 1950 49,2% und Ende 1951 47,2% der Bilanzsumme, während die langfristigen Passiva zu den gleichen Zeitpunkten 40,6% und 41,0% der Bilanzsumme ausmachten[14]. Erst Ende 1952 überwogen zum erstenmal wieder die langfristigen Passiva. Deutlich findet dieses strukturelle Ungleichgewicht seinen Ausdruck im Verhältnis der Sicht- und Termineinlagen der Nichtbankenkundschaft zu den Spareinlagen, die jeweils den größten Teil der kurzfristigen bzw. langfristigen Passiva ausmachen (vgl. Übersicht 41).

Aus der Übersicht 41 geht hervor, daß von Ende 1948 bis Ende des Jahres 1951 die Sicht- und Termineinlagen höher waren als die Spareinlagen. Erst im Jahre 1952 kehrte sich dieses Verhältnis wieder um und der Anteil der Spareinlagen an den Gesamteinlagen der Nichtbankenkundschaft stieg laufend an. Auffallend ist, daß Ende 1951 und 1957 der Anteil der Spareinlagen etwas zurückging, was auf die Korea- und Suezkrise zurückzuführen ist, die wir später noch genauer besprechen werden.

Vergleichen wir die Entwicklung der beiden Geschäftszweige mit der Entwicklung nach der Währungsstabilisierung im Jahre 1924, so fällt auf, daß damals die Spareinlagen in kürzerer Zeit wieder das Übergewicht über die Sicht- und Termineinlagen erhielten als nach 1948[15]. Schon Ende 1925 betrug der Anteil der Spareinlagen an den Gesamteinlagen wieder 66,5% und bereits 5 Jahre später, Ende 1930, war der Anteil der Spareinlagen wieder auf 86,7% gestiegen und der der Sicht- und Termineinlagen auf 13,3% zurückgegangen.

Klammern wir die Jahre der Bankenkrise aus, so bewegte sich der Anteil der Sicht- und Termineinlagen von 1934-1938 zwischen rd. 12% und rd. 14% der Gesamteinlagen und stieg bis zur Währungsreform auf rd. 23%. Dagegen betrug der Anteil der Sicht- und Termineinlagen auch im Jahre 1961, also 13 Jahre nach der Währungsreform, immer noch 27% (vgl. Übersichten 41 u. 42). Diese Zahl läßt darauf schließen, daß der Anteil der kurzfristigen Einlagen der Nichtbankenkundschaft an den Gesamt-

14) Errechnet aus Tabelle IV im Anhang.
15) Zur besseren Vergleichbarkeit ziehen wir die auf den Bereich der Bundesrepublik einschl. Westberlin umgerechneten Zahlen heran.

Übersicht 41: Die Zusammensetzung der Einlagen bei den Sparkassen ab 1948 in der Bundesrepublik einschl. Westberlin

| Bestand am Jahresende | Gesamteinlagen Mio.DM | davon | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Spareinlagen | | Sicht- u. Termineinlagen[1] | |
| | | Mio.DM | % | Mio.DM | % |
| 21.6.1948 | 3.586,1 | 2.212,3 | 61,7 | 1.373,8[2] | 38,3 |
| 1948[3] | 3.167,2 | 1.119,5 | 35,3 | 2.047,7 | 64,7 |
| 1949 | 4.861,0 | 2.132,5 | 43,9 | 2.728,5 | 56,1 |
| 1950 | 6.153,3 | 2.801,0 | 45,5 | 3.352,4 | 54,5 |
| 1951 | 7.430,1 | 3.344,6 | 45,0 | 4.085,5 | 55,0 |
| 1952 | 9.823,5 | 4.934,1 | 50,2 | 4.889,4 | 49,8 |
| 1953 | 12.987,5 | 7.463,7 | 57,5 | 5.523,8 | 42,5 |
| 1954 | 16.839,8 | 10.964,6 | 65,1 | 5.875,2 | 34,9 |
| 1955 | 19.970,4 | 13.555,1 | 67,9 | 6.415,3 | 32,1 |
| 1956 | 22.425,0 | 15.506,1 | 69,1 | 6.918,9 | 30,9 |
| 1957 | 27.135,3 | 18.665,3 | 68,8 | 8.470,0 | 31,2 |
| 1958 | 32.837,0 | 22.882,1 | 69,7 | 9.955,0 | 30,3 |
| 1959[4] | 39.813,4 | 28.516,3 | 71,6 | 11.297,1 | 28,4 |
| 1960 | 46.326,1 | 33.723,9 | 72,8 | 12.602,2 | 27,2 |
| 1961 | 52.799,4 | 38.524,8 | 73,0 | 14.274,6 | 27,0 |

Quellen: Für 21.6.1948 u. 1949-1960: Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, a.a.O., Sachgruppe 331.
Für 1948: Statistisches Handbuch der BdL, 1948-1954, Frankfurt/Main 1955, S. 176.
Für 1961: Monatsberichte der BBk/Februar 1962,S.56.

Anmerkungen:
1) ohne Einlagen von Kreditinstituten.
2) einschl. 563,2 Mio.DM Geschäfts- und Kopfbeträge.
3) ohne Westberlin
4) ab 1959 einschl. Saarland.

einlagen stärker geworden ist und von rd. $\frac{1}{7}$ vor dem 2. Weltkrieg auf derzeit rd. $\frac{1}{4}$ gestiegen ist.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch das kurzfristige Kreditgeschäft der Sparkassen. Während der Anteil der Wechsel und Debitoren von 1933-1938 zwischen 8,4% und 13,4% der Bilanzsumme lag, bewegte er sich von 1950-1961 zwischen 15,2% und 28,7%.

Nach der Währungsreform hat sich also eine gewisse Strukturverschiebung zugunsten des kurzfristigen Passivgeschäfts und des kurzfristigen Kreditgeschäfts vollzogen. Die Sparkassen sind verstärkt in das kurzfristige Kreditgeschäft eingedrungen und haben im Zusammenhang damit auch mehr kurzfristige

Übersicht 42: Die Zusammensetzung der Einlagen bei den Sparkassen von 1924 bis 1948 im Bereich der Bundesrepublik einschl. Westberlin

| Bestand am Jahresende | Gesamteinlagen | davon | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Spareinlagen | | Sicht- u. Termineinlagen[1] | |
| | Mio.RM | Mio.RM | % | Mio.RM | % |
| 1924 | 803,0 | 447,4 | 55,8 | 355,6 | 44,2 |
| 1925 | 1.758,8 | 1.169,6 | 66,5 | 589,2 | 33,5 |
| 1926 | 2.938,9 | 2.159,2 | 73,5 | 779,7 | 26,5 |
| 1927 | 4.104,2 | 3.219,6 | 78,4 | 884,6 | 21,6 |
| 1928 | 5.790,5 | 4.751,2 | 82,1 | 1.039,3 | 17,9 |
| 1929 | 7.215,6 | 6.182,3 | 85,7 | 1.033,3 | 14,3 |
| 1930 | 7.936,6 | 6.878,9 | 86,7 | 1.057,7 | 13,3 |
| 1931 | 7.606,0 | 6.663,6 | 87,6 | 942,4 | 12,4 |
| 1932 | 8.114,0 | 7.322,6 | 90,2 | 791,4 | 9,8 |
| 1933 | 8.398,5 | 7.529,9 | 89,7 | 868,6 | 10,3 |
| 1934 | 8.963,3 | 7.922,3 | 88,4 | 1.041,0 | 11,6 |
| 1935 | 9.740,4 | 8.517,8 | 87,4 | 1.222,6 | 12,6 |
| 1936 | 10.317,9 | 8.967,1 | 86,9 | 1.350,8 | 13,1 |
| 1937 | 11.329,6 | 9.812,9 | 86,6 | 1.516,7 | 13,4 |
| 1938 | 12.641,7 | 10.921,7 | 86,4 | 1.720,0 | 13,6 |
| 1939 | 14.086,6 | 11.829,4 | 84,0 | 2.257,2 | 16,0 |
| 1940 | 18.605,7 | 15.476,5 | 83,2 | 3.129,2 | 16,8 |
| 1941 | 24.877,8 | 20.777,0 | 83,5 | 4.100,8 | 16,5 |
| 1942 | 32.549,5 | 27.864,0 | 85,6 | 4.685,5 | 14,4 |
| 1943[2] | 42.217,8 | 35.960,9 | 85,2 | 6.256,9 | 14,8 |
| 1944[3] | 50.211,5 | 42.699,1 | 85,0 | 7.512,4 | 15,0 |
| 1947[4] | 54.987,5 | 43.317,0 | 78,8 | 11.670,5 | 21,2 |
| 1948 | 62.083,4 | 47.748,6 | 76,9 | 14.334,8 | 23,1 |

Quelle: Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, a.a.O., Sachgruppe 330, S. 1.

Anmerkungen: 1) ohne Einlagen von Kreditinstituten.
2) 30. September 1944.
3) ohne Braunschweigische Landesspark.
4) 20. Juni 1948.

Einlagen von Geschäftskunden und Gehaltsempfängern erhalten[16].

3.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge durch den Giroeinlagenzufluß im 2. Halbjahr 1948

Nach Durchführung der Währungsumstellung sind den Sparkassen 2,2 Mrd.DM Spareinlagen verblieben, die sich auf 14,8 Mio. Sparkonten verteilten. Das sind rd. 5% der 47,7 Mrd.RM Guthaben vor der Währungsreform, die auf 30,5 Mio. Sparkon-

16) Die Zahlen wurden errechnet aus Tabellen III-VI im Anhang.

ten angelegt waren[17]. Doch auch der Spareinlagenbestand von 2,2 Mrd.DM konnte wegen der in den ersten Monaten nach der Währungsreform einsetzenden Spareinlagenabzüge nicht gehalten werden. Die auf den Freikonten verfügbaren Einlagen wurden in viel stärkerem Ausmaße, als erwartet worden war, von den Kontoinhabern abgehoben.

Der Grund hierfür war eine allgemeine Vertrauensstörung der Sparer, die durch die Streichung von 70% des Festkontos noch verstärkt wurde. Hinzu kam ein dringender Nachholbedarf weiter Bevölkerungskreise an Nahrungsmitteln, Hausrat und Kleidung, der sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gebildet hatte und der nun befriedigt werden konnte, da jetzt plötzlich wieder alle Güter auf dem Markt erschienen. In den durch den Luftkrieg geschädigten Städten wurden Spargelder zur Ausbesserung von Schäden und für den Wiederaufbau abgehoben. Noch verstärkt wurde der Drang zur Beschaffung der notwendigen Bedarfsgüter durch eine bald nach der Geldneuordnung einsetzende starke Preissteigerung. Die hier genannten Gründe der Spareinlagenabhebung waren gleichzeitig die Ursache für die geringen Einzahlungen[18].

Wie aus Übersicht 43 hervorgeht, mußten die Sparkassen im 2. Halbjahr 1948 Auszahlungen in Höhe von 1.145,6 Mio.DM leisten, denen nur Einzahlungen in Höhe von 584,7 Mio.DM gegenüberstanden, so daß sich also ein Auszahlungsüberschuß von 560,9 Mio.DM ergab. Hierbei stammen die Einzahlungen zu einem erheblichen Teil aus der Gutschrift der zweiten Rate des Kopfbetrages. Im gesamten 2. Halbjahr 1948 wurden somit 54% aller bis dahin auf Freikonto verfügbar gemachten Sparguthaben ausbezahlt. Die für die umgestellten Spareinlagen zugeteilte Liquiditätsausstattung von $7\frac{1}{2}$% war also völlig unzureichend, zumal nur über ein Drittel verfügt werden konnte. Die restlichen zwei Drittel mußten als Mindestreserven angelegt werden, da der Mindestreservesatz auf 5% der Spareinlagen festgesetzt worden war. Die Erstausstattung an

17) Vgl. Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956, hrsg. v. DSGV, Stuttgart, o.J., S.11 f.
18) Vgl. Schreiben der ADSGG v.18.11.1948 an die BdL (unveröffentlicht); Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 1: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, a.a.O., S.78 ff.

liquiden Mitteln für Spareinlagen war daher bereits Ende August völlig aufgebraucht[19]. Die Sparkassen mußten deshalb zur Finanzierung der Spareinlagenabzüge überwiegend die Einzahlungen im kurzfristigen Passivgeschäft heranziehen.

Übersicht 43: Die Entwicklung der Spareinlagen auf den Freikonten im 2. Halbjahr 1948

| | in Mio.DM | in % |
|---|---|---|
| Aus der Umstellungsrechnung übernommene Spareinlagen | 2.115,7 | 100 |
| Einzahlungen | 584,7 | 28 |
| Auszahlungen | 1.145,6 | 54 |
| Auszahlungsüberschuß | 560,9 | 26 |
| Zinsgutschriften | 5,0 | |
| Stand am Jahresende | 1.559,8 | |

Quelle: Jahresbericht 1949 der ADSGG, S.10.

Wie in den Jahren nach 1925 haben die Giroeinlagen auch nach 1948 eine kräftige Entwicklung genommen, die der Entwicklung der Spareinlagen entgegengesetzt verlief. Am 21.6.1948 waren rd. 14,7 Mrd.RM Giroeinlagen auf rd.1,4 Mrd. DM umgestellt worden, wobei sämtliche RM-Einlagen öffentlicher Stellen erloschen waren (vgl. Tabelle IV im Anhang). Auf dieser Grundlage sind die Giroeinlagen bis 31.12.1948 auf 2,1 Mrd.DM angewachsen. Vom 31.7.1948 bis Ende 1948 betrug der Giroeinlagenzugang 1.087,6 Mio.DM. Hierbei war der Giroeinlagenzugang der Wirtschaftsunternehmen und Privaten mit 807,1 Mio.DM am stärksten, gefolgt von dem Einlagenzugang der öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit 266,3 Mio. DM und der Kreditinstitute mit 14,2 Mio.DM (vgl. Übersicht 44).

Diese unterschiedliche Entwicklung im Spar- und Giroverkehr erklärt sich nach Hoffmann daraus, "daß die Sparkapitalbildung, sofern sie überhaupt zum Zuge kommt, langsam einsetzt und dann mit einer gewissen Stetigkeit zunimmt und anhält. Demgegenüber erreichen die im Zahlungsverkehr arbeitenden Beträge verhältnismäßig schnell einen hohen Stand, der sich dann nur wenig verändert"[20]. Allerdings waren in den Jahren nach der Währungsreform Sondereinflüsse wirksam,

19) Vgl. Jahresbericht 1947/48 der ADSGG, S.43.
20) Hoffmann: Sparkassen und Sparkassenpolitik, in: Die Selbstverwaltung, Organ des deutschen Landkreistages, 4.Jhg. 1950, Nr.1, S.5.

Übersicht 44: Die Entwicklung der Giro-usw. Einlagen im 2.Halbjahr 1948 - in Mio.DM -

| | Wirtschaftsunternehmen und Private | | öffentlich-rechtliche Körperschaften | | Kreditinstitute | | gesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stand | Zugang | Stand | Zugang | Stand | Zug. | Stand | Zug. |
| 31.7.1948 | 627,8 | | 346,5 | | 18,5 | | 992,8 | |
| 31.12. 48 | 1.434,9 | 807,1 | 612,8 | 266,3 | 32,7 | 14,2 | 2080,4 | 1087,6 |

Quelle: Statistisches Handbuch der BdL.1948-1954, a.a.O., S.176

die die starke Zunahme der kurzfristigen Einlagen begünstigten. So war die Zunahme der Giroeinlagen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände beträchtliche Summen ihrer Erstausstattung auf Sparkonten einzahlten. In dem Giroeinlagenzugang der Wirtschaftsunternehmen und Privaten waren Geschäftsbeträge enthalten, die den Geldinstituten voll in Zentralbankgeld zu Lasten der Bank deutscher Länder erstattet worden waren und die von der Kundschaft nur z.T. in bar abgehoben wurden[21]. Weitere Teile der ausgezahlten Geschäftsbeträge flossen im Rahmen des Zahlungsverkehrs wieder zu den Sparkassen zurück.

Nach den Ausführungen der Sparkassenorganisation waren allein bis 31.10.1948 300 Mio.DM Giroeinlagen zur Finanzierung des Spareinlagenabflusses herangezogen worden. Außerdem stellten die Girozentralen den Sparkassen rd. 150 Mio.DM kurzfristige Kredite zur Finanzierung der Auszahlungsüberschüsse zur Verfügung[22]. Noch deutlicher zeigt sich die Heranziehung der

21) Vgl. Monatsberichte der BdL, Februar 1949, S. 15 ff.

22) Vgl. Jahresbericht 1947/48 der ADSGG, S.55; Sperk, L. u. Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.129 f.

Giroeinlagen zur Finanzierung der Spareinlagenabzüge bei den bayerischen Sparkassen. Dort stand vom 21.6.1948 - 31.10.1948 einem Auszahlungsüberschuß im Sparverkehr von 76,6 Mio.DM eine Erhöhung der Giroeinlagen um 143,4 Mio.DM gegenüber (vgl. Übersicht 45).

Übersicht 45: Die Einlagenbewegung bei den bayerischen Sparkassen vom 21.6.1948 - 31.10.1948 - in Mio.DM - [1]

| | vom 21.6.1948 bis 31.10.1948 auf Freikonto umgestellt | Einzahlungen einschl. gutgeschrieb. Kopfbetr. | Auszahlungen | Stand am 31.10.48 | Ein-/Auszahlungsüberschuß |
|---|---|---|---|---|---|
| Spareinlagen | 188,8 | 39,5 | 116,1 | -.- | ./. 76,6 |
| Giroeinlagen | 58,4 | | | 201,8 | + 143,4 |

Quelle: Nach einer unveröffentlichten Statistik des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes.

1) ohne Stadt- und Kreissparkasse Lindau.

Nur durch die Zuflüsse im Giroverkehr konnten also die Sparkassen die ihnen ohne ihr Verschulden aufgebürdete schwierige Aufgabe, die Abhebungen im Sparverkehr zu finanzieren, meistern[23]. Eine Refinanzierung über das Notenbanksystem kam für die Sparkassen wegen ihres geringen Wechselbestandes kaum in Betracht. Ferner war die begrenzt mögliche Verwendung von Ausgleichsforderungen zur Refinanzierung mit so hohen Kosten verbunden, daß die Sparkassen aus Rentabilitätsgesichtspunkten von dieser Möglichkeit fast keinen Gebrauch machten und es daher vorzogen, Kontokorrentkredite bei ihrer Girozentrale aufzunehmen[24].

---

23) Vgl. Hoffmann: Sparkassen- und Sparkassenpolitik, a.a.O., S.5.

24) Vgl. Sperk, L. u. Wilsdorf, M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.129.

Durch die Verwendung der Giroeinlagenzugänge für die Spareinlagenabzüge kam das kurzfristige Kreditgeschäft der Sparkassen fast vollständig zum Erliegen. Die Giroeinlagen konnten durch die Umdisposition "nicht die Liquidität und damit die Fähigkeit zur Kreditschöpfung steigern. Die Giroeinlagen traten bilanzmäßig einfach an die Stelle der abgehobenen Spareinlagen, wo ihnen weder liquide Mittel noch Kredite wesentlichen Umfangs sondern hauptsächlich Ausgleichsforderungen gegenüberstanden. Ein Teil der neuen Giroeinlagen fand also zwangsläufig 'Anlage' in Ausgleichsforderungen" [25].

Um den Sparkassen die Versorgung der Wirtschaft mit Betriebskrediten zu erleichtern, wurde ihnen deshalb ähnlich wie in der Zahlungs- und Kreditkrise 1931/32 in den meisten Bundesländern die Genehmigung zur Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln erteilt. Die Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln sollte die Sparkassen in die Lage versetzen, im Rahmen ihrer Satzung ihrer Kundschaft Kredite zu gewähren und durfte deshalb nur zur Wahrung von Refinanzierungsmöglichkeiten im Zentralbanksystem ausgenutzt werden[26]. Von dieser Möglichkeit haben die Sparkassen jedoch nur sehr zögernd Gebrauch gemacht. So betrugen die eigenen Akzepte im Umlauf bei den Sparkassen Ende 1948 nur 9,1 Mio.DM [27].

4.) Die überwiegende kurzfristige Anlage des Spareinlagenzuwachses von Mitte 1949 bis zur Koreakrise Mitte 1950 zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts in den Sparkassenbilanzen

Im Januar 1949 trat wieder eine Wende in der Spareinlagenentwicklung ein, denn es bildete sich zum ersten Mal seit der Währungsreform wieder ein Einzahlungsüberschuß in Höhe

25) Monatsberichte der BdL, August 1949, S.44.
26) Vgl. Erlaß des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15.7.1948-II-2112-48, abgedruckt in: Sparkassenkalender 1951, S.33.
27) Vgl. Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S.177.

von 5 Mio.DM. Der Umschwung hatte sich mit der allmählichen Stabilisierung des Preisniveaus eingestellt. Außerdem hatte das Militärregierungsgesetz Nr.64 vom 22.6.1948 durch die Einführung des steuerbegünstigten Sparens[28] zu einer Förderung der Ersparnisbildung beigetragen. Die Einzahlungsüberschüsse nahmen bis Juli 1949 laufend zu und gingen im August und September wegen der Änderung des Wechselkurses etwas zurück. Im Oktober beruhigte sich jedoch die Lage wieder und der Einzahlungsüberschuß stieg bis Ende Januar wieder an. Von Februar bis Mai 1950 nahm er jedoch fortwährend wieder ab. Eine Rolle dürften hierbei die hohe Steuerbelastung und eine gewisse Stagnation der Einkommen gespielt haben [29]. Insgesamt nahmen die Spareinlagen in den $1\frac{1}{2}$ Jahren von Januar 1949 bis zum Beginn der Koreakrise anfangs Juli 1950 um 1.479,6 Mio.DM zu. Aber auch die Sicht- und Termineinlagen stiegen weiter kräftig an. Sie erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 1.030,3 Mio.DM [30].

Aufgrund dieser Einlagenzuflüsse konnten sich die Sparkassen wieder dem Kreditgeschäft zuwenden, das im Jahre 1948 nur in äußerst beschränktem Maße durchgeführt worden war, da für das langfristige Geschäft die Spareinlagen fehlten und die Giroeinlagen zum größten Teil für die Deckung der Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr verwendet werden mußten. Nach der Währungsreform bestand ein besonders großer Kapitalbedarf zum Wiederaufbau des im Kriege zerstörten Produktionsapparates und Wohnraums. Weitere Investitionen zur Erstellung von Wohnungen und dauernden Arbeitsplätzen und somit weitere Kapitalmittel erforderte der starke Flüchtlingszustrom aus den deutschen Ostgebieten. Die Bundesregierung stellte daher besondere Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramme auf[31].

---

28) Vgl. Stucken, R.: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-1953, a.a.O., S.236 f.

29) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.133 f., Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956, a.a.O., S.12.

30) Die Zahlen sind errechnet aus dem im Statistischen Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O. auf S.176 angegebenen Zahlen. Sie stimmen nicht mit den von der Sparkassenorgani-

An der Finanzierung der Wohnungsbauprogramme beteiligten sich die Sparkassen, soweit es ihre Spareinlagenzuflüsse zuließen. So gab die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen gegenüber der Bundesregierung für die Sparkassen eine Erklärung ab, daß alle Sparkassen des Bundesgebietes im Jahre 1950 50 % des auf 600 Mio.DM geschätzten Spareinlagenzuwachses für Wohnungsbaukredite zur Verfügung stellen werden[32]. Ferner wurde den Sparkassen von der Bank deutscher Länder zur Vorfinanzierung langfristiger Ausleihungen der vorübergehende Ankauf von Ausgleichsforderungen zugesagt. Im Herbst 1949 belief sich diese Zusage auf 115 Mio.DM und im Jahre 1950 auf 150 Mio.DM[33].

Trotz der starken Kapitalnachfrage und der Beteiligung der Sparkassen am Wohnungsbauprogramm wurden im 2.Halbjahr 1949 von dem verfügbaren Spareinlagenzuwachs[34] in Höhe von 285 Mio.DM nur 89 Mio.DM oder 31,2 % in die langfristige Anlage überführt[35], während die restlichen 196 Mio.DM oder 68,8 % des Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Geschäft an-

---

sation veröffentlichten Zahlen überein, da die BdL bis März 1951 Geldinstitute mit einer Bilanzsumme bis 2 Mio. DM statistisch nicht erfaßte.

31) Vgl. Geschäftsbericht 1950 der BdL, S.2.

32) Vgl. Jahresbericht 1949 der ADSGG, S.49.

33) Vgl. ebenda, S.20.

34) Bei der Umstellung der RM-Spareinlagen in DM und später auch bei der Altsparerentschädigung, dem Währungsausgleich für Vertriebene und der Umwandlung von Hauptentschädigung nach dem LAG in Spareinlagen traten einem Teil der Spareinlagenzugänge aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegenüber. Über diesen Teil des Spareinlagenzuwachses können somit die Sparkassen zu Anlagezwecken nicht verfügen. Der "verfügbare Spareinlagenzuwachs" ergibt sich durch Absetzung der Zugänge an Ausgleichs- und Deckungsforderungen vom gesamten Spareinlagenzuwachs.

35) Da es sich bei der Position "aufgenommene langfristige Darlehen" fast ausschließlich um Weiterleitungskredite handelt, die auf der Aktivseite in den langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und Kommunaldeckung und in den sonstigen langfristigen Ausleihungen enthalten sind, erhält man das durch den Spareinlagenzugang finanzierte langfristige Aktivgeschäft, indem man den Betrag der aufgenommenen langfristigen Darlehen von den langfristigen Ausleihungen bzw. dem langfristigen Aktivgeschäft absetzt.

gelegt wurden und hier fast ausschließlich zur Erhöhung der Debitoren dienten. So stiegen die Debitoren um 594 Mio.DM, während die Wechsel nur geringfügig um 8 Mio.DM und die Schatzwechsel um 15 Mio.DM zunahmen. Die Bankguthaben waren dagegen um 69 Mio.DM vermindert worden (vgl. Übersicht 46 und Tabelle XXI im Anhang). In dem Zuwachs der Debitoren um 594 Mio.DM steckte allerdings nach den Angaben der Sparkassenorganisation ein beträchtlicher Betrag an kurzfristigen Krediten, die als Zwischenkredite für den Wohnungsbau gelten können. Von dem Gesamtzuwachs der Debitoren im Jahre 1949 machten diese Zwischenkredite nach den Schätzungen der Sparkassenorganisation mindestens 140 Mio.DM [36] aus. Diese in die langfristige Investierung geflossenen kurzfristigen Kredite wurden im Hinblick auf die zu erwartenden Spareinlagenzuflüsse gegeben. Sie konnten ja bei entsprechenden Spareinlagenzugängen durch Ausreichung von Hypotheken wieder abgelöst werden. Im langfristigen Aktivgeschäft stand die Anlage in Hypothekarkrediten durch die Mitwirkung der Sparkassen am Wohnungsbauprogramm an erster Stelle. So wurden die langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte um 111 Mio.DM erhöht, während die sonstigen langfristigen Ausleihungen nur um 16 Mio.DM stiegen.

Ähnlich war die Entwicklung im 1.Halbjahr 1950. In diesem Zeitraum flossen von dem langfristigen Betriebsmittelzuwachs von 646 Mio.DM, der sich aus dem Verkauf von Ausgleichsforderungen in Höhe von 46 Mio.DM an die Landeszentralbanken, aus dem Zufluß von Spareinlagen in Höhe von 511 Mio.DM und aus der Aufnahme langfristiger Darlehen in Höhe von 89 Mio.DM zusammensetzte, nur 367 Mio.DM oder 56,8% in das langfristige Aktivgeschäft. Dort zeigten insbesondere wieder die Ausleihungen gegen Grundpfandrechte mit 212 Mio.DM den stärksten Zuwachs. Gehen wir davon aus, daß die den Sparkassen aus dem Verkauf von Ausgleichsforderungen in Höhe von 46 Mio.DM an die Landeszentralbanken zufließenden Betriebsmittel, wie vorgesehen, ausschließlich zur Finanzierung des Hypothekengeschäftes

36) Vgl. Jahresbericht 1949 der ADSSG, S.50.

Übersicht 46: Ausgewählte Monatsausweise Ende Juni 1949-Juni 1950 -in Mio.DM-

| Monat | Juni 1949 | Dez.1949 | Veränderungen | Juni 1950 | Veränderungen |
|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 463 | 394 | ./. 69 | 600 | + 206 |
| Wechsel | 173 | 181 | + 8 | 248 | + 67 |
| Schatzwechsel [1] | 6 | 21 | + 15 | 80 | + 59 |
| Debitoren [2] | 764 | 1.358 | + 594 | 1.700 | + 342 |
| kurzfr.Aktiva | 1.406 | 1.954 | + 548 | 2.628 | + 674 |
| Wertpapiere | 26 [3] | 52 [3] | + 26 | 78 | + 26 |
| Ausgleichsforderungen | 2.363 | 2.462 | + 99 | 2.416 | ./. 46 |
| langfr.Ausl. geg.Grdpfdr. | 255 | 366 | + 111 | 578 | + 212 |
| sonstige langfr.Ausl. | 21 | 37 | + 16 | 166 | + 129 |
| langfr. Aktiva | 2.665 | 2.917 | + 252 | 3.238 | + 321 |
| Sicht u.Termineinlag. [4] | 2.628 | 2.706 | + 78 | 3.150 | + 444 |
| Nostroverpflichtung. | 209 | 314 | + 105 | 302 | ./. 12 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 9 | 39 | + 30 | 36 | ./. 3 |
| kurzfr. Passiva | 2.846 | 3.059 | + 213 | 3.488 | + 329 |
| Spareinlag. [4] | 1.704 | 2.088 | + 384 | 2.599 | + 511 |
| aufgen.langfr.Darlehen | 27 | 91 | + 64 | 180 | + 89 |
| langfr. Passiva | 1.731 | 2.179 | + 448 | 2.779 | + 600 |

Quelle: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954,a.a.O., S.174 ff.

Anmerkungen: 1) Einschließlich unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder.
2) Bis Mai 1950 enthalten die Debitoren auch langfristige, ab Juni 1950 nur kurzfristige Ausleihungen bis zu 4 Jahren.
3) Der Wertpapierbestand wurde vom Verf. unter Annahme einer stetigen Entwicklung des Wertpapierzugangs seit Januar 1949 geschätzt. 4) Juni u.Dez.1949 ohne Einlagen auf Festkonto.

verwendet wurden, so wurden von dem frei verfügbaren Spareinlagenzuwachs von 511 Mio.DM nur 232 Mio.DM oder 45,4% langfristig angelegt, während der Rest von 279 Mio.DM oder 54,6% zusammen mit dem Giroeinlagenzuwachs von 444 Mio.DM in das kurzfristige Geschäft floß. Dort wurden die Bankguthaben um 206 Mio.DM, die Debitoren um 342 Mio.DM, die Wechsel um 67 Mio.DM und die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen um 59 Mio.DM erhöht. Gleichzeitig wurden die Bankschulden um 12 Mio.DM und die Akzeptschulden um 3 Mio.DM vermindert (vgl. Übersicht 46 und Tabelle XXI im Anhang).

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzpositionen des kurzfristigen Geschäfts zeigt somit, daß die Sparkassen im 1. Halbjahr 1950 Teile des ihnen nunmehr stärker zufließenden Spareinlagenzuwachses dazu verwendeten, ihre Liquidität zu verbessern und die im Vorjahr aufgenommenen Bank- und Akzeptschulden wieder abzubauen. Die Aufnahme der Bank- und Akzeptschulden ging auf Sparkassen zurück, die in Gebieten mit starken Kriegszerstörungen und mit großer Massierung von Flüchtlingen lagen und nur geringe Einlagenzugänge hatten[37].

Als Gesamtentwicklung für die Zeit von Anfang 1949 bis zur Koreakrise Mitte 1950 können wir festhalten, daß die Sparkassen die ihnen zufließenden frei verfügbaren Spareinlagen überwiegend kurzfristig anlegten, um das durch die Währungsreform in die Sparkassenbilanzen gebrachte strukturelle Ungleichgewicht der langfristigen Anlage kurzfristiger Passiva wieder zu beseitigen. Wie wir noch sehen werden, hat sich diese starke kurzfristige Anlage der frei verfügbaren Spareinlagenzuflüsse auch nach der Koreakrise bis zum Jahre 1954 weiter fortgesetzt.

Da in der Bundesrepublik seit der Währungsreform ein großer Kapitalmangel herrschte, trugen die Sparkassen durch ihre starke negative Kredittransformation noch mit zu

---

37) Vgl. Jahresbericht 1950 der ADSGG, S.10.

einer Verminderung des Kapitalangebots bei. Zur Überwindung des Kapitalmangels mußten deshalb der Wirtschaft aus öffentlichen Kreditquellen über die Banken langfristige Kredite (Weiterleitungskredite) zur Verfügung gestellt werden[38]. Um den Sparkassen die Weiterleitung derartiger Kredite zu ermöglichen, sind in den einzelnen Bundesländern zahlreiche Erlasse ergangen, die den Sparkassen die Aufnahme und die Weiterleitung von Krediten im Rahmen zentraler Kreditaktionen öffentlicher Stellen gestatteten[39].

5.) Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften in der Koreakrise von Mitte 1950 bis Mitte 1951

a) Die Einlagenentwicklung

Die günstige Aufwärtsentwicklung des Spargeschäfts in den ersten Monaten des Jahres 1950 brach durch den Ausbruch des Koreakonflikts am 25.6.1950 Mitte des Jahres 1950 plötzlich ab. Während im Juni die Einzahlungen im Sparverkehr 215,7 Mio.DM und die Auszahlungen 137,4 Mio.DM betrugen, sanken im Juli die Einzahlungen auf 184,4 Mio.DM und die Auszahlungen stiegen auf 168,5 Mio.DM an. Dementsprechend verringerte sich der Einzahlungsüberschuß von 78,3 Mio.DM im Juni auf 15,9 Mio.DM im Juli. Diese Entwicklung setzte sich auch im August und September mit Einzahlungsüberschüssen von 8,3 Mio.DM und 9,3 Mio.DM fort. Die Ursachen dieser Entwicklung waren in erster Linie Angstkäufe, die die Sparer in Erwartung einer Ausdehnung des Koreakonfliktes durchführten. "Der deutsche Sparer

38) Diese zentralen Kreditmittel stammten aus GARIOA-, STEG- und ERP-Mitteln, aus dem Steueraufkommen der Gebietskörperschaften u.a.(Vgl.Menzel,H.: Die Mitwirkung der Hausbanken bei der Vergebung und Verwaltung öffentlicher Kredite, Band 14 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v.F.Voigt, Berlin 1960, S. 14.)

39) Vgl. hierzu: Erlaß des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.6.1949 - IIA - 2233 - 3999 - 49, abgedruckt in: Sparkassenkalender 1951, S.34.

wurde äußerst zurückhaltend. Flucht in Investitionen und das zunehmende Konsumbedürfnis weiter Sparerkreise führten im 2.Halbjahr 1950 zu den stärksten Abhebungen seit der Währungsstabilisierung"[40]. Durch die Lokalisierung des Konflikts und unter dem Eindruck der Erfolge der UNO-Truppen in Korea beruhigten sich die Sparer wieder, was sich in einer Erhöhung der Einzahlungen und in einer Verringerung der Auszahlungen im Monat Oktober äußerte. Doch setzte in den folgenden Monaten eine Preiserhöhungswelle ein, die ab November wieder zu einer Erhöhung der Auszahlungen führte. So verringerte sich der Einzahlungsüberschuß von Oktober bis November von 48,1 Mio.DM auf 23,3 Mio.DM und in den Monaten Dezember 1950 bis März 1951 ergaben sich schließlich Auszahlungsüberschüsse von 10,8 Mio.DM, 19,8 Mio.DM, 5,4 Mio.DM und 13,7 Mio.DM. Erst ab April 1951 ergab sich mit zunehmender Beruhigung der Preisentwicklung am Konsumgütermarkt wieder ein Umschwung in der Spareinlagenentwicklung[41], der zu einer Verringerung der Auszahlungen und wieder zu einer laufenden Steigerung der Einzahlungsüberschüsse führte (vgl. Übersicht 47).
Im gesamten Jahre 1951 betrug der Spareinlagenzuwachs im Bereich der Bundesrepublik 524 Mio.DM gegenüber 660 Mio.DM im Jahre 1950 [42].
Die Giroeinlagen nahmen im gesamten Jahr 1951 im Bereich des Bundesgebiets um 743 Mio.DM zu gegen 643 Mio.DM im Jahre 1950 [43].

b) Die überwiegende Finanzierung der langfristigen Neuanlagen durch Verringerung der Bankguthaben und Schatzwechsel und durch Erhöhung des kurzfristigen Passivgeschäfts (Sicht- und Termineinlagen, Bank- und Akzeptschulden) in der Koreakrise von Juni 1950 bis Mai 1951

Nach der Entwicklung des Spareinlagenzuwachses des Jahres 1949 und des 1.Halbjahres 1950 hatten die Sparkassen für

40) Vgl. Jahresbericht 1950 des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, S.7.
41) Vgl. Sperk, L.u.Wilsdorf,M.: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, a.a.O., S.138 f.; Jah-

Übersicht 47: Die Einlagenentwicklung in der Koreakrise [1] - in Mio.DM -

| Zeitraum | Einzahlungen [2] | Auszahlungen | Ein-(+) bzw. Auszahlungsüberschuß(./.) | Zinsen | sonstige Veränderungen [3] | Spareinlagenzuwachs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 | | | | | | |
| Juni | 215,7 | 137,4 | + 78,3 | 1,1 | + 9,4 | + 88,7 |
| Juli | 184,4 | 168,5 | + 15,9 | 0,5 | + 1,0 | + 17,4 |
| August | 174,2 | 165,9 | + 8,3 | 0,5 | +./. 0,0 | + 8,8 |
| September | 176,3 | 167,1 | + 9,3 | 0,2 | + 0,7 | + 10,1 |
| Oktober | 201,9 | 153,9 | + 48,1 | 0,1 | ./. 2,1 | + 46,1 |
| November | 186,2 | 162,9 | + 23,3 | 0,6 | ./. 0,3 | + 23,5 |
| Dezember | 202,0 | 212,8 | ./.10,8 | 42,6 | ./. 1,0 | + 30,8 |
| 1951 | | | | | | |
| Januar | 188,4 | 208,2 | ./.19,8 | 14,0 | + 0,1 | ./. 5,8 |
| Februar | 158,6 | 164,1 | ./. 5,4 | 5,7 | + 1,3 | + 1,6 |
| März | 169,0 | 182,6 | ./.13,7 | 2,8 | + 0,1 | ./. 10,7 |
| April | 189,7 | 174,1 | + 15,6 | 1,5 | + 0,6 | + 17,6 |
| Mai | 181,3 | 154,1 | + 27,2 | 0,4 | + 0.7 | + 28,3 |
| Juni | 194,0 | 161,9 | + 32,1 | 0,4 | + 9,4 | + 41,9 |

Quelle: Sparkassenkalender 1952, S.327 f.

Anmerkungen: Abweichungen durch Runden der Zahlen.
1) Bis März 1951 liegen die Zahlen über den Angaben der BdL, die bis zu diesem Zeitpunkt Geldinstitute mit einer Bilanzsumme bis 2 Mio.DM nicht erfaßte.
2) einschließlich Gutschriften aus der 2.Kopfquote.
3) einschließlich Übernahme der aus Spareinlagen entstandenen Festkonten.

das Jahr 1950 mit einem stärkeren Ansteigen des Spareinlagenzuganges gerechnet, als er sich durch die Auswirkung der Koreakrise ergab. Sie hatten sich daher zu Beginn des Jahres 1950 verstärkt dem Realkreditgeschäft zugewandt. Hinzu kam, daß die Sparkassen Ausgleichsforderungen bis zur Höhe von 150 Mio.DM zur Vorfinanzierung von Hypothekendarlehen verkaufen konnten. So ging der Bestand an Ausgleichsforderungen von Dezember 1949 bis Juni 1950 um 46 Mio.DM zurück, was ausschließlich auf derartige Käufe zurückzuführen ist (vgl. Übersicht 46). Infolgedessen hatten die Sparkassen ziemlich hohe Hypothekenzusagen gemacht, die sie nunmehr auch nach dem Rückgang des Spareinlagenzuwachses erfüllen mußten. Verstärkt wurden diese Schwierigkeiten noch dadurch, daß Ausgleichsforderungen aus der Vorfinanzierungsaktion 1949 zurückgekauft werden mußten und der Zentralbankrat Ende 1950 im Zuge der allgemeinen Kreditrestriktionspolitik die Vorfinanzierungszusage von 150 Mio.DM auf 100 Mio.DM herabsetzte[44]. Nach den Bestimmungen der BdL mußten für den Rückkauf von Ausgleichsforderungen aus der Vorfinanzierungsaktion 1949 20 v.H. und aus der von 1950 25 v.H. des Nettospareinlagenzuwachses verwendet werden[45].

Insgesamt stiegen in der Koreakrise von Ende Juni 1950 bis Ende Mai 1951 die Wertpapiere um 40 Mio.DM, die Ausgleichsforderungen um 91 Mio.DM, die langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte um 656 Mio.DM, die langfristigen Ausleihungen gegen Kommunaldeckung um 123 Mio.DM und die sonstigen langfristigen Ausleihungen um 115 Mio.DM. Diesem langfristigen Betriebsmittelbedarf von 1.025 Mio.DM stand ein Spareinlagenzuwachs von 210 Mio.DM und eine Erhöhung der aufgenommenen langfristigen Darlehen um 261 Mio.DM gegenüber. Da hiermit nur langfristige Betriebsmittel in Höhe von 471 Mio.DM zur

---

resbericht 1951 der ADSGG, S.11.
42) u.43) errechnet aus Tabelle IV im Anhang.
44) Vgl. Jahresbericht 1950 der ADSGG, S.22.
45) Vgl. Jahresbericht 1950 der ADSGG, S.63.

Verfügung standen, mußte der restliche Bedarf an langfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 554 Mio.DM aus dem kurzfristigen Sparkassengeschäft gedeckt werden. So konnten sich die Sparkassen durch Verminderung der Nostroguthaben um 94 Mio.DM und der Schatzwechsel um 41 Mio.DM aus dem kurzfristigen Aktivgeschäft kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 135 Mio.DM beschaffen. Im kurzfristigen Passivgeschäft flossen ihnen weitere Mittel in Höhe von 735 Mio.DM durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen um 594 Mio.DM, der Nostroverpflichtungen um 138 Mio.DM und der eigenen Akzepte im Umlauf um 3 Mio.DM zu. Diesen gesamten Zufluß an kurzfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 870 Mio.DM verwendeten die Sparkassen zur Erhöhung des Wechselbestandes um 21 Mio.DM und der Debitoren um 218 Mio.DM, während vom Restbetrag von 631 Mio.DM ein Teil von 554 Mio.DM in das langfristige Aktivgeschäft und ein Teil von 77 Mio.DM in das sonstige Geschäft floß (vgl. Übersicht 48).

Die Sparkassen finanzierten also in der Koreakrise die Erhöhung ihres langfristigen Aktivgeschäfts überwiegend durch die Erhöhung des kurzfristigen Passivgeschäfts und durch die Verringerung der Bankguthaben und Schatzwechsel. Dabei stammte der Hauptanteil der kurzfristigen Betriebsmittelzuflüsse aus der Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen und der Bankschulden, während die Betriebsmittelzuflüsse aus den anderen kurzfristigen Geschäften eine untergeordnete Rolle spielten.

Die zwangsbedingte starke Anlage kurzfristiger Betriebsmittelzuflüsse im langfristigen Aktivgeschäft führte dazu, daß sich das Ungleichgewicht in den Sparkassenbilanzen wieder vergrößerte. Während am 30.6.1950 nur noch 14% des langfristigen Aktivgeschäfts durch das kurzfristige Passivgeschäft gedeckt waren, war am 31.5.1951 das langfristige Aktivgeschäft wieder in Höhe von 23,7% durch kurzfristige Passiva gedeckt (vgl. Übersicht 40).

Übersicht 48: Bewegungsbilanz Juni 1950 - Mai 1951 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A. im langfristigen Geschäft** | | | **A. aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 40 | | a) Spareinlagen | 210 | |
| b) Ausgleichsforderungen | 91 | | b) aufgenommene langfr. Darlehen | 261 | |
| c) langfr.Ausleih.gegen Grundpfandrechte | 656 | | | 471 | 471 |
| d) langfr.Ausleihungen gegen Kommunaldeckung | 123 | | **B. aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| e) sonst.langfr.Ausleih. | 115 | 1.025 | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| | 1.025 | | a) Nostroguthaben | 94 | |
| **B. im kurzfristigen Geschäft** | | | b) Schatzwechsel | 41 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 135 | |
| a) Wechsel | 21 | | II. Erhöhung der kurzfr.Passiva | | |
| b) Debitoren | 218 | | a) Sicht- u.Termineinlagen | 594 | |
| | 239 | 239 | b) Nostroverpflichtungen | 138 | |
| **C. im sonstigen Geschäft** | | | c) eigene Akzepte im Umlauf | 3 | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 426 | | | 735 | 870 |
| | 426 | 426 | **C. aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 349 | |
| | | | | 349 | 349 |
| | | 1.690 | | | 1.690 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle XI im Anhang.

c) Die teilweise Finanzierung der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch die Verminderung der Schatzwechsel und Debitoren und durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen von März bis Mai 1951.

Verfolgen wir die Entwicklung in der Koreakrise an Hand der Zweimonatsbilanzen genauer, so lassen sich, entsprechend dem Verlauf der Spareinlagenentwicklung, drei Abschnitte unterscheiden. Wir werden von diesen drei Abschnitten nur den letzten genauer besprechen, da er vom Gesamtverlauf des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften in der Koreakrise abweicht, denn die Sparkassen griffen in diesem Zeitabschnitt zur Finanzierung ihrer langfristigen Neuanlagen in verstärktem Maße auf ihre Debitoren zurück.

Im ersten Abschnitt von Ende Juni bis Ende Dezember 1950 wurden die nicht durch die Spareinlagenzugänge und durch aufgenommene langfristige Darlehen gedeckten langfristigen Neuanlagen durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen, der Nostroverpflichtungen, der Akzeptschulden und durch die Verminderung der Nostroguthaben und Schatzwechsel finanziert (vgl. Übersicht 49).

Im zweiten Abschnitt von Ende Dezember 1950 bis Ende März 1951 wurden die Spareinlagenabgänge und die nicht durch aufgenommene langfristige Darlehen gedeckten langfristigen Neuanlagen durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen und der Nostroverpflichtungen und durch die Verminderung der Nostroguthaben, Wechsel und Schatzwechsel finanziert (vgl. Übersicht 49).

Im dritten Abschnitt von Ende März bis Ende Mai 1951 wurden die nicht durch die langfristigen Betriebsmittelzuflüsse gedeckten langfristigen Neuanlagen durch die Zuflüsse von Sicht- und Termineinlagen und den Abbau der Debitoren und Schatzwechsel finanziert (vgl. Übersicht 50).

Übersicht 49: Veränderungsbilanzen Juni 1950-Dez.1950 und Dez.1950-bis März 1951

- in Mio.DM -

| Aktiva | Ende Juni-Dez.50 | Dez.50-März 51 | Passiva: | Ende Juni-Dez.50 | Dez.50-März 51 |
|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | ./. 154 | ./. 43 | Sicht-u.Termin-einlagen | + 194 | + 156 |
| Wechsel | + 5 | ./. 2 | Nostroverpflicht. | + 122 | + 94 |
| Schatzwechsel | ./. 30 | ./. 8 | eigene Akzepte im Umlauf | + 20 | ./. 11 |
| Debitoren | + 239 | + 44 | | | |
| kurzfristige Aktiva | + 60 | ./. 9 | kurzfr. Passiva | + 336 | + 239 |
| Wertpapiere | + 25 | + 8 | Spareinlagen | + 132 | ./. 14 |
| Ausgleichsforderungen | + 39 | + 8 | aufgenommene lang-fristige Darlehen | + 168 | + 60 |
| langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | + 428 | + 129 | | | |
| langfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung | + 78 | + 23 | | | |
| sonst.langfr.Ausleihg. | + 48 | + 20 | | | |
| langfristige Aktiva | + 618 | + 188 | langfristige Pass. | + 300 | + 46 |
| Barreserve | + 97 | + 108 | Rücklagen nach § 11 KWG | + 17 | + 9 |
| sonstige Aktivposten | + 76 | + 55 | sonst.Passivposten | + 198 | + 48 |
| sonstige Aktiva | + 173 | + 163 | sonstige Passiva | + 215 | + 57 |
| Bilanzsumme | + 851 | + 342 | Bilanzsumme | + 851 | + 342 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle XI im Anhang.

So stand von Ende März bis Ende Mai 1951 einer Erhöhung der langfristigen Anlagen um 219 Mio.DM ein Zugang an langfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 125 Mio.DM aus dem Zufluß von Spareinlagen in Höhe von 92 Mio.DM und aus der Aufnahme langfristiger Darlehen in Höhe von 33 Mio.DM gegenüber. Gleichzeitig hatten die Sparkassen einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 205 Mio.DM aus der Erhöhung der Nostroguthaben um 103 Mio.DM und der Wechsel um 18 Mio.DM und aus der Rückzahlung von Nostroverpflichtungen in Höhe von 78 Mio.DM und Akzeptschulden in Höhe von 6 Mio.DM. Den aus dem langfristigen Geschäft nicht gedeckten langfristigen Betriebsmittelbedarf von 94 Mio.DM und den kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 205 Mio.DM deckten die Sparkassen aus dem Zugang der Sicht- und Termineinlagen in Höhe von 244 Mio.DM und aus der Verminderung der Schatzwechsel um 3 Mio.DM und der Debitoren um 65 Mio.DM.

Die Verminderung der Debitoren ist hierbei auf die restriktive Notenbankpolitik zurückzuführen. Um der sich am Anfang der Koreakrise immer mehr bemerkbar machenden Übernachfrage und den sich hieraus ergebenden Preiserhöhungen und der Verschlechterung der Zahlungsbilanz entgegenzuwirken, war das Zentralbanksystem im Herbst 1950 zu einer restriktiven Kreditpolitik übergegangen. Da die Erhöhung der Mindestreserven und des Diskont- und Lombardsatzes sowie die Beschränkungen des Refinanzierungskontingents der Geschäftsbanken nicht ausreichten, forderte der Zentralbankrat mit Beschluß vom 28.Februar/1.März 1951 die Geschäftsbanken auf, ihre kurzfristigen Kredite an Wirtschaft und Private binnen etwa drei Monaten um 1 Mrd.DM zurückzuführen. Außerdem wurden mit Beschluß vom 14./15.März 1951 Kreditrichtsätze aufgestellt, die die Wiederherstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen den Ausleihungen einer Bank und ihrem Gesamtstatus, insbesondere ihrer haftenden Mittel herstellen sollten[46]. Der Rückgang der Debitoren ist einzig und allein auf diese beiden Beschlüsse zurückzuführen. Der Abbau der Debitoren wurde hier-

46) Vgl. S. 22 ff. u. Geschäftsbericht 1950 der BdL,S.93 f.

Übersicht 50: Bewegungsbilanz März 1951 - Mai 1951 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 7 | | a) Spareinlagen | 92 | |
| b) Ausgleichsforderung | 44 | | b) aufgenommene langfristige Darlehen | 33 | |
| c) langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | 99 | | | 125 | 125 |
| d) langfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung | 22 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| e) sonstige langfr. Ausleihungen | 47 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| | 219 | 219 | a) Schatzwechsel | 3 | |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | b) Debitoren | 65 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 68 | |
| a) Nostroguthaben | 103 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| b) Wechsel | 18 | | a) Sicht- u.Termineinlagen | 244 | |
| | 121 | | | 244 | 312 |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| a) Nostroverpflichtungen | 78 | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 77 | |
| b) eigene Akzepte im Umlauf | 6 | | | 77 | 77 |
| | 84 | 205 | | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonst.Aktiva | 90 | | | | |
| | 90 | 90 | | | |
| | | 514 | | | 514 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle XI im Anhang.

bei besonders durch die im März 1951 eingetretene Aktivierung der Zahlungsbilanz und dem Überschuß der längerfristigen Kredite über die Geldkapitalbildung erleichtert [47].

6.) Die überdurchschnittlich hohe kurzfristige Anlage der Spareinlagenzugänge nach der Koreakrise bis zum Jahre 1954 zur weiteren Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts in den Sparkassenbilanzen

Nach der Koreakrise setzte bei den Sparkassen wieder eine starke Spareinlagenbildung ein. So stiegen die Spareinlagen in der Bundesrepublik in den Jahren 1952 um 1.549 Mio.DM, 1953 um 2.476 Mio.DM und 1954 um 3.413 Mio.DM[48].
In dem von uns untersuchten Zeitraum von Ende Mai 1951 bis Ende 1954 erhöhten sich die Spareinlagen von 2.809 Mio.DM auf 10.739 Mio.DM. Das entspricht einer Zunahme von 7.930 Mio.DM oder 282,3% des Anfangsbestandes. Hinter dieser Entwicklung blieben die Sicht- und Termineinlagen merklich zurück, denn sie stiegen nur von 3.744 Mio.DM auf 6.212 Mio.DM, was einer Zunahme von 2.468 Mio.DM oder 65,9% des Anfangsbestandes entspricht[49].

Aufgrund dieser unterschiedlichen Entwicklung der Spareinlagen und der Sicht- und Termineinlagen verschob sich das Verhältnis zwischen den beiden Einlagenarten wieder zugunsten der Spareinlagen und führte auf eine Normalisierung der Zusammensetzung im Passivgeschäft hin, das Ende Mai 1951 noch durch ein Überwiegen des kurzfristigen Passivgeschäfts gekennzeichnet war.

Die günstige Aufwärtsentwicklung der Spareinlagen ging auf die laufende Steigerung des Volkseinkommens bei relativ stabilem Preisniveau zurück[50]. Ferner zeichnete sich eine Rück-

47) Vgl. Geschäftsbericht 1950 der BdL, S.20 ff.
48) Errechnet aus Tabellen IV u.V im Anhang
49) Entnommen und errechnet aus Tabellen V u.XI im Anhang.
50) Vgl. Geschäftsbericht 1952 der BdL, S.9; Jahresbericht der ADSSG, S.15.

kehr zu den alten Grundsätzen der Einkommensverwendung ab, indem die private Rücklagenbildung wieder zum selbstverständlichen Bestandteil der Dispositionen von Millionen von Menschen wurde[51]. Der Aufbau finanzieller Reserven setzte, ähnlich wie nach der Stabilisierung im Jahre 1924, wieder ein, nachdem die verschiedenen Verbrauchswellen, in denen der im Kriege und der ersten Nachkriegszeit entstandene Nachholbedarf gedeckt wurde, weitgehend abgeebbt waren[52]. Weitere Gründe für das starke Ansteigen der Spareinlagen von 1951-1954 waren das steuerbegünstigte Sparen, die stärkere Bevorzugung des Kontensparens im Vergleich zur Vorkriegszeit und Steuersenkungen im Rahmen der kleinen Steuerreform im Jahre 1953 [53]. Bei der Beurteilung des Spareinlagenzuwachses in den Jahren 1953 und 1954 ist allerdings zu beachten, daß dieser z.T. nicht auf echte Sparvorgänge, sondern auf gesetzliche Entschädigungsgutschriften aus dem Altsparergesetz vom 14.7.1953 [54] und dem Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener vom 27.3.1952 [55] zurückgingen[56]. Die Zugänge derartiger Entschädigungsgutschriften betrugen in den Jahren 1952 insgesamt 27 Mio.DM[57], 1953 501 Mi.DM[58] und 1954 840 Mio.DM[59]. Eine weitere Verfälschung des Sparein-

51) Vgl. Jahresbericht 1954 des DSGV, S.5.
52) Vgl. Wissmann, B.: Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer, a.a.O., S. 71; Geschäftsbericht 1954 der BdL, S.12.
53) Vgl. Geschäftsbericht 1953 der BdL, S.5 u. S.19 f.
54) BGBl.I, S. 495.
55) BGBl.I, S. 213.
56) Das Altsparergesetz (ASpG) gewährte eine Entschädigung von 13,5% der Altspareinlagen. Das waren die seit dem 1.1.1940 bis zur Währungsreform durchgehaltenen Spareinlagen, wobei die durch die Anrechnung von Kopf- oder Geschäftsbeträgen verbrauchten Reichsmarkbeträge hinzuzurechnen waren (§§ 1-7 ASpG). Das Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener (WAG) gewährte für Spareinlagen oder diesen gleichgestellten Geldeinlagen Vertriebener unter bestimmten Voraussetzungen eine Entschädigung von 6,5% bzw. von 20%, wenn es sich gleichzeitig um eine Altspareinlage handelte (§§ 1-3 WAG).
57) Vgl. Jahresbericht 1952 der ADSGG, S.141.
58) Vgl. Jahresbericht 1953 des DSGV, S. 75.
59) Vgl. Jahresbericht 1954 des DSGV, S. 51.

lagenzuwachses trat im Jahre 1954 durch eine andere Art des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften ein, denn es kam zu spekulativen Umbuchungen von Termineinlagen auf Sparkonten. Diese spekulativen Umbuchungen wurden dadurch hervorgerufen, daß durch mehrfache Diskontsenkungen ein starkes Zinsgefälle zwischen den Termineinlagen und Spareinlagen zugunsten der Spareinlagen entstanden war[60].

Die günstige Einlagenentwicklung benützten die Sparkassen wie schon vor der Koreakrise dazu, "den auf die Dauer notwendigen Ausgleich zwischen den langfristigen Ausleihungen und den für diese Zwecke geeigneten Einlagen herbeizuführen"[61]. Gleichzeitig widmeten sich die Sparkassen weiterhin im verstärkten Maße dem Wohnungsbau. Wie für das Jahr 1950 gaben sie auch für die Jahre 1951, 1952, 1953 und 1954 gegenüber der Bundesregierung Erklärungen ab, daß sie wiederum 50 v.H. ihrer Spareinlagenzugänge zur Finanzierung des Wohnungsbaus zur Verfügung stellen werden[62]. So nahmen auch die langfristigen Darlehen gegen Grundpfandrechte von Ende Mai 1951 bis Ende 1954 mit 2.654 Mio.DM am stärksten zu, gefolgt von den Debitoren in Höhe von 2.245 Mio.DM und den Nostroguthaben mit 1.487 Mio.DM. Außerdem wurden im kurzfristigen Geschäft die Wechselkredite um 733 Mio.DM und die Schatzwechsel um 14 Mio.DM erhöht (vgl.Übersicht 51).

Die starke Erhöhung der kurzfristigen Wirtschaftskredite (Debitoren und Wechsel) ist im wesentlichen auf den ständigen Wirtschaftsaufschwung und die hierdurch bedingte Vergrößerung der Wirtschaftsumsätze und Lagerbestände zurückzuführen. Eine gewisse Rolle dürfte auch die hohe Steuerbelastung gespielt haben[63]. Außerdem hatte die BdL ab Mitte 1952

---

60) Vgl. Jahresbericht 1954 des DSGV, S.7; Geschäftsbericht 1954 der BdL, S.42 f.
61) Jahresbericht 1951 der ADSGG, S.27.
62) Vgl. Jahresbericht 1950 der ADSGG, S.62; Jahresbericht 1951 der ADSGG, S.75; Jahresbericht 1952 der ADSGG, S.80; Jahresbericht 1953 des DSGV, S.51.
63) Vgl. Geschäftsbericht 1952 der BdL, S.28.

mit einem Abbau der während der Korea-Hausse getroffenen Restriktionsmaßnahmen begonnen[64]. Die von Mitte 1952 bis Ende 1954 durchgeführten mehrmaligen Herabsetzungen der Diskont- und Mindestreservesätze[65] begünstigten besonders das kurzfristige Kreditgeschäft. Auf der anderen Seite wurde das kurzfristige Kreditgeschäft in den Jahren 1951-1954 durch die Kreditrichtsätze behindert[66].

Die starke Erhöhung der Bankguthaben geht auf die Wiederauffüllung der in der Koreakrise stark verminderten Liquiditätsreserven zurück. Nach den sparkassenrechtlichen Bestimmungen errechnen sich für den 31.12.1954 Liquiditätsguthaben bei den Girozentralen von rd. 2.316 Mio.DM. Da hierauf das Mindestreservesoll von 882 Mio.DM[67] angerechnet werden konnte, hätten die Sparkassen bei ihren Girozentralen Liquiditätsguthaben von rd. 1.435 Mio.DM unterhalten müssen. Da die Nostroguthaben zu diesem Zeitpunkt 1.993 Mio.DM betrugen,war also das Liquiditätssoll der Sparkassen nach den sparkassenrechtlichen Vorschriften wieder erfüllt.

Wir wollen nun das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften von Ende Mai 1951 bis Ende 1954 genauer betrachten. In diesem Zeitraum erhöhten sich die Spareinlagen um 7.930 Mio.DM. Gleichzeitig nahmen die Sparkassen langfristige Darlehen in Höhe von 578 Mio.DM auf. Diesem langfristigen Betriebsmittelzugang auf der Passivseite in Höhe von 8.508 Mio.DM stand eine Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts um 6.061 Mio.DM gegenüber. Es verblieb somit aus dem langfristigen Sparkassengeschäft ein Betriebsmittelüberschuß von 2.447 Mio.DM, der fast vollständig in das kurzfristige Geschäft floß. Dort stand einem kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 4.775 Mio.DM aus der Erhöhung der Nostroguthaben um 1.487 Mio.DM, der Wechsel um 733 Mio.DM, der Schatzwechsel um 14 Mio.DM, der Debitoren um 2.245 Mio.DM

64) Vgl. Geschäftsbericht 1952 der BdL, S.14.
65) Vgl. Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S.28 u.228.
66) Vgl. Geschäftsbericht 1954 des DSGV, S.25 f.
67) Entnommen aus dem Statistischen Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S.30.

und aus der Rückzahlung von Nostroverpflichtungen in Höhe von 270 Mio.DM und Akzeptverpflichtungen in Höhe von 26 Mio.DM nur ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang in Höhe von 2.468 Mio.DM aus dem Zufluß von Sicht- und Termineinlagen gegenüber. Der Fehlbetrag an kurzfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 2.307 Mio.DM wurde aus dem langfristigen Sparkassengeschäft gedeckt (vgl. Übersicht 51).

Da die aufgenommenen langfristigen Darlehen wieder vollständig langfristig ausgeliehen wurden und den aus Entschädigungsgutschriften und der Währungsumstellung stammenden Spareinlagen in gleicher Höhe Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegenübertraten, errechnet sich ein verfügbarer Spareinlagenzuwachs von 6.833 Mio.DM. Hiervon wurden im untersuchten Zeitraum 4.386 Mio.DM oder 64,2 % langfristig angelegt, während 2.307 Mio.DM oder 33,8 % ins kurzfristige Geschäft und 140 Mio.DM oder 2 % ins sonstige Sparkassengeschäft flossen[68]. Der kurzfristig angelegte verfügbare Spareinlagenzuwachs diente dabei in erster Linie zur Ausweitung des kurzfristigen Kreditgeschäfts und zur Erhöhung der Bankguthaben, während ein weiterer Teil zur Rückzahlung der nach der Währungsreform und in der Koreakrise aufgenommenen Bank- und Akzeptschulden verwendet wurde.

Das von uns für den gesamten Zeitabschnitt von Ende Mai 1951 bis Ende 1954 herausgearbeitete Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften zeigte sich auch in den einzelnen Jahresabschnitten. So betrug der Anteil des jeweils kurzfristig angelegten verfügbaren Spareinlagenzuwachses von Ende Mai bis Ende Dezember 1951 33,4 % und in den Jahren 1952 47 %, 1953 30 % und 1954 29,9 % (vgl. Tabelle XXI im Anhang). Durch die überdurchschnittlich hohe Anlage der verfügbaren Spareinlagenzuflüsse im kurzfristigen Geschäft konnte der Überhang des langfristigen Aktivgeschäfts bis Februar 1953 beseitigt werden.

Wie wir bereits auf Seite 134 f. darstellten, trugen die Sparkassen durch ihre starke negative Kredittransformation vor und nach der Koreakrise bis zum Jahre 1954 zu einer Verminde-

---

68) Errechnet aus Übersicht 51.

Übersicht 51: Bewegungsbilanz Mai 1951 - Dezember 1954 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A im langfristigen Geschäft** | | | **A aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| a) Wertpapiere | 874 | | a) Spareinlagen | 7.930 | |
| b) Ausgleichsforderungen | 184 | | b) aufgenommene langfristige Darlehen | 578 | |
| c) Deckungsforderungen | 913 | | | 8.508 | 8.508 |
| d) langfr.Ausleihg. gegen Grundpfandrechte | 2.654 | | **B aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| e) langfr.Ausleihg. gegen Kommunaldeckung | 755 | | I. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| f) sonst.lgfr.Ausleihung. | 681 | | a) Sicht-u.Termineinlagen | 2.468 | |
| | 6.061 | 6.061 | | 2.468 | 2.468 |
| **B im kurzfristigen Geschäft** | | | **C aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 1.612 | |
| a) Nostroguthaben | 1.487 | | | 1.612 | 1.612 |
| b) Wechsel | 733 | | | | |
| c) Schatzwechsel | 14 | | | | |
| d) Debitoren | 2.245 | | | | |
| | 4.479 | | | | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | | | |
| a) Nostroverpflichtungen | 270 | | | | |
| b) eigene Akzepte im Umlauf | 26 | | | | |
| | 296 | 4.775 | | | |
| **C im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 1.752 | | | | |
| | 1.752 | 1.752 | | | |
| | | 12.588 | | | 12.588 |

Quellen:Errechnet aus Tabellen V und XI im Anhang.

rung des Kapitalangebots bei. Da das Kapitalangebot bei weitem nicht für die Investitionsvorhaben ausreichte, mußte der Staat langfristige Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen, und die Unternehmer mußten in verstärktem Maße zur Selbstfinanzierung greifen. Nach Ehrlicher überwog hierbei die Selbstfinanzierung in den konjunkturabhängigen Investitionsbereichen, während die öffentlichen Mittel überwiegend in die kreditabhängigen Investitionsbereiche flossen[69]. Eine Abhilfe gegen diese anormale Situation hätte in einer stärkeren Fristigkeitstransformation bzw. in einer stärkeren Wertpapieranlage der Banken bestanden. Eine derartige Fristigkeitstransformation fand aber in diesem Zeitabschnitt nicht statt. Eine der Ursachen hierzu dürfte auch darin zu sehen sein, daß die Sparkassen als eine der stärksten Bankengruppen aus strukturellen Gründen eine starke negative Fristigkeitstransformation vornehmen mußten, wie wir oben gesehen haben.

### 7.) Die Weiterentwicklung in den Jahren 1955 und 1956

Während der Spareinlagenzuwachs im Jahre 1954 in der Bundesrepublik 3.413 Mio.DM betragen hatte, ging er im Jahre 1955 auf 2.509 Mio.DM und im Jahre 1956 auf 1.865 Mio.DM zurück (vgl. Übersicht 52).
Der Rückgang des Spareinlagenzuwachses im Jahre 1955 war auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Die Entschädigungsgutschriften für die Altsparer und Vertriebenen waren wesentlich geringer als 1954. Hinzu kam die Verschlechterung der steuerlichen Vergünstigungen für das steuerbegünstigte Sparen durch Verlängerung der Festlegungsfrist von 3 auf 7 und 10 Jahre und die Abnahme der Spareinlagenbildung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften[70]. Die weitere Verminderung des Spareinlagenzuwachses im Jahre 1956 ging auf verstärkte Abhebungen zurück. Zahlreiche Wirtschaftsunternehmen und öffent-

69) Vgl. Ehrlicher, W.: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, a.a.O., S.252.
70) Vgl. Geschäftsbericht 1955 der BdL, S. 43 ff.; Henze-Schmidt: Steuerbegünstigtes Sparen, 9.Auflage, Stuttgart 1957, S.8 f.

liche Stellen buchten große Teile ihrer bisher auf Sparkonten gehaltenen entbehrlichen Mittel auf Terminkonten um, da es zu einer Veränderung des Zinsgefüges zugunsten der Termineinlagen gekommen war. Die Hauptsache des Rückgangs des Spareinlagenzuwachses im Jahre 1956 dürfte jedoch neben der wachsenden Konsumneigung vor allem die Beunruhigung der Sparer durch die Suezkrise und durch in verschiedenen Bereichen eingetretene Preissteigerungen gewesen sein[71].

Betrachten wir die Jahre 1955 und 1956 unserer Themenstellung entsprechend nach dem Zusammenspiel zwischen kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften, so zeigt sich insgesamt ein ausgeglichenes Bild zwischen den Veränderungen der Bilanzpositionen. Auffallend ist jedoch, daß die Sparkassen die ihnen im langfristigen Geschäft zugeflossenen Betriebsmittel wieder fast vollständig im langfristigen Aktivgeschäft anlegten. Legen wir den verfügbaren Spareinlagenzuwachs zugrunde, so betrug dieser im Jahre 1955 2.426 Mio.DM. Er wurde mit 2.237 Mio.DM oder 92,2 % langfristig angelegt, während 22 Mio. DM oder 0,9 % in das kurzfristige Aktivgeschäft und der Rest von 167 Mio.DM ins sonstige Sparkassengeschäft flossen. Vom verfügbaren Spareinlagenzuwachs des Jahres 1956 in Höhe von 1.813 Mio.DM wurden 1.626 Mio.DM oder 89,7 % ins langfristige Geschäft überführt, während 157 Mio.DM oder 8,7 % im kurzfristigen Geschäft und der Rest von 30 Mio.DM im sonstigen Geschäft angelegt wurden (vgl. Tabelle XXI).

Die fast vollständige Überführung der den Sparkassen zufließenden langfristigen Betriebsmittel auf den Kapitalmarkt war den Sparkassen nunmehr deshalb möglich, weil sie in den Vorjahren die Überbelegung des langfristigen Passivgeschäfts beseitigt hatten. Diese Geschäftspolitik der Sparkassen war einmal konjunkturell bedingt, zum anderen war sie auf die Notenbankpolitik zurückzuführen. Die Konjunktur in Westdeutschland stand seit der Währungsreform im Zeichen eines gewaltigen Aufschwungs, dessen Hauptantriebskraft die Investitionstätigkeit und seit 1951 auch die Zahlungsbilanzüberschüsse

---

71) Vgl. Jahresbericht 1956 des DSGV, S.11; Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.39 ff.

waren. Hierbei hatten einen besonders hohen Anteil die kreditabhängigen Investitionen im Bausektor sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich[72]. Es herrschte deshalb eine rege Nachfrage nach Hypothekar- und anderen langfristigen Krediten[73]. So wurden auch im Jahre 1955 die langfristigen Kredite und die Wertpapieranlage insgesamt mit 2.445 Mio.DM stärker ausgedehnt als im Jahre 1954 mit 2.069 Mio. DM[74].

Die geringere Aktivität der Sparkassen im kurzfristigen Geschäft war im wesentlichen durch die Restriktionspolitik der Notenbank bestimmt. Um den Gefahren, die sich aus dem Eintritt der westdeutschen Wirtschaft in die Voll-, bzw. Überbeschäftigung ergaben, entgegenzuwirken, war die Bank deutscher Länder von der ab Mitte 1952 eingeschlagenen liberalen Notenbankpolitik abgegangen und hatte ab Herbst 1955 einen restriktiven Kurs eingeschlagen. So wurde der Diskontsatz, der seit Mitte 1954 mit 3% den niedrigsten Stand erreicht hatte, am 4.August 1955 auf 3½% angehoben. Außerdem wurden am 1.September 1955 die Mindestreservesätze um 1% erhöht. Hinzu kam der offenmarktpolitische Verkauf von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, die die Bank deutscher Länder gegen einen Teil ihrer Ausgleichsforderungen bis zur Höhe von 2 Mrd.DM von der Bundesrepublik eintauschen konnte, und die Verfeinerung der Rediskontkontingente. Eine weitere die notenbankpolitischen Maßnahmen unterstützende restriktive Wirkung ging von den Kassenüberschüssen der öffentlichen Haushalte aus[75].

Während sich diese restriktiven Maßnahmen und Einflüsse auf das langfristige Kreditgeschäft nicht auswirkten, dehnten sich die Debitoren im Jahre 1955 vor allem unter dem Einfluß der seit dem Spätsommer auftretenden Liquiditätsbeengung nicht

72) Vgl. Geschäftsbericht 1955 der BdL, S.3 ff. u.S.38 f.
73) Vgl. Jahresbericht 1955 des DSGV, S.19.
74) Errechnet aus Übersicht 52.
75) Vgl. Geschäftsbericht 1955 der BdL, S.1,3, 15 ff. u. 125 f.

mehr so stark aus[76]. So nahmen die Debitoren im Jahre 1955 bei den Sparkassen nur noch um 487 Mio.DM zu gegen 725 Mio. DM im Jahre 1954. Ähnlich war die Entwicklung des Wechselkredits, der 1954 um 193 Mio.DM und 1955 nur noch um 110 Mio. DM zugenommen hatte. Gleichzeitig mußten die Sparkassen im Jahre 1955 noch ihre Bankguthaben um 103 Mio.DM vermindern, um trotz der Liquiditätsbeengung die von ihnen zugesagten kurzfristigen Kredite gewähren zu können (vgl.Übersicht 52).

Ähnliche einschränkende Einflüsse auf das kurzfristige Aktivgeschäft gingen von der Notenbankpolitik im Jahre 1956 aus, die bis zum Herbst 1956 ihre restriktive Politik nochmals verschärfte, indem sie am 8.März 1956 den Diskont auf 4½% und am 19.Mai auf 5½% erhöhte[77]. Unter dem Einfluß der restriktiven Kreditpolitik und der im Zusammenhang damit allgemein abflauenden Haussestimmung ließ im Jahre 1956 die Expansionsbereitschaft der Banken im Kreditgeschäft nach, und das Aktivgeschäft wurde mehr und mehr durch das Bestreben der Sicherung einer relativ hohen Liquidität bestimmt[78]. Bei den Sparkassen kam noch hinzu, daß die Sparkassen- und Giroverbände und die Girozentralen wegen der Unsicherheit in der Gesamtbeurteilung der Einlagenentwicklung, die durch den starken Rückgang des Spareinlagenzuwachses im Jahre 1956 hervorgerufen worden war, die Sparkassen zu einer besonders hohen Liquiditätsvorsorge anhielten.[79] Alle diese Einflüsse spiegeln sich deutlich im kurzfristigen Aktivgeschäft des Jahres 1956 wider. So wurden die Wechsel nur noch um 100 Mio. DM erhöht gegen 110 Mio.DM im Jahre 1955 und 193 Mio.DM im Jahre 1954, und der Zuwachs der Debitoren war mit 95 Mio.DM geringer als alle jährlichen Zugänge seit dem Jahre 1952. Gleichzeitig wurden jedoch die Bankguthaben, die im Vorjahre noch um 103 Mio.DM abgenommen hatten, um 431 Mio.DM erhöht (vgl. Übersicht 52).

---

76) Vgl. Geschäftsbericht 1955 der BdL, S.21 ff.u.S.35.
77) Vgl. Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.127.
78) Vgl. ebenda, S.14.
79) Vgl. Jahresbericht 1956 des DSGV, S.25.

Übersicht 52: Veränderungsbilanzen 1953 - 1956

- in Mio.DM -

| Ende | 1953-54 | 1954-55 | 1955-56 |
|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 377 | ./. 103 | + 431 |
| Wechsel | + 193 | + 110 | + 100 |
| Schatzwechsel | 0 | + 14 | + 26 |
| Debitoren | + 725 | + 487 | + 95 |
| kurzfristige Aktiva | + 1.295 | + 508 | + 652 |
| Wertpapiere | + 495 | + 358 | + 33 |
| Ausgleichsforderungen | ./. 4 | ./. 30 | ./. 37 |
| Deckungsforderungen | + 641 | + 83 | + 52 |
| langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | + 1.094 | + 1.438 | + 1.160 |
| langfr.Ausleihungen gegen Kommunaldeckung | + 290 | + 362 | + 516 |
| sonstige langfr.Ausleihungen | + 190 | + 287 | + 87 |
| langfristige Aktiva | + 2.706 | + 2.498 | + 1.811 |
| Barreserve | + 145 | + 313 | + 153 |
| sonstige Aktivposten | + 633 | + 619 | + 544 |
| sonstige Aktiva | + 778 | + 932 | + 697 |
| Bilanzsumme | + 4.779 | + 3.938 | + 3.160 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 508 | + 446 | + 459 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 43 | + 37 | + 43 |
| eigene Akzepte im Umlauf | ./. 1 | + 3 | ./. 7 |
| kurzfristige Passiva | + 464 | + 486 | + 495 |
| Spareinlagen | + 3.413 | + 2.509 | + 1.865 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | + 121 | + 178 | + 133 |
| langfristige Passiva | + 3.534 | + 2.687 | + 1.998 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | + 67 | + 142 | + 208 |
| sonstige Passivposten | + 714 | + 623 | + 459 |
| sonstige Passiva | + 781 | + 765 | + 667 |
| Bilanzsumme | + 4.779 | + 3.938 | + 3.160 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen IV und V im Anhang.

Auf die Bereitschaft der Sparkassen die ihnen zufließenden Spareinlagen in den Jahren 1955 und 1956 fast wieder vollständig langfristig auszuleihen, war es mit zurückzuführen, daß der im besonderen Maße kreditabhängige Baumarkt bis Mitte des Jahres 1956 zu einer besonders starken Konjunkturüberhitzung führte[80].

8.) Die überwiegende Finanzierung der Spareinlagenabzüge und der Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen in der Suezkrise im November 1956

Verfolgen wir die monatliche Spareinlagenentwicklung, so zeigt sich erstmals nach der Koreakrise im November 1956 wieder ein Auszahlungsüberschuß im Sparverkehr. Während die Einzahlungen im Monat Oktober noch 873,7 Mio.DM und die Auszahlungen 706,5 Mio.DM betrugen, sanken die Einzahlungen im November auf 696,8 Mio.DM, während gleichzeitig die Auszahlungen auf 783,9 Mio.DM stiegen. Hierdurch verwandelte sich der Einzahlungsüberschuß von 167,3 Mio.DM im Oktober zu einem Auszahlungsüberschuß von 87,1 Mio.DM im November (vgl. Übersicht 53).

Übersicht 53: Die Entwicklung des Einzahlungsüberschusses im Sparverkehr von Oktober-Dezember 1956
- in Mio.DM -

| Monat | Einzahlungen | Auszahlungen | Einzahlungsüberschuß |
|---|---|---|---|
| Oktober | 873,7 | 706,5 | + 167,3 |
| November | 696,8 | 783,9 | ./. 87,1 |
| Dezember | 1.132,3 | 1.110,8 | + 21,4 |

Quelle: Stat. Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956, a.a.O., S.12.

Zurückzuführen war der sich im November einstellende Auszahlungsüberschuß auf die Beunruhigung der Sparer während der

80) Vgl. Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.1; Geschäftsbericht 1957 der BBk, S.15.

Suezkrise, die zu einer Einkaufswelle und hierdurch zu einem stärkeren Rückgriff auf die privaten Sparguthaben führte[81].

Stellen wir die Veränderungen der Bilanzpositionen im November 1956 einander gegenüber, so sehen wir, daß die Sparkassen trotz des Spareinlagenrückgangs ihre Kreditzusagen erfüllten und ihre Hypothekenausleihungen um 97 Mio.DM, die langfristigen Ausleihungen gegen Kommunaldeckung um 44 Mio.DM und die sonstigen langfristigen Ausleihungen um 15 Mio.DM ausdehnten. Gleichzeitig betrug der Zugang bei den Deckungsforderungen 3 Mio.DM und verminderten sich die Spareinlagen um 97 Mio.DM. Diesem langfristigen Betriebsmittelbedarf von 256 Mio.DM standen langfristige Betriebsmittelzuflüsse in Höhe von 19 Mio.DM aus der Tilgung von Ausgleichsforderungen in Höhe von 5 Mio.DM, aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von 3 Mio.DM und aus der Aufnahme langfristiger Darlehen in Höhe von 11 Mio.DM gegenüber. Dem nicht durch langfristige Betriebsmittelzuflüsse gedeckten langfristigen Betriebsmittelbedarf von 237 Mio.DM standen durch den Zufluß von Sicht- und Termineinlagen in Höhe von 231 Mio.DM, durch die Erhöhung der Nostroverpflichtungen um 8 Mio.DM und durch die Verminderung der Debitoren um 8 Mio. DM kurzfristige Betriebsmittelzuflüsse in Höhe von 247 Mio.DM gegenüber, wovon 24 Mio.DM für das kurzfristige Sparkassengeschäft benötigt wurden. Weitere Betriebsmittelzuflüsse von 14 Mio.DM stammten aus dem sonstigen Sparkassengeschäft (vgl. Übersicht 54).

Wir können somit als Ergebnis festhalten, daß in der Suezkrise die Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts und die Spareinlagenabzüge fast ausschließlich aus dem Zufluß von Sicht- und Termineinlagen finanziert wurden, während der Rückgriff auf die Debitoren und die Erhöhung der Nostroverpflichtungen eine untergeordnete Rolle spielten. Der starke Zufluß an Sicht- und Termineinlagen im November 1956 geht auf saisonale Ursachen zurück, denn seit Jahren war der November jeweils einer der Monate mit den stärksten Giroeinlagenzuflüssen[82].

---

81) Vgl. Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.41; Jahresbericht 1956 des DSGV, S.13.

Übersicht 54: Bewegungsbilanz Oktober - November 1956 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| A. im langfristigen Geschäft | | | A. aus dem langfristigen Geschäft | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | 97 | | a) Wertpapiere | 3 | |
| b) langfr.Ausleihungen gegen Kommunaldeckung | 44 | | b) Ausgleichsforderungen | 5 | |
| c) sonst.langfr.Ausleihg. | 15 | | | 8 | |
| d) Deckungsforderungen | 3 | | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| | 159 | | a) aufgenommene langfr.Darlehen | 11 | |
| II. Verminderung der langfr. Passiva | | | | 11 | 19 |
| a) Spareinlagen | 97 | | B. aus dem kurzfristigen Geschäft | | |
| | 97 | 256 | I. Verminderung der kurzfr. Aktiva | | |
| B im kurzfristigen Geschäft | | | a) Debitoren | 8 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | | 8 | |
| a) Nostroguthaben | 14 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| b) Schatzwechsel | 6 | | a) Sicht- und Termineinlagen | 231 | |
| | 20 | | b) Nostroverpflichtungen | 8 | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | | 239 | 247 |
| a) eigene Akzepte im Umlauf | 4 | | C. aus dem sonstigen Geschäft | | |
| | 4 | 24 | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 79 |
| C. im sonstigen Geschäft | | | | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 65 | | | |
| | | 345 | | | 345 |

Quelle: Errechnet aus Tabelle XII im Anhang.

## 9.) Die überdurchschnittlich kurzfristige Anlage der Spareinlagenzuflüsse im Jahre 1957

Während der Spareinlagenzuwachs im Bereich der Bundesrepublik von 2.509 Mio.DM im Jahre 1955 auf 1.865 Mio.DM im Jahre 1956 zurückgegangen war, zeigte sich im Jahre 1957 mit 3.041 Mio.DM wieder ein außerordentlich hoher Spareinlagenzuwachs[83]. Dieser Zuwachs, der in solcher Höhe nicht erwartet worden war, ist einer rationalen Deutung nicht restlos zugängig. Sicherlich spielte hierbei die Steigerung des Masseneinkommens um 11,5 %, das Abklingen der weltpolitischen Krisenstimmung und eine gewisse relative Sättigung der Nachfrage nach manchen Verbrauchsgütern eine Rolle[84]. Außerdem wuchs der Anteil des steuerbegünstigten Sparens wieder beträchtlich an, nachdem Ende 1956 die Festlegungsfrist von 7 und 10 Jahren wieder auf 3 Jahre herabgesetzt worden war[85]. So betrug der Anteil des steuerbegünstigten Sparens am gesamten Spareinlagenzuwachs im Jahre 1957 433 Mio.DM[86] oder rd. 14 %. Aber auch die Giroeinlagen stiegen mit 1.629 Mio.DM besonders stark an, während sie im Jahre 1956 nur um 459 Mio.DM zugenommen hatten. Die große Zunahme der Giroeinlagen dürfte auf die starke Liquidisierung der Wirtschaft aus dem hohen Zahlungsbilanzüberschuß im Jahre 1957 zurückzuführen sein, wie wir noch sehen werden.

Gegenüber den beiden Jahren 1955 und 1956 weicht das Jahr 1957 besonders dadurch ab, daß der verfügbare Spareinlagenzuwachs wieder zu einem ganz erheblichen Teil in das kurzfristige Geschäft floß. So wurden von dem verfügbaren Spareinlagenzuwachs von 3.021 Mio.DM nur 1.649 Mio.DM oder 54,6 % langfristig angelegt, während 758 Mio.DM oder 25,1 % ins kurzfristige und 614 Mio.DM oder 20,3 % ins sonstige Passivgeschäft flossen (vgl. Tabelle XXI im Anhang).

---

82) Vgl. Jahresbericht 1956 des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes, S.18.
83) Die Zahlen sind errechnet aus Tabelle V im Anhang.
84) Vgl. Jahresbericht des DSGV 1957, S.9 u. 13.
85) Vgl. Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.40 f.
86) Vgl. Jahresbericht 1957 des DSGV, S. 16.

Stellen wir die Veränderungen der Bilanzpositionen im Jahre 1957 einander gegenüber, so hatten die Sparkassen aus der Erhöhung der Bankguthaben um 1.900 Mio.DM, der Wechsel um 137 Mio.DM, der Schatzwechsel um 56 Mio.DM, der Debitoren um 240 Mio.DM und der Verminderung der Bankschulden um 48 Mio.DM und der Akzepte um 6 Mio.DM einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 2.387 Mio.DM. Diesem kurzfristigen Betriebsmittelbedarf stand durch die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen ein kurzfristiger Betriebsmittelzugang in Höhe von 1.629 Mio.DM gegenüber. Den Fehlbetrag von 758 Mio.DM deckten die Sparkassen aus dem langfristigen Sparkassengeschäft. Dort stand einem langfristigen Betriebsmittelzugang von 3.282 Mio.DM aus der Erhöhung der Spareinlagen um 3.041 Mio. DM und der aufgenommenen langfristigen Darlehen um 191 Mio.DM sowie der Verringerung der Ausgleichsforderungen um 50 Mio.DM ein langfristiger Betriebsmittelbedarf in Höhe von 1.910 Mio. DM aus der Erhöhung der Wertpapiere um 492 Mio.DM, der Dekkungsforderungen um 20 Mio.DM, der Hypotheken um 933 Mio.DM und der sonstigen langfristigen Darlehen um 465 Mio.DM gegenüber. Der nicht im langfristigen Geschäft benötigte langfristige Betriebsmittelzugang in Höhe von 1.372 Mio.DM floß mit 758 Mio.DM ins kurzfristige und mit 614 Mio.DM ins sonstige Sparkassengeschäft, wo insbesondere die Barreserven um 660 Mio. DM erhöht wurden (vgl. Übersicht 55).

Wir können somit als auffallendste Merkmale für das Jahr 1957 festhalten, daß der verfügbare Spareinlagenzuwachs nur etwa zur Hälfte wieder langfristig ausgeliehen wurde, während etwa ein Viertel in das kurzfristige Sparkassengeschäft floß und dort vor allem zur Erhöhung der Bankguthaben diente.

Wir wollen uns nun wieder mit den Ursachen und Wirkungen dieser Anlagepolitik der Sparkassen beschäftigen. Seit Mitte des Jahres 1956 war es zu einer Beruhigung der Investitionskonjunktur vor allem im kreditabhängigen Bereich der Bauwirtschaft gekommen. Die Ursachen dieser Konjunkturberuhigung lagen einmal in der restriktiven Notenbankpolitik zu Beginn des Jahres 1956 und in dem geringen Aufkommen an Sparkapital im Jahre 1956[87)]

87) Vgl. Geschäftsbericht 1956 der BdL, S.1 u. 15.

Übersicht 55: Bewegungsbilanz 31.12.1956 - 31.12.1957 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A.im langfristigen Geschäft** | | | **A.aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 492 | | a) Ausgleichsforderungen | 50 | |
| b) Deckungsforderungen | 20 | | | 50 | |
| c) langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | 933 | | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| d) sonst.langfr.Ausleihungen | 465 | | a) Spareinlagen | 3.041 | |
| | 1.910 | 1.910 | b) aufgenommene langfristige Darlehen | 191 | |
| **B.im kurzfristigen Geschäft** | | | | 3.232 | 3.282 |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | **B.aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| a) Nostroguthaben | 1.900 | | I. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| b) Wechsel | 137 | | a) Sicht- u.Termineinlag. | 1.629 | |
| c) Schatzwechsel | 56 | | | 1.629 | 1.629 |
| d) Debitoren | 240 | | **C.aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | 2.333 | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 591 |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | | | |
| a) Nostroverpflichtungen | 48 | | | | |
| b) eigene Akzepte im Umlauf | 6 | | | | |
| | 54 | 2.387 | | | |
| **C.im sonstigen Geschäft** | | | | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva (davon Barreserven 660 Mio.DM) | | 1.205 | | | |
| | | 5.502 | | | 5.502 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle V im Anhang.

Die BdL senkte deshalb im September 1956, im Januar 1957 und im September 1957 den Diskontsatz wieder um je $\frac{1}{2}$%, also von $5\frac{1}{2}$% auf 4%[88]. Durch die Diskontsenkung sollte die Überhöhung des Zinsniveaus gegenüber dem Ausland abgebaut und die Investitionstätigkeit wieder erleichtert werden[89].

Die Zurückhaltung in der Investitionstätigkeit sowohl im kreditabhängigen als auch im konjunkturabhängigen Bereich setzte sich auch noch im Jahre 1957 fort.

Hierbei spielte im konjunkturabhängigen Bereich die weltweite wirtschaftliche Konjunkturabschwächung, insbesondere die amerikanische Rezession und die internationale Rohstoffbaisse eine erhebliche Rolle. Hinzu kam die kalkulatorische Abschreckung, die mit den hohen Kapitalzinsen und den steigenden Löhnen verbunden war[90]. "Je mehr die Löhne stiegen, desto größer war zwar der Anreiz zu Rationalisierungsinvestitionen. Aber gleichzeitig wurden durch die Lohnerhöhungen auch die Profitmargen beeinträchtigt, so daß die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung abnahmen, während die Kreditaufnahme in Anbetracht der verringerten Gewinnchancen zumindest solange nicht rentabel erschien, als der Kapitalzins auf relativ hohem Stande verharrte"[91].

Der Rückgang der Investitionstätigkeit im kreditabhängigen Bereich der Bauwirtschaft ging auf die relativ hohe Zinsbelastung, die nicht mehr ganz so starke Neigung zu Bauinvestitionen und Verzögerungen bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln zurück. Mit der Durchführung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes kam es im Jahre 1957 zu einer stärkeren Förderung des Eigenheimbaus. Bei der Umstellung der staatlichen Förderungsmittel gab es starke Zeitverluste, die zu einem Rückgang der Bewilligungen der Länder für den sozialen Wohnungsbau um rd. $\frac{1}{3}$ gegenüber 1956 führten[92]. "Die sich durch die

88) Vgl. Geschäftsbericht 1958 der BBk, S.66.
89) Vgl. Geschäftsbericht 1957 der BBk, S.35 f.
90) Vgl. ebenda, S.15 u.25.
91) Geschäftsbericht 1957 der BdL, S.25.
92) Vgl. Jahresbericht 1957 des DSGV, S.26 f.

Verwaltungsneuregelungen ergebende Verzögerung machte sich naturgemäß auch bei den Sparkassen in der Form einer verringerten Inanspruchnahme von Finanzierungsmitteln für den sozialen Wohnungsbau bemerkbar"[93].

Auf alle diese Gründe ist es zurückzuführen, daß im Jahre 1957 das langfristige Kreditgeschäft nicht mehr so stark erhöht wurde wie im Jahre 1956. So stiegen die Hypothekarkredite nur noch um 933 Mio.DM gegen 1.160 Mio.DM im Vorjahr und die sonstigen langfristigen Kredite um 465 Mio.DM gegen 603 Mio.DM im Vorjahr (vgl. Übersichten 52 und 55).

Gleichzeitig war es im Jahre 1957 zu einem außerordentlich hohen z.T. in Erwartung einer Wechselkursänderung spekulativ bedingten Zahlungsbilanzüberschuß gekommen, der zu einer starken Liquidisierung der Wirtschaft und des Bankenapparates führte und sich in einem verminderten Kreditbedarf bemerkbar machte[94]. Hieraus erklärte sich, daß die Debitoren nur um 240 Mio.DM zunahmen. Das war, wenn wir vom Jahre 1956 absehen, der niedrigste Zuwachs seit 1952. Die Sparkassen mußten daher mit den ihnen zufließenden Betriebsmitteln auf die Anlage in Bankguthaben ausweichen, die mit 1.900 Mio.DM den stärksten Zuwachs seit der Währungsreform hatten (vgl. Übersicht 55).

Als Ursachen für die konjunkturelle Entspannung, die sich im Jahre 1957 zeigte, nennt die Bundesbank u.a. die hohe Sparkapitalbildung im Jahre 1957 und eine Beruhigung der Investitionsentwicklung[95]. Zur Aufrechterhaltung der Konjunktur hätte also eine stärkere langfristige Ausleihung der Ersparnisse zu Investitionszwecken vorgenommen werden müssen. Eine derartige langfristige Ausleihung der Ersparnisse fand jedoch vor allem durch das starke negative Transformationsverhalten der Sparkassen nicht statt.

---

93) Jahresbericht 1957 des DSGV, S.27.
94) Vgl. Geschäftsbericht 1957 der BBk, S.31; Jahresbericht 1957 des DSGV, S.23.
95) Vgl. Geschäftsbericht 1957 der BBk, S.16, 20 u. 23 ff.

10.) Die teilweise langfristige Anlage der Giroeinlagenzuflüsse in den Jahren 1958 und 1959

Die Spartätigkeit entfaltete sich auch in den Jahren 1958 und 1959 in einem beträchtlichen Umfange weiter. So nahmen die Spareinlagen im Bereich der Bundesrepublik und Westberlin 1958 um 4.217 Mio.DM und 1959 um 5.076 Mio.DM zu. Gleichzeitig stiegen die Giroeinlagen im Jahre 1958 um 1.419 Mio.DM und im Jahre 1959 um 1.123 Mio.DM[96]. Die Ursache des weiteren starken Anstiegs der Spareinlagen in den Jahren 1958-1959 war der Drang zum Wiederaufbau der durch den Krieg und die Währungsreform vernichteten Geldvermögen und die weitere Steigerung des Masseneinkommens[97]. Der hohe Spareinlagenzugang war aber ebenso wie die starke Zunahme der Giroeinlagen ein Ausdruck der großen, durch die Zahlungsbilanzüberschüsse hervorgerufenen, binnenwirtschaftlichen Geldverflüssigung[98].

Im Aktivgeschäft zeigte sich in den Jahren 1958 und 1959 eine außerordentlich starke Zunahme des langfristigen Aktivgeschäfts. Diese überstieg die Erhöhung des langfristigen Passivgeschäfts im Jahre 1958 um 71 Mio.DM und im Jahre 1959 um 356 Mio.DM.[99] Der jeweilige Fehlbetrag im langfristigen Sparkassengeschäft wurde in beiden Jahren aus dem kurzfristigen Sparkassengeschäft und zwar überwiegend aus dem Giroeinlagenzufluß gedeckt. Wir haben damit in jüngster Zeit ein Beispiel der Anlage von Mitteln des Geldmarktes am Kapitalmarkt durch die Sparkassen (Fristigkeitstransformation) vor uns. Diese Fristigkeitstransformation wollen wir nun genauer untersuchen.

Aus Übersicht 56 geht hervor, daß die Sparkassen im Jahre 1958 aus der Erhöhung der Wertpapiere um 2.022 Mio.DM, der Hypotheken um 1.240 Mio.DM und der sonstigen langfristigen Darlehen um 1.165 Mio.DM einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 4.427 Mio.DM hatten. Diesem stand aus der Erhöhung der Spareinlagen um 4.217 Mio.DM und der aufgenommenen

96) Die Zahlen sind errechnet aus Tabellen V u.VI im Anhang.
97) Vgl. Geschäftsbericht 1958 der BBk, S.14.
98) Vgl. Jahresbericht 1958 des DSGV, S.9.
99) Die Zahlen sind errechnet aus Tabellen V u.VI im Anhang.

langfristigen Darlehen um 72 Mio.DM sowie der Verminderung der Deckungs- und Ausgleichsforderungen um 67 Mio.DM ein langfristiges Betriebsmittelaufkommen von 4.356 Mio.DM gegenüber. Außerdem hatten die Sparkassen im kurzfristigen Geschäft aus der Erhöhung der Bankguthaben um 802 Mio.DM, der Wechsel um 87 Mio.DM und der Debitoren um 280 Mio.DM, sowie der Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden in Höhe von 34 Mio.DM einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 1.203 Mio.DM. Diesen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf und den aus dem langfristigen Geschäft nicht gedeckten langfristigen Betriebsmittelbedarf von 71 Mio.DM finanzierten die Sparkassen durch die Erhöhung der Giroeinlagen um 1.419 Mio.DM und durch die Verminderung der Schatzwechsel um 17 Mio.DM. Ein Teilbetrag des kurzfristigen Betriebsmittelzuwachses von 162 Mio.DM floß in das sonstige Sparkassengeschäft.

Ähnlich war die Entwicklung im Jahre 1959. Hier hatten die Sparkassen aus der Erhöhung der Wertpapiereum 1.820 Mio.DM, der Hypotheken um 2.423 Mio.DM und der sonstigen langfristigen Ausleihungen um 1.329 Mio.DM einen langfristigen Betriebsmittelbedarf von 5.572 Mio.DM. Diesem stand aus der Erhöhung der Spareinlagen um 5.076 Mio.DM, der langfristig aufgenommenen Darlehen um 81 Mio.DM und aus der Verminderung der Ausgleichs- und Deckungsforderungen um 59 Mio.DM ein langfristiger Betriebsmittelzugang von 5.216 Mio.DM gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 356 Mio.DM ergab. Außerdem hatten die Sparkassen im kurzfristigen Geschäft aus der Erhöhung der Wechsel um 30 Mio.DM und der Debitoren um 744 Mio.DM einen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf von 774 Mio.DM. Diesen kurzfristigen Betriebsmittelbedarf und den aus dem langfristigen Geschäft nicht gedeckten langfristigen Betriebsmittelbedarf von 356 Mio.DM finanzierten die Sparkassen durch die Erhöhung der Giroeinlagen um 1.123 Mio.DM und der Bankschulden um 63 Mio.DM,sowie durch die Verminderung der Bankguthaben um 98 Mio.DM und der Schatzwechsel um 36 Mio.DM. Ein Teilbetrag des kurzfristigen Betriebsmittelzuwachses von 190 Mio.DM floß in das sonstige Sparkassengeschäft (vgl. Übersicht 57).

Übersicht 56: Bewegungsbilanz 31.12.1957 - 31.12.1958 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A. im langfristigen Geschäft** | | | **A. aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfrist.Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 2.022 | | a) Ausgleichsforderungen | 50 | |
| b) langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | 1.240 | | b) Deckungsforderungen | 17 | |
| c) sonst.langfr.Ausleihg. | 1.165 | | | 67 | |
| | 4.427 | 4.427 | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| **B. im kurzfristigen Geschäft** | | | a) Spareinlagen | 4.217 | |
| I. Erhöhung der kurzfr.Aktiva | | | b) aufgenommene langfr. Darlehen | 72 | |
| a) Nostroguthaben | 802 | | | 4.289 | 4.356 |
| b) Wechsel | 87 | | **B. aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| c) Debitoren | 280 | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| | 1.169 | | a) Schatzwechsel | 17 | |
| II. Verminderung der kurzfr. Passiva | | | | 17 | |
| a) Nostroverpflichtungen | 32 | | II. Erhöhung der kurzfr.Passiva | | |
| b) eigene Akzepte im Umlauf | 2 | | a) Sicht- u.Termineinlag. | 1.419 | |
| | 34 | 1.203 | | 1.419 | 1.436 |
| **C. im sonstigen Geschäft** | | | **C. aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 843 | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | | 681 |
| | | 6.473 | | | 6.473 |

**Quelle:**
Errechnet aus Tabelle V im Anhang.

Übersicht 57: Bewegungsbilanz 31.12.1958 - 31.12.1959 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A. im langfristigen Geschäft** | | | **A. aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 1.820 | | a) Ausgleichsforderungen | 31 | |
| b) langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | 2.423 | | b) Deckungsforderungen | 28 | |
| c) sonstige langfristige Ausleihungen | 1.329 | | | 59 | |
| | 5.572 | 5.572 | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| | | | a) Spareinlagen | 5.076 | |
| | | | b) aufgen.langfristige Darlehen | 81 | |
| | | | | 5.157 | 5.216 |
| **B. im kurzfristigen Geschäft** | | | **B. aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Wechsel | 30 | | a) Nostroguthaben | 98 | |
| b) Debitoren | 744 | | b) Schatzwechsel | 36 | |
| | 774 | 774 | | 134 | |
| | | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| | | | a) Sicht- u.Termineinlagen | 1.123 | |
| **C. im sonstigen Geschäft** | | | b) Nostroverpflichtungen | 63 | |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | | 857 | | 1.186 | 1.320 |
| | | | **C. aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | | I. Erhöhung der sonst.Passiva | | 667 |
| | | 7.203 | | | 7.203 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen V und VI im Anhang.

Zurückzuführen war die außerordentlich starke Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts insbesondere darauf, daß die Sparkassen ab 1958 verstärkt in die Wertpapieranlage gingen. Während bisher der höchste Wertpapierzugang im Jahre 1954 mit 495 Mio.DM stattgefunden hatte, betrugen die Zugänge in den Jahren 1958 2.022 Mio.DM und 1959 1.820 Mio.DM. Ähnlich war die Entwicklung im Hypothekengeschäft und im sonstigen langfristigen Darlehensgeschäft. So nahmen die Hypotheken im Jahre 1958 um 1.240 Mio.DM und im Jahre 1959 um 2.423 Mio. DM zu, während die sonstigen langfristigen Ausleihungen 1958 um 1.165 Mio.DM und im Jahre 1959 um 1.329 Mio.DM erhöht wurden. Alle diese Zugänge waren die höchsten seit der Währungsreform vom 20.6.1948. Eine Ausnahme bildete nur der Hypothekenzuwachs des Jahres 1958 in Höhe von 1.240 Mio.DM, der noch vom Zuwachs des Jahres 1955 mit 1.438 Mio.DM übertroffen wurde[100].

Die starke Ausdehnung des langfristigen Aktivgeschäfts ging auf mehrere Ursachen zurück. So ergab sich durch die fortlaufend hohen Zahlungsbilanzüberschüsse eine erhöhte Liquidität von Wirtschaft und Banken, die zu einer verringerten Inanspruchnahme des kurzfristigen Bankkredits führte. Gleichzeitig hatte sich hierdurch eine Zinssenkungstendenz ergeben, der die Bundesbank dadurch folgte, daß sie den Diskontsatz im Januar und Juni 1958 um je $\frac{1}{2}$ % von 4 % auf 3 % herabsetzte. Eine weitere Senkung des Diskontsatzes erfolgte im Januar 1959 von 3 % auf $2\frac{3}{4}$ %, womit der niedrigste Stand in der deutschen Notenbankgeschichte erreicht wurde[101]. Dadurch, daß die Bundesbank die Liquidisierungstendenzen sich Schritt für Schritt in den kurzfristigen Zinssätzen auswirken ließ, sanken die Erträge, die mit der kurzfristigen Geldanlage zu erzielen waren, so daß die Banken in stärkerem Maße in die langfristige Wertpapieranlage gedrängt wurden[102]. Die starke Sparkapitalbildung und die große Bereitschaft der Banken und Sparkassen in die Wertpapieranlage zu gehen, führten zu einer beträchtlichen Senkung des Ka-

100) Die Zahlen wurden errechnet aus Tabellen V u. VI im Anhang.
101) Vgl. Geschäftsbericht 1958 der BBk, S.29 ff.
102) Vgl. ebenda, S.41.

pitalzinses. So gingen die Hypothekenzinsen, die unter Berücksichtigung des Auszahlungsdisagios im Jahre 1957 noch 7,5% bis 9% betragen hatten, bis Ende 1958 auf etwa 6,5% zurück[103]. Durch die Zinssenkung am Kapitalmarkt wiederum kam es zu einer äußerst kräftigen Nachfrage nach langfristigen Kapitalmitteln für den privaten und öffentlichen Wohnungsbau[104], wodurch sich die besonders starke Ausdehnung der Hypothekar- und sonstigen langfristigen Kredite bei den Sparkassen erklärt.
Die kräftige Steigerung der Bauinvestitionen verhinderte das Umsichgreifen der bereits im Jahre 1957 zu beobachtenden partiellen Rezessionserscheinungen[105]. Schließlich wurde die Baukonjunktur, die im Jahre 1958 und bis zur Mitte des Jahres 1959 eine willkommene Stütze der Konjunktur gebildet hatte, im Verlaufe des Sommers 1959 so stark, daß sie zusammen mit den Zahlungsbilanzüberschüssen in zunehmendem Maße zu einer allgemeinen Konjunkturüberhitzung führte und die Notenbank im Herbst 1959 die Kreditbremsen erneut anziehen mußte[106].

Wir können somit zusammenfassend feststellen, daß die Bereitschaft der Sparkassen, verstärkt in die langfristige Anlage zu gehen und sogar Teile ihrer kurzfristigen Einlagen in die langfristige Anlage zu transformieren, wesentlich mit zur Erniedrigung des Kapitalmarktzinses in den Jahren 1958 und 1959 beitrug und daß die Sparkassen durch diese Bereitschaft die starken Investitionen im kreditabhängigen Bereich mit herbeiführten. Wegen des von diesen Investitionen ausgehenden hohen - den Kapazitätseffekt bei weitem übersteigenden - Einkommenseffekts kam es dann schließlich zu einer Übersteigerung der Konjunktur.

11.) Die Weiterentwicklung in den Jahren 1960, 1961 und 1962

In den Jahren 1960, 1961 und 1962 fand insgesamt kein wesentliches Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen

---

103) Vgl. Geschäftsbericht 1959 der BBk, S.6.
104) Vgl. Geschäftsbericht 1958 der BBk, S.22.
105) Vgl. Geschäftsbericht 1958 der BBk, S.1.
106) Vgl. Geschäftsbericht 1959 der BBk, S.1 f.

Sparkassengeschäften statt. Im Jahre 1960 diente ein erheblicher Teil der Spareinlagenzugänge zur Erhöhung der Barreserve, während im Jahre 1961 Teile dieser stark erhöhten Barreserve im kurz- und langfristigen Sparkassengeschäft angelegt wurden. So nahm die Barreserve im Jahre 1960 um 1.627 Mio.DM zu. Das war der höchste jährliche Zuwachs seit der Währungsreform und entsprach 23,6% des Zuwachses der Gesamteinlagen im Jahre 1960. Die Verminderung der Barreserve im Jahre 1961 um 822 Mio.DM war ebenfalls der höchste Rückgang dieser Position seit der Währungsreform.

Das Jahr 1962 zeigt ein ausgeglichenes Bild in den Veränderungen des kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfts. So stand der Erhöhung des langfristigen Passivgeschäfts um 6.194 Mio.DM eine Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts um 6.149 Mio.DM gegenüber. Das kurzfristige Passivgeschäft stieg um 1.859 Mio.DM und das kurzfristige Aktivgeschäft um 1.826 Mio.DM (vgl. Übersicht 58).

Die überdurchschnittliche Erhöhung der Barreserve im Jahre 1960 und deren überdurchschnittliche Verminderung im darauffolgenden Jahr 1961 war eine Folge der durch die konjunkturelle Entwicklung bestimmten Notenbankpolitik.

Im Jahre 1960 hatte sich die überhöhte Inlandskonjunktur bei anhaltend hohen Zahlungsbilanzüberschüssen fortgesetzt. Obwohl in einigen Wirtschaftszweigen der Nachfrageanstieg etwas schwächer geworden war, ging gesamtwirtschaftlich die Nachfrageexpansion weiter über die Produktionsausweitung hinaus, wodurch es zu Lohn- und Preissteigerungen kam. Die Bundesbank versuchte deshalb durch die Verstärkung der bereits im Herbst 1959 eingeleiteten Restriktionspolitik den zunehmenden konjunkturellen Spannungen und dem Preisauftrieb entgegenzuwirken. Neben der Erhöhung des Diskontsatzes von 4% auf 5% Ende Juni 1960 und der Kürzung der Rediskontkontingente wurden die Mindestreservesätze mehrmals besonders stark heraufgesetzt[107]. Die Erhöhung des Mindestreservesolls der

---

107) Vgl. Geschäftsbericht 1960 der BBk, S. 1 ff.

Übersicht 58: Veränderungsbilanzen 1959-60 und 1960-61 - in Mio.DM -

| Ende | 1959-60 | 1960-61 | 1961-62 |
|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 294 | + 1.261 | + 401 |
| Wechsel | + 265 | + 197 | + 126 |
| Schatzwechsel | ./. 5 | + 103 | ./. 64 |
| Debitoren | + 735 | + 765 | + 1.363 |
| kurzfristige Aktiva | + 1.289 | + 2.326 | + 1.826 |
| Wertpapiere | + 119 | + 1.570 | + 1.806 |
| Ausgleichsforderungen | ./. 22 | ./. 79 | ./. 44 |
| Deckungsforderungen | ./. 34 | ./. 25 | ./. 86 |
| langfr.Ausleihg.gegen Grundpfandrechte | + 2.791 | + 2.567 | + 3.025 |
| langfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung / sonst.langfr.Ausleihg. | + 1.242 | + 1.483 | + 1.276 |
| langfristige Aktiva | + 4.096 | + 5.516 | + 6.149 |
| Barreserve | + 1.627 | ./. 822 | + 443 |
| sonstige Aktivposten | + 453 | + 469 | + 482 |
| sonstige Aktiva | + 2.080 | ./. 353 | + 925 |
| Bilanzsumme | + 7.465 | + 7.489 | + 8.900 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 1.259 | + 1.781 | + 1.838 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 17 | + 14 | + 21 |
| eig.Akzepte im Umlauf | + 1 | ./. 1 | -.- |
| kurzfristige Passiva | + 1.243 | + 1.794 | + 1.859 |
| Spareinlagen | + 5.208 | + 4.801 | + 5.882 |
| aufgen.langfr.Darlehen | + 372 | + 244 | + 312 |
| langfr. Passivposten | + 5.580 | + 5.045 | + 6.194 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | + 330 | + 325 | + 386 |
| sonstige Passiva | + 312 | + 325 | + 461 |
| sonstige Passiva | + 642 | + 650 | + 847 |
| Bilanzsumme | + 7.465 | + 7.489 | + 8.900 |

Quelle:
Errechnet aus Tabelle VI im Anhang.

Sparkassen um 1.737,1 Mio.DM[108] im Jahre 1960 ist überwiegend auf die Heraufsetzung der Mindestreservesätze zurückzuführen. Sie war gleichzeitig die Ursache des starken Anstiegs der Barreserve im Jahre 1960.

Im Jahre 1961 zeigte sich, daß die restriktiven Notenbankmaßnahmen zusammen mit dem Absinken der Zinssätze in anderen Ländern zu einer Überhöhung des innerdeutschen Zinsniveaus führten. Hierdurch kam es zu einem beträchtlichen Zufluß an Auslandsgeldern, der noch durch Spekulationsgelder verstärkt wurde, da eine Aufwertung der DM erwartet wurde. Der Zustrom an Auslandsgeldern war durch die Ende 1958 eingeführte Konvertierbarkeit der DM und der meisten anderen europäischen Währungen unbeschränkt möglich. Außerdem führte die Verknappung und Verteuerung des inländischen Kredits dazu, daß ein Teil der Wirtschaft Kredite im Ausland aufnahm. Die Kreditrestriktionen konnten also ihr Ziel nicht erreichen, sondern führten nur noch zu einer Erhöhung der Zahlungsbilanzüberschüsse. Die Bundesbank wurde deshalb zur Aufgabe ihrer Restriktionspolitik gezwungen. Der Diskontsatz wurde von Anfang November 1959 bis Ende Mai 1961 schrittweise von 5% auf 3% herabgesetzt. Ebenso wurden die Mindestreservesätze ab Anfang Februar 1961 stufenweise ermäßigt und erreichten Ende 1961 wieder den Stand vor dem Beginn der Restriktionsmaßnahmen Ende Oktober 1959. Als weitere Maßnahme wurde schließlich am 6.3.1961 die DM um 4,75% aufgewertet[109]. Die Senkung der Mindestreservesätze führte bei den Sparkassen im Jahre 1961 zu einer Verminderung des Mindestreservesolls um 1.164,7 Mio.DM[110]. Die konjunkturelle Entwicklung war im Jahre 1961 weiter durch Vollbeschäftigung, eine beachtliche Produktionssteigerung und einen nach oben gerichteten Preistrend gekennzeichnet. Doch kam es bereits zu einer gewissen Entspannung, da die Nachfrage aus dem Ausland und die Unternehmernachfrage nachließen und in einigen Branchen zu Produktionsrückgängen führten. Wesentliche

---

108) Errechnet aus den im Monatsbericht der BBk vom Januar 1961 auf S. 77 veröffentlichten Zahlen.
109) Vgl. Geschäftsberichte 1960 und 1961 der BBk, S.1 ff.
110) Errechnet aus den im Monatsbericht der BBk vom Januar 1962 auf S. 83 veröffentlichten Zahlen.

Ursachen dieser Entspannungserscheinungen waren die Restriktionspolitik der Notenbank, die Aufwertung und der Anstieg des inländischen Kostenniveaus, der dieGewinnmargen einengte und die Selbstfinanzierungsmöglichkeit einschränkte. Stark expansiv wirkte jedoch nach wie vor der Baumarkt, auf dem es zu einer weiteren Zunahme des bereits bestehenden Bauüberhangs kam[111].

Auch im Jahre 1962 setzte sich die konjunkturelle Expansion fort, jedoch hat die Zahl der Industrien zugenommen, in denen die Konjunktur merklich abflaute oder sogar schon Rezessionserscheinungen festzustellen waren. In den konjunkturbestimmenden Kräften hatte sich außerdem ein Wandel vollzogen, da expansive Wirkungen nur noch von den öffentlichen Ausgaben, von den öffentlich geförderten Investitionen - hierzu zählen vor allem die steuerlich und durch Zinszuschüsse geförderten Bauinvestitionen - und vom privaten Verbrauch ausgingen. So ergab sich im Jahre 1962 ein Kassendefizit der öffentlichen Haushalte von 1,6 Mrd.DM an Stelle eines Überschusses von etwa 2,2 Mrd.DM im Jahre 1961 und der Baumarkt zeigte weitere Überhitzungserscheinungen. Dagegen nahm die von den privaten Investitionen und von Ausland ausgehende Nachfrage ab. So zeigte sich bei den Investitionsgüterindustrien ein merklicher Rückgang der Neuaufträge, da die Gewinnspannen durch weitere Kostensteigerungen eingeengt wurden und vor allem nach der Aufwertung eine erhöhte Auslandskonkurrenz spürbar wurde. In der Gesamtzahlungsbilanz ergab sich infolge des starken Sinkens des Überschusses der Waren- und Dienstleistungsbilanz erstmals seit 1950 ein Defizit in Höhe von etwa 550 Mio.DM. Das Zahlungsbilanzdefizit und die Kassendefizite der öffentlichen Haushalte führten außerdem zusammen mit der Erhöhung des Bargeldumlaufs bei den Kreditinstituten und der Wirtschaft zu einer Einengung der Liquidität[112].

Wir wollen nun die Anlagepolitik der Sparkassen von 1960-1962

---

111) Vgl. Geschäftsbericht der BBk 1961, S.49 ff.
112) Vgl. Geschäftsbericht der BBk 1962, S.1 ff.

im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung etwas genauer betrachten. Die durch Mindestreservesätze bedingte Zunahme im Jahre 1960 ging ausschließlich zu Lasten der Wertpapieranlage. Dagegen wurden die im Jahre 1961 durch die Verminderung des Mindestreservesolls freiwerdenden Betriebsmittel aus der Barreserve in Wertpapieren und Bankguthaben angelegt. Während im Jahre 1959 die Wertpapiere um 1.820 Mio.DM gestiegen waren, erhöhten sie sich in den Jahren 1960 um 119 Mio.DM, 1961 um 1.570 Mio.DM und 1962 um 1.806 Mio.DM. Dagegen betrug der Zuwachs der langfristigen Ausleihungen 1959 3.752 Mio.DM, 1960 4.033 Mio.DM, 1961 4.050 Mio.DM und 1962 4.401 Mio.DM. Die kurzfristigen Kredite (Debitoren und Wechsel) nahmen 1959 um 774 Mio.DM, 1960 um 1.000 Mio. DM, 1961 um 962 Mio.DM und 1962 um 1.489 Mio.DM zu. Umgerechnet auf den verfügbaren Spareinlagenzuwachs wurden 1960 71,5%, 1961 109,8% und 1962 99,1% des verfügbaren Spareinlagenzuwachses langfristig angelegt.

Wir sehen also, daß die Sparkassen im Jahre 1962 ihren verfügbaren Spareinlagenzuwachs fast wieder vollständig langfristig ausliehen. Die durch die Mindestreserveerhöhung im Jahre 1960 verringerte langfristige Anlage des Spareinlagenzugangs glichen die Sparkassen im Jahre 1961 dadurch aus, daß sie ihr langfristiges Aktivgeschäft über den Spareinlagenzuwachs hinaus ausdehnten. In beiden Jahren zusammengerechnet wurden 89,9% des verfügbaren Spareinlagenzuwachses langfristig angelegt.

Die starke Erhöhung der Mindestreserven im Jahre 1960 hatte zur Folge, daß die jeweils über die Wertpapieranlage der Sparkassen finanzierten kreditabhängigen Investitionen im Jahre 1960 eine gewisse Beschränkung erfuhren, die jedoch wegen der übrigen stark expansiven Faktoren nicht ausreichte, um die konjunkturelle Entwicklung merkbar zu dämpfen. Außerdem wurde nach den Angaben der Bundesbank ein Teil der Investitionen kurzfristig finanziert wie auch das Ansteigen der kurzfristigen Kredite der Sparkassen im Jahre 1960 zeigt[113]. Die vollständige langfristige Ausleihung der Spar-

113) Vgl. Geschäftsbericht 1960 der BBk, S.28, Jahresbericht 1960 des DSGV, S.31.

einlagen in den Jahren 1961 und 1962 war mit eine Ursache, daß die kreditabhängigen Bauinvestitionen weiter einer der am meisten expansiven Faktoren der westdeutschen Konjunktur blieben. Teilweise war die besonders hohe Anlage der Spareinlagen im Jahre 1962 durch Konsolidierungsvorgänge bedingt, die wegen der Liquiditätseinengung der Wirtschaft im Jahre 1962 notwendig wurden.

12.) Das Zusammenspiel des kurz- und langfristigen Geschäfts in der Berlinkrise vom August und September 1961 und in der Kubakrise vom Oktober und November 1962

Mit Ausnahme des Jahres 1961 war der jährliche Spareinlagenzuwachs seit dem Jahre 1959 weitergestiegen. Der jährliche Zuwachs betrug 1959 5.076 Mio.DM, 1960 5.208 Mio.DM, 1961 4.801 Mio.DM und 1962 5.882 Mio.DM (vgl. Übersichten 57 und 58).

Verfolgen wir die monatliche Spareinlagenentwicklung in den Jahren 1960 - 1962 so zeigt sich, daß der Spareinlagenzugang im April, August, September und November 1961 und im November 1962 wesentlich vom saisonal bedingten Verlauf[114] abwich. Der April 1961 zeigt im Vergleich zu den Vorjahren und zum Jahre 1962 einen besonders geringen Spareinlagenzugang, weil ein Teil der normalerweise den Sparkassen als Spareinlagen zufließenden Gelder zum Kauf von Aktien des Volkswagenwerkes verwendet wurde. Der August und September 1961 litten unter der aus der Errichtung der Sperrmauer am 13. August 1961 entstandenen weltpolitischen Krisenstimmung. Der November 1961 hatte einen besonders schwachen Spareinlagenzugang, da ein großer Betrag ehemals steuerbegünstigter Spareinlagen frei und ein Teil hiervon abgehoben wurde[115].

So betrug der Spareinlagenzugang im April und November 1961 jeweils etwa nur die Hälfte und im August und September 1961 jeweils etwa nur $\frac{2}{3}$ des Spareinlagenzugangs in den vergleichbaren Monaten der beiden Vorjahre (vgl. Übersicht62 ).

---

114) Vgl. S.181 ff.
115) Vgl. Jahresbericht 1961 des DSGV, S.15 f.

Die von den USA am 22.Oktober 1962 durch Verhängung der Blockade gegen Kuba ausgelöste weltpolitische Krise (Kubakrise) beeinträchtigte ebenfalls den Spareinlagenzuwachs. Insbesondere wurde zu Lebensmittelkäufen auf die Spareinlagen zurückgegriffen[116]. So betrug der Spareinlagenzuwachs im Oktober 1962 445 Mio.DM gegenüber 472 Mio.DM im Oktober 1960 und 502 Mio.DM im Oktober 1959 und im November 1962 betrug der Spareinlagenzuwachs 193 Mio.DM gegenüber 235 Mio.DM im November 1960 und 261 Mio.DM im November 1959 (vgl. Übersicht 62).

Untersuchen wir diese durch das Zurückbleiben des Spareinlagenzuwachses hinter der normalen Entwicklung gekennzeichneten Monate nach Zusammenspielen zwischen kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften, so zeigt sich, daß in all diesen Monaten das langfristige Aktivgeschäft über den Spareinlagenzuwachs hinaus ausgedehnt wurde.

Im April 1961 und Oktober 1962 fanden keine Zusammenspiele zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften statt. In beiden Monaten wurde die nicht durch den Spareinlagenzugang gedeckte Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts durch den Rückgriff auf das sonstige Sparkassengeschäft - insbesondere auf die Barreserve - finanziert (vgl. Übersicht 59).

In der Berlinkrise wurden im August 1961 die nicht durch den Spareinlagenzugang und die Aufnahme von langfristigen Darlehen gedeckten langfristigen Ausleihungen und die Wertpapieranlage überwiegend aus dem Zufluß von Sicht- und Termineinlagen gedeckt. So wurde das langfristige Aktivgeschäft um 578 Mio.DM erhöht, während die Betriebsmittelzuflüsse aus dem langfristigen Passivgeschäft nur 316 Mio.DM betrugen. Es ergab sich also ein Fehlbetrag an langfristigen Betriebsmitteln in Höhe von 262 Mio.DM. Im kurzfristigen Geschäft flossen den Sparkassen durch Erhöhung der

---

116) Vgl. Jahresbericht 1962 des DSGV, S.15; Sparer in schweren Tagen, in: Deutsche Sparkassenzeitung, 24. Jhg. 1962, Nr. 85 v.2.Nov.1962, S.1.

Übersicht 59: Veränderungsbilanzen Ende März - Ende April 1961 und Ende September - Ende Oktober 1962 - in Mio.DM -

| Ende | März-April 1961 | September-Oktober 1962 |
|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 22 | + 98 |
| Wechsel | + 42 | ./. 20 |
| Schatzwechsel | ./. 18 | ./. 14 |
| Kassenobligationen | + 3 | + 5 |
| Debitoren | + 104 | ./. 51 |
| kurzfristige Aktiva | + 153 | + 18 |
| Wertpapiere | + 159 | + 82 |
| Ausgleichsforderungen | - | - |
| Deckungsforderungen | + 1 | + 18 |
| langfr. Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | + 178 | + 348 |
| langfr.sonst.Ausleihg. | + 99 | + 139 |
| langfristige Aktiva | + 437 | + 587 |
| Barreserve | ./. 112 | ./. 230 |
| sonst. Aktivposten | + 9 | + 63 |
| sonstige Aktiva | ./. 103 | ./. 167 |
| Bilanzsumme | + 487 | + 438 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 168 | ./. 231 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 12 | ./. 22 |
| eigene Akzepte i.Uml. | ./. 1 | ./. 1 |
| kurzfristige Passiva | + 155 | ./. 254 |
| Spareinlagen | + 135 | + 445 |
| aufgen. langfr.Darlehen | + 29 | + 60 |
| langfristige Passiva | + 164 | + 505 |
| Rücklagen § 11 KWG | + 27 | + 11 |
| sonst. Passivposten | + 141 | + 176 |
| sonstige Passiva | + 168 | + 187 |
| Bilanzsumme | + 487 | + 438 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen XVII-XIX im Anhang.

Giroeinlagen um 895 Mio.DM und durch Verminderung der Debitoren um 68 Mio.DM und der Wechsel um 4 Mio.DM kurzfristige Betriebsmittel in Höhe von 967 Mio.DM zu, während der kurzfristige Betriebsmittelbedarf nur 763 Mio.DM betrug. Mit dem Betriebsüberschuß in Höhe von 204 Mio.DM aus dem kurzfristigen Geschäft konnten die Sparkassen den Betriebsmittelfehlbetrag von 262 Mio.DM im langfristigen Geschäft zu etwa drei Viertel decken. Die restlichen Betriebsmittel in Höhe von 58 Mio.DM beschafften sich die Sparkassen aus dem sonstigen Geschäft, insbesondere durch Verminderung der Barreserve (vgl. Übersicht 60).

Dagegen mußten die Sparkassen im September 1961 zur Finanzierung des Betriebsmittelfehlbetrages im langfristigen Sparkassengeschäft überwiegend auf das sonstige Sparkassengeschäft und die Bankguthaben zurückgreifen, weil sich bei den Giroeinlagen ein Auszahlungsüberschuß ergab (vgl. Übersicht 61).

Im November 1961 und in der Kubakrise im November 1962 war die Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts mehr als doppelt so hoch als die Erhöhung des langfristigen Passivgeschäfts. In beiden Monaten wurde der Betriebsmittelfehlbetrag im langfristigen Aktivgeschäft fast ausschließlich durch den Zufluß von Sicht- und Termineinlagen finanziert (vgl. Übersichten 67 und 68).

Übersicht 60: Bewegungsbilanz Ende Juli - Ende August 1961 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A. im langfristigen Geschäft** | | | **A. aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 165 | | a) Ausgleichsforderungen | 1 | |
| b) Deckungsforderungen | 1 | | | | |
| c) langfr.Ausleihg. gegen Grundpfandrechte | 274 | | II. Erhöhung der langfristigen Passiva | | |
| d) sonst. langfr.Ausleihg. | 138 | | a) Spareinlagen | 270 | |
| | 578 | 578 | b) aufgen.langfr.Darlehen | 45 | |
| | | | | 315 | 316 |
| **B. im kurzfristigen Geschäft** | | | **B. aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| a) Nostroguthaben | 668 | | a) Wechsel | 4 | |
| b) Schatzwechsel | 3 | | b) Debitoren | 68 | |
| c) Kassenobligationen | 43 | | | 72 | |
| | 714 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| II. Verminderung der kurzfr.Passiva | | | a) Sicht- u.Termineinlagen | 895 | 967 |
| a) Nostroverpflichtungen | 49 | 763 | | | |
| | | 1.341 | **C. aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| | | ======== | I. Verminderung der sonstigen Aktiva | 37 | |
| | | | II. Erhöhung der sonstigen Passiva | 21 | |
| | | | | 58 | 58 |
| | | | | | 1.341 |
| | | | | | ========== |

Quellen: Errechnet aus Tabellen XVII und XVIII.

Übersicht 61: Bewegungsbilanz Ende August 1961 - Ende September 1961 - in Mio.DM -

| Verbleib der Mittel | | | Herkunft der Mittel | | |
|---|---|---|---|---|---|
| **A. im langfristigen Geschäft** | | | **A. aus dem langfristigen Geschäft** | | |
| I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | | I. Erhöhung der langfristigen Aktiva | | |
| a) Wertpapiere | 156 | | a) Spareinlagen | 240 | |
| b) Deckungsforderungen | 2 | | b) aufgen.langfr.Darlehen | 29 | |
| c) langfr.Ausleihg. gegen Grundpfandrechte | 227 | | | 269 | 269 |
| d) sonst.langfr.Ausleihg. | 132 | 517 | **B. aus dem kurzfristigen Geschäft** | | |
| **B. im kurzfristigen Geschäft** | | | I. Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | |
| I. Erhöhung der kurzfristigen Aktiva | | | a) Nostroguthaben | 552 | |
| a) Kassenobligationen | 7 | | b) Wechsel | 3 | |
| b) Debitoren | 234 | | | 555 | |
| | 241 | | II. Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | |
| II. Verminderung der kurzfristigen Passiva | | | a) Nostroverpflichtungen | 44 | 599 |
| a) Sicht- u.Termineinlagen | 291 | 532 | **C. aus dem sonstigen Geschäft** | | |
| **C. im sonstigen Geschäft** | | | I. Erhöhung der sonstigen Passiva | 247 | 247 |
| I. Erhöhung der sonstigen Aktiva | 66 | 66 | | | 1.115 |
| | | 1.115 | | | |

Quelle: Errechnet aus Tabelle XVIII.

13.) Saisonal bedingte Zusammenspiele zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften von 1957-1962[117]

Verfolgen wir die monatliche Entwicklung der Einlagen bei den Sparkassen, so zeigt sich, daß die Spareinlagen in den Monaten Januar, Februar, Oktober und Dezember am stärksten zunehmen, während die Monate März, April, Mai, Juni, Juli, August, September und November einen schwächeren Spareinlagenzuwachs zeigen (vgl. Übersicht 62). Bei den Giroeinlagen findet die größte Mehrung in den Monaten Februar, Mai, August und November statt, während es in den Monaten März, Juni, September, Oktober und Dezember zu größeren Abzügen kommt (vgl. Übersicht 63). Wenn sich auch bei der Entwicklung der Einlagen gewisse saisonale Regelmäßigkeiten ergeben, so ist es doch in der Praxis sehr schwierig, diese Regelmäßigkeiten zutreffend zu erklären. Das gilt vor allem für die Spareinlagen, wo sich die Einleger aus den verschiedensten Kreisen zusammensetzen[118].

Während der hohe Spareinlagenzugang im Monat Januar und im Monat Februar darauf zurückzuführen ist, daß zu Weihnachten erhaltene Geldgeschenke, Reste von Gratifikationen, Tantiemen, Provisionen, 13. Gehälter und ähnlichen Zuwendungen und die Mehreinnahmen aus dem Weihnachtsgeschäft zu den Sparkassen gebracht werden, erklärt sich der hohe Spareinlagenzugang im Oktober aus dem Weltspartag und im Dezember aus den Zinsgutschriften. Der schwache Spareinlagenzuwachs in den Monaten März bis September dürfte sich aus dem Einkauf von Sommergarderobe und der Abhebung von Einlagen für Bau- und Reisezwecke erklären, während der schwache Spareinlagenzugang im November auf die Einkäufe für das Weihnachtsfest zurückzuführen ist[119]. Der Rückgang der Giroeinlagen in den Mona-

---

117) Wir haben uns bewußt auf den Zeitraum von 1957-1962 beschränkt, weil in den vorhergehenden Jahren das saisonal bedingte Zusammenspiel durch Sondereinflüsse besonders stark gestört wurde. Derartige Sondereinflüsse waren in den Jahren 1950 und 1951 die Koreakrise, 1951-1954 die jeweils im gesamten Jahresverlauf zu beobachtende überdurchschnittlich kurzfristige Anlage der Spareinlagen, in den Jahren 1954-1955 die Verzerrung der Spareinlagenzugänge durch die Entschädigungsgutschriften nach dem ASpG und WAG und 1956 die Suezkrise.

118) Vgl. Jahrbuch 1931/32 des DSGV, S.22.

119) Zu den Saisonschwankungen bei den Spareinlagen vgl.: Saisonschwankungen bei den Sparkassen, in: Sparkasse

Übersicht 62: Die monatliche Entwicklung des Spareinlagenzuwachses bei den Sparkassen von 1957 - 1962 in der Bundesrepublik einschl. Westberlin[1] - in Mio.DM -

| Monat | 1957 | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 | 1962 | im Durchschnitt d.Jahre 1957-62 | Saisonindex-ziffern |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Januar | 341,7 | 450,8 | 672,8 | 535,1 | 652,5 | 829,7 | 580,4 | 147,0 |
| Februar | 286,3 | 391,6 | 489,7 | 530,9 | 582,6 | 681,9 | 493,8 | 125,1 |
| März | 187,6 | 327,8 | 295,9 | 339,6 | 285,5 | 519,4 | 326,0 | 82,6 |
| April | 187,7 | 282,8 | 391,1 | 313,0 | 135,2 | 264,7 | 262,5 | 66,5 |
| Mai | 192,1 | 250,3 | 294,3 | 304,9 | 313,1 | 357,6 | 285,4 | 72,3 |
| Juni | 139,7 | 264,2 | 288,3 | 198,7 | 278,7 | 213,5 | 230,5 | 58,4 |
| Juli | 156,3 | 279,6 | 352,7 | 269,6 | 255,8 | 252,9 | 261,2 | 66,2 |
| August | 241,0 | 305,0 | 407,5 | 392,2 | 269,7 | 313,4 | 321,5 | 81,5 |
| September | 221,3 | 322,1 | 371,6 | 306,4 | 239,9 | 283,5 | 290,8 | 73,7 |
| Oktober | 299,5 | 410,1 | 502,3 | 471,7 | 486,8 | 445,0 | 426,9 | 108,2 |
| November | 192,4 | 190,4 | 261,2 | 234,9 | 118,1 | 192,4 | 198,2 | 50,2 |
| Dezember | 719,6 | 742,1 | 871,4 | 1.310,6 | 1.183,0 | 1.528,1 | 1.059,1 | 268,3 |

Quellen: Errechnet aus: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Aufl., a.a.O., Sachgruppe 302, S.5 ff.
Anmerkung: 1) Ab Juli 1959 einschl. Saarland.

Übersicht 63: Die monatliche Entwicklung der Giroeinlagen (Sicht- und Termineinlagen) von Nichtbanken bei den Sparkassen von 1957-1962 in der Bundesrepublik einschl.Westberlin[1] - in Mio.DM -

| Monat | 1957 | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 | 1962 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Januar | + 13,0 | + 65,2 | + 26,2 | + 87,5 | + 52,3 | + 42,1 |
| Februar | + 422,5 | + 519,4 | + 540,7 | + 649,7 | + 643,9 | + 710,4 |
| März | + 20,2 | + 145,2 | + 195,8 | + 96,8 | ./.353,5 | ./.453,1 |
| April | + 117,3 | + 56,9 | ./. 28,6 | ./.104,2 | + 129,9 | + 378,9 |
| Mai | + 324,3 | + 450,8 | + 454,7 | + 550,1 | + 802,4 | + 922,8 |
| Juni | ./. 91,6 | ./.106,3 | ./.153,7 | ./.279,6 | ./.379,9 | ./.419,4 |
| Juli | + 221,6 | + 98,5 | + 39,0 | + 32,6 | + 224,3 | + 236,5 |
| August | + 476,6 | + 416,0 | + 651,6 | + 696,4 | + 817,3 | + 779,1 |
| September | ./. 77,6 | ./.103,4 | ./.242,2 | ./.419,9 | ./.275,2 | ./.232,9 |
| Oktober | ./. 25,3 | ./. 77,3 | ./.140,2 | + 47,5 | ./. 72,8 | ./.310,0 |
| November | + 459,6 | + 477,4 | + 569,2 | + 622,0 | + 669,2 | + 793,4 |
| Dezember | ./.309,6 | ./.457,6 | ./.812,8 | ./.673,8 | ./.585,5 | ./.627,7 |

Quellen: Für Januar 1957 - September 1961: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppe 322, S.1 f.
Für Oktober 1961 - Dezember 1962: Monatsberichte der BBk.

Anmerkung: 1) Ab Juli 1961 einschl. Saarland.

ten März, Juni, September und Dezember ist auf die in diesen Monaten liegenden Fälligkeitstermine für die Vorauszahlung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zurückzuführen.

Die sowohl bei den Spar- als auch bei den Giroeinlagen jeweils saisonal regelmäßige Entwicklung führt zu gewissen Regelmäßigkeiten des Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften im Jahresverlauf.

So zeigt sich in den Jahren 1957 bis 1962, daß der starke Spareinlagenzuwachs im Januar zu einem großen Teil ins kurzfristige Aktivgeschäft floß und dort vor allem zur Erhöhung der Bankguthaben diente (vgl. Übersichten 64 und 68). Wir können also hier die gleiche Erscheinung beobachten wie in den Jahren 1927 bis 1935 [120]. Da der starke Spareinlagenzustrom im Januar nicht sofort in die langfristige Anlage überführt werden kann, denn die Begebung von Hypotheken nimmt, der Bausaison folgend, erst im Laufe des Jahres größeren Umfang an, wird er zur Erhöhung der Bankguthaben verwendet.

Im Mai, der durch einen schwachen Spareinlagenzugang und einen hohen Giroeinlagenzugang gekennzeichnet ist, wurde in den Jahren 1958 bis 1962 das langfristige Aktivgeschäft jeweils stärker erhöht als das langfristige Passivgeschäft. Der Fehlbetrag mußte daher durch einen Teil der Giroeinlagenzuflüsse gedeckt werden (vgl. Übersichten 65 und 68).

Die gleiche Erscheinung können wir jeweils im Juli der Jahre 1958 bis 1962 und im November [121] der Jahre 1957 bis 1962 feststellen, denn hier wurde das langfristige Aktivgeschäft ebenfalls stärker erhöht als das langfristige Passivgeschäft. Die jeweilige Finanzierungslücke wurde durch kurzfristige Betriebsmittel geschlossen, die im wesentlichen aus Giroeinla-

---

53. Jhg. 1933, a.a.O., S.213 f.; Jahrbuch des DSGV 1931/32, a.a.O., S.22 f.; Abrahamson, G.: Wandlungen im Verhältnis von Banken und Sparkassen, a.a.O., S.52 ff.;

120) Vgl. S. 69, 90 und 98.

121) Im November 1961 und 1962 war der Betriebsmittelfehlbetrag im langfristigen Geschäft besonders groß, da der Spareinlagenzuwachs im November 1961 durch das Freiwerden der steuerbegünstigten Spareinlagen und im November 1962 durch die Kubakrise sehr gering war und wesentlich unter dem Betrag lag, der sich ohne diese Sonderfaktoren ergeben hätte (vgl. S. 175 ff).

genzuflüssen stammten. Im Juli flossen den Sparkassen außerdem noch weitere kurzfristige Betriebsmittel aus der Verminderung der Debitoren zu (vgl. Übersichten 66, 67 und 68).

Die langfristige Anlage von Giroeinlagen in den Monaten Mai, Juli und November erklärt sich daraus, daß in diesen Monaten der Spareinlagenzuwachs sehr gering ist und deshalb nicht zur Deckung des langfristigen Aktivgeschäfts ausreicht. Gleichzeitig nehmen jedoch die Giroeinlagen in den Monaten Mai und November besonders stark zu, so daß sich der Rückgriff auf die Giroeinlagen von selbst anbietet. Da der Juli einen sehr geringen Giroeinlagenzugang hat, greifen die Sparkassen in diesem Monat z.T. auch auf die Betriebsmittelzuflüsse aus der Verminderung der Debitoren zurück.

Der regelmäßig zu beobachtende Rückgang der Debitoren dürfte ebenfalls saisonal bedingt und eine Folge des schwachen Spareinlagenzuwachses in den Monaten April bis Juli sein, da in diesen Monaten ein Teil der sonst zu den Sparkassen gebrachten Einkommensteile nicht gespart, sondern für Käufe eingesetzt wird. Die aufgrund dieser vermehrten Umsätze flüssiger werdende Wirtschaft scheint die vermehrte Liquidität vor allem um Juli zur Rückführung der Debitoren zu verwenden. Dagegen müssen in den nachfolgenden Monaten wieder die Lager für das Herbst- und Wintergeschäft gefüllt werden, so daß sich ein regelmäßiger Rückgang der Debitoren nur im Juli zeigt.

Übersicht 64: Veränderungsbilanzen Januar 1957, 1958, 1959, 1960 und 1961 - in Mio.DM - 1)

| Januar | 1957 | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 |
|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 215 | + 408 | + 166 | ./. 27 | + 210 |
| Wechsel | ./. 28 | ./. 33 | ./. 48 | ./. 70 | ./. 48 |
| Schatzwechsel | + 7 | + 3 | ./. 1 | 0 | 0 |
| Kassenobligationen | - | - | - | + 1 | + 3 |
| Debitoren | + 9 | + 66 | + 51 | + 115 | + 38 |
| kurzfrist.Aktiva | + 203 | + 444 | + 168 | + 19 | + 203 |
| Wertpapiere | + 9 | + 130 | + 344 | + 50 | + 50 |
| Ausgleichsfordg. | ./. 3 | ./. 1 | + 6 | ./. 1 | ./. 1 |
| Deckungsfordg. | + 2 | + 4 | + 1 | 0 | 0 |
| langfr.Ausleihung. gegen Grundpfandr. | + 63 | + 25 | + 103 | + 164 | + 101 |
| langfr.sonstige Ausleihungen | + 18 | + 104 | + 129 | + 64 | + 175 |
| langfristige Aktiva | + 89 | + 262 | + 582 | + 277 | + 325 |
| Barreserve | + 25 | ./. 93 | ./. 24 | + 323 | + 163 |
| sonst.Aktivposten | ./. 24 | ./. 51 | ./. 33 | ./. 36 | ./. 23 |
| sonst.Aktiva | + 1 | ./. 144 | ./. 57 | + 287 | + 140 |
| Bilanzsumme | + 293 | + 562 | + 694 | + 583 | + 668 |
| Sicht- u.Termin-einlagen | + 41 | + 122 | + 35 | + 67 | + 52 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 25 | ./. 21 | + 5 | + 21 | + 12 |
| eigene Akzepte im Umlauf | + 1 | 0 | 0 | 0 | - |
| kurzfr. Passiva | + 17 | + 101 | + 40 | + 88 | + 64 |
| Spareinlagen | + 324 | + 451 | + 673 | + 535 | + 652 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | + 9 | + 64 | + 18 | + 11 | + 5 |
| langfr. Passiva | + 333 | + 515 | + 691 | + 546 | + 657 |
| Rücklagen § 11 KWG 2) | + 33 | + 35 | + 49 | + 57 | + 46 |
| sonst.Passivposten | ./. 90 | ./. 89 | ./. 86 | ./. 108 | ./. 99 |
| sonst. Aktiva | ./. 57 | ./. 54 | ./. 37 | ./. 51 | ./. 53 |
| Bilanzsumme | + 293 | + 562 | + 694 | + 583 | + 668 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen V, VI und XIII-XVII im Anhang.

1) Errechnet wurden die Bilanzveränderungen von Ende Dezember bis Ende Januar jeweils zweier aufeinanderfolgender Jahre.

Übersicht 65: Veränderungsbilanzen Mai 1958, 1959, 1960 und 1961 - in Mio.DM -

| Ende April - Ende Mai | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 274 | + 151 | + 393 | + 500 |
| Wechsel | + 36 | ./. 15 | + 9 | + 18 |
| Schatzwechsel | + 9 | ./. 1 | ./. 23 | ./. 1 |
| Kassenobligationen | - | - | - | + 6 |
| Debitoren | + 30 | + 100 | + 22 | + 14 |
| kurzfristige Aktiva | + 349 | + 235 | + 401 | + 537 |
| Wertpapiere | + 174 | + 159 | ./. 19 | + 136 |
| Ausgleichsforderungen | ./. 3 | 0 | 0 | ./. 4 |
| Deckungsforderungen | + 1 | + 1 | + 1 | + 2 |
| langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | + 89 | + 183 | + 251 | + 205 |
| langfr.sonst.Ausleihg. | + 61 | + 64 | + 113 | + 117 |
| langfristige Aktiva | + 322 | + 407 | + 346 | + 456 |
| Barreserve | + 38 | + 145 | + 186 | + 101 |
| sonst.Aktivposten | + 37 | + 30 | + 43 | + 52 |
| sonstige Aktiva | + 75 | + 175 | + 229 | + 153 |
| Bilanzsumme | + 746 | + 817 | + 976 | + 1.146 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 443 | + 459 | + 544 | + 785 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 29 | ./. 6 | ./. 14 | ./. 4 |
| eigene Akzepte i.Uml. | ./. 1 | 0 | - | - |
| kurzfristige Passiva | + 413 | + 453 | + 530 | + 781 |
| Spareinlagen | + 251 | + 294 | + 305 | + 313 |
| aufgen.langfr.Darlehen | ./. 1 | ./. 4 | + 24 | + 16 |
| langfristige Passiva | + 250 | + 290 | + 329 | + 329 |
| Rücklagen § 11 KWG | + 12 | + 25 | + 46 | + 32 |
| sonst.Passivposten | + 71 | + 49 | + 71 | + 4 |
| sonstige Passiva | + 83 | + 74 | + 117 | + 36 |
| Bilanzsumme | + 746 | + 817 | + 976 | + 1.146 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen V, VI und XIII-XVII im Anhang.

Übersicht 66: Veränderungsbilanzen Juli 1958, 1959, 1960 und 1961 - in Mio.DM -

| Ende Juni - Ende Juli | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 141 | + 63 | + 46 | + 286 |
| Wechsel | + 36 | + 13 | + 47 | + 35 |
| Schatzwechsel | ./. 6 | ./. 2 | ./. 2 | ./. 5 |
| Kassenobligationen | - | - | - | + 17 |
| Debitoren | ./.114 | ./. 23 | ./. 66 | ./.127 |
| kurzfristige Aktiva | + 57 | + 51 | + 25 | + 206 |
| Wertpapiere | + 212 | + 114 | 0 | + 155 |
| Ausgleichsforderungen | ./. 15 | ./. 5 | ./. 5 | ./. 7 |
| Deckungsforderungen | + 1 | + 1 | + 1 | - |
| langfr.Ausleihungen gegen Grundpfandrechte | + 105 | + 228 | + 243 | + 222 |
| langfr.sonst.Ausleihg. | + 126 | + 109 | + 120 | + 117 |
| langfristige Aktiva | + 429 | + 447 | + 359 | + 487 |
| Barreserve | ./. 27 | ./. 87 | + 37 | ./.135 |
| sonst.Aktivposten | + 24 | + 16 | + 1 | + 23 |
| sonst. Aktiva | ./. 3 | ./. 71 | + 38 | ./.112 |
| Bilanzsumme | + 483 | + 427 | + 422 | + 581 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 82 | + 37 | + 2 | + 222 |
| Nostroverpflichtungen | ./. 32 | ./. 35 | ./. 31 | ./. 60 |
| eigene Akzepte i.Uml. | ./. 2 | 0 | - | - |
| kurzfristige Passiva | + 48 | + 2 | ./. 29 | + 162 |
| Spareinlagen | + 279 | + 290 | + 269 | + 255 |
| aufgen. langfr.Darlehen | + 18 | ./. 1 | + 32 | + 19 |
| langfristige Passiva | + 297 | + 289 | + 301 | + 274 |
| Rücklagen § 11 KWG | + 14 | + 16 | + 15 | + 16 |
| sonstige Passivposten | + 124 | + 120 | + 135 | + 129 |
| sonst. Passiva | + 138 | + 136 | + 150 | + 145 |
| Bilanzsumme | + 483 | + 427 | + 422 | + 581 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen V, VI und XIII - XVII im Anhang.

Übersicht 67: Veränderungsbilanzen November 1957, 1958 1959, 1960 und 1961 - in Mio.DM -

| Ende Oktober - Ende November | 1957 | 1958 | 1959 | 1960 | 1961 |
|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 307 | + 70 | ./. 14 | + 341 | + 97 |
| Wechsel | ./. 18 | + 10 | ./. 21 | + 25 | ./. 9 |
| Schatzwechsel | ./. 4 | ./. 1 | + 4 | + 4 | ./. 4 |
| Kassenobligationen | - | - | + 2 | - | + 25 |
| Debitoren | + 87 | + 66 | + 71 | + 52 | +109 |
| kurzfr. Aktiva | + 372 | + 145 | + 42 | + 422 | +218 |
| Wertpapiere | + 88 | + 183 | + 84 | + 21 | +102 |
| Ausgleichsfordg. | ./. 2 | ./. 2 | ./. 2 | ./. 2 | ./. 2 |
| Deckungsfordg. | + 2 | + 1 | + 1 | + 1 | + 3 |
| langfr.Ausleihg. gegen Grundpfandr. | + 72 | + 157 | + 236 | + 221 | +279 |
| langfr.Ausleihg. g.Komm.u.sonst. | + 52 | + 65 | + 122 | + 95 | +104 |
| langfr. Aktiva | + 212 | + 404 | + 441 | + 336 | +486 |
| Barreserve | + 84 | + 100 | + 336 | + 130 | +112 |
| sonst.Aktivposten | + 66 | + 55 | + 66 | + 93 | + 99 |
| sonst. Aktiva | + 150 | + 155 | + 402 | + 223 | +211 |
| Bilanzsumme | + 734 | + 704 | + 885 | + 981 | +915 |
| Sicht- u.Termineinlg. | + 467 | + 455 | + 530 | + 613 | +632 |
| Nostroverpflichtg. | ./. 21 | ./. 18 | + 10 | ./. 3 | + 1 |
| eigene Akzepte im Umlauf | - | - | - | ./. 1 | - |
| kurzfr. Passiva | + 446 | + 437 | + 540 | + 609 | +633 |
| Spareinlagen | + 193 | + 190 | + 252 | + 235 | +118 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | + 11 | ./. 4 | + 9 | + 11 | + 28 |
| langfr. Passiva | + 204 | + 186 | + 261 | + 246 | +146 |
| Rücklagen § 11 KWG | + 7 | + 3 | + 9 | + 9 | + 14 |
| sonst.Passivposten | + 77 | + 78 | + 75 | + 117 | +122 |
| sonstige Passiva | + 84 | + 81 | + 84 | + 126 | +136 |
| Bilanzsumme | + 734 | + 704 | + 885 | + 981 | +915 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen V, VI und XII - XVII im Anhang.

Übersicht 68: Veränderungsbilanzen Januar, Mai, Juli und November 1962 - in Mio.DM -

| | Ende Dez. 1961-Ende Jan. 1962 | Ende April-Ende Mai 1962 | Ende Juni-Ende Juli 1962 | Ende Okt.-Ende Nov. 1962 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | + 319 | + 535 | + 255 | + 305 |
| Wechsel | ./. 48 | + 36 | + 60 | ./. 19 |
| Schatzwechsel | ./. 1 | ./. 1 | ./. 1 | - |
| Kassenobligationen | + 16 | ./. 2 | ./. 10 | ./. 2 |
| Debitoren | + 37 | + 144 | ./. 137 | + 157 |
| kurzfrist. Aktiva | + 323 | + 712 | + 167 | + 441 |
| Wertpapiere | + 257 | + 205 | + 230 | + 74 |
| Ausgleichsfordg. | ./. 2 | ./. 1 | ./. 4 | ./. 2 |
| Deckungsfordg. | + 20 | + 2 | + 19 | + 1 |
| langfr.Ausleihung. gegen Grundpfandr. | + 120 | + 211 | + 275 | + 346 |
| langfr.sonstige Ausleihungen | + 152 | + 139 | + 150 | + 101 |
| langfrist. Aktiva | + 547 | + 556 | + 670 | + 520 |
| Barreserve | ./. 17 | + 95 | ./. 159 | + 74 |
| sonst.Aktivposten | ./. 51 | + 40 | ./. 5 | + 118 |
| sonstige Aktiva | ./. 68 | + 135 | ./. 164 | + 192 |
| Bilanzsumme | + 802 | + 1.403 | + 673 | + 1.153 |
| Sicht- u.Termineinlagen | + 28 | + 953 | + 235 | + 768 |
| Nostroverpflichtungen | + 17 | ./. 37 | - | ./. 27 |
| eig. Akzepte i.Uml. | - | ./. 1 | + 1 | + 1 |
| kurzfr. Passiva | + 45 | + 915 | + 236 | + 742 |
| Spareinlagen | + 830 | + 357 | + 253 | + 193 |
| aufgenommene langfr. Darlehen | ./. 1 | + 30 | + 22 | + 58 |
| langfr. Passiva | + 829 | + 387 | + 275 | + 251 |
| Rücklagen § 10 KWG[1] | + 74 | + 29 | + 26 | + 8 |
| sonst.Passivposten | ./. 146 | + 72 | + 136 | + 152 |
| sonstige Aktiva | ./. 72 | + 101 | + 162 | + 160 |
| Bilanzsumme | + 802 | + 1.403 | + 673 | + 1.153 |

Quellen:
Errechnet aus Tabellen XVII-XIX im Anhang.

1) Vor dem 1.1.1962 § 11 KWG a.F.

## Dritter Teil: Zusammenfassendes Ergebnis und kritische Würdigung

Die Untersuchung der Sparkassenbilanzen hat ergeben, daß uns das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften unter zweierlei Aspekten gegenübertritt. Einmal stellt sich das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Liquiditätsproblem dar und zum anderen tritt es uns als Transformationsproblem gegenüber.

### I. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Liquiditätsproblem

#### 1.) Typische Fälle des Zusammenspiels unter dem Liquiditätsaspekt

Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften zeigte sich unter dem Liquiditätsaspekt im Verlaufe unserer Untersuchung in mehreren typischen Fällen, die wir nun behandeln wollen.

a) Saisonal bedingte Rückgriffe auf das kurzfristige Geschäft zur teilweisen Finanzierung des langfristigen Aktivgeschäfts

Im Saisonverlauf ergeben sich Abweichungen zwischen den kurzfristig zu erfüllenden Zusagen im Hypotheken- und sonstigen langfristigen Aktivgeschäft und der Spareinlagenentwicklung. Zum Ausgleich müssen die Sparkassen deshalb Mittel aus dem kurzfristigen Geschäft heranziehen.

So zeigte sich in der Vorkriegszeit in den schwachen Sparmonaten Mai und Juni des Jahres 1934 ein Rückgang der Spareinlagen, während gleichzeitig die Hypothekenzusagen erfüllt und im Rahmen der kommunalen Umschuldungsaktion Wertpapiere erworben werden mußten. Im Mai und Juni des Jahres 1935 mußten die Sparkassen aufgrund fester Zusagen mehr Hypotheken und langfristige Kommunalkredite aus-

reichen und Wertpapiere erwerben, als ihnen Spareinlagen zuflossen. In beiden Jahren wurde der Fehlbetrag an langfristigen Betriebsmitteln in erster Linie durch den Rückgriff auf die Bankguthaben gedeckt.
Auch nach dem 2. Weltkrieg zeigte sich, daß in den schwachen Sparmonaten Mai, Juli und November die langfristigen Ausleihungen und die Wertpapieranlage den Spareinlagenzugang übertrafen. Hier wurde der Betriebsmittelfehlbetrag im Mai und November fast ausschließlich durch den Zufluß an Giroeinlagen und im Juli überwiegend durch die Rückzahlung von Debitoren ausgeglichen.

b) Krisenhaft bedingte Rückgriffe auf das kurzfristige Geschäft zur teilweisen Finanzierung des langfristigen Aktivgeschäfts

Die gleiche Art des Zusammenspiels finden wir beim krisenhaft bedingten Zurückbleiben der Spareinlagenzugänge hinter den kurzfristig fälligen Zusagen im langfristigen Ausleihgeschäft.
So reichte in den Krisen vom Mai 1929 (Youngplankrise) und September/Oktober 1930 der Spareinlagenzuwachs nicht zur Erfüllung der kurzfristig fällig werdenden Zusagen im Hypotheken- und sonstigen langfristigen Darlehensgeschäft aus. In beiden Zeitabschnitten haben die Sparkassen zum Ausgleich des Fehlbetrages an langfristigen Betriebsmitteln vorwiegend auf ihre Bankguthaben zurückgegriffen. Die gleiche Erscheinung können wir nach dem 2. Weltkrieg beobachten. Vor der Koreakrise hatten sich die Sparkassen aufgrund der günstigen Spareinlagenentwicklung verstärkt dem Hypothekarkreditgeschäft zugewandt. Als dann durch den Eintritt der Koreakrise (Mitte 1950 - Mitte 1951) der Spareinlagenzuwachs nicht in der erwarteten Höhe eintraf, mußten die Sparkassen Betriebsmittelzuflüsse aus dem kurzfristigen Geschäft heranziehen, um ihre Zusagen im langfristigen Kreditgeschäft erfüllen zu können. Hierbei griffen die Sparkassen in erster Linie auf die ihnen zufließenden Sicht- und Termineinlagen zurück. Auch in der Berlinkrise vom August und September 1961 und der Kubakrise vom November 1962 konnten die Sparkassen die an sie herantretende Nachfrage nach langfristigen Krediten nur mit Hilfe der Giroeinlagenzugänge erfüllen.

c) Krisenhaft bedingte Rückgriffe auf das kurzfristige Geschäft zur Finanzierung von Spareinlagenabzügen und des langfristigen Aktivgeschäfts

In stärkeren Krisen kommt es meist zu Spareinlagenabzügen, die kurzfristig finanziert werden müssen. Hinzu kommt dann vielfach auch noch, daß gleichzeitig Zusagen im langfristigen Aktivgeschäft gegeben wurden, die eingehalten werden müssen. Auch hier können die Sparkassen die an sie gerichteten Anforderungen nur erfüllen, wenn sie auf ihr kurzfristiges Geschäft zurückgreifen. So finanzierten die Sparkassen die Spareinlagenabhebungen und die langfristigen Neuanlagen in der Zahlungs- und Kreditkrise 1930/1931, im September 1938 und im Juli und August 1939 überwiegend aus ihren Bankguthaben[1]. Nach dem 2. Weltkrieg dagegen finanzierten die Sparkassen die Spareinlagenabzüge von Mitte 1946 bis Ende 1947 und nach der Währungsreform im 2. Halbjahr 1948 überwiegend aus den Giroeinlagenzuflüssen. Ebenso wurden im ersten Quartal des Jahres 1951 (Teilabschnitt der Koreakrise) und im November 1956 (Suezkrise) die langfristigen Neuanlagen und die Spareinlagenabhebungen überwiegend aus dem Zufluß von Sicht- und Termineinlagen gedeckt.

d) Die überdurchschnittlich hohe Anlage der Spareinlagenzugänge in Bankguthaben im Monat Januar

Eine weitere im gesamten untersuchten Zeitabschnitt zu beobachtende Art des Zusammenspiels war die Anlage eines Großteils der Spareinlagenzugänge in Bankguthaben im Monat Januar. Diese Anlagepraxis, die jeweils zu einer erheblichen Verbesserung der Liquidität der Sparkassen im Monat Januar führt, ist saisonmäßig bedingt. Der starke Spareinlagenzustrom im Monat Januar kann nicht sofort in die langfristige Anlage überführt werden, denn die Ausreichung von Hypotheken und sonstigen langfristigen Kre-

1) In der Zahlungs- und Kreditkrise außerdem auch noch durch Aufnahme von Akzeptschulden.

diten nimmt, vor allem durch die Bausaison bedingt, erst nach dem Ende des Winters im Laufe des Jahres größeren Umfang an. Ein gewisser Ausgleich der überdurchschnittlich hohen Anlage von Spareinlagen in Bankguthaben im Monat Januar erfolgte vor dem 2. Weltkrieg dadurch, daß im Saisonverlauf in den Monaten mit schwachem Spareinlagenzuwachs Bankguthaben in die langfristige Anlage überführt wurden. Heute ergibt sich der Ausgleich dadurch, daß in den Monaten mit schwachem Spareinlagenzugang ein Teil der Giroeinlagenzuflüsse statt in Bankguthaben langfristig angelegt wird[2].

e) Sich aus dem Geldkreislauf ergebende Zusammenspiele zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften

Im Jahre 1939 kam es zu einem Rückfluß abgehobener Spareinlagen auf Girokonten. Wir haben hier eine Form des sich aus dem Geldkreislauf ergebenden Zusammenspiels zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften vor uns. Ein derartiges Zusammenspiel liegt dann vor, wenn Betriebsmittelabflüsse in einem Geschäftstyp z.T. wieder als Betriebsmittelzuflüsse im anderen Geschäftstyp zu den Sparkassen zurückkehren. So fließen z.B. abgehobene Spareinlagen und ausbezahlte langfristige Darlehen teilweise wieder als Giroeinlagen zu den Sparkassen zurück oder werden teilweise zur Rückzahlung von Debitoren verwendet. Dies ergibt sich aus der besonderen Kundenstruktur der Sparkassen. Der überwiegende Teil der von den Sparkassen ausgereichten Hypotheken dient zu Bauzwecken. Da ein Großteil der Handwerker Girokonten bei den Sparkassen unterhält, fließen die für Bauzwecke ausbezahlten Hypotheken und Spareinlagen vielfach wieder auf diese Konten zu den Sparkassen zurück. Das Gleiche gilt für zu Konsumzwecken abgehobene Spareinlagen, da viele Einzelhändler ihre Geschäftskonten bei den Sparkassen unterhalten. Von ausbezahlten Giroeinlagen und kurzfristigen Krediten fließen ebenfalls Teilbeträge wieder zu

---

2) Vgl. hierzu die Ausführungen unter a).

den Sparkassen zurück, da aus den abgehobenen Geldbeträgen Löhne und Gehälter bezahlt werden und die Arbeitnehmer einen Teil ihrer Bezüge sparen und auf Sparkonten einzahlen.
Durch das sich aus dem Geldkreislauf ergebende Zusammenspiel erhalten die Sparkassen eine gewisse dynamische Liquidität, da Teile von Betriebsmittelabflüssen nach kurzer Zeit wieder zu ihnen zurückkehren und zur Finanzierung neuer Betriebsmittelabzüge verwendet werden können. Hierdurch wird die liquiditätsmäßige Wirkung von Saisonschwankungen und Krisen auf das Sparkassengeschäft etwas gemildert.

2.) Strukturelle Wandlung und Art des Rückgriffs auf das kurzfristige Geschäft zum Ausgleich von Betriebsmittelfehlbeträgen im langfristigen Geschäft

Übersichten 69 und 70 zeigen uns, daß die Sparkassen bei krisenhaft oder saisonmäßig bedingten Rückgriffen auf das kurzfristige Sparkassengeschäft zur Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder Ausleihungen im langfristigen Aktivgeschäft vor dem 2. Weltkrieg in erster Linie ihre Bankguthaben heranzogen, die die erste Reserve darstellten. Weitere, jedoch unbedeutende Betriebsmittel, konnten sich die Sparkassen aus der Rediskontierung und der Einlösung von Wechseln und der Veräußerung von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, also durch die Heranziehung der nächst liquiden Aktiva beschaffen. Verschiedentlich flossen ihnen auch Betriebsmittel aus der Rückzahlung von Debitoren und der Einzahlung von Giroeinlagen zu. Reichten diese Mittel nicht aus, so waren die Sparkassen gezwungen, kurzfristige Schulden bei ihren Girozentralen aufzunehmen. Als Sonderfall kam in der Zahlungs- und Kreditkrise noch die Aufnahme von Akzeptschulden hinzu, von der besonders stark im Herbst des Jahres 1931 Gebrauch gemacht wurde, weil die Bankguthaben und die Möglichkeit der Aufnahme weiterer Schulden bei den Girozentralen zum größten Teil erschöpft waren.

Übersicht 69: Die Zusammensetzung der kurzfristigen Betriebsmittel zur teilweisen Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen in ausgewählten Zeitabschnitten vom 30.4.1929 - 31.12.1931

| | 30.4. - 30.6. 1929 | | 31.8. - 31.10. 1930 | | 30.4. - 31.8. 1931 | | 31.8. - 31.12. 1931 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % |
| 1.) Durch Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | | | | | | | |
| a) Bankguthaben / Nostroguthaben | 228 | 90,8 | 155 | 91,7 | 598 | 63,9 | 208 | 24,2 |
| b) Wechsel | 11[1] | 4,4 | 14[1] | 8,3 | 74 | 7,9 | 34 | 4,0 |
| c) Schatzwechsel und unverzinsl.Schatzanweisungen | - | - | - | - | 62 | 6,6 | 41 | 4,8 |
| d) Debitoren | - | - | - | - | 64 | 6,8 | 97 | 11,3 |
| 2.) Durch Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | | | | | | | |
| a) Sicht- u. Termineinlagen/ Giroeinlagen | - | - | - | - | - | - | - | - |
| b) Bankschulden / Nostroverpflichtungen | 12 | 4,8 | - | - | 123 | 13,1 | - | - |
| c) Akzeptverpflichtungen | - | - | - | - | 15 | 1,6 | 478 | 55,7 |
| | 251 | 100,0 | 169 | 100,0 | 936 | 100,0 | 858 | 100,0 |

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus Übersichten 13, 15, 19 und 20.

1) Einschließlich Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen

Übersicht 70: Die Zusammensetzung der kurzfristigen Betriebsmittel zur teilweisen Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen in ausgewählten Zeitabschnitten vom 30.4.1934 - 31.8.1939.

| | 30.4. - 30.6. 1934 | | 30.4. - 29.6. 1935 | | 31.8. - 30.9. 1938 | | 30.6. - 31.8. 1939 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % |
| 1.) Durch Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | | | | | | | |
| a) Bankguthaben / Nostroguthaben | 101 | 68,2 | 105 | 83,3 | 268 | 86,7 | 213 | 68,7 |
| b) Wechsel | - | - | - | - | 16 | 5,2 | 3 | 1,0 |
| c) Schatzwechsel und unverzinsl.Schatzanw. | - | - | - | - | - | - | - | - |
| d) Debitoren | 35 | 23,6 | 17 | 13,5 | - | - | - | - |
| 2.) Durch Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | | | | | | | |
| a) Sicht- u. Termineinlagen / Giroeinlagen | 1 | 0,7 | 4 | 3,2 | - | - | 88 | 28,4 |
| b) Bankschulden / Nostroverpflichtungen | 11 | 7,4 | - | - | 25 | 8,1 | 6 | 1,9 |
| c) Akzeptverpflichtungen | - | - | -- | - | - | - | - | - |
| | 148 | 100,0 | 126 | 100,0 | 309 | 100,0 | 310 | 100,0 |

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus Übersichten 26, 30, 33 und 35.

Die im Jahre 1931 und im Frühjahr 1934 und 1935 zu beobachtende starke Verminderung der Debitoren geht mehr auf freiwillige Rückzahlungen der Schuldner zurück, als auf zwangsweise von den Sparkassen herbeigeführte Rückführungen. Im Jahre 1931 kam es durch die starke Wirtschaftskrise zu Rückzahlungen kurzfristiger Kredite, während im Frühjahr 1934 und 1935 die Unternehmer Teile ihrer Bankschulden aus den durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wirtschaft fließenden Geldern zurückzahlten.

Nach dem 2. Weltkrieg ergab sich eine Wandlung im Verhalten der Sparkassen bei krisenhaft oder saisonmäßig bedingten Rückgriffen auf das kurzfristige Sparkassengeschäft zur Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen. Nunmehr bildete der Zufluß an Giroeinlagen die erste Reserve. An zweiter Stelle folgte dann bei krisenhaften Spannungen der Rückgriff auf die Bankguthaben, Schatzwechsel, unverzinslichen Schatzanweisungen und Wechsel. Schließlich mußten auch Bankschulden aufgenommen und Debitoren zurückgezogen werden. Eine Ausnahme findet sich nur in der Berlinkrise im September 1961. Hier stammten die zur teilweisen Finanzierung des langfristigen Aktivgeschäfts herangezogenen kurzfristigen Betriebsmittel überwiegend aus der Verminderung der Bankguthaben (vgl. Übersichten 71 und 72).

Saisonmäßig bedingte Finanzierungslücken im langfristigen Geschäft konnten nach dem 2. Weltkrieg fast ausschließlich aus dem Zufluß der Sicht- und Termineinlagen gedeckt werden. Der Rückgriff auf Bankguthaben, Wechsel, Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Debitoren und die Aufnahme von Bankschulden spielten hier fast keine Rolle. Eine Ausnahme bildete nur der Juli, denn hier wurden in erheblichem Umfange Mittel aus der Rückzahlung von Debitoren herangezogen (vgl. Übersicht 73).

Übersicht 71: Die Zusammensetzung der kurzfristigen Betriebsmittel zur teilweisen Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen in ausgewählten Zeitabschnitten vom 30.6.1950 - 30.11.1956

| | 30.6. - 31.12. 1950 | | 31.12.1950 - 31. 3.1951 | | 31.3. - 31.5. 1951 | | 31.10. - 30.11. 1956 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % |
| 1.) Durch Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | | | | | | | |
| a) Bankguthaben / Nostroguthaben | 154 | 29,6 | 43 | 14,2 | - | - | - | - |
| b) Wechsel | - | - | 2 | 0,7 | - | - | - | - |
| c) Schatzwechsel und unverzinsl.Schatzanweisungen | 30 | 5,8 | 8 | 2,6 | 3 | 1,0 | - | - |
| d) Debitoren | - | - | - | - | 65 | 20,8 | 8 | 3,2 |
| 2.) Durch Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | | | | | | | |
| a) Sicht- und Termineinlagen / Giroeinlagen | 194 | 37,3 | 156 | 51,5 | 244 | 78,2 | 231 | 93,5 |
| b) Bankschulden / Nostroverpflichtg. | 122 | 23,5 | 94 | 31,0 | - | - | 8 | 3,2 |
| c) Akzeptverpflichtg. | 20 | 3,8 | - | - | - | - | - | - |
| | 520 | 100,0 | 303 | 100,0 | 312 | 100,0 | 247 | 100,0 |

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus Übersichten 49, 50 und 54.

Übersicht 72: Die Zusammensetzung der kurzfristigen Betriebsmittel zur teilweisen Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen in ausgewählten Zeitabschnitten vom 31.7.1961 - 30.11.1962

| | 31.7.-31.8. 1961 | | 31.8.-30.9. 1961 | | 31.10.-30.11. 1961 | | 31.10.-30.11. 1962 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % |
| 1.) Durch Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | | | | | | | |
| a) Bankguthaben / Nostroguthaben | - | - | 552 | 92,2 | - | - | - | - |
| b) Wechsel | 4 | 0,4 | 3 | 0,5 | 9 | 1,4 | 19 | 2,4 |
| c) Schatzwechsel und unverzinsl.Schatzanw. | - | - | - | - | 4 | 0,6 | - | - |
| d) Kassenobligationen | - | - | - | - | - | - | 2 | 0,3 |
| e) Debitoren | 68 | 7,0 | - | - | - | - | - | - |
| 2.) Durch Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | | | | | | | |
| a) Sicht- u. Termineinlagen / Giroeinlagen | 895 | 92,6 | - | - | 632 | 97,8 | 768 | 97,2 |
| b) Bankschulden / Nostroverpflichtungen | - | - | 44 | 7,3 | 1 | 0,2 | - | - |
| c) Akzeptschulden | - | - | - | - | - | - | 1 | 0,1 |
| | 967 | 100,0 | 599 | 100,0 | 646 | 100,0 | 790 | 100,0 |

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus Übersichten 60, 61 und 67, 68.

Übersicht 73: Die Zusammensetzung der kurzfristigen Betriebsmittel zur teilweisen Finanzierung von Spareinlagenabzügen und/oder langfristigen Neuanlagen in ausgewählten Zeitabschnitten von Ende November 1957 - Ende November 1962 [1]

| | Mai | | Juli | | November | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1958-1961 % | 1962 % | 1958-1961 % | 1962 % | 1957-1961 % | 1962 % |
| 1.) Durch Verminderung der kurzfristigen Aktiva | | | | | | |
| a) Bankguthaben / Nostroguthaben | - | - | - | - | 0,5 | - |
| b) Wechsel | 0,8 | - | - | - | 1,8 | 2,4 |
| c) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen | 1,1 | 0,1 | 2,6 | 0,3 | 0,3 | - |
| d) Kassenobligationen | - | 0,2 | - | 2,5 | - | 0,3 |
| e) Debitoren | - | - | 55,9 | 35,7 | - | - |
| 2.) Durch Erhöhung der kurzfristigen Passiva | | | | | | |
| a) Sicht- und Termineinlagen / Giroeinlagen | 98,1 | 99,7 | 41,5 | 61,2 | 97,0 | 97,2 |
| b) Bankschulden / Nostroverpflichtungen | - | - | - | - | 0,4 | - |
| c) Akzeptschulden | - | - | - | 0,3 | - | 0,1 |
| | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |

Quellen: Zusammengestellt und errechnet aus Übersichten 65, 66, 67 und 68.

Anmerkung: 1) Für die Monate Mai, Juli und November 1958-1961 wurde aus den Prozentzahlen der Durchschnitt errechnet.

Der Grund für diese Strukturwandlung im Verhalten der Sparkassen ist der relative Rückgang der Bankguthaben in den Sparkassenbilanzen bei einer gleichzeitigen Zunahme der Sicht- und Termineinlagen im Vergleich zur Vorkriegszeit vgl. Übersicht 74). Hierbei ist der verminderte Anteil der Bankguthaben wiederum eine Folge der Einführung der Mindestreserven. Während die Bankguthaben und Giroeinlagen in der Vorkriegszeit etwa gleich hoch waren, betragen heute die Bankguthaben etwa die Hälfte der Giroeinlagen.

Übersicht 74: Giroeinlagen und Bankguthaben in % der Bilanzsumme von 1926 - 1962

| Ende des Jahres | Giroeinlagen | Bankguthaben |
|---|---|---|
| 1926 | 22,6 | 16,0 |
| 1927 | 17,1 | 10,4 |
| 1928 | 14,2 | 12,7 |
| 1929 | 11,5 | 9,5 |
| 1930 | 10,9 | 10,1 |
| 1931 | 9,3 | 6,2 |
| 1932 | 8,1 | 7,5 |
| 1933 | 10,2 | 10,8 |
| 1934 | 10,8 | 12,3 |
| 1935 | 11,6 | 12,4 |
| 1936 | 13,0 | 13,5 |
| 1937 | 13,2 | 15,4 |
| 1938 | 13,3 | 15,5 |
| 1950 | 43,6 | 5,7 |
| 1951 | 44,0 | 7,8 |
| 1952 | 40,9 | 10,5 |
| 1953 | 35,9 | 10,2 |
| 1954 | 30,0 | 9,6 |
| 1955 | 27,1 | 7,7 |
| 1956 | 25,6 | 8,4 |
| 1957 | 26,1 | 12,8 |
| 1958 | 25,5 | 12,8 |
| 1959 | 24,0 | 10,9 |
| 1960 | 23,0 | 9,9 |
| 1961 | 23,1 | 10,8 |
| 1962 | 22,8 | 10,0 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen I - VI im Anhang.

3.) Die liquiditätsmäßige Bedeutung der langfristigen Wertpapiere bei Betriebsmittelabzügen im kurz- und langfristigen Sparkassengeschäft

Bei den Wertpapieren ist zwischen der künstlichen oder abgeleiteten und der natürlichen oder echten Liquidität zu unterscheiden. Die natürliche Liquidität ist bei den Wertpapieren des hier behandelten Typs[3] wegen ihrer langen Laufzeit sehr gering. Jedoch kann die echte Liquidität des ganzen Wertpapierbestandes weit höher sein, wenn die Wertpapiere nach der Fälligkeit so angeordnet werden, daß Jahr für Jahr ein gewisser Vomhundertsatz des Wertpapierbestandes fällig wird. Die künstliche oder abgeleitete Liquidität der Wertpapiere ergibt sich aus der Möglichkeit, die Papiere am Markt zu veräußern oder sie bei der Notenbank beleihen zu lassen[4]. Der Liquiditätswert der Wertpapiere ist verschieden, je nachdem, ob nur eine einzelne Bank ihre Wertpapieranlage verringern will, oder ob dies bei allen Banken gleichzeitig der Fall ist. Wertpapierkäufe durch eine oder einige Banken werden in normalen Zeiten, auch wenn sie in größerem Stil erfolgen, zu keiner Schwächung des Marktes und damit zu Kursverlusten führen[5]. Anders ist es, wenn das gesamte Bankensystem in Liquiditätsschwierigkeiten gerät. Ein solcher Fall ist etwa gegeben, wenn ein allgemeiner Run auf die Banken stattfindet. Da nun alle Banken Wertpapiere verkaufen müssen,um die an sie herantretenden Bargeldabzüge finanzieren zu können, wird der Druck, der dadurch auf die Wertpapierkurse ausgeübt wird, dahin führen, daß die Banken die Wertpapiere nur mit großen Verlusten veräußern können. Glauben die Banken im Hinblick auf das Ausmaß der Kursverluste die Wertpapiere nicht verkaufen zu können,

---

3) nämlich den festverzinslichen Wertpapieren
4) Vgl. Stucken, R.: Geld und Kredit 2.Auflage, a.a.O., S.119 f.; vgl. Stützer, R.: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute, Band 5 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg.v.F.Voigt, Berlin 1957, S.111 ff.
5) Vgl. Lindörfer, W.: Die Wertpapieranlage der Geschäftsbanken in USA, Erlanger Dissertation 1953, S.146.

so müssen die Wertpapiere als illiquide betrachtet werden[6]. Die Möglichkeit der Verwertung von Wertpapieren bei der Notenbank hängt "von der geübten Liquiditätspolitik, nämlich von der Notenbankgesetzgebung und dem praktischen Verhalten der Notenbank"[7] ab.

Betrachten wir nun nach diesen theoretischen Erörterungen die von uns herausgearbeiteten Zusammenspiele nach der liquiditätsmäßigen Bedeutung der Wertpapiere für die Sparkassen, so ergibt sich, daß in dem von uns untersuchten Zeitraum nur im Herbst 1932 und Frühjahr 1933 durch die Veräußerung von Wertpapieren Giroeinlagenabzüge finanziert wurden. Außerdem wurden aus der Veräußerung von Wertpapieren die Bankguthaben erhöht und Bank- und Akzeptschulden zurückgezahlt. Diese Finanzierungsart bot sich für die Sparkassen damals deswegen an, weil die Wertpapiere einen besonders hohen Kursstand erreicht hatten und ohne nennenswerte Kursverluste abgestoßen werden konnten[8].

Weitere Zeitabschnitte, in denen sich ein Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften in der Form ergab, daß Wertpapiere zur Beschaffung von Betriebsmitteln für das kurzfristige Geschäft veräußert wurden, ließen sich nicht feststellen.

Aus unseren Untersuchungen ergibt sich außerdem, daß in all den von uns untersuchten Zeitabschnitten, in denen es zu saisonmäßig oder krisenhaft bedingten Fehlbeträgen im langfristigen Sparkassengeschäft kam, die Sparkassen nur zweimal, nämlich in der Suezkrise und im Mai 1960 in ganz geringfügigem Maße auf ihre Wertpapiere zur Beschaffung von Betriebsmitteln zurückgegriffen haben (vgl. Übersich-

---

6) Vgl. Steinhaus, F.C.: Wertpapieranlage der Kreditbanken, Stuttgart und Berlin 1939, S.130.
7) Vgl. Stucken, R.: Die Liquidität der Banken, a.a.O., S.127.
8) Vgl. S.78 ff.

ten 54 und 65)[9].

Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß saisonal oder krisenhaft bedingte Fehlbeträge im langfristigen Sparkassengeschäft normalerweise durch Betriebsmittel aus dem kurzfristigen Geschäft ausgeglichen werden können. Zudem besteht bei der Veräußerung größerer Wertpapierbestände immer die Gefahr von Kurseinbrüchen und damit von Verlusten für die Sparkassen. Außerdem fallen beim Verkauf von Wertpapieren Unkosten in Form der Börsenumsatzsteuer oder bei der Lombardierung in Form von Zinsen an. Die Sparkassen werden somit erst nach Ausschöpfung aller übrigen Möglichkeiten zur Beschaffung von flüssigen Mitteln an die Verflüssigung ihrer Wertpapiere denken.

In den Zeiträumen, in denen es, vor allem durch große Spareinlagenabzüge bedingt, zu sehr hohen Betriebsmittelfehlbeträgen im langfristigen Geschäft kam, war ein Rückgriff auf die Wertpapiere nicht möglich. So haben in der Zahlungs- und Kreditkrise, wo es neben starken Spareinlagenabzügen auch zu Giroeinlagenabzügen kam, die Wertpapiere als liquide Mittel völlig versagt, da die Börse geschlossen worden war und die Reichsbank die Lombardierung ablehnte. Von Mitte 1946 bis Ende 1947 war eine liquiditätsmäßige Verwertung der Wertpapiere, die fast vollständig aus Reichstiteln bestanden, nicht möglich, da diese durch den Zusammenbruch des Reiches ihren Wert verloren hatten. Bei dem nach der Währungsreform auf die Sparkassen einsetzenden Run waren die Wertpapierbestände so gering, daß sie nicht zur Beschaffung von Geldmitteln herangezogen werden konnten.

---

9) Es handelt sich hier nicht um ein Zusammenspiel zwischen kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften, sondern um ein Zusammenspiel von langfristigen Sparkassengeschäften. Trotzdem soll diese Art des Zusammenspiels hier mitbehandelt werden, da sie sich aus unseren Untersuchungen mit ergab und der Vollständigkeit halber hier erörtert werden muß.

Die nach den Bestimmungen des Sparkassenrechts als "flüssige Werte" geltenden Wertpapiere[10] werden somit weder zum Ausgleich von saisonmäßig oder kleineren krisenhaft bedingten Fehlbeträgen im kurz- und langfristigen Sparkassengeschäft herangezogen, noch konnten sie bisher in Notfällen bei starken Betriebsmittelfehlbeträgen im langfristigen Geschäft flüssig gemacht werden.

---

10) Vgl. S. 18 ff.

## II. Das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Transformationsproblem

### 1.) Begriff und Arten der Fristigkeitstransformation

Die folgenden Ausführungen sollen sich mit dem Zusammenspiel der kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfte unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeitstransformation befassen. Hierbei wollen wir unter Fristigkeitstransformation im Sinne unserer Arbeit die Anlage von Betriebsmitteln aus dem kurzfristigen Passivgeschäft im langfristigen Aktivgeschäft verstehen. Werden Betriebsmittel aus dem langfristigen Passivgeschäft im kurzfristigen Aktivgeschäft angelegt, so liegt eine negative Fristigkeitstransformation vor. Die Fristigkeitstransformation läßt sich statisch durch Gegenüberstellung der Bilanzbestände und dynamisch durch Gegenüberstellung der jährlichen Bilanzzugänge betrachten.

Da die Passivseite der Sparkassenbilanzen überwiegend aus Spareinlagen besteht, werden sich die folgenden Untersuchungen im wesentlichen mit dem Transformationsverhalten der Sparkassen hinsichtlich der ihnen zufließenden Spareinlagen befassen.

### 2.) Die nach den gesetzlichen Vorschriften maximal mögliche langfristige Anlage der Spareinlagen

#### a) Nach den Vorschriften des Sparkassenrechts

Gehen wir von den derzeit geltenden sparkassenrechtlichen Bestimmungen aus, so können die Sparkassen von ihren Spareinlagen höchstens 50% in langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte und höchstens 12,5% in langfristigen Kommunalkrediten anlegen. Außerdem dürfen die Sparkassen bis 12,5% ihrer Giroeinlagen zur Gewährung langfristiger Kommunalkredite verwenden[1)]. Unter Berücksichtigung dieser Vorschrif-

---

1) Vgl. S. 14 ff.
Weitere 10% der Spar- und Giroeinlagen dürfen die Sparkassen als kurz- und langfristige Bankodarlehen an Genossenschaften ausreichen (§ 16 MuSa 1953). Da jedoch bei den Sparkassen Kreditgewährungen an Genossenschaften nur

ten und des Verhältnisses der Spareinlagen zu den Giroeinlagen von rd. 2,7 : 1 per Ende 1962 [2], können die Sparkassen derzeit 67,1% [3] ihrer verfügbaren Spareinlagen langfristig in Hypotheken und sonstigen langfristigen Darlehen anlegen. Diese Grenze kann nur überschritten werden, wenn die Sparkassen auch Wertpapiere erwerben. Hierbei ist die Doppelstellung der Wertpapiere von ausschlaggebender Bedeutung. Während die Wertpapiere auf der einen Seite der langfristigen Anlage dienen, stellen sie auf der anderen Seite durch ihre künstliche Geldanschlußfähigkeit liquide Mittel, bzw. - wie es die Sparkassensatzung nennt - flüssige Werte dar. Es ist den Sparkassen daher auch möglich, "langfristige Wertpapiere" mit "kurzfristigen Giroeinlagen" zu erwerben. Hierdurch können die Sparkassen effektiv eine höhere langfristige Anlage der Spareinlagen vornehmen, als dies aufgrund der für die Spareinlagen bestehenden Anlage- und Liquiditätsvorschriften zulässig ist.

Wir wollen uns nun der Frage zuwenden, wie hoch die Spareinlagen unter Einbeziehung der Wertpapieranlage nach den sparkassenrechtlichen Bestimmungen maximal langfristig angelegt werden können. Nach den derzeit geltenden sparkassenrechtlichen Liquiditätsbestimmungen sind 30% der Spareinlagen und 50% der Giroeinlagen in flüssigen Werten anzulegen. Für die langfristige Anlage bleiben somit 70% der Spareinlagen. Da zu den flüssigen Werten nun aber auch die Wertpapiere zählen, ergibt sich aus den Liquiditätsvorschriften die Möglichkeit einer weiteren langfristigen Anlage der

---

äußerst selten vorkommen, ist das Kontingent für Genossenschaftskredite bedeutungslos. Eine für unsere Untersuchungen relevante Ausnutzung des Kontingents ist wegen mangelnder Kreditnachfrage der Genossenschaften bei den Sparkassen nicht zu erwarten. Wir brauchen daher das Kreditkontingent der Genossenschaften bei unseren weiteren Untersuchungen nicht zu beachten. (Vgl. Henze-Schmidt, Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 6, Kreditabteilung, a.a.O., S.82).

2) Per 31.12.1962 betrugen die Spareinlagen 44.407 Mio.DM und die Giroeinlagen 16.531 Mio.DM (vgl. Tabelle VI).

3) Dieser Prozentsatz errechnet sich wie folgt: 50% der Spareinlagen + 12,5% der Spareinlagen + 12,5% der Giroeinlagen geteilt durch 2,7 (=4,6%), da die Giroeinlagen $\frac{1}{2,7}$ der Spareinlagen betragen.

Spareinlagen.

Die flüssigen Werte - dazu zählen Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Postscheckguthaben, Guthaben bei den Girozentralen, täglich fällige Guthaben bei anderen Banken, Schatzwechsel, Privatdiskonten, Wechsel, Schuldverschreibungen auf den Inhaber sowie Ausgleichsforderungen, die zum Lombardverkehr zugelassen sind - sollen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen. Über die Höhe der Wertpapieranlage im Rahmen der flüssigen Werte entscheidet somit, welchen Anteil die Sparkassen als angemessen ansehen. In den letzten 5 Jahren lag der Anteil der zu den flüssigen Werten zählenden Wertpapiere[4] an den gesamten flüssigen Werten zwischen 40% und 50% (vgl. Übersicht 75).

Übersicht 75: Anteil der zu den flüssigen Werten zählenden Wertpapiere an den gesamten flüssigen Werten:

| Ende | Wertpapiere | Zu den flüssigen Werten zählende Wertpapiere[1] (1) | flüssige Werte[2] (2) | (1) in % (2) (3) |
|---|---|---|---|---|
| 1958 | 3.992 | 3.624 | 9.409 | 38,5 |
| 1959 | 5.938 | 5.480 | 12.209 | 44,9 |
| 1960 | 6.057 | 5.558 | 14.706 | 37,8 |
| 1961 | 7.627 | 7.470 | 17.018 | 43,9 |
| 1962 | 9.433 | 9.189 | 18.992 | 48,4 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen V und VI und Monatsberichte der BBk, März 1963.

Anmerkungen: 1) Langfristige Aktiva abzüglich 70% der Spareinlagen
2) Hierin sind nur die Bankguthaben mit einer Laufzeit oder Fälligkeit bis 3 Monaten enthalten.

Legen wir den derzeitigen Anteil der Wertpapiere an den flüssigen Werten von rd. $\frac{1}{2}$ zugrunde und berücksichtigen wir nun

4) Die Spareinlagen sind mit 30% in flüssigen Werten und Liquiditätsguthaben anzulegen, die restlichen 70% dürfen langfristig angelegt werden. Zu den flüssigen Werten sind also nur die Wertpapiere zu rechnen, die außerhalb der Grenze von 70% erworben worden sind.

noch, daß das Verhältnis der Spar- zu den Giroeinlagen derzeit etwa 2,7 : 1 beträgt, so können unter Berücksichtigung der Liquiditätsvorschriften 94,3%[5] der verfügbaren Spareinlagen langfristig angelegt werden.

Eine noch höhere langfristige Anlage der Spareinlagen ist auf zweierlei Weise möglich. Die Sparkassen können den Anteil der Wertpapiere an den flüssigen Werten erhöhen, was zu einer relativen Verminderung der übrigen flüssigen Werte, Barreserve, Bankguthaben, Wechsel und Schatzwechsel in den Sparkassenbilanzen führen würde. Der Anteil der Wertpapiere an den flüssigen Werten wird jedoch durch die bei den Girozentralen zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben, die Mindestreserven und die für den täglichen Kassenverkehr erforderliche Barreserve nach oben begrenzt. So müssen im Rahmen der flüssigen Werte 10% der Spareinlagen und 20% der Sicht- und Termineinlagen als Liquiditätsguthaben unterhalten werden. Die bei der Bundesbank zu unterhaltenden Mindestreserven können bis auf maximal 10% der Spareinlagen, 20% der Termineinlagen (von Nichtbanken) und 30% der Sichteinlagen (von Nichtbanken) festgesetzt werden. Jedoch dürfen die Mindestreserven auf die Liquiditätsguthaben angerechnet werden[6]. Als Barreserve dürften etwa 2%[7] der Spar- und Giroeinlagen erforderlich sein. Gehen wir von dem derzeitigen Verhältnis der Spareinlagen zu den Giroeinlagen von 2,7 : 1 und den derzeitigen Mindestreservesätzen[8] aus, so müssen

---

5) Dieser Prozentsatz errechnet sich wie folgt: 70% der Spareinlagen + $\frac{1}{3}$ der flüssigen Werte von 30% der Spareinlagen + $\frac{1}{3}$ der flüssigen Werte von 50% der Giroeinlagen, geteilt durch 2,7 (= 9,3%), da die Giroeinlagen $\frac{1}{2,7}$ der Spareinlagen betragen.

6) Vgl. S. 119.

7) Dieser Prozentsatz wurde von uns aufgrund des Anteils der Barreserve bezogen auf die Einlagen in den Jahren vor der Währungsreform geschätzt. (So betrug die Barreserve in den Jahren 1913 und 1928 bis 1938 zwischen 1% und 2% der Einlagen).

8) Die derzeitigen Höchstsätze betragen für Sichteinlagen 13%, für Termineinlagen 9% und für Spareinlagen 6%. Die Mindestreservesätze brauchen deshalb unter den derzeitigen Verhältnissen bei unseren nachfolgenden Berechnungen nicht besonders berücksichtigt zu werden, da sie wesentlich unter den Sätzen für die Liquiditätsguthaben liegen und deshalb in den Prozentsätzen für die Liquiditätsguthaben (10% der Spareinlagen und 20% der Giroeinlagen) mitenthalten sind.

die Sparkassen 41,5%[9] der flüssigen Werte in Liquiditätsguthaben, Barreserven und Mindestreserven unterhalten. Die Sparkassen können deshalb von ihren flüssigen Werten derzeit nur höchstens 58,5% in Wertpapieren anlegen, was einer maximal möglichen langfristigen Anlage der Sparkassen von 98,4% entsprechen würde. Die andere Möglichkeit ist die Anlage eines Teiles der nicht durch die Liquiditätsvorschriften gebundenen Giroeinlagen (= 50% der gesamten Giroeinlagen) in Wertpapieren. Hierbei würden in den Sparkassenbilanzen die Debitoren relativ abnehmen, da die freien Giroeinlagen vollständig in Debitoren ausgeliehen sind[10].

Gehen wir vom Extremfall aus, daß die Sparkassen nur die ihnen vorgeschriebenen Liquiditätsguthaben einschl. Mindestreserven in Höhe von 10% der Spareinlagen und 20% der Giroeinlagen und außerdem eine Barreserve von 2% der Einlagen unterhalten, so können sie derzeit maximal 116,9%[11] der Spareinlagen langfristig anlegen. In diesem Fall würde das Aktivgeschäft der Sparkassen nur noch aus den bei den Girozentralen zu unterhaltenden Bankguthaben, aus langfristigen Ausleihungen und Wertpapieren bestehen.

Die Möglichkeit der langfristigen Anlage der Spareinlagen wird geringer, wenn die Mindestreservesätze höher festgesetzt werden, als die für die Liquiditätsguthaben geltenden Liquiditätssätze.

Eine längere langfristige Anlage der Spareinlagen ist möglich, wenn sich das Verhältnis der Giroeinlagen zu den Spareinlagen erhöht.

b) Nach den Vorschriften des KWG in Verbindung mit den Grundsätzen II und III des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen

Seit dem 1. April 1962 müssen die Sparkassen bei ihrer Anlagepolitik auch die Grundsätze des Bundesaufsichts-

---

9) Dieser Prozentsatz errechnet sich wie folgt: Bezeichnen wir die Spareinlagen mit Sp und die Giroeinlagen mit G, so sind flüssige Werte in Höhe von 0,30.Sp + 0,50.G zu unterhalten. In Liquiditätsguthaben, Mindestreserven und Barreserven sind 0,12.Sp + 0,22.G anzulegen, das sind 41,5% der flüssigen Werte, wenn wir Sp = 2,7.G setzen.

amts für das Kreditwesen gem. § 10, Abs.3, Satz 1 und gem. § 11, Satz 3 KWG n.F. beachten. Für die langfristige Anlage der Spareinlagen sind hierbei nur die Grundsätze II und III von Bedeutung.

Nach den Vorschriften des Grundsatzes II dürfen die langfristigen Ausleihungen, nicht börsengängigen Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude nicht höher sein, als das Eigenkapital, die aufgenommenen langfristigen Darlehen, 60% der Spareinlagen und 10% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken. Dieser Grundsatz läßt sich wie folgt vereinfachen: Die aufgenommenen langfristigen Darlehen werden in gleicher Höhe langfristig ausgeliehen. Die Beteiligungen,Grundstücke und Gebäude dürfen gem. § 12 KWG n.F. nicht höher sein, als das Eigenkapital. Bei den Sparkassen war bereits seit Ende 1956 das Eigenkapital immer höher als der jeweilige Betrag an Grundstücken, Gebäuden und Beteiligungen (vgl. Übersicht 76).

Übersicht 76: Grundstücke, Gebäude und Beteiligungen im Verhältnis zum Eigenkapital 1956 - 1962 in der Bundesrepublik

| Jahr | Grundstücke und Gebäude (1) | Beteiligungen (2) | Summe (3) | Eigenkap. gem. § 11 KWG a.F., 10 KWG n.F. (4) | (3) in % (4) |
|---|---|---|---|---|---|
| 1956[1] | 627,3 | 77,8 | 705,1 | 716,9 | 98,4 |
| 1957[1] | 724,6 | 100,4 | 825,0 | 913,9 | 90,3 |
| 1958 | 810,6 | 107,8 | 918,4 | 1.106,6 | 83,0 |
| 1959[2] | 876,6 | 117,2 | 993,8 | 1.362,0 | 73,0 |
| 1960[2] | 990,2 | 179,1 | 1.169,3 | 1.719,7 | 68,0 |
| 1961 | 1.126,8 | 210,6 | 1.337,4 | 2.044,5 | 65,4 |
| 1962 | 1.262,5 | 245,5 | 1.508,0 | 2,430,6 | 62,0 |

Quellen: Monatsberichte der BdL bzw. BBk.

Anmerkungen: 1) Von hier ab einschl. Berlin.
2) Von hier ab einschl. Saarland.

Für die Anlage in langfristigen Ausleihungen und nicht börsengängigen Wertpapieren verbleiben demnach 60% der Sparein-

lagen, 10% der Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken und derzeit etwa 40% des Eigenkapitals. Aus diesen Anteilen errechnet sich eine derzeit maximal mögliche Anlage von 65,8%[12] der Spareinlagen in langfristigen Ausleihungen und nicht börsengängigen Wertpapieren[13]. Eine weitere langfristige Anlage der Spareinlagen ist ähnlich wie bei den sparkassenrechtlichen Liquiditätsvorschriften auch hier nur durch den Erwerb von Wertpapieren möglich.

Der Grundsatz III begrenzt die Anlage der Sparkassenmittel in Debitoren, Debitorenziehungen, börsengängigen Dividendenwerten und der Position "Sonstige Aktiva". Eine Begrenzung des Erwerbs von festverzinslichen börsengängigen Wertpapieren erfolgt somit weder durch Grundsatz II noch durch Grundsatz III.

Durch die Festlegung von Höchstgrenzen für die Verwendung fremder Mittel in den Grundsätzen II und III wird jedoch gleichzeitig mittelbar das für die Sparkassen im Regelfall als ausreichend geltende Mindestmaß an Liquiditätsvorsorge bestimmt. Es beläuft sich bei den

| | | |
|---|---|---|
| Spareinlagen | auf mindestens | 20 v.H., |
| Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken | " " | 30 v.H., |
| Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten | " " | 65 v.H., |
| aufgenommenen Geldern mit einer vereinbarten Kündigungsfrist oder Laufzeit von 1 Monat bis unter 4 Jahren | " " | 65 v.H., |

---

10) So lag der Anteil der Debitoren an den gesamten Giroeinlagen von 1958 bis 1962 zwischen 52% und 55%.

11) Dieser Prozentsatz errechnet sich wie folgt: (100-12)% der Spareinlagen + (100-22)% der Giroeinlagen geteilt durch 2,7 (= 28,9%), da die Giroeinlagen $\frac{1}{2,7}$ der Spareinlagen betragen.

12) 60% der Spareinlagen + 10% der Giroeinlagen von Nichtbanken geteilt durch 2,8 (= 3,6%), weil das Verhältnis der Giroeinlagen von Nichtbanken zu den Spareinlagen per 31.12.1962 16.095 Mio.DM : 44.407 Mio.DM = rd. 1:2,8 beträgt + 40% des Eigenkapitals geteilt durch 18,3 (= 2,20%), weil das Verhältnis des Eigenkapitals zu den Spareinlagen per 31.12.1962 2.431 Mio.DM : 44.407 Mio.DM = rd. 1:18,3 beträgt.

13) Die nicht börsengängigen Wertpapiere sind unbedeutend. Ende 1962 betrugen sie nur 49 Mio.DM (vgl. Jahresbericht 1962 des DSGV, S.57).

eigenen Akzepten, Solawechseln und den Kreditnehmern abgerechneten Debitorenziehungen im Umlauf auf mindestens 30 v.H. Im Vergleich hierzu müssen nach den sparkassenrechtlichen Bestimmungen 50 v.H. der Spareinlagen und 50 v.H. der Sichteinlagen in flüssigen Werten angelegt werden.

Die Liquiditätssätze nach den Grundsätzen II und III sind also wesentlich milder als die Liquiditätsreserven nach den Vorschriften des Sparkassenrechts, da die Sicht- und Termineinlagen von Kreditinstituten die aufgenommenen Gelder, die eigenen Akzepte im Umlauf und die abgerechneten Debitorenziehungen bei den Sparkassen unbedeutend sind. Der Kreis der gleichzeitig durch die Grundsätze II und III indirekt bestimmten liquiden oder leicht verwertbaren Mittel umschließt folgende Positionen: Barreserve, Nostroguthaben, Wechsel, Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Kassenobligationen, börsengängige Wertpapiere, Ausgleichsforderungen und Deckungsforderungen.

Für die liquiden und leicht verwertbaren Aktiva ist weder eine Rangfolge noch sind jeweilige Mindestanlagen vorgeschrieben[14].

Hieraus ergibt sich, daß die liquide anzulegenden Mindestsätze der fremden Mittel der Sparkassen theoretisch vollständig in Wertpapieren angelegt werden könnten, wenn die Wertpapieranlage nicht durch die für den täglichen Kassenverkehr erforderliche Barreserve und die Mindestreservevorschriften begrenzt würde.

Eine Gegenüberstellung der sparkassenrechtlichen Anlage- und Liquiditätsvorschriften und der Grundsätze II und III ergibt somit, daß die Vorschriften über die langfristige Anlage der Spareinlagen in Darlehen in den Grundsätzen II und III strenger sind als die Vorschriften des Sparkassenrechts. Jedoch unter Einschluß der Wertpapiere ist nach den Grundsätzen II und III eine längerfristige Anlage der Spareinlagen möglich, als nach den sparkassenrechtlichen Liquiditätsvorschriften.

---

14) Vgl. Monatsberichte der BBk, März 1962, S. 14 f.

wenn die Mindestreservesätze[15] unter den Sätzen für die Liquiditätsguthaben liegen. Die Grenze für die maximal mögliche langfristige Anlage nach den Vorschriften des Sparkassenrechts, die von uns bereits im vorigen Abschnitt herausgearbeitet wurde, bildet deshalb zurzeit auch hier die obere Grenze.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Höhe der langfristigen Anlage der Spareinlagen durch die Anlage- und Liquiditätsvorschriften nach dem KWG (in Verbindung mit den Grundsätzen II und III) und nach dem Sparkassenrecht und das Verhalten der Sparkassen zu den Wertpapieren bestimmt wird. Unter gewissen Voraussetzungen kann eine Begrenzung der langfristigen Anlage der Spareinlagen auch durch die Mindestreserven erfolgen.

Mit dem Verhalten der Sparkassen zu den Wertpapieren werden wir uns in einem späteren Abschnitt noch näher befassen.

3.) Die Anlage der Spareinlagen unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeitstransformation

a) Die sich aus den Sparkassenbilanzen effektiv ergebende kurz- und langfristige Anlage des Spareinlagenbestandes

Aus den Tabellen XXII und XXIII ist zu ersehen, daß von 1880 bis 1920 zwischen rd. 90% und rd. 100% des Spareinlagenbestandes langfristig angelegt waren. Von 1927 bis 1930[16] lag der Anteil der langfristigen angelegten Spareinlagen zwischen rd. 71% und rd. 76%, von 1931 bis 1939 zwischen rd. 84% und rd. 88% und von 1954 bis 1962 waren mit Ausnahme des Jahres 1957 zwischen rd. 86% und rd. 91% des Spareinlagenbestandes langfristig angelegt.

---

15) Bisher waren die Mindestreservesätze immer geringer als die Sätze der Liquiditätsguthaben. Nur von Juli bis Dezember 1960 mußten für den jeweiligen Zuwachs der Spar- und Giroeinlagen die Höchstsätze angewendet werden.

16) In Wirklichkeit dürfte der Prozentsatz von 1927 bis 1929 etwas geringer sein, da in dieser Zeit die kurzfristigen Kommunalkredite unter den langfristigen Kommunalkrediten ausgewiesen waren.

Es zeigt sich somit, daß die Sparkassen bis zur Inflation die ihnen zugeflossenen Spareinlagen fast wieder vollständig langfristig ausgeliehen haben. Durch die Inflation ergab sich ein starker Rückgang des Anteils der langfristig angelegten Spareinlagen, der jedoch in der darauffolgenden Zeit wieder aufgeholt werden konnte. Die starke Erhöhung des Prozentsatzes der langfristig angelegten Spareinlagen ab 1931 geht auf den Rückgang des Spareinlagenbestandes im Jahre 1931 und auf die verstärkte Übernahme von Wertpapieren in den folgenden Jahren zurück. Die verstärkte langfristige Anlage der Spareinlagen nach dem 2.Weltkrieg gegenüber der Vorkriegszeit ist auf die im Zusammenhang mit der Währungsreform und der Altsparerentschädigung entstandenen Ausgleichs- und Deckungsforderungen zurückzuführen, die einen Teil der Spareinlagen binden.

Ziehen wir die durch die Ausgleichs- und Deckungsforderungen gebundenen Spareinlagen vom Gesamtspareinlagenbestand ab, so zeigt sich, daß die Sparkassen die restlichen verfügbaren Spareinlagen[17] mit Ausnahme des Jahres 1957 ab 1955 in ungefähr dem gleichen Maße langfristig angelegt hatten, wie von 1931 bis 1939 (vgl. Übersicht 77).

Der Anteil der vor dem 1.Weltkrieg langfristig angelegten Spareinlagen in Höhe von rd. 90% bis rd. 100% konnte allerdings nicht mehr erreicht werden, was auf das verstärkte Eindringen der Sparkassen in das kurzfristige Geschäft seit dem 1.Weltkrieg und die hohe Belastung der Spareinlagen durch Liquiditäts- und Mindestreserven zurückzuführen sein dürfte.

Die gleiche Entwicklung zeigt sich bei der effektiven kurzfristigen Anlage der Spareinlagen. Während von 1900 bis 1913 zwischen rd. 6% und rd. 3% der Spareinlagen kurzfristig angelegt waren, betrug der Anteil der kurzfristig angelegten Spareinlagen von 1927 bis 1930 zwischen rd. 28% und rd. 23%, von 1931 bis 1938 zwischen rd. 12% und rd. 16% und von 1951 bis 1962 mit Ausnahme des Jahres 1957 zwischen rd. 4% und rd. 8%[18].

---

17) Vgl. S. 131.
18) Vgl. Tabelle XXII u. Winkler, H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, a.a.O., S. 6.

Übersicht 77: Die langfristige Anlage der verfügbaren Spareinlagen von 1955 bis 1962

| Ende des Jahres | verfügbarer Spareinlagenbestand[1] | langfristig angelegter verfügbarer Spareinlagenbestand davon in | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.DM | Wertpapieren Mio.DM | % | langfr.Darlehen[2] Mio.DM | % | gesamt Mio.DM | % |
| 1955 | 9.591 | 1.350 | 14,1 | 6.613 | 69,0 | 7.963 | 83,1 |
| 1956 | 11.441 | 1.383 | 12,1 | 8.243 | 72,0 | 9.626 | 84,1 |
| 1957 | 14.932 | 1.970 | 13,2 | 9.650 | 64,6 | 11.620 | 77,8 |
| 1958 | 19.216 | 3.992 | 20,8 | 11,983 | 62,4 | 15.975 | 83,2 |
| 1959 | 24.909 | 5.938 | 23,8 | 15.896 | 63,8 | 21.834 | 87,6 |
| 1960 | 30.173 | 6.057 | 20,1 | 19.557 | 64,8 | 25.614 | 84,9 |
| 1961 | 35.078 | 7.627 | 21,7 | 23.363 | 66,6 | 30.990 | 88,3 |
| 1962 | 40.918 | 9.433 | 23,1 | 27.352 | 66,8 | 36.785 | 89,9 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen V und VI im Anhang.

1) Spareinlagen abzüglich Ausgleichs- und Deckungsforderungen

2) Langfristige Darlehen abzüglich aufgenommene langfristige Darlehen.

b) Die langfristige Anlage der frei verfügbaren Spareinlagen

Beziehen wir die sparkassenrechtlichen Liquiditätsbestimmungen und ab 1948 die Mindestreservebestimmungen in unsere Betrachtungen ein, so zeigt sich, daß die Sparkassen durch diese Bestimmungen gezwungen werden, einen Teil der Spareinlagen in Bankguthaben und seit 1948 in Guthaben bei der Deutschen Bundesbank anzulegen.

Diese Spareinlagenteile müssen somit von vornherein im kurzfristigen Aktivgeschäft und als Barreserve angelegt

werden und sind der freien Verfügung durch die Sparkassen entzogen. Sie stehen demnach nicht zur Anlage im langfristigen Aktivgeschäft zur Verfügung. Beziehen wir das langfristige Aktivgeschäft auf die restlichen frei verfügbaren Spareinlagen, so ergeben sich die in der Übersicht 78 dargestellten Zahlen. Diese Übersicht zeigt, daß die Sparkassen von 1927 bis 1930[19] und von 1936 bis 1938 zwischen rd. 79% und rd. 89% der frei verfügbaren Spareinlagen langfristig angelegt hatten. In den Jahren 1957 und 1958 waren rd. 89% und rd. 94% und in den Jahren 1959, 1960, 1961 und 1962 rd. 99%, rd. 96%, rd. 99% und rd. 101% der frei verfügbaren Spareinlagen langfristig angelegt.

Hieraus ist ersichtlich, daß die Sparkassen mit den frei verfügbaren Spareinlagen wesentlich stärker in die langfristige Anlage gegangen sind und diese in den letzten Jahren vollständig wieder langfristig ausgeliehen haben. Diese Tatsache läßt darauf schließen, daß die Sparkassen ihren gesamten Spareinlagenbestand noch stärker langfristig anlegen würden, wenn nicht durch die zwangsweise vorgeschriebene Anlage eines Teiles der Spareinlagen in Bankguthaben und Mindestreserven von vornherein ein gewisser Betrag der Spareinlagen dem langfristigen Aktivgeschäft entzogen würde.

Ein gewisser Ausgleich kann hier allerdings wieder über die Wertpapieranlage herbeigeführt werden, denn die Wertpapiere gelten als liquide Mittel und können deshalb auch mit Giroeinlagen erworben werden.

---

19) In Wirklichkeit ist der Prozentsatz von 1927-1929 etwas geringer, da zu dieser Zeit die kurzfristigen Kommunalkredite unter den langfristigen Kommunalkrediten ausgewiesen wurden.

Übersicht 78: Die Anlage der frei verfügbaren Spareinlagen von 1927 bis 1962

| Ende des Jahres | Spareinlagen 1) | abzüglich Li-Guthaben u.Mindestreserven | frei verfügbare Spareinlagen | | in Wertpapieren 2) | | in langfristigen 3) Darlehen | | g e s a m t | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM | Mio.RM | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % |
| | | 10% aus den Spareinlag. 4) | | | | | | | | |
| 1927 | 4.839 | 484 | 4.355 | 100 | 889 | 20,4 | 2.625 | 60,3 | 3.514 | 80,7 |
| 1928 | 7.205 | 721 | 6.484 | 100 | 1.142 | 17,6 | 4.000 | 61,7 | 5.142 | 79,3 |
| 1929 | 9.224 | 922 | 8.302 | 100 | 1.413 | 17,0 | 5.571 | 67,1 | 6.984 | 84,1 |
| 1930 | 10.670 | 1.067 | 9.603 | 100 | 1.755 | 18,3 | 6.180 | 64,4 | 7.935 | 82,6 |
| 1936 | 14.615 | 1.462 | 13.153 | 100 | 3.350 | 25,5 | 8.194 | 62,3 | 11.544 | 87,8 |
| 1937 | 16.062 | 1.606 | 14.456 | 100 | 4.153 | 28,7 | 8.474 | 58,6 | 12.627 | 87,3 |
| 1938 | 18.009 | 1.801 | 16.208 | 100 | 5.674 | 35,0 | 8.795 | 54,3 | 14.469 | 89,3 |
| | Mio.DM | Mio.DM | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % | Mio.DM | % |
| 1957 | 14.932 | 1.867 | 13.065 | 100 | 1.970 | 15,1 | 9.650 | 63,9 | 11.620 | 88,9 |
| 1958 | 19.216 | 2.288 | 16.928 | 100 | 3.992 | 23,6 | 11.983 | 70,8 | 15.975 | 94,4 |
| 1959 | 24.909 | 2.852 | 22.057 | 100 | 5.938 | 26,9 | 15.896 | 72,5 | 21.834 | 99,0 |
| 1960 | 30.173 | 3.372 | 26.801 | 100 | 6.057 | 22,6 | 19.557 | 73,0 | 25.614 | 95,6 |
| 1961 | 35.078 | 3.853 | 31.225 | 100 | 7.627 | 24,4 | 23.363 | 74,8 | 30.990 | 99,2 |
| 1962 | 40.918 | 4.441 | 36.477 | 100 | 9.433 | 25,8 | 27.352 | 75,0 | 36.785 | 100,8 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen II,III, V und VI und aus Statistik des Deutschen Reichs, Band 516, a.a.O., S.169 u.174, Band 533, a.a.O., S.39 u.44, Band 546, a.a.O., S.43 u.48.

1) Von 1957-1962 abzüglich Ausgleichs- und Deckungsforderungen (= verfügbare Spareinlagen).
2) In den Jahren 1936-1938 abzüglich der auf die Li-Guthaben anrechenbaren Wertpapiere (Wertpapiere lt.Tab.III abzüglich 5% der Spareinlagen lt.Tab.III abzüglich 12,5% der Giroeinlagen des Landes Sachsen und abzüglich 10% der Giroeinlagen des übrigen Reichsgebietes.
3) Abzüglich aufgenommene langfristige Darlehen. 4) Ab 1957 aus den Gesamtspareinlagen.

4.) Die Anlage des Spareinlagenzuwachses unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeitstransformation

Während die Sparkassen (statisch betrachtet) auf lange Sicht eine geringfügige negative Fristigkeitstransformation vornehmen, zeigte sich in unseren Untersuchungen, daß (dynamisch betrachtet) kurzfristig sowohl positive als auch äußerst starke negative Fristigkeitstransformationen stattfinden können.

Betrachten wir die Anlage des jährlichen Spareinlagenzuwachses, so finden wir vor dem 2.Weltkrieg starke negative Fristigkeitstransformationen in den Jahren 1924, 1925, 1928, 1933, 1934 und 1937. Während in den Jahren 1924 73,3% [20] und 1925 57,7% der Spareinlagenzuflüsse im kurzfristigen Aktivgeschäft angelegt wurden und dort überwiegend zur Erhöhung der Debitoren dienten, wurden im Jahre 1928 25,8% des Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Aktivgeschäft und zwar überwiegend in Bankguthaben angelegt. Im Jahre 1933 wurden 54,0% und im Jahre 1934 46,3% des Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Sparkassengeschäft angelegt. In beiden Jahren wurde der nicht langfristig angelegte Spareinlagenzuwachs zur Erhöhung der Bankguthaben, der Wechsel und Schatzwechsel und zur Rückzahlung von Akzeptschulden verwendet. Im Jahre 1933 wurden außerdem noch Bankschulden zurückgezahlt. Im Jahre 1937 wurden 18,1% des Spareinlagenzuwachses kurzfristig angelegt und dienten dort vor allem zur Erhöhung der Bankguthaben. In den Jahren 1935 und 1938 schließlich wurde das langfristige Aktivgeschäft stärker erhöht als das langfristige Passivgeschäft. Hier fand allerdings keine Transformation kurzfristiger Einlagen statt, sondern die Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts über das langfristige Passivgeschäft hinaus erfolgte

20) Bei diesen Prozentsätzen handelt es sich um Mindestsätze, da nicht festgestellt werden kann, wie hoch der Anteil der jeweils ins sonstige Sparkassengeschäft fließenden kurzfristigen Betriebsmittel war. Es wurde deshalb unterstellt, daß die kurzfristigen Betriebsmittelzuflüsse wieder vollständig im kurzfristigen Sparkassengeschäft angelegt wurden und Betriebsmittelfehlbeträge im sonstigen Sparkassengeschäft aus dem langfristigen Sparkassengeschäft gedeckt wurden. In Wirklichkeit kann also der kurzfristig angelegte Spareinlagenzuwachs höher liegen als die von uns errechneten Prozentsätze.

aus der Erhöhung der Rücklagen (vgl. Tabelle XX und S. 92 ff.).

Nach dem 2.Weltkrieg fanden starke negative Fristigkeitstransformationen im 2.Halbjahr 1949, im 1.Halbjahr 1950, von Mitte 1951 bis Ende 1954 und im Jahre 1957 statt. Im 2.Halbjahr 1949 wurden 68,8% des frei verfügbaren Spareinlagenzuwachses in Debitoren angelegt. Im 1.Halbjahr 1950 wurden 54,6% und von Mitte 1951 bis Ende 1954 33,8% des frei verfügbaren Spareinlagenzuwachses im kurzfristigen Geschäft angelegt und dienten dort zur Erhöhung der Debitoren, Nostroguthaben, Wechsel und Schatzwechsel und zur Rückzahlung von Bank- und Akzeptschulden. Im Jahre 1957 flossen 25,1% des frei verfügbaren Spareinlagenzuwachses in die kurzfristige Anlage und wurden dort überwiegend zur Erhöhung der Bankguthaben verwendet. Schließlich zeigte sich in den Jahren 1958 und 1959 eine positive Fristigkeitstransformation. Im Jahre 1958 entsprach die Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts 101,7% und im Jahre 1959 107,0% des Spareinlagenzuwachses (vgl.Tabelle XXI). In beiden Jahren wurde die Erhöhung des langfristigen Aktivgeschäfts über den Spareinlagenzuwachs hinaus überwiegend aus den Giroeinlagenzuflüssen vorgenommen. Die Sparkassen haben somit in ihrem Bereich in beiden Jahren kurzfristig die in Deutschland vorliegende Spaltung des Kreditmarktes überwunden[21]. Im Jahre 1961 wurde das langfristige Aktivgeschäft ebenfalls über den verfügbaren Spareinlagenzuwachs hinaus erhöht. Hier liegt jedoch keine echte Fristigkeitstransformation vor, da der über den Spareinlagenzuwachs hinausgehende Betrag aus der Barreserve finanziert wurde.

Es läßt sich also feststellen, daß die strengen Anlage- und Liquiditätsvorschriften der Sparkassen zwar statisch auf lange Sicht eingehalten werden müssen, daß aber dynamisch gesehen bei der Anlage des jährlichen Betriebsmittelzuwachses Abweichungen von diesen Vorschriften möglich sind. Hierdurch

21) Nach Stucken liegt in Deutschland eine Spaltung des Kreditmarktes vor, die sich dadurch zeigt, daß im langfristigen Kreditbereich die Kreditnachfrage das Kreditangebot übersteigt, während im kurzfristigen Kreditbereich mehr Kreditmittel vorhanden sind, als nachgefragt werden. Da aber die Banken das Überangebot an kurzfristigen Kreditmitteln nicht in die langfristige Anlage überführen, besteht eine Spaltung des Kreditmarktes. (Vgl.Stucken,R.: Geld und Kredit, 2.Auflage, a.a.O., S.132 ff.; a.a.O., S.234 ff.)

sind die Sparkassen trotz der starren rechtlichen Bindungen in ihrer Anlagepolitik kurzfristig sehr beweglich.

5.) Das Verhalten der Sparkassen zu den Wertpapieren

Wie wir aus unseren bisherigen Ausführungen ersehen konnten, hängt das Transformationsverhalten der Sparkassen im wesentlichen von ihrem Verhalten zu den Wertpapieren ab. Das langfristige Darlehensgeschäft ist fest begrenzt.[22] Eine weitere langfristige Anlage der Spareinlagen ist nur dann möglich, wenn die Sparkassen Wertpapiere erwerben. Die Wertpapiere stellen sowohl liquide Mittel als auch eine langfristige Anlage dar. Die Sparkassen erwerben deshalb auch Wertpapiere aus ihren Giroeinlagen. Hierdurch können den Spareinlagen in weit höherem Maße langfristige Aktiva gegenübertreten, als das aufgrund der strengen Liquiditätsvorschriften möglich wäre.

Eine Notwendigkeit zum Wertpapiererwerb durch die Sparkassen besteht immer dann, wenn ihnen in bestimmten Phasen des Konjunkturverlaufs oder aus sonstigen Gründen, z.B. bei Budgetdefiziten oder Exportüberschüssen, im besonderen Maße flüssige Mittel zufließen. Diese müssen wieder ausgeliehen werden, wenn Zinsverluste vermieden werden sollen. Besteht keine oder nur eine geringe Nachfrage nach kurzfristigen Wirtschaftskrediten,und ist die Nachfrage nach langfristigen Krediten nicht groß genug, um die langfristigen Betriebsmittelzuflüsse kurzfristig zu absorbieren, so ist das langfristige festverzinsliche Wertpapier dasjenige Aktivum, das für die Anlage von überschüssigen kurz- und langfristigen Betriebsmitteln am besten geeignet ist, da es bequem zu erwerben ist und einen relativ hohen Zinsertrag abwirft [23].

22) Vgl. S. 208 u. 213.
23) Vgl. hierzu auch Stützer, R.: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute, a.a.O., S. 59.

In ganz besonderem Maße müssen die Sparkassen für eine bestmögliche verzinsliche Anlage ihrer Spareinlagenzuflüsse sorgen, da der Zinsaufwand in diesem Geschäftszweig sehr hoch ist. Deshalb sind die niedrig verzinslichen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen für eine Anlage überschüssiger Betriebsmittel weniger geeignet,und diese werden von den Sparkassen daher nur in äußerst geringem Maße ins Portefeuille genommen[24].

Im typischen Konjunkturverlauf wäre nach der Kursentwicklung der günstigste Zeitpunkt für den Wertpapiererwerb der Höhepunkt der Konjunktur, weil dann die Kurse am niedrigsten sind. In Wirklichkeit erwerben die Banken und Sparkassen Wertpapiere aber erst in der nachfolgenden Depression, weil ihnen in dieser Zeit in größerem Umfange flüssige Mittel zufließen. Deutlich können wir dieses Verhalten bei den Sparkassen im Depressionsjahr 1926 feststellen, da die Sparkassen 25,4% des Betriebsmittelzuwachses in Wertpapieren und 56,5% in kurz- und langfristigen Krediten anlegten.

Im Aufschwung dagegen stellen die Wertpapiere wegen ihres feststehenden Ertrages für die Banken und Sparkassen keine attraktive Anlage dar. Sie legen ihre Mittel in dieser Konjunkturphase vielmehr möglichst in den ertragreicheren Krediten an[25]. So legten die Sparkassen in den Aufschwungsjahren 1925 und 1927 bis 1929 nur zwischen 3,1% und 13,0% des Betriebsmittelzuwachses in Wertpapieren an, während sie zwischen 59,5% und 78,6% ins Kreditgeschäft überführten (vgl. Übersicht 79).

In dem von uns untersuchten Zeitraum läßt sich außerdem beobachten, daß vielfach der Staat durch direkten oder indirekten

---

24) Der Anteil der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen lag von 1934-1939 zwischen 1,2% und 1,8% und von 1955-1962 zwischen 0,0% und 1,0% der Bilanzsumme. Demgegenüber betrugen die Wertpapiere von 1934-1939 zwischen 16,9% und 32,6% und von 1955-1962 zwischen 5,0% und 13,2% der Bilanzsumme, (Die Zahlen sind errechnet aus den Tabellen III, V u.VI und Übersicht 38.)

25) Vgl. Stützer,R.: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute, a.a.O., S.68 ff.

Übersicht 79: Der jährliche Wertpapier- und Kreditzuwachs in % des Betriebsmittelzuwachses von 1925 - 1929

| Jahr | Betriebsmittel-zuwachs Mio.RM | % | Zuwachs Wertpapiere Mio.RM | % | Zuwachs kurzfr. Kredite[1] Mio.RM | % | Zuwachs langfr. Kredite Mio.RM | % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1925 | 1.371 | 100 | 42 | 3,1 | 665 | 48,5 | 412 | 30,1 |
| 1926 | 2.011 | 100 | 510 | 25,4 | 323 | 16,1 | 812 | 40,4 |
| 1927 | 2.426 | 100 | 316 | 13,0 | 329 | 13,5 | 1.263 | 52,1 |
| 1928 | 2.800 | 100 | 253 | 9,0 | 291 | 10,4 | 1.375 | 49,1 |
| 1929 | 2.264 | 100 | 271 | 12,0 | 147 | 6,5 | 1.571 | 69,4 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen I und II

1) Einschl. Wechsel

Druck und Zwang die Sparkassen zur Wertpapieranlage veranlaßte. So erkannte der Preußische Staat frühzeitig, daß er sich durch Unterbringung von Wertpapieren bei den Sparkassen eine günstige Finanzierungsmöglichkeit für seine Staatsausgaben beschaffen konnte. Durch das Zwangsanlagegesetz vom 23.12.1912 wurde deshalb den Sparkassen der Erwerb eines Mindestbestandes von Staatsanleihen zur Pflicht gemacht[26]. Außerdem wurden die Sparkassen durch staatliche und politische Einflußnahme in der Zeit der Arbeitsbeschaffung, des Wehraufbaues und des 2.Weltkrieges in die Wertpapieranlage zur Finanzierung der Staatsausgaben gedrängt. Die Übernahme von Kriegsanleihen im 1.Weltkrieg geschah allerdings mehr auf freiwilliger Basis.
Der Erwerb von Wertpapieren aufgrund von Budgetdefiziten, staatlichem Zwang und Exportüberschüssen geht deutlich aus der Übersicht 80 hervor.
Von 1934-1944, also in der Zeit der Arbeitsbeschaffung, des Wehraufbaues und des 2.Weltkrieges, flossen den Sparkassen und der Wirtschaft durch die hohen Budgetdefizite des Reiches in erheblichem Umfange flüssige Mittel zu. Gleichzeitig führte die große Geldflüssigkeit zu einer Rückzahlung von Krediten und einem Rückgang der Kreditnachfrage und drängte die Sparkassen mangels anderer Anlagemöglichkeiten und teils unter staatlichem Druck in die Wertpapieranlage.
Die starke Wertpapieranlage in den Jahren 1958 und 1959 geht auf die Liquidisierung des Bankenapparates und der Wirtschaft durch die Exportüberschüsse zurück, wodurch die Sparkassen mangels anderer Anlagemöglichkeiten ebenfalls in die Wertpapieranlage gedrängt wurden. Der starke Wertpapierzuwachs im Jahre 1961 war eine Folge des Abbaues der restriktiven Notenbankmaßnahmen des Jahres 1960. Die durch die Mindestreservesenkungen im Jahre 1961 frei werdenden Betriebsmittel legten die Sparkassen überwiegend in Wertpapieren an.
Ganz allgemein läßt sich somit feststellen, daß die Sparkassen erst dann stärker in die Wertpapieranlage gehen, wenn überschüssige liquide Mittel vorhanden sind und wenn sie wegen mangelnder Nachfrage nach kurz- und langfristigen Krediten keine andere Anlagemöglichkeit mehr finden. Das Wertpapier stellt hierbei eine ideale Anlagemöglichkeit dar, um überschüssige Kapitalien relativ zinsgünstig anzulegen[27].

---

26) Vgl. S. 17 f.
27) Vgl. Lindörfer, W.: Die Wertpapieranlage der Geschäftsbanken in USA, a.a.O., S.90.

Übersicht 80: Der Anteil des Wertpapierzuwachses am jährlichen Betriebsmittelzuwachs der Sparkassen ohne aufgenommene langfristige Darlehen von 1933 - 1961

| Jahr | Betriebsmittelzuwachs Mio.RM/DM | % | Wertpapierzuwachs Mio.RM/DM | % |
|---|---|---|---|---|
| 1933 | 1.442 | | 172 | 11,9 |
| 1934 | 1.383 | | 596 | 43,1 |
| 1935 | 1.397 | | 339 | 24,3 |
| 1936 | 1.640 | | 677 | 41,3 |
| 1937 | 1.992 | | 905 | 45,4 |
| 1938 | 2.539 | | 1.652 | 65,1 |
| 31.12.1939-30. 9.1944 | 39.378 | | 22.428 | 57,0 |
| 31. 5.1951-31.12.54 | 12.010 | | 874 | 7,3 |
| 1955 | 3.893 | | 358 | 9,2 |
| 1956 | 3.071 | | 33 | 1,1 |
| 1957 | 5,311 | | 492 | 9,3 |
| 1958 | 6.471 | | 2.022 | 31,2 |
| 1959 | 7.122 | | 1.820 | 25,6 |
| 1960 | 7.171 | | 119 | 1,7 |
| 1961 | 8.172 | | 1.570 | 19,2 |
| 1962 | 8.696 | | 1.806 | 20,8 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen II,III,V,VI,XI und Übersicht 38.

Dieses Verhalten der Sparkassen zu den Wertpapieren ergibt sich schon aus der besonderen Aufgabenstellung der Sparkassen, denn diese sollen in erster Linie dem örtlichen Kreditbedürfnis dienen (§ 2 MuSa 1953). Beim Personalkredit sollen hierbei insbesondere der Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise berücksichtigt werden (§ 14 MuSa 1953). Die Erfüllung dieser Aufgabe ist jedoch beim Wertpapierer-

werb im allgemeinen nicht gegeben. Hinzu kommt, daß bei den Wertpapieren immer die Gefahr von Kursverlusten besteht und daß der Zinssatz der Wertpapiere durch die Sparkassen nicht geändert werden kann. Dagegen können die Sparkassen den Zinssatz der Hypotheken und sonstigen langfristigen Darlehen jederzeit ändern, falls dies aus rentabilitäts- oder kapitalmarktpolitischen Gründen erforderlich sein sollte.

6.) Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Transformationsverhaltens der Sparkassen

Die Bildung von Spareinlagen führt zu einer Geldvernichtung und damit zu einem Nachfrageausfall und einem Rückgang von Einkommen und Beschäftigung. Die kontraktive Wirkung der Spareinlagenbildung hängt deshalb davon ab, inwieweit durch Wiederausreichung der Spareinlagen der Nachfrageausfall kompensiert werden kann. Da die Sparkassen die ihnen zufließenden Spareinlagen wegen der zu unterhaltenden Bar- und Mindestreserven nicht wieder vollständig ausleihen können, entsteht ein geringfügiger kontraktiver Effekt, der nur durch eine zusätzliche Geldschöpfung in gleicher Höhe wieder ausgeglichen werden kann.

Neben der quantitativen spielt die qualitative Wiederausreichung der Spareinlagen für die Wirtschaftsentwicklung eine besondere Rolle. Da die langfristigen Ausleihungen und die Wertpapieranlage der Sparkassen überwiegend den kreditabhängigen[28] und die kurzfristigen Ausleihungen überwiegend den kon-

28) Im Jahre 1961 waren von den gesamten mittel- und langfristigen Krediten der Sparkassen von rd. 29,8 Mrd.DM nur rd. 4,6 Mrd.DM oder rd. 15,4% an Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel, also an die überwiegend konjunkturabhängigen Bereiche, und rd. 22,1 Mird.DM oder 74,2% an die kreditabhängigen Bereiche (Wohnungsbau, Landwirtschaft, öffentliche Kreditnehmer) ausgeliehen. (Vgl.: Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppe 407, S. 3.) Bei den langfristigen Krediten allein, die statistisch nicht getrennt erfaßt sind, wäre der konjunkturabhängige Anteil noch geringer. Das gleiche gilt für die Wertpapieranlage. Da die Sparkassen nur mündelsichere Wertpapiere, im wesentlichen also Staatsanleihen, Kommunalobligationen und Hypothekenpfandbriefe erwerben dürfen, fließen die in Wertpapieren angelegten Spareinlagen fast ausschließlich in den kreditabhängigen Bereich.

junkturabhängigen[29] Investitionsbereichen zufließen, ergeben sich je nach der konjunkturellen Lage und dem Anteil der kurz- bzw. langfristig angelegten Spareinlagen verschiedene Auswirkungen.

Bei rückläufiger Konjunktur gehen die konjunkturabhängigen Investitionen sehr stark zurück. Darüber hinaus setzt ein erheblicher Rückgang in der Lagerhaltung ein. Hierdurch werden vermehrt Gelder frei. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage nach Kurzkrediten erheblich ab. Gehen nun die Sparkassen mit ihren Spareinlagenzuflüssen verstärkt in die langfristige Anlage, so kommt es im kreditabhängigen Bereich zu verstärkten Investitionen. Diese führen wegen ihres hohen Einkommenseffektes kurzfristig zu einer starken Einkommens- und Nachfragesteigerung, während der Kapazitätseffekt der kreditabhängigen Investitionen unbedeutend ist. Durch die Steigerung der effektiven Nachfrage kommt es zu einer verstärkten Ausnutzung der Kapazitäten im konjunkturabhängigen Bereich. Schließlich kommt es zu Neuinvestitionen im konjunkturabhängigen Bereich und zu einer Verbesserung der Konjunktur. Der beschäftigungs- und einkommenssteigernde Effekt ist um so stärker, je höher der Anteil der langfristig angelegten Spareinlagen und unter Umständen auch Giroeinlagen ist. Lehnen die Sparkassen bei rückläufiger Konjunktur eine stärkere langfristige Anlage der Spareinlagen ab, so führt das zu einer Verschärfung des Konjunkturrückgangs, und dann kann nur noch der Staat durch Deficit-Spending helfend eingreifen.

Für den typischen Konjunkturverlauf der Vorkriegszeit läßt sich feststellen, daß die Sparkassen im Depressionsjahr 1926 88,8% und im darauf folgenden Jahr 95,3% ihrer Spareinlagenzuflüsse langfristig angelegt haben und hierdurch in verstärktem Maße zu einer schnellen Überwindung der Depression beitrugen. In den Krisenjahren 1933 und 1934 dagegen waren die Sparkassen nicht bereit, mit ihren Spareinlagen stärker in die langfri-

---

29) Bei den kurzfristigen Krediten handelt es sich meist um Betriebsmittelkredite für die konjunkturabhängigen Bereiche Industrie, Gewerbe, Handwerk und Handel.

stige Anlage zu gehen. Sie verwendeten die Spareinlagen- und sonstigen Betriebsmittelzuflüsse vielmehr zur Rückzahlung der in der Zahlungs- und Kreditkrise aufgenommenen Bank- und Akzeptschulden und zur Erhöhung ihres Bestandes an den liquiden Mitteln Bankguthaben, Wechsel und Schatzwechsel. Es mußte deshalb der Staat ein Budgetdefizit schaffen und dieses wegen des Mangels an langfristigen Finanzierungsmitteln und wegen der in Deutschland vorliegenden Spaltung des Kreditmarktes kurzfristig finanzieren. Zu diesem Zweck wurde der Arbeitsbeschaffungswechsel ins Leben gerufen, den die Notenbank rediskontierte und den daher die Banken "als hochliquide Anlage gern ins Portefeuille nahmen, und zwar auch als Gegenposten zu Sichteinlagen, wie sie bei der Geldschöpfung der Banken entstehen" [30]. Neben den von den Sparkassen erworbenen Arbeitsbeschaffungswechseln dürften auch die bei ihren Girozentralen unterhaltenen Bankguthaben zum Teil in Arbeitsbeschaffungswechseln angelegt worden sein.

In einer mit Inflationstendenzen behafteten Hochkonjunktur bzw. in der Phase der Vollbeschäftigung wird die starke langfristige Anlage von Spareinlagen zu einer weiteren Überhitzung der Konjunktur und damit zur Verschärfung des Inflationsdruckes führen, da der durch die kreditabhängigen Investitionen ausgelöste Einkommenseffekt den Kapazitätseffekt dieser Investitionen bei weitem übersteigt. Eine stärkere Vornahme von konjunkturabhängigen Investitionen würde hier wegen ihres hohen Kapazitätseffektes den Einkommenseffekt wieder kompensieren. Übermäßige konjunkturabhängige Investitionen wirken in der Hochkonjunktur beruhigend und schließlich sogar verschlechternd auf die Konjunktur, da dem durch den hohen Kapazitätseffekt bedingten Angebotszuwachs kein entsprechender Einkommenszuwachs gegenübersteht.

Die verschiedenartigen Wirkungen des Transformationsverhaltens und damit der verschieden hohen Vornahme von kredit- und konjunkturabhängigen Investitionen in der Phase der Hoch-

30) Stucken, R.: Geld und Kredit, 2.Auflage, a.a.O.,S.213.

konjunktur und Vollbeschäftigung zeigten sich deutlich in den Jahren ab 1955. So trug die fast vollständige langfristige Ausleihung der Spareinlagen in den Jahren 1955 und bis Mitte 1956 mit zu der besonders starken Konjunkturüberhitzung in diesem Zeitabschnitt bei. Die starke negative Fristigkeitstransformation der Sparkassen im Jahre 1957 war mit ein Faktor zur Beruhigung der Konjunktur. In den Jahren 1958 und 1959, in denen es zu einer vollständigen langfristigen Ausleihung der Spareinlagenzuflüsse und außerdem zu einer geringfügigen langfristigen Anlage von Giroeinlagenzuflüssen kam, entstand eine starke Konjunkturüberhitzung, die die Notenbank ab Herbst 1959 zu restriktiven Maßnahmen zwang. In den Jahren 1961 und 1962 dagegen bildete die vollständige langfristige Anlage der Spareinlagenzuflüsse wieder eine der Hauptstützen der Konjunktur, die zu dieser Zeit im Zeichen nachlassender Unternehmer- und Auslandsnachfrage stand.

7.) Das Problem der "reichen Länder" und das Transformationsverhalten der Sparkassen

Nach Stucken zeigt sich beim Reicherwerden einer Volkswirtschaft, daß das Angebot an Einlagen im Verhältnis zur Nachfrage nach kurzfristigen Krediten zu groß wird. Bei einem gewissen Grad des Wohlstandes besteht offensichtlich bei der Bevölkerung und den Unternehmungen der Hang zu einer relativ hohen Reservehaltung. Das gleiche Streben zeigt sich darin, daß weniger kurzfristige Kredite nachgefragt und daß kurzfristige Kredite durch langfristige Kredite ersetzt werden. Dieses Auseinanderklaffen zwischen den auf Bankkonten stillgelegten Geldbeträgen und der Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite bedeutet eine Minderung der umlaufenden Geldmenge und der effektiven Nachfrage. Die weitere Folge ist eine Wirtschaftsschrumpfung, die so weit geht, bis sich die auf den Bankkonten stillgelegten Geldbeträge und die kurzfristig gewährten Kredite ausgleichen. Schließlich kommt es zu einer Stabilisierung der Konjunktur im Zustand der Unterbeschäftigung, der nichtausgenutzten Produktionsfaktoren und der Niedrighaltung des Volkseinkommens.
Die Aufrechterhaltung des ursprünglichen Standes von Beschäftigung und Konjunktur ist nur möglich, wenn die Banken bereit sind, die in Deutschland bestehende Spaltung des Kre-

ditmarktes zu überwinden, indem sie mit ihren Einlagen in die langfristige Anlage gehen. Sind die Banken nicht zu einer ausreichenden Fristigkeitsverlängerung bereit, so muß der Staat durch ein Budgetdefizit, das er durch kurzfristige Staatstitel decken muß, für die Wiederausreichung der Einlagen sorgen. Kommt es zu einer fortlaufenden Schöpfung kurzfristiger Staatstitel zur Aufrechterhaltung der Konjunktur, so verliert die Notenbank die Herrschaft über die Geldschöpfung der Banken. Diese können sich Notenbankgeld durch Rediskontierung der kurzfristigen Staatstitel oder dadurch beschaffen, daß sie bei Fälligkeit von Staatstiteln keine neuen Papiere mehr in ihr Portefeuille aufnehmen. [31)]

Die Sparkassen haben schon immer ihren Spareinlagen in hohem Maße langfristige Aktiva gegenübergestellt. So waren seit der Weltwirtschaftskrise immer mehr als 80% der Spareinlagen langfristig angelegt. Es könnte jedoch aufgrund des Reicherwerdens der deutschen Volkswirtschaft der Zeitpunkt eintreten, in dem es aus Gründen der Konjunkturerhaltung geboten erscheint, daß die Sparkassen ihre Spareinlagen noch stärker langfristig anlegen und unter Umständen auch einen Teil der Giroeinlagen durch langfristige Aktiva decken. Eine höhere langfristige Anlage der Einlagenzuflüsse ist den Sparkassen dann möglich, wenn sie verstärkt in die Wertpapieranlage gehen und wenn die überhöhten Liquiditätsvorschriften gelockert werden.

8.) Folgerungen für die Anlagepolitik der Sparkassen

Für die Sparkassen ergibt sich aus diesen Überlegungen die Notwendigkeit, bei ihrem Transformationsverhalten in besonde-

31) Vgl. Stucken,R.: Geld und Kredit, 2.Auflage,a.a.O.,S.211 ff.; derselbe: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, in: Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr.16, Berlin-München 1954;
derselbe: Aktuelle Entwicklungen im Geld- und Kreditwesen, Vortrag anläßlich der Eröffnung der Hauptzweigstelle "Alter Markt" der Stadtsparkasse M.-Gladbach am 21.April 1960, Sonderdruck S.11;
derselbe: Anlagepolitik der Kreditinstitute und Konjunktur, in: Sparkasse, 8.Jhg. 1954, H.11, S.155 f.

rem Maße volkswirtschaftlichen und konjunkturellen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Zu einer derartigen Anlagepolitik sind die Sparkassen besonders geeignet, weil sie nicht an die Zielsetzung der Gewinnmaximierung gebunden sind, sondern weil sie gemeinwirtschaftliche Zwecke verfolgen und einen Teil der öffentlichen Wirtschaft darstellen. Die Sparkassenverbände könnten durch Aufklärung, Beratung und Empfehlungen die Sparkassen in dieser Richtung beeinflussen und unterstützen.

In Wirtschaftssituationen mit vorherrschenden depressiven Tendenzen sollten die Sparkassen ihre Spareinlagen in besonders starkem Maße langfristig ausleihen und somit dem kreditabhängigen Bereich zuführen. Hiermit könnten sie über den hohen Einkommenseffekt einen stimulierenden Impuls auf die konjunkturabhängigen Investitionszweige ausüben.

Im Hochschwung dagegen, insbesondere bei aufkommenden Inflationstendenzen müßten die Sparkassen ihr Aktivgeschäft mehr in die konjunkturabhängigen Bereiche verlagern. Außerdem müßten sie beim Auftreten der Symptome reicher Länder in stärkerem Maße in die langfristige Anlage gehen.

Einer derartigen antizyklischen und konjunkturstabilisierenden Anlagepolitik der Sparkassen stehen jedoch vor allem im Bereich der langfristigen Ausleihungen die Anlage- und Liquiditätsvorschriften des Sparkassenrechts und der Grundsätze II und III entgegen. Die Anlage und Liquiditätsbestimmungen des Sparkassenrechts und die Grundsätze des Bundesaufsichtsamts sollten deshalb so gestaltet und gehandhabt werden, daß den Sparkassen eine antizyklische und konjunkturstabilisierende Anlagepolitik möglich ist[32].

---

32) Vgl. hierzu auch: Wilsdorf, M.: Bestimmungsgründe und volkswirtschaftliche Auswirkungen des Verhaltens der Sparkassen im langfristigen Wohnungsbaukreditgeschäft, a.a.O., S. 167 f.

## III. Zusammenfassung

Die empirischen Untersuchungen der Sparkassenbilanzen haben ergeben, daß uns das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften als Liquiditäts- und als Transformationsproblem gegenübertritt.

Durch das Zusammenspiel zwischen den kurz- und langfristigen Sparkassengeschäften sind die Sparkassen in liquiditätsmäßiger Hinsicht sehr elastisch und beweglich, da bei auftretenden liquiditätsmäßigen Spannungen eine Geschäftsart der anderen aushelfen kann. Diese Elastizität und Beweglichkeit wird noch durch das sich aus dem Geldkreislauf ergebende Zusammenspiel verbessert, das den Sparkassen eine gewisse dynamische Liquidität verleiht.

Insbesondere ist es den Sparkassen durch das Zusammenspiel der kurz- und langfristigen Sparkassengeschäfte möglich, im langfristigen Aktivgeschäft gegebene Zusagen unabhängig von saisonmäßig oder krisenhaft bedingten Schwankungen der Spareinlagenzuflüsse zu erfüllen und kurzfristig auf sie zukommende Spareinlagenabhebungen auszuzahlen.

Gleichzeitig zeigte sich ein Wandel bei den erzwungenen Rückgriffen der Sparkassen auf das kurzfristige Geschäft zum Ausgleich von krisenhaft oder saisonmäßig bedingten Fehlbeträgen im langfristigen Geschäft. Während vor dem 2. Weltkrieg Fehlbeträge im langfristigen Geschäft überwiegend durch Bankguthaben gedeckt wurden, konnten nach dem 2. Weltkrieg derartige Fehlbeträge überwiegend durch Giroeinlagenzuflüsse ausgeglichen werden.

Aus unserer Untersuchung ergibt sich außerdem, daß die als liquide Mittel geltenden Wertpapiere zum Ausgleich von saisonmäßig oder krisenhaft bedingten Betriebsmittelfehlbeträgen im kurz- oder langfristigen Sparkassengeschäft normalerweise nicht herangezogen werden. Die Wertpapiere üben somit im allgemeinen keine Liquiditätsfunktion aus und haben als Liquiditätsreserve nur eine geringe Bedeutung. Bei besonders stark auftretenden Liquiditätsspannungen war den Sparkassen

bisher ein Rückgriff auf ihre Wertpapiere versperrt, da entweder keine geeigneten Wertpapiere vorhanden waren oder die Notenbank die Hilfe verweigerte.

Unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeitstransformation läßt sich feststellen, daß die Sparkassen langfristig gesehen eine geringe negative Fristigkeitstransformation vornehmen, die im wesentlichen durch die Anlage- und Liquiditätsvorschriften und das Verhalten zur Wertpapieranlage bestimmt wird. Trotz der strengen Anlage- und Liquiditätsvorschriften sind die Sparkassen jedoch kurzfristig sehr beweglich und es zeigte sich, daß kurzfristig sowohl positive als auch äußerst stark negative Fristigkeitstransformationen stattfinden können.

Da die Sparkassen eine bedeutende Stellung im westdeutschen Bankensystem einnehmen[33] und ihr langfristiges Aktivgeschäft vorwiegend dem kreditabhängigen Investitionsbereich zufließt, stellt ihr Transformationsverhalten ein starkes konjunkturveränderndes Moment dar[34]. Eine hohe langfristige Anlage der Spareinlagen und unter Umständen eine langfristige Anlage der Giroeinlagen stellt einen bedeutenden Auftriebsfaktor dar und vermag in Depressionszeiten in sehr großem Maße stimulierend zu wirken. In der Hochkonjunktur und der Vollbeschäftigung hingegen wirkt die hohe langfristige Anlage der Spareinlagen inflationsbegünstigend. Starke negative Fristigkeitstransformationen haben hingegen eine konjunkturell beruhigende Wirkung. Außerdem können die Sparkassen durch eine größere Fristigkeitstransformation zur Be-

---

33) So verwalteten die Sparkassen ab 1955 rd. 40% aller Einlagen und rd. 60% aller Spareinlagen Westdeutschlands und Westberlins. (Vgl. Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, a.a.O., Sachgruppen 341-343.) Die Spareinlagenbildung bei den Sparkassen betrug 1960 - 1962 rd. 1/3 der gesamten institutionellen privaten Geldkapitalbildung. (Vgl. Jahresberichte des DSGV 1961, S.10 und 1962, S.9.)

34) Die Lehre von den konjunkturverändernden Momenten wurde von Stucken entwickelt. Konjunkturverändernde Momente sind dabei die Faktoren, die geeignet sind, die Konjunktur zu verbessern oder zu verschlechtern. (Vgl. Stucken, R.: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, a.a.O.; derselbe: Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, Sonderdruck, München 1933.)

seitigung des tendenziellen Auseinanderklaffens von Einlagenbildung und kurzfristiger Kreditnahme beim Reicherwerden der deutschen Volkswirtschaft beitragen.

Aus diesen Überlegungen ging hervor, daß die Sparkassen mit ihrem Transformationsverhalten ausgleichend auf die wirtschaftlichen Bewegungsvorgänge wirken sollten, wozu sie von den Sparkassenverbänden beraten und unterstützt werden könnten. Voraussetzung hierzu wäre allerdings eine genügend elastische Gestaltung der Anlage- und Liquiditätsvorschriften und der Grundsätze des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen.

Tabelle I: Die Jahresbilanzen der deutschen Sparkassen 1913 und 1924 - 1926 - in Mio.RM -[1]

| | 1913 | 1924 | 1925 | 1926 |
|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | 410 | 319 | 518 | 775 |
| Wechsel[2] | 100 | 119 | 249 | 192 |
| private Debitoren | 462 | 779 | 1.314 | 1.637 |
| kurzfr.Kommunalkredite[3] | - | - | - | - |
| kurzfristige Aktiva | 972 | 1.217 | 2.081 | 2.604 |
| Wertpapiere | 3.891 | 21 | 63 | 573 |
| Hypotheken | 12.686 | 78 | 372 | 995 |
| langfr.Kommunalkredite[4] | 2.180 | 60 | 178 | 367 |
| langfristige Aktiva | 18.757 | 159 | 613 | 1.935 |
| Barreserve[5] | 231 | 48 | 63 | 114 |
| sonst. Aktivposten[6] | 163 | 112 | 118 | 176 |
| sonstige Aktiva | 394 | 160 | 181 | 290 |
| Bilanzsumme | 20.123 | 1.536 | 2.875 | 4.829 |
| Giro- usw.-Einlagen | 70 | 643 | 811 | 1.094 |
| Bankschulden[7] | 58 | 84 | 147 | 155 |
| Akzepte | - | - | - | - |
| kurzfristige Passiva | 128 | 727 | 958 | 1.249 |
| Spareinlagen | 18.968 | 595 | 1.693 | 3.182 |
| langfristige Passiva | 18.968 | 595 | 1.693 | 3.182 |
| Reserven | 936 | 55 | 97 | 143 |
| sonst. Passivposten[6] | 91 | 159 | 127 | 255 |
| sonstige Passiva | 1.027 | 214 | 224 | 398 |
| Bilanzsumme | 20.123 | 1.536 | 2.875 | 4.829 |

Quellen: Für das Jahr 1913: Deutscher Sparkassenkalender 1938, hrsg. v.DSGV Berlin, S.370.
Für die Jahre 1924-1926: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 56.Jhg. 1937, S.384 f.
Anmerkungen umseitig.

Anmerkungen zu Tabellen I u.II:

1) 1913: Neues Reichsgebiet mit Saarland; 1923-1933: Neues Reichsgebiet ohne Saarland und ohne Aufwertungsrechnung; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet.

2) Einschl. Schecks sowie Schatzwechsel und unverzinslicher Schatzanweisungen des Reichs und der Länder. Bis 1929 ohne, ab 1930 einschl.Wechsel mit wechselmäßiger Verpflichtung öffentlich-rechtlicher Körperschaften (Kommunalwechsel).

3) Bis zum Jahre 1929 erfolgte kein gesonderter Ausweis der Kommunalkredite nach kurz- und langfristig. Bei der erstmaligen Aufteilung dieser Position in den kurz- und langfristigen Anteil im Jahre 1930 waren von 1.724 Mio.RM 424 Mio.RM oder rd. 24% kurzfristig.

4) Bis zum Jahre 1929 einschl. der kurzfristigen Kommunalkredite s.Anm.3).

5) Kasse einschl. des Bestandes an fremden Geldsorten und fälligen Zins- und Dividendenscheinen sowie einschl. der Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.

6) Vom Jahre 1930 an sind in den sonstigen Aktiv- und Passivposten auch die durchlaufenden Kredite und die Weiterleitungskredite enthalten, die bisher zum größten Teil unter den eigenen Ausleihungen bzw. Bankschulden ausgewiesen wurden.

7) Einschl. der Anleihen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die keine Geldanstalten sind; diese Anleihen betrugen Ende 1928 46 Mio.RM oder 17% und 1929 48 Mio.RM oder 19% der Position "Bankschulden". (Vgl. Jahrbuch des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1931/1932, S.234 f. und S.238 f.)

| | 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 | 1932 | 1933 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | 758 | 1.271 | 1.161 | 1.391 | 856 | 1.039 | 1.562 |
| Wechsel [2] | 207 | 300 | 337 | 336 | 164 | 145 | 197 |
| private Debitoren | 1.951 | 2.149 | 2.259 | 2.197 | 1.989 | 1.829 | 1.756 |
| kurzfr.Kommunalkredite [3] | - | - | - | 424 | 433 | 427 | 329 |
| kurzfristige Aktiva | 2.916 | 3.720 | 3.757 | 4.348 | 3.442 | 3.440 | 3.844 |
| Wertpapiere | 889 | 1.142 | 1.413 | 1.755 | 1.903 | 1.781 | 1.953 |
| Hypotheken | 2.021 | 3.044 | 4.058 | 4.852 | 5.248 | 5.446 | 5.639 |
| langfr.Kommunalkredite [4] | 604 | 956 | 1.513 | 1.328 | 1.407 | 1.427 | 1.512 |
| langfristige Aktiva | 3.514 | 5.142 | 6.984 | 7.935 | 8.558 | 8.654 | 9.104 |
| Barreserve [5] | 145 | 170 | 171 | 154 | 141 | 120 | 133 |
| sonst. Aktivposten [6] | 663 | 1.006 | 1.237 | 1.309 | 1.682 | 1.542 | 1.467 |
| sonstige Aktiva | 808 | 1.176 | 1.408 | 1.463 | 1.823 | 1.662 | 1.600 |
| Bilanzsumme | 7.238 | 10.038 | 12.149 | 13.746 | 13.823 | 13.756 | 14.548 |
| Giro- usw.Einlagen | 1.235 | 1.423 | 1.401 | 1.497 | 1.292 | 1.112 | 1.263 |
| Bankschulden [7] | 264 | 269 | 248 | 247 | 356 | 243 | 141 |
| Akzepte | - | - | - | - | 542 | 670 | 355 |
| kurzfristige Passiva | 1.499 | 1.692 | 1.649 | 1.744 | 2.190 | 2.025 | 1.759 |
| Spareinlagen | 4.839 | 7.205 | 9.224 | 10.670 | 10.064 | 10.164 | 11.149 |
| langfristige Passiva | 4.839 | 7.205 | 9.224 | 10.670 | 10.064 | 10.164 | 11.149 |
| Reserven | 212 | 256 | 301 | 370 | 455 | 523 | 638 |
| sonst. Passivposten [6] | 688 | 885 | 975 | 962 | 1.114 | 1.044 | 1.002 |
| sonstige Passiva | 900 | 1.141 | 1.276 | 1.332 | 1.569 | 1.567 | 1.640 |
| Bilanzsumme | 7.238 | 10.038 | 12.149 | 13.746 | 13.823 | 13.756 | 14.548 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 56. Jhg. 1937, S. 384 f.

Anmerkungen: Wie bei Tabelle I.

Tabelle III: Die Jahresbilanzen der deutschen Sparkassen 1933 - 1938 -in Mio RM- [1]

| | 1933[2] | 1934 | 1935 | 1936[3] | 1936[3] | 1937 | 1938 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben[4] | 1.695 | 2.018 | 2.168 | 2.469 | 2.469 | 3.101 | 3.487 |
| Wechsel u. Schecks[5] | 128 | 146 | 148 | 183 | 183 | 220 | 177 |
| Schatzwechsel [6] | 93 | 193 | 305 | 332 | 332 | 336 | 367 |
| private Debitoren[7] | 1.979 | 1.892 | 1.840 | 1.748 | 1.748 | 1.725 | 1.717 |
| kurzfr.Kommunalkredite[8] | 399 | 186 | 108 | 72 | 72 | 26 | 21 |
| kurzfristige Aktiva | 4.294 | 4.435 | 4.569 | 4.804 | 4.804 | 5.408 | 5.769 |
| Wertpapiere | 2.176 | 2.772 | 3.649 | 4.326 | 4.326 | 5.231 | 6.883 |
| Hypotheken | 6.401 | 6.553 | 6.676 | 6.882 | 6.882 | 7.218 | 7.605 |
| langfr.Kommunalkredite | 1.593 | 1.516 | 1.531 | 1.424 | 1.424 | 1.354 | 1.261 |
| langfristige Aktiva | 10.170 | 10.841 | 11.856 | 12.632 | 12.632 | 13.803 | 15.749 |
| Barreserve [9] | 147 | 151 | 168 | 177 | 177 | 199 | 230 |
| sonstige Aktivposten | 1.083 | 1.006 | 880 | 726 | 726 | 718 | 723 |
| sonstige Aktiva | 1.230 | 1.157 | 1.048 | 903 | 903 | 917 | 953 |
| Bilanzsumme | 15.694 | 16.433 | 17.473 | 18.339 | 18.339 | 20.128 | 22.471 |
| Giro- usw.-Einlagen | 1.600 | 1.775 | 2.024 | 2.375 | 2.375 | 2.664 | 2.987 |
| Bankschulden | 240 | 241 | 212 | 163 | 51 | 28 | 8 |
| Akzepte | 360 | 166 | 30 | - | - | - | - |
| kurzfristige Passiva | 2.200 | 2.182 | 2.266 | 2.538 | 2.426 | 2.692 | 2.995 |
| Spareinlagen [10] | 12.095 | 12.799 | 13.803 | 14.615 | 14.614 | 16.062 | 18.009 |
| Anleihen u.Hypotheken | - | - | - | - | 112 | 98 | 71 |
| langfristige Passiva | 12.095 | 12.799 | 13.803 | 14.615 | 14.727 | 16.160 | 18.080 |
| Reserven | 688 | 734 | 780 | 868 | 868 | 977 | 1.095 |
| sonstige Passivposten | 711 | 718 | 624 | 318 | 318 | 299 | 301 |
| sonstige Passiva | 1.399 | 1.452 | 1.404 | 1.186 | 1.186 | 1.276 | 1.396 |
| Bilanzsumme | 15.694 | 16.433 | 17.473 | 18.339 | 18.339 | 20.128 | 22.471 |

Quellen und Anmerkungen siehe umseitig.

Quellen: Für die Jahre 1933-1936: Statistik des Deutschen Reiches, Band 516, a.a.O., S.18 f.und S.25.
Für die Jahre 1936-1938: Statistik des Deutschen Reiches, Band 546, a.a.O., S.14 ff. und S.42 ff.

Anmerkungen:

1) Einschl. der sächsischen Girokassen (einschl. der Stadt- und Girobank Leipzig und der Chemnitzer Girobank),der Kommunalbanken und der saarländischen Sparkassen; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet.
2) Mangels einer Jahresstatistik der sächsischen Girokassen (einschl. Stadt und Girobank Leipzig und Chemnitzer Girobank), der Kommunalbanken und der saarländischen Sparkassen für 1933 sind für diese Institute hier die jeweiligen Zahlen der Zweimonatsbilanzstatistik für den 31.Dezember eingesetzt.
3) Im Jahre 1936 wurden erstmals die kurz- und langfristigen Bankschulden getrennt ausgewiesen. Zur Wahrung der Bilanzkontinuität wurde deshalb die Bilanz 1936 zweimal dargestellt.
4) Einschl.Bankdebitoren.
5) Einschl. Kommunalwechsel, ausgenommen das Jahr 1933.
6) Einschl. unverzinslicher Schatzanweisungen.
7) Ohne Bankdebitoren.
8) Ab 1937 alle Kommunalkredite in laufender Rechnung.
9) Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine, Guthaben auf Reichsbankgiro- und Postscheckkonto, ab 1936 auch einschl. Schecks. Die Schecks waren bis 1935 bei den Wechseln erfaßt. Sie beliefen sich Ende 1936 auf 3,8 Mio.RM.
10) In den Spareinlagen für 1935 sind erstmals die Spareinlagen der sächsischen Girokassen (einschl.Stadt- und Girobank Leipzig und Chemnitzer Girobank) mit 27,7 Mio.RM enthalten, die vorher bei den Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen nachgewiesen wurden.

Tabelle IV: Die Zwischenausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik 1948-1953

- in Mio.DM - [1]

| | 20.6.1948 | 21.6.1948 | 1949 | 1950 | 1951 | 1952 | 1953 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben [2] | 22.371 | - | 408 | 447 | 735 | 1.277 | 1.616 |
| Wechsel | 52 | 5 | 185 | 257 | 349 | 591 | 809 |
| Schatzwechsel [3] | 88 | - | 21 | 50 | 50 | 109 | 53 |
| Debitoren | 195 | 2 | 1.392 | 1.987 | 1.996 | 2.602 | 3.438 |
| kurzfristige Aktiva | 22.706 | 7 | 2.006 | 2.741 | 3.130 | 4.579 | 5.916 |
| Wertpapiere | 30.322 | 57 | . | 104 | 137 | 259 | 497 |
| Ausgleichsforderungen | - | 2.765 | 2.506 | 2.509 | 2.565 | 2.677 | 2.695 |
| Deckungsforderungen | - | - | - | - | - | - | 272 |
| lgfr.Ausleihg.gg.Grundpfandr. | 3.089 | 292 | 367 | 1.011 | 1.440 | 1.918 | 2.794 |
| lgfr.Ausleihg.gg.Kommunaldeck. | 234 | 22 | 37 | 156 | 250 | 400 | 665 |
| sonst.langfr.Ausleihungen | - | - | | 133 | 269 | 421 | 690 |
| langfristige Aktiva | 33.645 | 3.136 | | 3.913 | 4.661 | 5.675 | 7.613 |
| Barreserve [4] | 8.314 | 830 | 382 | 557 | 796 | 861 | 1.012 |
| sonstige Aktivposten | 551 | 157 | . | 600 | 839 | 1.075 | 1.350 |
| sonstige Aktiva | 8.865 | 987 | | 1.157 | 1.635 | 1.936 | 2.362 |
| Bilanzsumme | 65.216 | 4.130 | | 7.811 | 9.426 | 12.190 | 15 891 |
| Sicht- u.Termineinlagen [5] | 14.701 | 1.363 | 2.760 | 3.403 | 4.146 | 4.980 | 5.704 |
| Nostroverpflichtungen | 24 | - | 314 | 434 | 306 | 253 | 213 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 120 | - | 39 | 57 | 24 | 17 | 14 |
| kurzfristige Passiva | 14.845 | 1.363 | 3.113 | 3.894 | 4.476 | 5.250 | 5.931 |
| Spareinlagen | 47.749 | 2.195 | 2.117 | 2.777 | 3.301 | 4.850 | 7.326 |
| aufgenommene lgfr.Darlehen | 5 | 1 | 91 | 350 | 538 | 700 | 898 |
| langfristige Passiva | 47.754 | 2.196 | 2.208 | 3.127 | 3.839 | 5.550 | 8.224 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 2.013 | 231 | 198 | 210 | 229 | 247 | 300 |
| sonstige Passivposten [6] | 604 | 340 | . | 580 | 882 | 1.143 | 1.436 |
| sonstige Passiva | 2.617 | 571 | | 790 | 1.111 | 1.390 | 1.736 |
| Bilanzsumme | 65.216 | 4.130 | | 7.811 | 9.426 | 12.190 | 15.891 |

Quellen und Anmerkungen umseitig.

Quellen und Anmerkungen zu Tabellen IV und V:

Tabelle IV:

Quellen:

Für 20. und 21.6.1948 und 1949: Die Sparkassen in Zahlen, 3. Auflage, a.a.O., Sachgruppe 21, S. 1 u.2.

Für 1950: Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956, a.a.O., S. 49 ff.

Für 1951-1953: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S. 174 ff.

Anmerkungen:

1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet.

2) 1948 und 1949 einschl. Postscheckguthaben.

3) Einschl. unverzinslicher Schatzanweisungen.

4) Kasse, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank (bzw. Landeszentralbank), Postscheckguthaben, Schecks, Inkassowechsel und fällige Zins- und Dividendenscheine.

5) Bis 1953 einschl. Anlagekonten. Am 21.6.1948 befanden sich in dieser Position außerdem 563,2 Mio.DM Geschäfts- und Kopfbeträge.

6) Die in dieser Position erfaßte Sammelwertberichtigung wird seit Februar 1952 von allen Instituten passiviert; vorher konnte sie auch von den Positionen der Aktivseite abgesetzt werden.

Tabelle V:

Quellen:

Für 1954: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S. 174 ff.

Für 1955-1958: Monatsberichte der BdL und der BBk.

Anmerkungen:

1)-6) Wie bei Tabelle IV.

7) Von hier ab einschl. Westberlin.

Tabelle V: Die Zwischenausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik 1954-1958 [1]
- in Mio.DM -

| | 1954 | 1955 | 1956 | 1957 | 1957 [7] | 1958 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben [2] | 1.993 | 1.890 | 2.321 | 4.221 | 4.338 | 5.140 |
| Wechsel | 1.002 | 1.112 | 1.212 | 1.349 | 1.350 | 1.437 |
| Schatzwechsel [3] | 53 | 67 | 93 | 149 | 157 | 140 |
| Debitoren | 4.163 | 4.650 | 4.745 | 4.985 | 5.076 | 5.356 |
| kurzfristige Aktiva | 7.211 | 7.719 | 8.371 | 10.704 | 10.921 | 12.073 |
| Wertpapiere | 992 | 1.350 | 1.383 | 1.875 | 1.970 | 3.992 |
| Ausgleichsforderungen | 2.691 | 2.661 | 2.624 | 2.574 | 2.623 | 2.573 |
| Deckungsforderungen | 913 | 996 | 1.048 | 1.068 | 1.110 | 1,093 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Grundpfandr. | 3.888 | 5.326 | 6.486 | 7.419 | 7.592 | 8.832 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeck. | 955 | 1.317 | 1.833 | 3.552 | 3.596 | 4.761 |
| sonst.langfrist.Ausleihungen | 880 | 1.167 | 1.254 | | | |
| langfristige Aktiva | 10.319 | 12.817 | 14.628 | 16.488 | 16.891 | 21.251 |
| Barreserve [4] | 1.157 | 1.470 | 1.623 | 2.283 | 2.327 | 2.730 |
| sonstige Aktivposten | 1.983 | 2.602 | 3.146 | 3.691 | 3.742 | 4.182 |
| sonstige Aktiva | 3.140 | 4.072 | 4.769 | 5.974 | 6.069 | 6.912 |
| Bilanzsumme | 20.670 | 24.608 | 27.768 | 33.166 | 33.881 | 40.236 |
| Sicht- u.Termineinlagen [5] | 6.212 | 6.658 | 7.117 | 8.746 | 8.849 | 10.268 |
| Nostroverpflichtungen | 170 | 207 | 250 | 202 | 202 | 170 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 13 | 16 | 9 | 3 | 3 | 1 |
| kurzfristige Passiva | 6.395 | 6.881 | 7.376 | 8.951 | 9.054 | 10.439 |
| Spareinlagen | 10.739 | 13.248 | 15.113 | 18.154 | 18.665 | 22.882 |
| aufgenommene lgfr. Darlehen | 1.019 | 1.197 | 1.330 | 1.521 | 1.538 | 1.610 |
| langfristige Passiva | 11.758 | 14.445 | 16.443 | 19.675 | 20.203 | 24.492 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 367 | 509 | 717 | 907 | 914 | 1.107 |
| sonstige Passivposten [6] | 2.150 | 2.773 | 3.232 | 3.633 | 3.710 | 4.198 |
| sonstige Passiva | 2.517 | 3.282 | 3.949 | 4.540 | 4.624 | 5.305 |
| Bilanzsumme | 20.670 | 24.608 | 27.768 | 33.166 | 33.881 | 40.236 |

Tabelle VI: Die Zwischenausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik 1959-1962 - in Mio.DM - [1]

| | 1959 | 1959[7] | 1960 | 1961 | 1962 |
|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben[2] | 5.042 | 5.278 | 5.572 | 6.833 | 7.234 |
| Wechsel | 1.467 | 1.501 | 1.766 | 1.963 | 2.089 |
| Schatzwechsel[3] | 104 | 124[8] | 119 | 222 | 158 |
| Debitoren | 6.100 | 6.197 | 6.932 | 7.697 | 9.060 |
| kurzfr. Aktiva | 12.713 | 13.100 | 14.389 | 16.715 | 18.541 |
| Wertpapiere | 5.812 | 5.938 | 6.057 | 7.627 | 9.433 |
| Ausgleichsforderung. | 2.542 | 2.542 | 2.520 | 2.441 | 2.397 |
| Deckungsforderungen | 1.065 | 1.065 | 1.031 | 1.006 | 1.092 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Grundpfandrechte | 11.255 | 11.799 | 14.590 | 17.157 | 20.182 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung) sonst.lgfr.Ausleihg) | 6.090 | 6.169 | 7.411 | 8.894 | 10.170 |
| langfr. Aktiva | 26.764 | 27.513 | 31.609 | 37.125 | 43.274 |
| Barreserve[4] | 3.285 | 3.367 | 4.994 | 4.172 | 4.615 |
| sonst.Aktivposten | 4.484 | 4.586 | 5.039 | 5.508 | 5.990 |
| sonstige Aktiva | 7.769 | 7.953 | 10.033 | 9.680 | 10.605 |
| Bilanzsumme | 47.246 | 48.566 | 56.031 | 63.520 | 72.420 |
| Sicht- u. Termineinlagen[5] | 11.391 | 11.653 | 12.912 | 14.693 | 16.531 |
| Nostroverpflichtung. | 233 | 233 | 216 | 230 | 251 |
| eig. Akzepte i.Uml. | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 |
| kurzfr. Passiva | 11.625 | 11.887 | 13.130 | 14.924 | 16.783 |
| Spareinlagen | 27.958 | 28.516 | 33.724 | 38.525 | 44.407 |
| aufgen.lgfr.Darlehen | 1.691 | 2.072 | 2.444 | 2.688 | 3.000 |
| langfr. Passiva | 29.649 | 30.588 | 36.168 | 41.213 | 47.407 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.362 | 1.390 | 1.720 | 2.045 | 2.431 |
| sonst.Passivposten[6] | 4.610 | 4.701 | 5.013 | 5.338 | 5.799 |
| sonstige Passiva | 5.972 | 6.091 | 6.733 | 7.383 | 8.230 |
| Bilanzsumme | 47.246 | 48.566 | 56.031 | 63.520 | 72.420 |

Quellen: Monatsberichte der BBk.

Anmerkungen: 1) Einschl. Westberlin; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet.
2)-6) Wie bei Tabellen IV.
7) Von hier ab einschl. Saarland.
8) Von hier ab einschl. Kassenobligationen.

Tabelle VII: Ausgewählte Zweimonatsbilanzen der deutschen Sparkassen von Anfang 1929 - Ende 1930 -in Mio.RM-[1]

| | 30.4.1929 | 30.6.1929 | 31.8.1930 | 31.10.30 |
|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben[2] | 1.526 | 1.298 | 1.573 | 1.418 |
| Wechsel [3] | 341 | 330 | 329 | 315 |
| private Debitoren[4] | 2.201 | 2.266 | 2.316 | 2.344 |
| kurzfristige Aktiva | 4.068 | 3.894 | 4.218 | 4.077 |
| Wertpapiere | 1.358 | 1.373 | 1.703 | 1.759 |
| Hypotheken | 3.459 | 3.633 | 4.624 | 4.767 |
| Kommunalkredite | 1.031 | 1.104 | 1.589 | 1.641 |
| langfristige Aktiva | 5.848 | 6.110 | 7.916 | 8.167 |
| Barreserve [5] | 98 | 95 | 103 | 102 |
| sonst.Aktivposten | 722 | 768 | 904 | 957 |
| sonstige Aktiva | 820 | 863 | 1.007 | 1.059 |
| Bilanzsumme | 10.736 | 10.867 | 13.141 | 13.303 |
| Giro- usw.-Einlagen | 1.481 | 1.390 | 1.536 | 1.466 |
| Bankschulden [6] | 356 | 368 | 333 | 319 |
| kurzfristige Passiva | 1.837 | 1.758 | 1.869 | 1.785 |
| Spareinlagen [7] | 7.956 | 8.096 | 10.011 | 10.111 |
| langfristige Passiva | 7.956 | 8.096 | 10.011 | 10.111 |
| Reserven | 290 | 291 | 360 | 360 |
| sonst.Passivposten | 653 | 722 | 901 | 1.047 |
| sonstige Passiva | 943 | 1.013 | 1.261 | 1.407 |
| Bilanzsumme | 10.736 | 10.867 | 13.141 | 13.303 |

Quellen: Wirtschaft und Statistik,9.Jhg.1929, H.21,S.896; 11.Jhg. 1931, H.4, S.172.

Anmerkungen: 1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. Die Bilanzen der Sparkassen, die nicht berichtet haben, wurden geschätzt. 2) Einschl. der Schuldscheindarlehen an die eigene GZ. 3) Einschl. Schecks und des Bestandes an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches und der Länder. 4) Kredite gegen satzungsmäßige Sicherheit, insbesondere gegen Bürgschaft, Wechsel mit wenigstens zwei Unterschriften, Faustpfand oder Sicherungshypothek; Kredite ohne weitere Sicherheit, Kredite an Genossenschaften. 5) Kasse, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken und Bestand an Sorten und Zins- und Dividendenscheinen. 6) Einschl. der Anleihen solcher öffentlich-rechtlicher Körperschaften, die keine Geldanstalten sind. 7) Die Unterschiede gegenüber der monatlichen Einlagenstatistik erklären sich vorwiegend dadurch,daß die württembergischen Sparkassen seit Juni 1929 in der monatlichen Einlagenstatistik auch die Aufwertungsspareinlagen nachweisen, während in der Zweimonatsbilanzstatistik die Aufwertungsmasse noch nicht erfaßt wird.

Tabelle VIII: Ausgewählte Zweimonatsbilanzen der deutschen Sparkassen von Ende 1930 - Ende 1932 -in Mio.RM [1]

| | 31.12.1930 | 30.4.31 | 31.8.31 | 31.12.31 | 31.8.32 | 31.12.32 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben [2] | 1.454 | 1.698 | 1.100 | 892 | 947 | 1.060 |
| Schatz-u.Kommunalwechsel [3] | 109 | 166 | 104 | 63 | 52 | 55 |
| sonstige Wechsel u.Schecks | 230 | 214 | 140 | 106 | 107 | 95 |
| kurzfr.Kommunalkredite | 420 | 412 | 423 | 422 | 436 | 423 |
| private Debitoren [4] | 2.135 | 2.101 | 2.026 | 1.930 | 1.809 | 1.773 |
| kurzfristige Aktiva | 4.348 | 4.591 | 3.793 | 3.413 | 3.351 | 3.406 |
| Wertpapiere | 1.749 | 1.839 | 1.903 | 1.916 | 1.915 | 1.810 |
| Hypotheken | 4.850 | 5.037 | 5.144 | 5.246 | 5.458 | 5.472 |
| langfr.Kommunalkredite | 1.306 | 1.351 | 1.399 | 1.395 | 1.407 | 1.420 |
| langfristige Aktiva | 7.905 | 8.227 | 8.446 | 8.557 | 8.780 | 8.702 |
| Barreserve [5] | 144 | 112 | 107 | 127 | 89 | 106 |
| sonstige Aktivposten | 1.273 | 1.376 | 1.578 | 1.840 | 1.514 | 1.671 |
| sonstige Aktiva | 1.417 | 1.488 | 1.685 | 1.967 | 1.603 | 1.777 |
| Bilanzsumme | 13.670 | 14.306 | 13.924 | 13.937 | 13.734 | 13.885 |
| Giro- usw.-Einlagen | 1.442 | 1.418 | 1.244 | 1.204 | 1.216 | 1.108 |
| Bankschulden | 225 | 246 | 369 | 346 | 349 | 253 |
| Akzepte | - | - | 15 | 493 | 644 | 657 |
| kurzfristige Passiva | 1.667 | 1.664 | 1.628 | 2.043 | 2.209 | 2.018 |
| Spareinlagen [6] | 10.322 | 11.103 | 10.446 | 9.677 | 9.707 | 9.871 |
| langfristige Passiva | 10.322 | 11.103 | 10.446 | 9.677 | 9.707 | 9.871 |
| Reserven | 364 | 427 | 432 | 449 | 528 | 535 |
| sonstige Passivposten | 1.317 | 1.112 | 1.418 | 1.768 | 1.290 | 1.461 |
| sonstige Passiva | 1.681 | 1.539 | 1.850 | 2.217 | 1.818 | 1.996 |
| Bilanzsumme | 13.670 | 14.306 | 13.924 | 13.937 | 13.734 | 13.885 |

Quellen: Wirtschaft und Statistik, 12.Jhg.1932, H.11,S.353; 13.Jhg.1933,H.3,S.92, H.16,S.515.
Anmerk.: 1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. 2) Einschl.der Schuldscheindarlehen an die eigene GZ. 3) Einschl.des Bestandes an unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches und der Länder. 4)-6) vgl. Anmerk.4) 5) u.7) in Tabelle VII.

Tabelle IX: Ausgewählte Zweimonatsbilanzen der deutschen Sparkassen von Ende 1933 - Mitte 1935 - in Mio.RM [1]

| | 31.12.1933 | 30.4.34 | 30.6.34 | 31.12.34 | 30.4.35 | 29.6.35 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben [2] | 1.562 | 1.852 | 1.751 | 1.891 | 2.130 | 2.025 |
| Schatzwechsel [3] | 89 | 147 | 160 | 191 | 264 | 284 |
| sonstige Wechsel u.Schecks [4] | 104 | 120 | 121 | 115 | 129 | 136 |
| kurzfr.Kommunalkredite [5] | 350 | 242 | 210 | 142 | 128 | 117 |
| private Debitoren [6] | 1.752 | 1.779 | 1.776 | 1.727 | 1.729 | 1.723 |
| kurzfristige Aktiva | 3.857 | 4.140 | 4.018 | 4.066 | 4.380 | 4.285 |
| Wertpapiere | 1.884 | 2.223 | 2.360 | 2.695 | 3.072 | 3.194 |
| Hypotheken | 5.555 | 5.872 | 5.914 | 6.434 | 6.474 | 6.501 |
| langfr.Kommunalkredite | 1.461 | 1.451 | 1.415 | 1.402 | 1.421 | 1.437 |
| langfristige Aktiva | 8.900 | 9.546 | 9.689 | 10.531 | 10.967 | 11.132 |
| Barreserve [7] | 120 | 88 | 89 | 128 | 109 | 103 |
| sonstige Aktivposten | 1.651 | 1.384 | 1.422 | 1.150 | 903 | 913 |
| sonstige Aktiva | 1.771 | 1.472 | 1.511 | 1.278 | 1.012 | 1.016 |
| Bilanzsumme | 14.528 | 15.158 | 15.218 | 15.875 | 16.359 | 16.433 |
| Giro- usw.-Einlagen | 1.226 | 1.341 | 1.342 | 1.430 | 1.565 | 1.569 |
| Bankschulden | 156 | 140 | 151 | 134 | 123 | 122 |
| Akzepte | 332 | 250 | 233 | 157 | 78 | 68 |
| kurzfristige Passiva | 1.714 | 1.731 | 1.726 | 1.721 | 1.766 | 1.759 |
| Spareinlagen [8] | 10.829 | 11.694 | 11.682 | 12.327 | 13.101 | 13.139 |
| langfristige Passiva | 10.829 | 11.694 | 11.682 | 12.327 | 13.101 | 13.139 |
| Reserven | 595 | 708 | 725 | 733 | 881 | 902 |
| sonstige Passivposten | 1.390 | 1.025 | 1.085 | 1.054 | 611 | 633 |
| sonstige Passiva | 1.985 | 1.733 | 1.810 | 1.827 | 1.492 | 1.535 |
| Bilanzsumme | 14.528 | 15.158 | 15.218 | 15.875 | 16.359 | 16.433 |

Quellen: Wirtschaft und Statistik, 14.Jhg.1934, H.19,S.655 u.15.Jhg.1935,H.19,S.733.
Anmerk.: 1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. 2) Einschl.der Schuldscheindarlehen an die eigene Girozentrale. 3) Einschl.des Bestandes an unverzinslichen Schatzanweisungen des Reiches und der Länder; bis 30.6.1934 auch einschl.Kommunalwechsel. 4) Ohne Kommunalwechsel, die bis 30.6.1934 bei den Schatzwechseln und ab 31.12.34 bei den kurzfristigen Kommunalkrediten ausgewiesen sind. 5) Ab 31.12.34 einschl.Kommunalwechsel. 6)-8) vgl. Anmerkungen 4),5),7) in Tabelle VII.

Tabelle X: Ausgewählte Monatsausweise der deutschen Sparkassen von Mitte 1938 bis Ende 1939 -in Mio.RM- [1]

| | 31.8.1938 | 30.9.1938 | 30.6.1939 | 31.8.39 |
|---|---|---|---|---|
| Bankguthaben | 3.340 | 3.072 | 3.709 | 3.496 |
| Wechsel | 208 | 192 | 192 | 189 |
| Debitoren [2] | 2.071 | 2.081 | 2.178 | 2.201 |
| kurzfristige Aktiva | 5.619 | 5.345 | 6.079 | 5.886 |
| Wertpapiere [3] | 6.689 | 6.706 | 8.100 | 8.216 |
| Hypotheken | 7.491 | 7.537 | 7.668 | 7.702 |
| Kommunalkredite [4] | 1.313 | 1.308 | 1.232 | 1.219 |
| langfristige Aktiva | 15.493 | 15.551 | 17.000 | 17.137 |
| Barreserve [5] | 197 | 224 | 198 | 351 |
| sonstige Aktivposten | 842 | 876 | 845 | 863 |
| sonstige Aktiva | 1.039 | 1.100 | 1.043 | 1.214 |
| Bilanzsumme | 22.151 | 21.996 | 24.122 | 24.237 |
| Giro-usw.-Einlagen [6] | 3.120 | 2.993 | 3.359 | 3.447 |
| Nostroverpflichtung. | 12 | 37 | 11 | 17 |
| kurzfristige Passiva | 3.132 | 3.030 | 3.370 | 3.464 |
| Spareinlagen | 17.127 | 16.978 | 18.860 | 18.718 |
| aufgen.langfr.Darlehen | 77 | 77 | 62 | 62 |
| langfristige Passiva | 17.204 | 17.055 | 18.922 | 18.780 |
| Reserven nach § 11 KWG | 1.044 | 1.051 | 1.159 | 1.175 |
| sonstige Passivposten | 771 | 860 | 671 | 818 |
| sonstige Passiva | 1.815 | 1.911 | 1.830 | 1.993 |
| Bilanzsumme | 22.151 | 21.996 | 24.122 | 24.237 |

Quellen: Für 31.8.u.30.9.1938: Statistik des Deutschen Reiches, Band 533, a.a.O., S.80 ff.
Für 30.6.u.31.8.1939: Die Deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Statistischer Anhang Nr.6.

Anmerk.: 1) Altreich; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. 2) Einschl.Bankdebitoren, jedoch ohne Kommunaldebitoren (kurzfristige Kommunalkredite). 3) Einschl. unverzinsliche Schatzanweisungen. 4) Einschl.kurzfristige Kommunalkredite. 5) Kasse, fremde Geldsorten, Guthaben auf Reichsbankgiro- und Postscheckkonto, Schecks, fällige Zins- und Dividendenscheine. 6) Einschl.Einlagen deutscher Kreditinstitute.

Tabelle XI: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Mitte 1950 - Mai 1951

- in Mio.DM - [1]

| | Juni 1950 | Dez.50 | März 51 | Mai 51 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 600 | 446 | 403 | 506 |
| Wechsel | 248 | 253 | 251 | 269 |
| Schatzwechsel [2] | 80 | 50 | 42 | 39 |
| Debitoren | 1.700 | 1.939 | 1.983 | 1.918 |
| kurzfristige Aktiva | 2.628 | 2.688 | 2.679 | 2.732 |
| Wertpapiere | 78 | 103 | 111 | 118 |
| Ausgleichsforderungen | 2.416 | 2.455 | 2.463 | 2.507 |
| Deckungsforderungen | - | - | - | - |
| lgfr.Ausleihg.gegen Grundpfandrechte | 578 | 1.006 | 1.135 | 1.234 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung | 77 | 155 | 178 | 200 |
| sonst.lgfr.Ausleihung. | 84 | 132 | 152 | 199 |
| langfristige Aktiva | 3.233 | 3.851 | 4.039 | 4.258 |
| Barreserve [3] | 445 | 542 | 650 | 681 |
| sonst.Aktivposten | 517 | 593 | 648 | 707 |
| sonstige Aktiva | 962 | 1.135 | 1.298 | 1.388 |
| Bilanzsumme | 6.823 | 7.674 | 8.016 | 8.378 |
| Sicht-u.Termineinlagen [4] | 3.150 | 3.344 | 3.500 | 3.744 |
| Nostroverpflichtungen | 302 | 424 | 518 | 440 |
| eigene Akzepte i.Umlauf | 36 | 56 | 45 | 39 |
| kurzfristige Passiva | 3.488 | 3.824 | 4.063 | 4.223 |
| Spareinlagen | 2.599 | 2.731 | 2.717 | 2.809 |
| aufgenommene langfristige Darlehen | 180 | 348 | 408 | 441 |
| langfristige Passiva | 2.779 | 3.079 | 3.125 | 3.250 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 191 | 208 | 217 | 222 |
| sonstige Passivposten [5] | 365 | 563 | 611 | 683 |
| sonstige Passiva | 556 | 771 | 828 | 905 |
| Bilanzsumme | 6.823 | 7.674 | 8.016 | 8.378 |

Quelle: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S.174 ff.

Anm.: 1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. 2) Einschl.unverzinslicher Schatzanweisungen. 3) Kasse, Landeszentralbankguthaben, Postscheckguthaben, Schecks, Inkassowechsel, fällige Zins- und Dividendenscheine. 4) Bis 1953 einschl. Anlagekonten. 5) Die in dieser Position erfaßte Sammelwertberichtigung wird seit Februar 1952 von allen Instituten passiviert; vorher konnte sie auch von den Positionen der Aktivseite abgesetzt werden.

Tabelle XII: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Anfang 1953 - Ende 1956

- Mio.DM - [1]

| | Jan.1953 | Febr.1953 | Okt.1956 | Nov.1956 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 1.310 | 1.531 | 2.517 | 2.531 |
| Wechsel [2] | 602 | 628 | 1.198 | 1.198 |
| Schatzwechsel | 102 | 109 | 93 | 99 |
| Debitoren | 2.718 | 2.787 | 4.769 | 4.761 |
| kurzfristige Aktiva | 4.732 | 5.055 | 8.577 | 8.589 |
| Wertpapiere | 287 | 295 | 1.375 | 1.372 |
| Ausgleichsforderungen | 2.686 | 2.696 | 2.641 | 2.636 |
| Deckungsforderungen | - | - | 1.048 | 1.051 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Grundpfandrechte | 1.960 | 1.995 | 6.289 | 6.386 |
| lgfr.Ausleihg.gegen Kommunaldeckung | 416 | 447 | 1.757 | 1.801 |
| sonst.lgfr.Ausleihung. | 443 | 436 | 1.228 | 1.243 |
| langfristige Aktiva | 5.792 | 5.869 | 14.338 | 14.489 |
| Barreserve [3] | 832 | 801 | 1.636 | 1.620 |
| sonst. Aktivposten | 1.027 | 1.058 | 3.030 | 3.111 |
| sonstige Aktiva | 1.859 | 1.859 | 4.666 | 4.731 |
| Bilanzsumme | 12.383 | 12.783 | 27.581 | 27.809 |
| Sicht-u.Termineinlagen [4] | 5.035 | 5.285 | 7.170 | 7.401 |
| Nostroverpflichtungen | 231 | 179 | 251 | 259 |
| eigene Akzepte i.Umlauf | 14 | 13 | 12 | 8 |
| kurzfristige Passiva | 5.280 | 5.477 | 7.433 | 7.668 |
| Spareinlagen | 5.055 | 5.230 | 14.732 | 14.635 |
| aufgenommene langfristige Darlehen | 712 | 742 | 1.313 | 1.324 |
| langfristige Passiva | 5.767 | 5.972 | 16.045 | 15.959 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 251 | 255 | 699 | 705 |
| sonstige Passivposten [5] | 1.085 | 1.079 | 3.404 | 3.477 |
| sonstige Passiva | 1.336 | 1.334 | 4.103 | 4.182 |
| Bilanzsumme | 12.383 | 12.783 | 27.581 | 27.809 |

Quellen: Für Jan.u.Febr.1953: Statistisches Handbuch der BdL 1948-1954, a.a.O., S.174 ff.
Für Okt.u.Nov. 1956: Monatsberichte der BdL.

Anmerkungen: Wie bei Tabelle XI.

Tabelle XIII: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Januar 1957 bis Juni 1958 - in Mio.DM - [1]

| | Jan.57 | Okt.57 [4] | Nov.57 | Jan.58 | April 58 | Mai 58 | Juni 58 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 2.536 | 4.304 | 4.611 | 4.746 | 5.222 | 5.496 | 5.404 |
| Wechsel | 1.184 | 1.344 | 1.326 | 1.317 | 1.381 | 1.417 | 1.413 |
| Schatzwechsel [2] | 100 | 168 | 164 | 160 | 160 | 169 | 165 |
| Kassenobligationen | - | - | - | - | - | - | - |
| Debitoren | 4.754 | 5.060 | 5.147 | 5.142 | 5.260 | 5.290 | 5.429 |
| kurzfristige Aktiva | 8.574 | 10.876 | 11.248 | 11.365 | 12.023 | 12.372 | 12.411 |
| Wertpapiere | 1.392 | 1.805 | 1.893 | 2.100 | 2.557 | 2.731 | 2.815 |
| Ausgleichsforderungen | 2.621 | 2.638 | 2.636 | 2.622 | 2.618 | 2.615 | 2.608 |
| Deckungsforderungen | 1.050 | 1.111 | 1.113 | 1.114 | 1.119 | 1.120 | 1.120 |
| lgfr.Ausl.gegen Grundpfandrecht. | 6.549 | 7.399 | 7.471 | 7.617 | 7.802 | 7.891 | 7.982 |
| lgfr.Ausl.Kom.u.sonst. | 3.105 | 3.498 | 3.550 | 3.700 | 4.052 | 4.113 | 4.183 |
| langfristige Aktiva | 14.717 | 16.451 | 16.663 | 17.153 | 18.148 | 18.470 | 18.708 |
| Barreserve [3] | 1.648 | 2.139 | 2.223 | 2.234 | 2.467 | 2.505 | 2.562 |
| sonstige Aktivposten | 3.122 | 3.599 | 3.665 | 3.691 | 3.812 | 3.849 | 3.887 |
| sonstige Aktiva | 4.770 | 5.738 | 5.888 | 5.925 | 6.279 | 6.354 | 6.449 |
| Bilanzsumme | 28.061 | 33.065 | 33.799 | 34.443 | 36.450 | 37.196 | 37.568 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 7.158 | 8.680 | 9.147 | 8.971 | 9.682 | 10.125 | 10.018 |
| Nostroverpflichtungen | 225 | 243 | 222 | 181 | 204 | 175 | 175 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 10 | 4 | 4 | 3 | 3 | 2 | 2 |
| kurzfristige Passiva | 7.393 | 8.927 | 9.373 | 9.155 | 9.889 | 10.302 | 10.195 |
| Spareinlagen | 15.437 | 17.753 | 17.946 | 19.116 | 20.118 | 20.369 | 20.633 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | 1.339 | 1.512 | 1.523 | 1.602 | 1.621 | 1.620 | 1.612 |
| langfristige Passiva | 16.776 | 19.265 | 19.469 | 20.718 | 21.739 | 21.989 | 22.245 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 750 | 894 | 901 | 949 | 1.036 | 1.048 | 1.060 |
| sonstige Passivposten | 3.142 | 3.979 | 4.056 | 3.621 | 3.786 | 3.857 | 4.068 |
| sonstige Passiva | 3.892 | 4.873 | 4.957 | 4.570 | 4.822 | 4.905 | 5.128 |
| Bilanzsumme | 28.061 | 33.065 | 33.799 | 34.443 | 36.450 | 37.196 | 37.568 |

Quellen: Monatsberichte der BdL u.der BBk. Anm.: 1) Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- u.Passivposten verrechnet. 2) Einschl.unverzinslicher Schatzanweisungen. 3) Kasse, Landeszentralbankguthaben, Postscheckguthaben, Schecks, fällige Zins- und Dividendenscheine. 4) Von hier ab einschl. Westberlin.

Tabelle XIV: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Juli 1958 bis Juni 1959 - in Mio.DM - [1]

| | Juli 58 | Okt.58 | Nov.58 | Jan.59 | April 59 | Mai 59 | Juni 59 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 5.545 | 5.505 | 5.575 | 5.306 | 5.519 | 5.670 | 5.536 |
| Wechsel | 1.449 | 1.406 | 1.416 | 1.389 | 1.488 | 1.473 | 1.468 |
| Schatzwechsel [2] | 159 | 137 | 136 | 139 | 119 | 118 | 107 |
| Kassenobligationen | - | - | - | - | - | - | - |
| Debitoren | 5.315 | 5.422 | 5.488 | 5.407 | 5.616 | 5.716 | 5.848 |
| kurzfristige Aktiva | 12.468 | 12.470 | 12.615 | 12.241 | 12.742 | 12.977 | 12.359 |
| Wertpapiere | 3.027 | 3.724 | 3.907 | 4.336 | 5.026 | 5.185 | 5.337 |
| Ausgleichsforderungen | 2.593 | 2.590 | 2.588 | 2.579 | 2.578 | 2.578 | 2.568 |
| Deckungsforderungen | 1.121 | 1.125 | 1.126 | 1.094 | 1.097 | 1.098 | 1.099 |
| lgfr.Ausl.gg.Grundpfandrechte | 8.087 | 8.496 | 8.653 | 8.935 | 9.365 | 9.548 | 9.712 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald.u.sonst. | 4.309 | 4.542 | 4.607 | 4.890 | 5.153 | 5.217 | 5.339 |
| langfristige Aktiva | 19.137 | 20.477 | 20.881 | 21.834 | 23.219 | 23.626 | 24.055 |
| Barreserve [3] | 2.535 | 2.635 | 2.735 | 2.706 | 2.881 | 3.026 | 3.026 |
| sonstige Aktivposten | 3.911 | 4.097 | 4.152 | 4.149 | 4.187 | 4.217 | 4.248 |
| sonstige Aktiva | 6.446 | 6.732 | 6.887 | 6.855 | 7.068 | 7.243 | 7.274 |
| Bilanzsumme | 38.051 | 39.679 | 40.383 | 40.930 | 43.029 | 43.846 | 44.288 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 10.100 | 10.308 | 10.763 | 10.303 | 11.012 | 11.471 | 11.344 |
| Nostroverpflichtungen | 143 | 180 | 162 | 175 | 158 | 152 | 178 |
| eigene Akzepte im Umlauf | - | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| kurzfristige Passiva | 10.243 | 10.489 | 10.926 | 10.479 | 11.170 | 11.623 | 11.522 |
| Spareinlagen | 20.912 | 21.950 | 22.140 | 23.555 | 24.732 | 25.026 | 25.314 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | 1.630 | 1.642 | 1.638 | 1.628 | 1.648 | 1.644 | 1.645 |
| langfristige Passiva | 22.542 | 23.592 | 23.778 | 25.183 | 26.380 | 26.670 | 26.959 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.074 | 1.094 | 1.097 | 1.156 | 1.242 | 1.267 | 1.287 |
| sonstige Passivposten | 4.192 | 4.504 | 4.582 | 4.112 | 4.237 | 4.286 | 4.520 |
| sonstige Passiva | 5.266 | 5.598 | 5.679 | 5.268 | 5.479 | 5.553 | 5.807 |
| Bilanzsumme | 38.051 | 39.679 | 40.383 | 40.930 | 43.029 | 43.846 | 44.288 |

Quellen: Monatsberichte der BBk. Anm.: 1) Einschl.Westberlin; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- und Passivposten verrechnet. 2) u.3) Wie bei Tabelle XIII.

**Tabelle XV:** Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Juli 1959 bis April 1960 -in Mio.DM- [1]

| | Juli 59 | Okt.59 | Nov.59 | Dez.59 | Dez.59 [4] | Jan.60 | April 60 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 5.599 | 5.680 | 5,666 | 5.042 | 5.278 | 5.251 | 5.335 |
| Wechsel | 1.481 | 1.477 | 1.456 | 1.467 | 1,501 | 1.431 | 1.574 |
| Schatzwechsel [2] | 105 | 119 | 123 | 104 | 104 | 104 | 95 |
| Kassenobligationen | - | 13 | 15 | 0 | 20 | 21 | 32 |
| Debitoren | 5.875 | 6.037 | 6.108 | 6.100 | 6.197 | 6.312 | 6.590 |
| kurzfristige Aktiva | 13.010 | 13.326 | 13.368 | 12.713 | 13.100 | 13.119 | 13.626 |
| Wertpapiere | 5.451 | 5.697 | 5.781 | 5.812 | 5.938 | 5.988 | 5.956 |
| Ausgleichsforderungen | 2.563 | 2.558 | 2.556 | 2.542 | 2.542 | 2.541 | 2.538 |
| Deckungsforderungen | 1.100 | 1.101 | 1.102 | 1.065 | 1.065 | 1.065 | 1.067 |
| lgfr.Ausl.gg.Grundpfandrechte | 9.940 | 10.688 | 10.924 | 11.255 | 11.799 | 11.963 | 12.593 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald.u.sonst. | 5.448 | 5.865 | 5.987 | 6.090 | 6.169 | 6.233 | 6.677 |
| langfristige Aktiva | 24.502 | 25.909 | 26.350 | 26.764 | 27.513 | 27.790 | 28.831 |
| Barreserve [3] | 2.939 | 3.016 | 3.352 | 3.285 | 3.367 | 3.690 | 4.318 |
| sonstige Aktivposten | 4.264 | 4.388 | 4.454 | 4.484 | 4.586 | 4.550 | 4.579 |
| sonstige Aktiva | 7.203 | 7.404 | 7.806 | 7.769 | 7.953 | 8.240 | 8.897 |
| Bilanzsumme | 44.715 | 46.639 | 47.524 | 47.246 | 48.566 | 49.149 | 51.354 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 11.381 | 11.659 | 12.189 | 11.391 | 11.653 | 11.720 | 12.356 |
| Nostroverpflichtungen | 143 | 158 | 168 | 233 | 233 | 254 | 235 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| kurzfristige Passiva | 11.524 | 11.817 | 12.357 | 11,625 | 11.887 | 11.975 | 12.592 |
| Spareinlagen | 25.604 | 26.840 | 27.092 | 27.958 | 28.516 | 29.051 | 30.235 |
| aufgenommene langfr. Darlehen | 1.644 | 1.697 | 1.706 | 1.691 | 2,072 | 2.083 | 2.216 |
| langfristige Passiva | 27.248 | 28.537 | 28.798 | 29.649 | 30.588 | 31.134 | 32.451 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.303 | 1.338 | 1.347 | 1.362 | 1.390 | 1.447 | 1.548 |
| sonstige Passivposten | 4.640 | 4.947 | 5.022 | 4.610 | 4.701 | 4.593 | 4.763 |
| sonstige Passiva | 5.943 | 6.285 | 6.369 | 5.972 | 6.091 | 6.040 | 6.311 |
| Bilanzsumme | 44.715 | 46.639 | 47.524 | 47,246 | 48.566 | 49.149 | 51.354 |

Quellen: Monatsberichte der BBk.
Anm.: 1) Wie bei Tab.XIV. 2)-3) Wie bei Tab. XIII. 4) Von hier ab einschl.Saarland.

Tabelle XVI: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von Mai 1960 bis Januar 1961 -in Mio.DM- [1]

| | Mai 60 | Juni 60 | Juli 60 | Okt.60 | Nov.60 | Dez.60 | Jan.61 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 5.728 | 5.200 | 5.246 | 5.546 | 5.887 | 5.572 | 5.782 |
| Wechsel | 1.583 | 1.556 | 1.603 | 1.641 | 1.666 | 1.766 | 1.718 |
| Schatzwechsel [2] | 72 | 74 | 72 | 96 | 100 | 88 | 88 |
| Kassenobligationen | 32 | 32 | 32 | 34 | 34 | 31 | 34 |
| Debitoren | 6.612 | 6.826 | 6.760 | 6.871 | 6.923 | 6.932 | 6.970 |
| kurzfristige Aktiva | 14.027 | 13.688 | 13.713 | 14.188 | 14.610 | 14.389 | 14.592 |
| Wertpapiere | 5.937 | 5.922 | 5.922 | 6.023 | 6.044 | 6.057 | 6.107 |
| Ausgleichsforderungen | 2.538 | 2.527 | 2.522 | 2.517 | 2.515 | 2.520 | 2.519 |
| Deckungsforderungen | 1.068 | 1.068 | 1.069 | 1.071 | 1.072 | 1.031 | 1.031 |
| lgfr.Ausl.gg.Grundpfandrechte | 12.844 | 13.060 | 13.303 | 14.089 | 14.310 | 14.590 | 14.691 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald.u.sonst. | 6.790 | 6.891 | 7.011 | 7.257 | 7.352 | 7.411 | 7.586 |
| langfristige Aktiva | 29.177 | 29.468 | 29.827 | 30.957 | 31.293 | 31.609 | 31.934 |
| Barreserven [3] | 4.504 | 4.834 | 4.871 | 5.095 | 5.225 | 4.994 | 5.157 |
| sonstige Aktivposten | 4.622 | 4.661 | 4.662 | 4.800 | 4.893 | 5.039 | 5.016 |
| sonstige Aktiva | 9.126 | 9.495 | 9.533 | 9.895 | 10.118 | 10.033 | 10.173 |
| Bilanzsumme | 52.330 | 52.651 | 53.073 | 55.040 | 56.021 | 56.031 | 56.699 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 12.900 | 12.644 | 12.646 | 12.984 | 13.597 | 12.912 | 12.964 |
| Nostroverpflichtungen | 221 | 284 | 253 | 228 | 225 | 216 | 228 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 2 | 2 |
| kurzfristige Passiva | 13.122 | 12.929 | 12.900 | 13.214 | 13.823 | 13.130 | 13.194 |
| Spareinlagen | 30.540 | 30.739 | 31.008 | 32.178 | 32,413 | 33.724 | 34.376 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | 2.240 | 2.254 | 2.286 | 2.388 | 2.399 | 2.444 | 2.449 |
| langfristige Passiva | 32.780 | 32.993 | 33.294 | 34.566 | 34.812 | 36.168 | 36.825 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.594 | 1.621 | 1.636 | 1.688 | 1.697 | 1.720 | 1.766 |
| sonstige Passivposten | 4.834 | 5.108 | 5.243 | 5.572 | 5.689 | 5.013 | 4.914 |
| sonstige Passiva | 6.428 | 6.729 | 6.879 | 7.260 | 7.386 | 6.733 | 6.680 |
| Bilanzsumme | 52.330 | 52.651 | 53.073 | 55.040 | 56,021 | 56.031 | 56.699 |

Quellen: Monatsberichte der BBk.
Anm.: 1) Einschl.Westberlin u.Saarland; Rundungsdifferenzen wurden mit den sonstigen Aktiv- u. Passivposten verrechnet. 2) u.3) Wie bei Tabelle XIII.

Tabelle XVII: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von April 1961 bis Dezember 1961 - in Mio.DM - [1]

| | April 61 | Mai 61 | Juni 61 | Juli 61 | Okt.61 | Nov.61 | Dez.61 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 6.310 | 6.810 | 6.627 | 6.913 | 7.329 | 7.426 | 6.833 |
| Wechsel | 1.842 | 1.860 | 1.903 | 1.938 | 1.922 | 1.913 | 1.963 |
| Schatzwechsel [2] | 69 | 68 | 66 | 61 | 63 | 59 | 58 |
| Kassenobligationen | 40 | 46 | 56 | 73 | 148 | 173 | 164 |
| Debitoren | 7.389 | 7.403 | 7.712 | 7.585 | 7.612 | 7.721 | 7.697 |
| kurzfristige Aktiva | 15.650 | 16.187 | 16.364 | 16.570 | 17.074 | 17.292 | 16.715 |
| Wertpapiere | 6.533 | 6.669 | 6.813 | 6.968 | 7.457 | 7.559 | 7.627 |
| Ausgleichsforderungen | 2.493 | 2.489 | 2.482 | 2.475 | 2.472 | 2.470 | 2.441 |
| Deckungsforderungen | 1.024 | 1.026 | 1.025 | 1.025 | 1.030 | 1.033 | 1.006 |
| lgfr.Ausl.gg.Grundpfandrechte | 15.281 | 15.486 | 15.691 | 15.913 | 16.650 | 16.929 | 17.157 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald.u.sonst. | 7.868 | 7.985 | 8.059 | 8.176 | 8.604 | 8.708 | 8.894 |
| langfristige Aktiva | 33.199 | 33.655 | 34.070 | 34.557 | 36.213 | 36.699 | 37.125 |
| Barreserve [3] | 4.711 | 4.812 | 4.543 | 4.408 | 4.092 | 4.204 | 4.172 |
| sonstige Aktivposten | 5.083 | 5.135 | 5.163 | 5.186 | 5.380 | 5.479 | 5.508 |
| sonstige Aktiva | 9.794 | 9.947 | 9.706 | 9.594 | 9.472 | 9.683 | 9.680 |
| Bilanzsumme | 58.643 | 59.789 | 60.140 | 60.721 | 62.759 | 63.674 | 63.520 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 13.427 | 14.212 | 13.846 | 14.068 | 14.637 | 15.269 | 14.693 |
| Nostroverpflichtungen | 246 | 242 | 305 | 245 | 197 | 198 | 230 |
| eigene Akzepte im Umlauf | - | - | - | - | - | - | 1 |
| kurzfristige Passiva | 13.673 | 14.454 | 14.151 | 14.313 | 14.834 | 15.467 | 14.924 |
| Spareinlagen | 35.380 | 35.693 | 35.972 | 36.227 | 37.224 | 37.342 | 38.525 |
| aufgenommene langfr.Darlehen | 2.513 | 2.529 | 2.531 | 2.550 | 2.648 | 2.676 | 2.688 |
| langfristige Passiva | 37.893 | 38.222 | 38.503 | 38.777 | 39.872 | 40.018 | 41.213 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.867 | 1.899 | 1.934 | 1.950 | 2.002 | 2.016 | 2.045 |
| sonstige Passivposten | 5.210 | 5.214 | 5.552 | 5.681 | 6.051 | 6.173 | 5.338 |
| sonstige Passiva | 7.077 | 7.113 | 7.486 | 7.631 | 8.053 | 8.189 | 7.383 |
| Bilanzsumme | 58.643 | 59.789 | 60.140 | 60.721 | 62.759 | 63.674 | 63.520 |

Quellen und Anmerkungen: Wie bei Tabelle XVI.

Tabelle XVIII: Ausgewählte Monatsausweise der Sparkassen in der Bundesrepublik von März 1961 bis Juni 1962 - in Mio.DM - [1]

| | März 61 | Aug.61 | Sept.61 | Jan.62 | April 62 | Mai 62 | Juni 62 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 6.288 | 7.581 | 7.029 | 7.152 | 7.344 | 7.879 | 7.173 |
| Wechsel | 1.800 | 1.934 | 1.931 | 1.915 | 2.024 | 2.060 | 2.047 |
| Schatzwechsel[2] | 87 | 64 | 64 | 57 | 47 | 46 | 37 |
| Kassenobligationen | 37 | 116 | 123 | 180 | 147 | 145 | 145 |
| Debitoren | 7.285 | 7.517 | 7.751 | 7.734 | 8.259 | 8.403 | 8.806 |
| kurzfristige Aktiva | 15.497 | 17.212 | 16.898 | 17.038 | 17.821 | 18.533 | 18.208 |
| Wertpapiere | 6.374 | 7.133 | 7.289 | 7.884 | 8.581 | 8.786 | 8.881 |
| Ausgleichsforderungen | 2.493 | 2.474 | 2.474 | 2.439 | 2.436 | 2.435 | 2.423 |
| Deckungsforderungen | 1.023 | 1.026 | 1.028 | 1.026 | 1.061 | 1.063 | 1.076 |
| lgfr.Ausl.gg.Grundpfandrechte | 15.103 | 16.187 | 16.414 | 17.277 | 17.860 | 18.071 | 18.309 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald.u.sonst. | 7.769 | 8.314 | 8.446 | 9.046 | 9.273 | 9.412 | 9.480 |
| langfristige Aktiva | 32.762 | 35.134 | 35.651 | 37.672 | 39.211 | 39.767 | 40.169 |
| Barreserve[3] | 4.823 | 4.317 | 4.314 | 4.155 | 4.311 | 4.406 | 4.600 |
| sonstige Aktivposten | 5.074 | 5.240 | 5.309 | 5.457 | 5.531 | 5.571 | 5.596 |
| sonstige Aktiva | 9.897 | 9.557 | 9.623 | 9.612 | 9.842 | 9.977 | 10.196 |
| Bilanzsumme | 58.156 | 61.903 | 62.172 | 64.322 | 66.874 | 68.277 | 68.573 |
| Sicht- und Termineinlagen | 13.259 | 14.963 | 14.672 | 14.721 | 15.393 | 16.346 | 15.951 |
| Nostroverpflichtungen | 258 | 196 | 240 | 247 | 223 | 186 | 261 |
| eigene Akzepte im Umlauf | 1 | - | - | 1 | 1 | - | - |
| kurzfristige Passiva | 13.518 | 15.159 | 14.912 | 14.969 | 15.617 | 16.532 | 16.212 |
| Spareinlagen | 35.245 | 36.497 | 36.737 | 39.355 | 40.821 | 41.178 | 41.392 |
| aufgenommene langfr. Darlehen | 2.484 | 2.595 | 2.624 | 2.687 | 2.747 | 2.777 | 2.778 |
| langfristige Passiva | 37.729 | 39.092 | 39.361 | 42.042 | 43.568 | 43.955 | 44.170 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 1.840 | 1.970 | 1.980 | 2.119 | 2.261 | 2.290 | 2.334 |
| sonstige Passivposten | 5.069 | 5.682 | 5.919 | 5.192 | 5.428 | 5.500 | 5.857 |
| sonstige Passiva | 6.909 | 7.652 | 7.899 | 7.311 | 7.689 | 7.790 | 8.191 |
| Bilanzsumme | 58.156 | 61.903 | 62.172 | 64.322 | 66.874 | 68.277 | 68.573 |

Quellen und Anmerkungen: Wie bei Tabelle XVI.

Tabelle XIX: Ausgewählte Monatsausweise in der Bundesrepublik von Juli 1962 bis November 1962 - in Mio.DM - [1]

| | Juli 62 | Sept.62 | Okt.62 | Nov.62 |
|---|---|---|---|---|
| Nostroguthaben | 7.428 | 7.193 | 7.291 | 7.596 |
| Wechsel | 2.107 | 2.077 | 2.057 | 2.038 |
| Schatzwechsel [2] | 36 | 21 | 7 | 7 |
| Kassenobligationen | 135 | 152 | 157 | 155 |
| Debitoren | 8.669 | 8.943 | 8.892 | 9.049 |
| kurzfristiga Aktiva | 18.375 | 18.386 | 18.404 | 18.845 |
| Wertpapiere | 9.111 | 9.324 | 9.406 | 9.480 |
| Ausgleichsforderungen | 2.419 | 2.418 | 2.418 | 2.416 |
| Deckungsforderungen | 1.095 | 1.108 | 1.126 | 1.127 |
| lgfr.Ausleihg. gegen Grundpfandrechte | 18.584 | 19.199 | 19.547 | 19.893 |
| lgfr.Ausl.gg.Kommunald. u.sonst.lgfr.Ausleihg. | 9.630 | 9.881 | 10.020 | 10.121 |
| langfristige Aktiva | 40.839 | 41.930 | 42.517 | 42.037 |
| Barreserve [3] | 4.441 | 4.728 | 4.498 | 4.572 |
| sonstige Aktivposten | 5.591 | 5.746 | 5.809 | 5.927 |
| sonstige Aktiva | 10.032 | 10.474 | 10.307 | 10.499 |
| Bilanzsumme | 69.246 | 70.790 | 71.228 | 72.381 |
| Sicht- u.Termineinlagen | 16.186 | 16.691 | 16.460 | 17.228 |
| Nostroverpflichtungen | 261 | 279 | 257 | 230 |
| eig. Akzepte im Umlauf | 1 | 1 | - | 1 |
| kurzfristige Passiva | 16.448 | 16.971 | 16.717 | 17.459 |
| Spareinlagen | 41.645 | 42.241 | 42.686 | 42.879 |
| aufgen.langfr.Darlehen | 2.800 | 2.881 | 2.941 | 2.999 |
| langfristige Passiva | 44.445 | 45.122 | 45.627 | 45.878 |
| Rücklagen nach § 11 KWG | 2.360 | 2.392 | 2.403 | 2.411 |
| sonstige Passivposten | 5.993 | 6.305 | 6.481 | 6.633 |
| sonstige Passiva | 8.353 | 8.697 | 8.884 | 9.044 |
| Bilanzsumme | 69.246 | 70.790 | 71.228 | 72.381 |

Quellen und Anmerkungen: Wie bei Tabelle XVI.

Tabelle XX: Die Anlage des Spareinlagenzuwachses in den Jahren 1925-1929 und 1933-1938

| im Jahr | Spareinlagenzuwachs | | langfristig angelegter Spareinlagenzuwachs [1] | | nicht langfristig angelegter Spareinlagenzuwachs | | Zuwachs der kurzfristigen Aktiva ./. Zuwachs der kurzfristigen Passiva | kurzfristig angelegter Spareinlagenzuwachs | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | % | Mio.RM | Mio.RM | % |
| 1924 | 595 | 100 | 159 | 26,7 | 436 | 73,3 | 490 | 436 | 73,3 |
| 1925 | 1.098 | 100 | 454 | 41,3 | 644 | 58,7 | 633 | 633 | 57,7 |
| 1926 | 1.489 | 100 | 1.322 | 88,8 | 167 | 11,2 | 232 | 167 | 11,2 |
| 1927 | 1.657 | 100 | 1.579 | 95,3 | 78 | 4,7 | 62 | 62 | 3,7 |
| 1928 | 2.366 | 100 | 1.628 | 68,8 | 738 | 31,2 | 611 | 611 | 25,8 |
| 1929 | 2.019 | 100 | 1.842 | 91,2 | 177 | 8,8 | 80 | 80 | 4,0 |
| 1933 | 985 | 100 | 450 | 46,0 | 535 | 54,0 | 670 | 535 | 54,0 |
| 1934 | 704 | 100 | 671 | 95,3 [2] | 33 | 4,7 | 159 | 33 | 4,7 |
| 1935 | 1.004 | 100 | 1.015 | 101,0 | - | - | 50 | -.- | -.- |
| 1936 | 812 | 100 | 776 | 95,6 | 36 | 4.4 | -.- | -.- | -.- |
| 1937 | 1.447 | 100 | 1.185 [3] | 81,9 | 262 | 18,1 | 338 | 262 | 18,1 |
| 1938 | 1.947 | 100 | 1.973 [4] | 101,3 | - | - | 58 | -.- | -.- |

Quelle: Errechnet aus Tabellen I - III. Anmerkungen: 1) Erhöhung der langfristigen Aktiva abzüglich Erhöhung der aufgenommenen langfristigen Darlehen (Anleihen und Hypotheken).
2) Nur rechnerisch. In Wirklichkeit war die langfristige Anlage der Spareinlagen geringer, da kurzfristige Kredite und Bankguthaben in Wertpapiere umgetauscht wurden (vgl. S. 80 ff.).
3) Einschl.der Rückzahlung aufgenommener langfristiger Darlehen in Höhe von 14 Mio.RM.
4) Einschl.der Rückzahlung aufgenommener langfristiger Darlehen in Höhe von 27 Mio.RM.

**Tabelle XXI:** Die kurzfristige Anlage des verfügbaren Spareinlagenzuwachses in den Jahren 1949 - 1962

| im Jahre | verfügbarer Spareinlagenzuwachs[1] Mio.DM | % | langfristig angelegter verfügbarer Spareinlagenzuwachs[2] Mio.DM | % | nicht langfristig angelegter verfügbarer Spareinlagenzuwachs Mio.DM | % | Zuwachs der kurzfristigen Aktiva ./. Zuwachs der kurzfristigen Passiva Mio.DM | kurzfristig angelegter verfügbarer Spareinlagenzuwachs Mio.DM | % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2.Halbj.1949 | 285 | 100 | 89 | 31,2 | 196 | 68,8 | 335 | 196 | 68,8 |
| 1.Halbj.1950 | 511 | 100 | 232 | 45,4 | 279 | 54,6 | 345 | 279 | 54,6 |
| 31.5.-31.12.51 | 434 | 100 | 248 | 57,1 | 186 | 42,9 | 145 | 145 | 33,4 |
| 1952 | 1.437 | 100 | 740 | 51,5 | 697 | 48,5 | 675 | 675 | 47,0 |
| 1953 | 2.186 | 100 | 1.450 | 66,3 | 736 | 33,7 | 656 | 656 | 30,0 |
| 1954 | 2.772 | 100 | 1.944 | 70,1 | 828 | 29,9 | 831 | 828 | 29,9 |
| 1955 | 2.426 | 100 | 2.237 | 92,2 | 189 | 7,8 | 22 | 22 | 0,9 |
| 1956 | 1.813 | 100 | 1.626 | 89,7 | 187 | 10,3 | 157 | 157 | 8,7 |
| 1957 | 3.021 | 100 | 1.649 | 54,6 | 1.372 | 45,4 | 758 | 758 | 25,1 |
| 1958 | 4.217 | 100 | 4.288 | 101,7 | - | - | - | - | - |
| 1959 | 5.076 | 100 | 5.432 | 107,0 | - | - | - | - | - |
| 1960 | 5.208 | 100 | 3.724 | 71,5 | 1.484 | 28,5 | 46 | 46 | 0,9 |
| 1961 | 4.801 | 100 | 5.272 | 109,8 | - | - | 532 | - | - |
| 1962 | 5.796 | 100 | 5.741 | 99,1 | 55 | - | - | - | - |

Quelle: Errechnet aus Tabellen IV-VI u. XI im Anhang und der Übersicht 46.

Anmerkungen: 1) Spareinlagenzuwachs abzüglich der Erhöhung der Ausgleichs- und Deckungsforderungen.

2) Zunahme der langfristigen Aktiva abzüglich der Zunahme der aufgenommenen langfristigen Darlehen und der Ausgleichs- und Deckungsforderungen.

Tabelle XXII: Die lang- und kurzfristige Anlage der Spareinlagen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik von 1924 - 1962

| Jahr | Spareinlagen | langfristig[4] angelegte Spareinlagen | | nicht langfr. angelegte Spareinlagen | kurzfr.Aktiva ./. kurzfrist. Passiva | kurzfristig angelegte Spareinlagen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | % | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | % |
| 1924 | 595 | 159 | 26,7 | 436 | 490 | 436 | 73,3 |
| 1925 | 1.693 | 613 | 36,2 | 1.080 | 1.123 | 1.080 | 63,8 |
| 1926 | 3.182 | 1.935 | 60,8 | 1.247 | 1.355 | 1.247 | 39,2 |
| 1927 | 4.839 | 3.514 | 72,6 | 1.325 | 1.417 | 1.325 | 27,4 |
| 1928 | 7.205 | 5.142 | 71,4 | 2.063 | 2.028 | 2.028 | 28,1 |
| 1929 | 9.224 | 6.982 | 75,7 | 2.240 | 2.108 | 2.108 | 22,9 |
| 1930 | 10.670 | 7.935 | 74,4 | 2.735 | 2.604 | 2.604 | 24,4 |
| 1931 | 10.064 | 8.558 | 85,0 | 1.506 | 1.252 | 1.252 | 12,4 |
| 1932 | 10.164 | 8.654 | 85,1 | 1.510 | 1.415 | 1.415 | 13,9 |
| 1933 | 12.095 | 10.170 | 84,1 | 1.925 | 2.094 | 1.925 | 15,9 |
| 1934 | 12.799 | 10.841 | 84,7 | 1.958 | 2.253 | 1.958 | 15,3 |
| 1935 | 13.803 | 11.856 | 85,8 | 1.947 | 2.303 | 1.947 | 14,1 |
| 1936 | 14.615 | 12.520 | 85,7 | 2.095 | 2.378 | 2.095 | 14,3 |
| 1937 | 16.062 | 13.705 | 85,3 | 2.357 | 2.716 | 2.357 | 14,7 |
| 1938 | 18.009 | 15.678 | 87,0 | 2.331 | 2.774 | 2.331 | 12,9 |
| 1939 [1] | 11.829 | 10.355 | 87,5 | 1.474 | 1.790 | 1.474 | 12,5 |

Fortsetzung Tabelle XXII:

| Jahr | Spareinlagen | langfristig angelegte Spareinlagen[4] | | nicht langfr. angelegte Spareinlagen | kurzfr.Aktiva ./. kurzfrist. Passiva | kurzfristig angelegte Spareinlagen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | % | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | Mio.RM/DM | % |
| 30.9.44 | 42.699 | 31.933 | 74,8 | 10.766 | 12.255 | 10.766 | 25,2 |
| 20.6.48 | 47.749 | 33.645 | 70,5 | 14.104 | 7.861 | 7.861 | 16,5 |
| 21.6.48 | 2.195 | 3.135 | 142,8 | - - | - - | - - | - - |
| 1950 | 2.777 | 3.563 | 128,3 | - - | - - | - - | - - |
| 1951 | 3.301 | 4.123 | 124,9 | - - | - - | - - | - - |
| 1952 | 4.850 | 4.975 | 102,6 | - - | - - | - - | - - |
| 1953 | 7.326 | 6.715 | 91,6 | 611 | - - | - - | - - |
| 1954 | 10.739 | 9.300 | 86,6 | 1.439 | 816 | 816 | 7,6 |
| 1955 | 13.248 | 11.620 | 87,7 | 1.628 | 838 | 838 | 6,3 |
| 1956 | 15.113 | 13.298 | 88,0 | 1.815 | 995 | 995 | 6,6 |
| 1957[2] | 18.665 | 15.353 | 82,2 | 3.312 | 1.867 | 1.867 | 10,0 |
| 1958 | 22.882 | 19.641 | 85,8 | 3.241 | 1.634 | 1.634 | 7,1 |
| 1959[3] | 28.516 | 25.441 | 89,2 | 3.075 | 1.213 | 1.213 | 4,3 |
| 1960 | 33.724 | 29.165 | 86,5 | 4.559 | 1.259 | 1.259 | 3,7 |
| 1961 | 38.525 | 34.437 | 89,4 | 4.088 | 1.791 | 1.791 | 4,6 |
| 1962 | 44.407 | 40.274 | 90,7 | 4.133 | 1.758 | 1.758 | 4,0 |

Quellen: Errechnet aus Tabellen I - VI und Übersicht 38.

1) von hier ab Bundesrepublik Deutschland.

2) von hier ab einschl. Westberlin.

3) von hier ab einschl. Saarland.

4) langfristige Aktiva abzügl. aufgenommene langfristige Darlehen.

Tabelle XXIII: Die langfristige Anlage der Spareinlage in Preußen von 1880 - 1920

- in Mio.M -

| Jahresende | Spareinlagen | Hypotheken | | Inhaberpapiere | | bei öffentl. Instituten u. Korporationen | | lgfr. gesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.M. | Mio.M. | % | Mio.M. | % | Mio.M. | % | Mio.M. | % |
| 1880 | 1.595 | 916 | 57,4 | 399 | 25,0 | 117 | 7,3 | 1.432 | 89,7 |
| 1881 | 1.710 | 981 | 57,4 | 434 | 25,4 | 122 | 7,1 | 1.537 | 89,9 |
| 1882 | 1.821 | 1.042 | 57,2 | 475 | 26,1 | 127 | 7,0 | 1.644 | 90,3 |
| 1883 | 1.970 | 1.119 | 56,8 | 548 | 27,8 | 135 | 6,9 | 1.802 | 91,5 |
| 1884 | 2.115 | 1.201 | 56,8 | 623 | 29,5 | 147 | 7,0 | 1.971 | 93,2 |
| 1885 | 2.263 | 1.283 | 56,7 | 683 | 30,2 | 159 | 7,0 | 2.125 | 93,9 |
| 1886 | 2.470 | 1.361 | 55,1 | 787 | 31,9 | 176 | 7,1 | 2.324 | 94,1 |
| 1887 | 2.673 | 1.466 | 54,8 | 891 | 33,3 | 184 | 6,9 | 2.541 | 95,1 |
| 1888 | 2.889 | 1.576 | 54,5 | 1.004 | 34,7 | 197 | 6,8 | 2.777 | 96,1 |
| 1889 | 3.102 | 1.702 | 54,9 | 1.077 | 34,7 | 214 | 6,9 | 2.993 | 96,5 |
| 1890 | 3.282 | 1.853 | 56,4 | 1.072 | 32,7 | 233 | 7,1 | 3.158 | 96,2 |
| 1891 | 3.407 | 1.986 | 58,3 | 1.054 | 30,9 | 250 | 7,3 | 3.290 | 96,6 |
| 1892 | 3.552 | 2.099 | 59,1 | 1.077 | 30,3 | 273 | 7,7 | 3.449 | 97,1 |
| 1893 | 3.750 | 2.215 | 59,1 | 1.138 | 30,3 | 297 | 7,9 | 3.650 | 97,3 |
| 1894 | 4.001 | 2.344 | 58,6 | 1.212 | 30,3 | 325 | 8,1 | 3.881 | 97,0 |
| 1895 | 4.345 | 2.474 | 56,9 | 1.380 | 31,8 | 377 | 8,7 | 4.231 | 97,4 |
| 1896 | 4.656 | 2.675 | 57,4 | 1.487 | 31,9 | 392 | 8,4 | 4.554 | 97,8 |
| 1897 | 4.968 | 2.893 | 58,2 | 1.534 | 30,9 | 439 | 8,8 | 4.866 | 97,9 |
| 1898 | 5.287 | 3.135 | 59,3 | 1.556 | 29,4 | 477 | 9,0 | 5.168 | 97,7 |
| 1899 | 5.577 | 3.348 | 60,0 | 1.548 | 27,7 | 520 | 9,3 | 5.416 | 97,1 |
| 1900 | 5.746 | 3.487 | 60,7 | 1.554 | 27,0 | 577 | 10,0 | 5.618 | 97,8 |
| 1901 | 6.236 | 3.765 | 60,4 | 1.724 | 27,6 | 650 | 10,4 | 6.139 | 98,4 |
| 1902 | 6.728 | 4.064 | 60,4 | 1.902 | 28,3 | 705 | 10,5 | 6.671 | 99,1 |
| 1903 | 7.230 | 4.382 | 60,6 | 2.066 | 28,6 | 741 | 10,2 | 7.189 | 99,4 |
| 1904 | 7.762 | 4.740 | 61,1 | 2.189 | 28,2 | 801 | 10,3 | 7.730 | 99,6 |
| 1905 | 8.294 | 5.100 | 61,5 | 2.284 | 27,5 | 892 | 10,7 | 8.276 | 99,8 |

Fortsetzung Tabelle XXIII:

| Jahresende | Spareinlagen | Hypotheken | | Inhaberpapiere | | bei öffentl. Instituten u. Korporationen | | lgfr. gesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio.M. | Mio.M. | % | Mio.M. | % | Mio.M. | % | Mio.M. | % |
| 1906 | 8.788 | 5.453 | 62,1 | 2.313 | 26,3 | 990 | 11,3 | 8.756 | 99,6 |
| 1907 | 9.121 | 5.741 | 62,9 | 2.262 | 24,8 | 1.063 | 11,6 | 9.066 | 99,4 |
| 1908 | 9.571 | 5.990 | 62,6 | 2.385 | 24,9 | 1.200 | 12,5 | 9.575 | 100,0 |
| 1909 | 10.333 | 6.400 | 61,9 | 2.601 | 25,2 | 1.302 | 12,6 | 10.303 | 99,7 |
| 1910 | 11.107 | 6.890 | 62,0 | 2.739 | 24,7 | 1.431 | 12,9 | 11.060 | 99,6 |
| 1911 | 11.837 | 7.420 | 62,7 | 2.830 | 25,5 | 1.499 | 12,7 | 11.749 | 99,3 |
| 1912 | 12.433 | 7.909 | 63,6 | 2.833 | 22,8 | 1.664 | 13,4 | 12.406 | 99,8 |
| 1913 | 13.111 | 8.247 | 62,9 | 2.972 | 22,7 | 1.791 | 13,7 | 13.010 | 99,2 |
| 1914 | 13.639 | 8.554 | 62,7 | 3.482 | 25,5 | 1.922 | 14,1 | 13.958 | 102,3 |
| 1915 | 13.538 | 8.610 | 63,6 | 4.075 | 30,1 | 2.204 | 16,3 | 14.889 | 110,0 |
| 1916 | 14.356 | 8.569 | 59,7 | 5.406 | 37,6 | 2.383 | 16,6 | 16.358 | 113,9 |
| 1917 | 17.265 | 8.443 | 48,9 | 7.794 | 45,1 | 2.903 | 16,8 | 19.140 | 110,9 |
| 1918 | 21.323 | 7.913 | 37,1 | 10.720 | 50,2 | 3.729 | 17,5 | 22.362 | 104,8 |
| 1919 | 24.878 | 7.485 | 30,1 | 9.548 | 38,4 | 6.068 | 24,4 | 23.101 | 92,8 |
| 1920 | 29.552 | 7.284 | 24,6 | 9.358 | 31,7 | 11.036 | 37,3 | 27.678 | 93,6 |

Quellen: Für die Jahre 1880 - 1893: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, 35. Jhg. 1895, S. 117 ff.
Für die Jahre 1894 - 1908: Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts, 50. Jhg. 1910, S. 287 ff.
Für die Jahre 1909 - 1920: Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamts, 62. Jhg. 1922, S. 393 ff.

## Literaturverzeichnis

A. Einzelwerke

Achterberg, Erich: Wie liest man Bankbilanzen, Frankfurt/Main 1953.

Abrahamson, G.: Wandlungen im Verhältnis von Banken und Sparkassen, Berliner Dissertation, o.J.

Barth, Andreas: Wiederaufbau und Krise der deutschen Sparkassen nach der Stabilisierung, Frankfurter Dissertation 1936.

Beck, Heinz: Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 20.Juli 1957, Kommentar, Mainz-Gonsenheim und Düsseldorf 1959.

Bernicken, Hans: Bankbetriebslehre, Stuttgart 1926.

Birk, Heinrich, Neumann,Bruno und von Steinsdorff, F.H.: Die Bankbilanz, Band 1: Bilanzierungs- und Prüfungsvorschriften für Banken und Sparkassen, Wiesbaden 1951.

Birk, Heinrich, Neumann,Bruno und von Steinsdorff, F.H.: Die Bankbilanz, Band 2: Erläuterungen der Bewertungs- und Gliederungsvorschriften, Wiesbaden 1951.

Burger, Friedrich und Weidinger, Hans: Das bayerische Sparkassenrecht, 3.Auflage, München 1938.

Dannemann, Werner: Struktur und Funktionsweise des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1959, Band 4 der Beiträge zur reinen und angewandten Wirtschaftstheorie aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Seminar der Universität Kiel, herausgegeben von Erich Schneider.

Die Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens, Band I und II, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank, Loseblattsammlung, Frankfurt/Main, o.J.

Ehrlicher, Werner: Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956.

Ehrlicher, Werner: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Formen des Sparens, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Band 1 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1958.

Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Band 9 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1959.

Falter, Manuel: Die Praxis des Kreditgeschäfts bei Sparkassen und anderen Kreditinstituten, 3.Auflage, Stuttgart 1955.

Feifel, Hermann: Die Anwendbarkeit der modernen Kreditschöpfungslehre auf die besondere Art des Sparkassengeschäfts, Band 10 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1959.

Fischer, Otfried: Bankbilanz-Analyse, Meisenheim/Glan 1956.

Floss, Eberhard: Auswirkungen der Mindestreservepflicht unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen, Band 4 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1956.

Floss, Eberhard: Theorie der Sparkassenliquidität, in: Beiträge zur Theorie des Sparens und der wirtschaftlichen Entwicklung, Band 1 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1958.

Fritz, Bernhard Martin: Der Kampf zwischen den Sparkassen und Banken, Berlin 1927.

Gerlich, Robert: Das Liquiditätsproblem im preußischen Sparkassenwesen und die Entwicklung der Liquiditätsverhältnisse seit der Währungsstabilisierung, Berliner Dissertation 1931.

Gestrich, Hans: Kredit und Sparen, 2.Auflage, Bad Godesberg 1947.

Golz, Dietrich: Das Liquiditätsproblem bei den Girozentralen, Band 3 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1956.

Hahn, Max: Handbuch der Preußischen Sparkassengesetzgebung, Berlin 1920.

Hahn, Max: Handbuch der Banken- und Sparkassengesetzgebung, Berlin 1924-1929.

Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 1: Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, Stuttgart 1956.

Henze-Schmidt: Grundriß für die Sparkassenarbeit, Teil 6: Kreditabteilung, Stuttgart 1956.

Henze-Schmidt: Steuerbegünstigtes Sparen, 9.Auflage, Stuttgart 1957.

Herold, Hermann, Hilgermann, B. und Bernicken, H.: Das Kreditgeschäft der Banken, 13.Auflage, Hamburg 1951.

Hillmer, Erwin: Das Problem der Zahlungsbereitschaft bei den deutschen Sparkassen und die Auszahlungshemmnisse im Jahre 1931, Hamburger Dissertation 1934.

Hofmann, Erich: Das Anlagegeschäft der preußischen Sparkassen in seiner neueren Entwicklung, Berliner Dissertation 1926.

Hofmann, Walter: Handbuch des gesamten Kreditwesens, 6.Auflage, Frankfurt/Main 1960.

Hoffmann, Josef: Deutsche Sparkasseneinheit, Berlin 1931.

Hübner, Otto: Die Banken, Leipzig 1854.

Jahrbuch des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1931/32, Berlin o.J.

Kerner, Eugen: Die Sparkasse, Nürnberg-Stuttgart 1957.

Knies, Carl: Der Credit, 2.Hälfte, Berlin 1879.

Lindörfer, Walter: Die Wertpapieranlage der Geschäftsbanken in USA, Erlanger Dissertation 1953.

Linhardt, Hans: Bankbetriebslehre, Band II: Bankbilanzen. Köln und Opladen 1960.

Lukas, Eduard: Geld und Kredit, Heidelberg 1951.

Materialien zur Erneuerung des Sparkassenrechts, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. Bonn, Stuttgart 1953.

Mellerowicz, Konrad: Die öffentlichen Banken in der deutschen Bankwirtschaft, Berlin 1934.

Menzel, Hans: Die Mitwirkung der Hausbanken bei der Vergebung und Verwaltung öffentlicher Kredite, Band 14 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1960.

Merkel, Hans-Günter: Theorie der Kapitalmarktpolitik, Band 1 der Schriftenreihe: Die Unternehmung im Markt, herausgegeben von Hanns Linhardt, Berlin 1955.

Nörtemann, Carl-August: Das deutsche Sparkassenwesen unter dem Einfluß der Sparkassengesetzgebung des Reiches, Hamburger Dissertation 1936.

Obst, Georg und Hintner, Otto: Geld-, Bank- und Börsenwesen, 34.durchgesehene Auflage, Stuttgart 1955.

Perdelwitz - Fabricius - Kleiner: Das preußische Sparkassenrecht, Berlin 1937.

Pröhl, Hans: Reichsgesetz über das Kreditwesen, Kommentar, 2.Auflage, Berlin 1939.

Reichardt, Wolfgang: Das Gesetz über das Kreditwesen vom 25.September 1939, Kommentar, Berlin 1942.

Reusch, H.: Das Sparen bei den deutschen Sparkassen, Berlin 1934.

Rudloff, Wilhelm: Die Kreditpolitik der Sparkassen nach der Stabilisierung der Währung, Berliner Dissertation 1932.

Simon, Ludwig: Das neue Sparkassenrecht, Kommentar zur Mustersatzung der Sparkassen vom 26.Juli 1927, Berlin 1928.

Sommer, Albrecht: Sparkassen und Konjunktur, Berlin 1934.

Sommer, Albrecht: Geistesgeschichte der deutschen Sparkassen, Berlin 1935.

Sperk, Ludwig und Wilsdorf, Manfred: Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Band 2 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1956.

Spiethoff, Bodo: Der Sparkassenkredit heute, Heft 11 der Volkswirtschaftlichen Zeitfragen, herausgegeben von Adolf Weber, München 1951.

Spiethoff, Bodo: Ungewollt zur Größe, München 1958.

von Spindler, Joachim: Geldmarkt, Kapitalmarkt, Internationale Kreditmärkte, Stuttgart 1960

Schaarschmidt, Wilhelm: Legitimationsfragen im Sparkassengeschäft, 3.neu bearbeitete Auflage von Dr.jur. Hans Bickel, Stuttgart 1959.

Schmeer, Ludwig: Die Sparkassenstatistik in Deutschland und ihre Ergebnisse für die Jahre 1924-1927, Frankfurter Dissertation 1929.

Schork, Ludwig: Gesetz über das Kreditwesen, 2.neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 1963

Steinhaus, Fritz Carl: Die Wertpapieranlage der Kreditbanken, Stuttgart und Berlin 1939.

Stucken, Rudolf: Die Konjunkturen im Wirtschaftsleben, Jena 1932.

Stucken, Rudolf: Liquidität der Banken, Berlin 1940.

Stucken, Rudolf: Geld und Kredit, Tübingen 1949.

Stucken, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik, 1914-1953, 2.Auflage, Tübingen 1953.

Stucken, Rudolf: Geld und Kredit, 2.Auflage, Tübingen 1957.

Stützer, Rudolf: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute, Band 5 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1957.

Treek, Otto: Die Krise im Sparkassen- und Girowesen 1931 und ihre Behebung, Kölner Dissertation 1934.

Unverzagt, Friedrich: Die deutschen Sparkassen seit der Währungsreform 1948, Stuttgart o.J.

Voigt, Fritz: Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950.

Wagner, Adolph: Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857.

Weber, Adolf: Geld und Kredit, Banken und Börsen, 6.Auflage, Heidelberg 1959.

Will, Helmuth: Die deutschen Sparkassen, Stuttgart und Berlin 1942.

Wilsdorf, Manfred: Bestimmungsgründe und volkswirtschaftliche Auswirkungen des Verhaltens der Sparkassen im langfristigen Wohnungsbaukreditgeschäft, Band 13 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1960.

Winkler, H.: Das Personalkreditgeschäft und die Liquiditätspolitik der Sparkassen, Berlin 1934.

Wissmann, Bernhard: Die Zinsempfindlichkeit der deutschen Sparer, Band 15 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, herausgegeben von Fritz Voigt, Berlin 1960.

Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes: Die Mustersatzung für Sparkassen, Hannover 1922.

B. Aufsätze und Vorträge

Auler, W.: Sparkassenliquidität und Notverordnung, in: Sparkasse, 52.Jhg. 1932, H.2, S.21 ff.

Butschkau, Fritz: Der Beitrag der Sparkassen zur Überwindung der Krise, Sonderdruck, Düsseldorf 1949.

Butschkau, Fritz: Aufbauwille und Leistung der deutschen Sparkassen, Sonderdruck, Stuttgart 1950.

50 Jahre Spargiro, in: Betriebswirtschaftliche Blätter, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, 8.Jhg. 1959, H.1, S. 1 ff.

Heyer, Erich: Die Akzeptbank AG, in: Sparkasse, 57.Jhg.1937, H.1, S.8 ff. u. S. 33 ff.

Hoffmann: Sparkassen und Sparkassenpolitik, in: Die Selbstverwaltung, Organ des deutschen Landkreistages, 4.Jhg,1950, Nr.1, S.5 ff.

Kleiner: Die Auswirkungen der Anlagevorschriften auf die Anlage- und Liquiditätspolitik der Sparkassen, in: Sparkasse, 7.Jhg. 1953, H.15, S.227 ff.

Kleiner: Die Anlage- und Liquiditätsvorschriften der Sparkassen unter besonderer Berücksichtigung der neueren Entwicklung, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V., Stuttgart 1953, S. 62 ff.

Reusch, H.: Die Panik bei den deutschen Sparkassen beim Ausbruch des Krieges, in: Sparkasse, 35.Jhg.1915, S.257 ff.

Saisonschwankungen bei den Sparkassen, in: Sparkasse, 53.Jhg. 1933, S. 212 ff.

Schotte, Wilhelm: Wie wird die Arbeitsbeschaffung finanziert?, in: Sparkasse, 53.Jhg.1933, H.6, S.101 ff.

Stucken, Rudolf: Lehrgeschichtliches zur Frage der Bankenliquidität, in: Bank-Archiv 1937/38, S. 713 ff.

Stucken, Rudolf: Besonderheiten der Geld- und Kreditpolitik in Westdeutschland und ihre konjunkturpolitische Bedeutung, in: Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr.16, Berlin-München 1954.

Stucken, Rudolf: Aktuelle Entwicklungen im Geld- und Kreditwesen, Vortrag anläßlich der Eröffnung der Hauptzweigstelle "Alter Markt" der Stadtsparkasse M.-Gladbach am 21.April 1960, Sonderdruck.

Stucken, Rudolf: Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung, Sonderdruck, München 1933.

Stucken, Rudolf: Anlagepolitik der Kreditinstitute und Konjunktur, in: Sparkasse, 8.Jhg.1954, H.11, S. 155 f.

C. Statistische Quellen, Jahres- und Geschäftsberichte

Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus.

Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes.

Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich.

Statistik des Deutsches Reiches, Band 516, Die deutschen Sparkassen in den Jahren 1934-1937, Berlin 1938.

Statistik des Deutschen Reiches, Band 533, Die deutschen Sparkassen in den Jahren 1937 und 1938, Berlin 1939.

Statistik des Deutschen Reiches, Band 546, Die deutschen Sparkassen bei Kriegsausbruch 1939, Berlin 1940.

Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.

Wirtschaft und Statistik.

Monatsberichte der Bank deutscher Länder.

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder 1948-1954, Frankfurt 1955.

Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation 1948-1956, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn, Stuttgart, o.J.

Die Sparkassen in Zahlen, 3.Auflage, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. Bonn, Stuttgart 1959, Loseblattausgabe.

Die deutschen Sparkassen und Girozentralen 1939/40, Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin 1941.

Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. Frankfurt am Main und Bonn 1947-1952.

Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. Bonn 1953-1962,

Jahresberichte des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes 1949-1962.

Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank 1948-1962.

D. Zeitschriften und sonstige Literatur

Sparkasse.

Der Volkswirt.

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen.

Sparkassenkalender 1936-1943 und 1949/50-1956.

Sparkassenfachbuch 1957-1962

Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen vom 18.November 1948 an die Bank deutscher Länder (unveröffentlicht).

Deutsche Sparkassenzeitung.

## Lebenslauf

Ich wurde am 1.März 1933 als Sohn des damaligen Posthelfers Wilhelm Vaih und seiner Ehefrau Babette, geb. Sammetinger, in Gunzenhausen/Mfr. geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule und der Volkshauptschule wurde ich im Jahre 1946 in die 2.Klasse der Ohm-Oberrealschule Erlangen aufgenommen, der ich bis zur Ablegung des Abiturs im Juni 1953 angehörte.

Im August 1953 begann ich bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen mit meiner praktischen Tätigkeit, wobei ich die Kaufmannsgehilfenprüfung im Jahre 1955 und die Anstellungsprüfung für den gehobenen Sparkassendienst Ende 1958 ablegte. Gleichzeitig mit der Banklehre hatte ich im Wintersemester 1953/54 an der Universität Erlangen mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre begonnen, das ich im November 1957 mit dem Staatsexamen für Diplomvolkswirte abschloß.

Seit 1.Dezember 1957 bin ich bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen als Kreditsachbearbeiter und gleichzeitig als stellvertretender Leiter der Kreditabteilung tätig.

Mit der Anfertigung vorliegender Dissertation begann ich im Sommer 1958, wobei ich von meiner praktischen Tätigkeit mehrmals längere Zeit beurlaubt wurde.
Am 2. August 1963 habe ich geheiratet.

Fotodruck

— Wiltrud Hogl, Erlangen Brüxer Straße 9, Telefon 1636 —